

Ypern. Von Dr.-Ing. Joseph Stübben. Gesamt-Ansicht von Ypern.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLIX. JAHRGANG. № 18. BERLIN, DEN 3. MAERZ 1915.

Fluchtlinienplan, Bauordnung, Bauland-Umlegung, Straßenkosten-Umlegung.*)

Von Stadtbauinspektor Ehlgötz in Mannheim.

Die Grundlage unserer Wohnungserzeugung, die Siedelungs- und Stadterweiterungs-Bedingungen, haben sich in einem Menschenalter völlig geändert; sie gewähren die Aussicht, daß wir immer mehr zu einer gegen früher wesentlich geänderten und besseren Gestaltung der Wohnungsverhältnisse gelangen. Im wesentlichen handelt es sich dabei um die Frage, wie man durch Fluchtlinienpläne, Bauordnungen, Bodenaufteilung, Straßenherstellung unsere Wohnungs- und Bodenpolitik beeinflusst. Fluchtlinienpläne, Bauordnung, Bodenaufteilung und Art der Straßenherstellung sind die ausschlaggebenden Faktoren bei der Verwandlung des jungfräulichen Außengeländes unserer Städte in Bauland; sie bestimmen wechselseitig die Produktionskosten unserer Stadterweiterungen; denn nur nach Festsetzung des Fluchtlinienplanes, der Bauordnung, der Bodenaufteilung und nach Verteilung der Straßenkosten sind die Voraussetzungen für den Anbau gegeben.

Daß ein inniger Zusammenhang zwischen Fluchtlinienplan und Bauordnung besteht, ist eine bekannte Tatsache. Solange für eine Gemeinde eine einheitliche Bauordnung bestand, entsprach ihr die übliche Bauart der Häuser; diese bedingte die normalen Abmessungen der Baustellen und somit der Baublöcke. Häuser und Baublöcke zeigten trotz mancher Verschiedenheiten im Einzelnen eine typische Grundform. Nach Einführung der abgestuften Bauordnung entspricht jeder Staffel eine besondere Grundform. Je mannigfaltiger die Bauordnung, um so mannigfaltiger muß sich hiernach der Fluchtlinienplan gestalten. Der Fluchtlinienplan wird der Spiegel der Bauordnung sein müssen. Streifen wir kurz die Zusammenhänge zwischen Fluchtlinienplan und Bauordnung.

Wenden wir unseren Blick den Hauptverkehrsstraßen zu. An solchen Straßen ist für Landhäuser, Einfamilienhäuser und sonstige Kleinhäuser nicht der geeignete Platz; denn die Opfer an Straßenaufwendungen erfordern eine höhere Ausnutzung des Baugrundes und durch den Verkehr werden die Hauptverkehrsstraßen zugleich Hauptgeschäftsstraßen. Es tritt also eine Rückwirkung des Fluchtlinienplanes auf die Bauordnung ein; die Blöcke in den Hauptgeschäftsstraßen müssen die Erstellung von Geschäftshäusern begünstigen.

Für Nebenverkehrsstraßen gilt im gemilderten Maße dasselbe. Hier wird eine geringere Ausnutzung des Bauplatzes zulässig sein. Außer Geschäftshäusern werden mittelgroße Gebäude mit Mittel- und Kleinwohnungen in Aussicht zu nehmen sein. Die Baublöcke an solchen Straßen sind demnach diesen in der Staffelung der

Bauordnung geltend gemachten Gesichtspunkten anzupassen.

Zwischen den Verkehrsstraßen, von diesen umrahmt, verbleiben Geländeflächen, die für das eigentliche städtische Wohnen bestimmt sind. Hier in den Wohnvierteln tritt die Bauklassen-Einteilung erst eigentlich in ihr Recht: die Abstufung der Baubeschränkungen nach den Wohn-Bedürfnissen der verschiedenen Bevölkerungsschichten. Es liegt auf der Hand, daß Blöcke und Straßen in verschiedener Art zu gestalten sind, je nachdem z. B. Vorgärten verlangt werden oder nicht, je nachdem $\frac{2}{3}$ des Grundstückes überbaut werden dürfen oder nur $\frac{1}{3}$, je nachdem offene, geschlossene oder Reihenhäuser-Bauweise vorgeschrieben sind, je nach der Zahl der Geschosse und der zulässigen Gebäudehöhe, nach dem Bestehen einer rückwärtigen Baulinie, nach der Bestimmung der Bauten für herrschaftliche Landhäuser mit großen Gärten, für Mittelstands- oder Kleinwohnungen.

Wiederum andere Bedingungen sind in Fabrikvierteln zu berücksichtigen. Hier sind die Straßen nach Richtung, Breite und Ausstattung, die Blöcke nach Lage, Größe und Gestalt den besonderen Anforderungen der Industrie anzupassen. Einzelne Straßen müssen Anschlußgleise aufnehmen, einzelne Blöcke von Industriegleisen passend durchschnitten werden; für jedes Fabrikgrundstück muß ein Eisenbahn-Anschluß erreichbar sein. Die Ausweisung der Baublöcke muß demnach Hand in Hand mit den Baubedürfnissen erfolgen.

Mit den Baufluchtlinien kann man nur den Grundriß für ein bestimmtes Gebiet feststellen, nicht auch den Aufbau; denn der Baufluchtlinien-Plan besagt im Grunde nichts Anderes, als daß bestimmte Flächen als Straßen oder Plätze von jeder Bebauung freizuhalten sind. Wie bei dem Haus Grundriß und Aufriß untrennbar, so ist die Bauordnung der Spiegel des Fluchtlinienplanes; die Bauordnung ordnet baupolizeilich den lotrechten Aufbau des Fluchtlinienplanes. Fluchtlinienplan und Bauordnung gehören demnach innig zusammen.

Vom Standpunkt des Gesetzgebers entsteht die Frage, was der Inhalt des Bebauungsplanes sein soll. Die preußische und badische Gesetzgebung beispielsweise machen nur die Festsetzung der Straßen- und Baufluchtlinien zum Gegenstand des Bebauungsplanes. Auf anderem Boden steht z. B. das sächsische allgemeine Baugesetz; danach werden im Bebauungsplan nicht bloß die Fluchtlinien geordnet, sondern auch die Bauweise, der Abstand der Gebäude von den Straßenfluchtlinien und von den Nachbargrenzen, die Gebäudehöhe, die Zulässigkeit gewerblicher Anlagen, sowie der Umfang der zulässigen Bebauung des Hinterlandes. Auch die Berichtigung von Wasserläufen, die Entwässerung des Plangebietes, sowie die Unter- und Ueberführung von Straßen, müssen sich aus den Bebau-

*) Unter Bebauungsplan sollten Fluchtlinienplan und Bauordnungsvorschriften verstanden werden, sodaß demnach sein Inhalt Fluchtlinienplan und Bauordnung umfaßt.

ungsplänen ergeben. Es kann nicht verkannt werden, daß im sächsischen Recht unmittelbar eng Zusammengehöriges zur einheitlichen Rechtsquelle zusammengezogen ist, während diese eng ineinander greifenden Verhältnisse im preußischen und badischen Recht in den abstrakten Bebauungsplan (Fluchtlinienplan) und in Baupolizei-Verordnungen künstlich auseinander gerissen sind.

Die Baureife des Geländes hängt aber nicht von der Festsetzung der Ortsstraßen und der Bauvorschriften allein ab. Die Lage, Form und Fläche der auf die Ortsstraßen stoßenden Grundstücke ist in der Regel derart, daß zweckmäßige Bauplätze nach Freilegung des Straßen- und Platzgeländes nicht gewonnen werden. Verhält sich die öffentliche Gewalt diesem Zustand gegenüber gleichgültig, so kann trotz der schönsten Straßen-Anlagen auf Jahrzehnte hinaus das anstoßende Gelände von der Bebauung ausgeschlossen sein, oder es entstehen Gebäude, die geradezu ein Hohn auf die gesundheitlichen und ästhetischen Forderungen unseres Städtebaues sind, und, was das Schlimmste ist, es auf Jahrzehnte hinaus bleiben, und ohne unerschwingliche Kosten nicht zu beseitigen sind.

In allen diesen Fällen bedarf es zur Gewinnung baureifen Geländes vorerst noch einer anderweiten Verteilung des Grundbesitzes, einer Neueinteilung des Baugebietes oder einer Bauland-Umlegung. Wenn nun auch die Mehrheit der Besitzer vielleicht bereit ist, eine Änderung der Grenzen der einzelnen Grundstücke herbei zu führen, wie etwa die spitzen Winkel zu beseitigen, oder die Grundstücke, die überhaupt nicht an der Straße liegen, durch Austausch an die Straße zu bringen, oder Grundstücke, die zu schmal sind, durch Zusammenlegung mit anderen Grundstücken zu vergrößern, so kann der Widerspruch eines einzelnen Besitzers genügen, um die besten Absichten der übrigen zuschanden zu machen. Dabei kann man von Fällen, in welchen Böswilligkeit oder geschäftliche Gerissenheit eines Spekulanten die Grenzänderung oder Umlegung hindern, bis zu Tatbeständen, in denen der Unsinn siegt, eine ganze Musterkarte aufstellen. Es ist daher erfreulich, daß immer mehr die Notwendigkeit der Zwangsumlegung erkannt und diesem Umstand von den Gesetzgebern Rechnung getragen wird.

Ein Hauptvorteil entsteht aus der Umlegung für die Grundbesitzer daraus, daß keiner von ihnen Gefahr läuft, ausgeschaltet zu werden. Ohne Umlegung tritt jeder Beteiligte ausschließlich nach Maßgabe des Bebauungs-Planes ab, also der eine wenig oder gar nichts und der andere alles. Und das läßt sich beim besten Willen nicht vermeiden. Wird nun bei der Enteignung des Straßen-Geländes der Wert zur Zeit der Fluchtlinien-Festsetzung zugrunde gelegt, so hat der völlig ausfallende Eigentümer überhaupt keinen Vorteil von einer späteren Wertsteigerung; aber auch, wenn der Wert zur Zeit der Enteignung festgelegt wird, stehen sich immer diejenigen besser, welche ihr Bauland behalten. Bei der Umlegung ist es selbstverständlich, daß alle Beteiligten nach gleichem Maßstab Gelände für öffentliche Zwecke abtreten.

Für die Bauland-Umlegung ist nach den meisten Gesetzen Vorbedingung ein festgestellter Bebauungsplan oder eine bestehende Ortsstraße; einige wenige Gesetze lassen wenigstens die gleichzeitige Feststellung von Bebauungs- und Umlegungsplan zu. Ohne Zweifel treffen jene Gesetze das Richtige, welche wenigstens eine Handhabung geben, den Bebauungsplan und Umlegungsplan gleichzeitig zur Durchführung zu bringen; denn Einwände gegen die Festsetzung der Baufuchten und die Zuteilung von Bauplätzen werden weniger auftreten, wenn man Be-

bauungsplan und Umlegungsplan verbindet. Durch die Feststellung der Baufuchten werden einzelne Grundstücke vermöge ihrer Lage zu den Straßen bevorzugt, was eine Unbilligkeit gegenüber jenen Grundstücken bedeutet, welche eine ungünstige Lage zu den Fluchten aufweisen. Auch ist die Geneigtheit zur Umlegung dann schwer erreichbar, wenn einzelne Grundstücke so zu den Fluchten zu liegen kommen, daß sie unmittelbar bebaut werden können.

Die Feststellung des Bebauungsplanes hat eine Wertsteigerung zur Folge; das Bedenkliche dabei ist, daß diese Wertsteigerung je nach Lage der Baufuchten zu den Grundstücken eine verschiedene ist. Trotzdem das Gelände vor Feststellung des Bebauungsplanes in der Hauptsache gleichwertig war, wird das in Plan gelegte Gebiet je nach der Lage der Grundstücke zu den neuen Straßen und Plätzen unterschiedliche Werte aufweisen; es erfolgt also eine unbillige Bevorzugung einzelner Eigentümer.

Diesen Schwierigkeiten und Unbilligkeiten kann durch gleichzeitige Feststellung von Bebauungs- und Umlegungsplan vorgebeugt werden. Bei solchen Maßnahmen kann der Eigentümer eines Grundstückes sofort übersehen, welche Folgen für ihn die bauliche Erschließung eines Stadterweiterungsgebietes mit sich bringt; es werden klare Verhältnisse geschaffen. Der innige Zusammenhang zwischen Baufuchtenplan, Bauordnung und Umlegung liegt demnach im allgemeinen Interesse.

Mit dem Baufuchtenplan, der Bauordnung und der Umlegung erhalten wir im Stadterweiterungsgebiet baulich zweckmäßige Bauplätze, freigelegtes Straßen- und Platzgelände. Zur Baureife bedarf es noch der Herstellung der Straßen und Plätze. Es ist allgemein üblich, die Kosten dieser Herstellungen auf die Angrenzer ganz oder zum Teil umzulegen. Diese Herstellungskosten werden in einem neuen Verfahren, also dem vierten, festgestellt. Bis zu ihrer Ermittlung ist also der Bauplatzbesitzer wohl unterrichtet über die Bebaubarkeit seines Grundstückes, nicht aber über die auf dem Bauplatz ruhenden Lasten der Straßenherstellung; es fehlt ihm also für die Bewertung seines Besitzes ein wichtiges Moment. Erst nach Festsetzung der Straßenkosten kann der Besitzer alle für die Verwertung des baureifen Geländes in Betracht kommenden Gesichtspunkte vollkommen übersehen.

Werden Baulinien, Bauordnung, Bauland-Umlegung, Umlegung der Straßenkosten in einem Verfahren geregelt, so ist der Grundeigentümer in der Lage, auf einmal zu übersehen, welchen künftigen Wert sein bisheriger Besitz infolge der Umwandlung in Bauland erhält. Die Steigerung des Bodenpreises bei der Umwandlung von Acker- und Gartenland entsteht aus den Erschließungs-Aufwendungen und darüber hinaus aus der Spannung, um welche die Wohnrente die landwirtschaftliche Nutzungsrente übertrifft. Werden nun alle für die Wohnrente maßgebenden Faktoren auf einmal festgelegt, so werden die Bodenpreis-Bildungen auf das natürliche Maß beschränkt. Es werden übermäßige Spekulationspreise vermieden, also wird unsere Bodenpolitik günstig beeinflusst.

Solange in den Gesetzen die Verbindung von Baulinienplan, Bauvorschriften, Bauland-Umlegung und Umlegung der Straßenkosten nicht festgelegt ist, sollten die Stadtverwaltungen bestrebt sein, entsprechende Privatverträge (sogenannte Unternehmer- oder Straßenherstellungs-Verträge) mit den Grundbesitzern abzuschließen. Daß solche Verträge durchführbar sind, beweisen die für die Erschließung neuer Baugebiete in Mannheim zwischen Stadt und Grundbesitzern abgeschlossenen, in denen nach obigen Gesichtspunkten verfahren wird. —

Vermischtes.

Der Krieg und die Not der Architekten. Ein Fachgenosse aus Breslau sendet uns einen Zeitungsausschnitt, in welchem unter dem 10. Febr. d. J. aus Weißwasser in Oberschlesien berichtet wird, daß in der dortigen Gemeindevertreter-Sitzung der Bürgermeister Lange mitgeteilt habe, es sei für den im Felde stehenden Gemeinde-Bmstr. Busse eine neue Kraft in Hrn. Richter gefunden, welcher Lehrer an der kgl. Baugewerkschule in Breslau sei, gegenwärtig aber einen sechswöchentlichen Urlaub genieße. Um Verlängerung desurlaubes solle nachgesucht werden. Es wird darauf hingewiesen, daß in diesem Fall der Gewählte doppelt verdiene, dazu noch vermöge staatlicher Beurlaubung, während Andere in dieser schweren Zeit entbehren.

Wir können es nicht glauben, daß die vorgesetzte Behörde zu diesem Zweck Urlaub erteilt und meinen auch, daß es der Gemeinde Weißwasser bei einiger Umsicht unter allen Umständen gelingen müßte, eine geeignete Kraft gegen angemessene Vergütung zu finden, die in der gegenwärtigen Zeit unbeschäftigt ist. Die Gemeinde könnte so zwei Zwecken genügen. —

Ausstellung belgischer Kunst in Köln. Die „Vereinigung für Kunst in Handel und Gewerbe“ in Köln hat im Ausstellungssaal des Kunstgewerbe-Museums eine Ausstellung der Kunst Belgiens veranstaltet. Die bedeutendsten belgischen Baudenkmäler sowohl der kirchlichen wie der bürgerlichen Baukunst, die für die belgische Kunst-Auffassung bezeichnendsten Innenräume, weiterhin Werke der Goldschmiedekunst und des Kunstgewerbes sind in Abbildungen vertreten. Von der Malerei Belgiens vermitteln die ausgezeichneten farbigen Abbildungen von Gemälden kleineren Umfanges, z. B. Memlings Malereien des Ursula-Schreines aus dem Johannis-Hospital in Brügge, ferner Arbeiten von Quinten Massys, Joachim de Patinir, van der Goes und van Eyck, dessen Genter Altar in Photographien in der ursprünglichen Zusammensetzung gezeigt wird, eine Vorstellung. Ein besonderes Interesse beansprucht das Originalwerk eines Antwerpener Schnitz-Altars vom Anfang des 16. Jahrh. Der Altar war früher in der Sammlung des Fürsten Soltykoff, von da kam er 1861 in die Sammlung Weber nach Hamburg, um dann in den Besitz von Bourgeois in Köln zu gelangen. — a.

Das kommende Frühjahr und die ostpreussische Bautätigkeit. Zurzeit ruht die Bautätigkeit in Ost- und Westpreußen noch fast vollständig, denn die Winterwitterung erlaubt größere Bauarbeiten noch nicht. Vereinzelt wird in einigen Notbauten (besonders Bahnbauten) im Inneren der Räumlichkeiten gearbeitet. Sobald jedoch milde Witterung eintritt, ist in den beiden genannten Provinzen mit einer sehr lebhaft einsetzenden Bautätigkeit zu rechnen. Die Stadt Danzig wird mit einer Anzahl größerer Baulichkeiten beginnen, ebenso Königsberg. Ferner hat die Bahnverwaltung den Wiederaufbau einer Anzahl von Bahnhöfen beschlossen und zwar in beschleunigter Frist. So die Bahnhöfe in Groß-Britanien, Ortelsburg, Gerdauen, Korschen, Allenburg usw. Auch eine größere Anzahl von massiven Brücken (Beton) müssen neu erbaut werden, damit die Notbrücken abgebrochen werden können. Die Bahnbauten der Eisenbahn dürften im kommenden Frühjahr Millionenwerte umfassen. Eine größere Anzahl von Zementfabriken sollen bereits Lieferungs-Aufträge für größere Posten vom Bahnfiskus erhalten haben. Auch die Militär-Verwaltung wird eine große Anzahl Aufträge, besonders Kasernenbauten hinausgeben. Ferner soll bereits im März oder im April mit dem teilweisen Wiederaufbau der zerstörten Gegenden in Ost- und Westpreußen begonnen werden. Staatliche Mittel sind zu diesem Zweck in großem Umfang bereit gestellt. Zurzeit finden Unterhandlungen mit Zementfabriken und Ziegelei-Genossenschaften statt, welche die Leistungsfähigkeit der Unternehmungen feststellen sollen. Bindende Lieferungs-Abschlüsse dürften von dieser Seite zurzeit noch nicht getätigt werden, das dürfte aber in nächster Zeit eintreten. Soweit Ziegellieferungen in Frage kommen, haben nur ostdeutsche Werke Aussicht, zu großen Lieferungen heran gezogen zu werden. Jedenfalls hat sich der Ober-Präsident der Provinz Ostpreußen in



Altes Haus in der Elverdinger-Straße und Zunfthäuser am Viehmarkt. Ypern. Von Dr.-Ing. Joseph Stübben.

diesem Sinn ausgesprochen. Ohne Zweifel werden im kommenden Frühjahr auch für Ost- und Westpreußen große Mengen Mörtel benötigt werden; auch dieses Material soll, soweit angängig, von der ostdeutschen Industrie bezogen werden. Es ist wahrscheinlich, daß sich in den einzelnen Gemeinden, die von der Zerstörungswut des Feindes besonders hart mitgenommen sind, Wiederaufbau-Genossenschaften bilden werden, die unter staatliche Aufsicht gestellt werden. Die städtische Bautätigkeit dürfte, soweit vom Krieg unberührte Gegenden in Frage kommen, nicht besonders lebhaft werden und die private Bautätigkeit ziemlich darniederliegen. Jedenfalls ist zurzeit nichts von einer Belebung des privaten Baumarktes zu spüren.

Recht viel Schwierigkeiten dürfte auch die Frage der Arbeiterbeschaffung in Ost- und Westpreußen bereiten. Besonders die Ziegeleien werden ganz erheblich unter dem Mangel an Arbeitskräften zu leiden haben. Eine erhebliche Steigerung der Arbeitslöhne ist zweifellos. Die russischen Arbeiter sind in Ostpreußen fast sämtlich abgeschoben worden, so daß diese für Ziegelei-Anlagen nicht mehr in Frage kommen. In Westpreußen sind noch größere Trupps von russischen Arbeitern vorhanden. Sollte sich die Kriegslage andauernd günstig für unsere Waffen gestalten, so wäre es erwägenswert, ob man nicht die russischen Zivilgefangenen, die zum überwiegendsten Teil Saisonarbeiter sind, zur Landarbeit und besonders für die Arbeit auf den heimischen Ziegeleien heran ziehen könnte. Natürlich müßte eine stete Bewachung dieser Arbeiter erfolgen. Sehr erheblich werden auch die ostpreussischen Ziegeleien unter dem Mangel an Pferden und Lastautomobilen zu leiden haben. Im großen Ganzen sind aber die Aussichten, die das ostpreussische Baugewerbe für das kommende Frühjahr hat, günstig. — Bekanntlich beschäftigt sich eine Kommission mit den Fragen des Wiederaufbaues. —

Rechtsfragen.

Ist ein Saalgebäude als „Wohngebäude“ im Sinne des Fluchtliniengesetzes anzusehen? § 12 des preuß. Fluchtliniengesetzes gewährt den Gemeinden das Recht zum Erlaß von Ortsgesetzen, wonach an solchen Straßen, die noch nicht den baupolizeilichen Vorschriften entsprechend für den öffentlichen Verkehr und den Anbau fertig gestellt sind, die Gemeinde die Errichtung von Wohngebäuden verbieten kann, wenn diese Gebäude nach der nicht fertigen Straße einen Ausgang haben. Die Gemeinden pflegen in der Regel auf dieses Bauverbot zu verzichten gegen Entrichtung eines Beitrages zu den Straßenherstellungskosten seitens des Baulustigen, oder gegen unentgeltliche Abtretung des zur Straße nötigen Geländes. Ein solches Abkommen zwischen Gemeinde und Bauherrn ist aber nichtig, wenn der Gemeinde ein Bauverbot mangels der gesetzlichen Voraussetzungen gar nicht zustand. Unter „Wohngebäude“ im Sinne des Fluchtliniengesetzes sind nur die zum Wohnen bestimmten Gebäude zu verstehen. Ein Saalgebäude ist kein Wohngebäude, obgleich es ebenfalls zum längeren Aufenthalt von Menschen dient. In diesem Sinne spricht sich die folgende Reichsgerichts-Entscheidung aus:

Frau S. ist Eigentümerin eines an der Ecke der Halden- und der Robert-Straße in Bochum liegenden Grundstückes. Sie betreibt in dem i. J. 1892 auf dem Grundstück erbauten Hause die Gastwirtschaft. Im Jahre 1912 errichtete sie neben dem Hause einen dem Betrieb der Gastwirtschaft dienenden Saalanbau. Die Front des Hauses und des Anbaues liegt im Zuge der Fluchtlinie der Halden-Straße. Die Erteilung der Bauerlaubnis für den Saalanbau machte die Polizeibehörde von einem Verzicht der Stadt Bochum auf das dieser nach den §§ 1, 2 des auf Grund des § 12 Fluchtliniengesetzes erlassenen Ortsstatutes von 1908 angeblich zustehende Bauverbot abhängig. Darauf schloß Frau S. mit der Stadt Bochum zwei Verträge, Inhalts deren sie sich zur unentgeltlichen Abgabe und Auflassung des von ihrem Grundstück zum Straßenbau erforderlichen Grund und Bodens, sowie zur Zahlung eines Beitrages zu den Pflasterungs- und Kanalbaukosten der beiden Straßen verpflichtete. Frau S. zahlte diesen Beitrag, verweigerte dann aber die Auflassung der zum Straßenland abzutretenden Parzelle, indem sie die Nichtigkeit der beiden Verträge behauptete. Die Stadtgemeinde Bochum erhob darauf gegen Frau S. Klage auf Feststellung der Rechtsgültigkeit der beiden Verträge und Verurteilung der Beklagten, die Parzelle hypothecken- und lastenfrei an die Stadt aufzulassen. Das Landgericht Bochum wies die Klage ab und verurteilte die Stadt auf die Widerklage zur Rückzahlung der Anlieger-Beiträge. Das Oberlandesgericht Hamm erkannte umgekehrt zugunsten der Stadt. Auf die von der Beklagten eingelegte Revision hat aber das Reichsgericht das Urteil des Oberlandesgerichtes aufgehoben und zugunsten der Beklagten das Urteil des Landgerichtes wieder hergestellt. In den Entscheidungsgründen wird ausgeführt: Die streitigen Verträge sind nichtig, wenn dem von der Beklagten im Jahre 1912 errichteten Saalanbau nach dem auf Grund des § 12 des Fluchtlinien-Gesetzes erlassenen maßgebenden Ortsstatut ein Bauverbot von vornherein überhaupt nicht entgegen stand. Die Voraussetzung dieser Nichtigkeit trifft aber schon aus dem folgenden Grunde zu. Das Bauverbot des Ortsstatutes erstreckt sich — entsprechend übrigens dem angezogenen § 12 des Fluchtliniengesetzes — nur auf Wohngebäude an Straßen und Straßenteilen, die noch nicht gemäß den baupolizeilichen Bestimmungen für den öffentlichen Verkehr und den Anbau fertig gestellt sind, falls sie nach diesen Straßen oder Straßenteilen einen Ausgang haben. Dabei soll nach Abs. 2 des § 1 des Ortsstatutes die Erweiterung bestehender Wohngebäude, sowie die Umwandlung von anderen Gebäuden in Wohngebäude und der Umbau vorhandener Wohngebäude der Errichtung von Wohngebäuden gleich geachtet werden. Unter „Wohngebäuden“ versteht der § 12 Fluchtliniengesetzes — entsprechend dem gewöhnlichen Sprachgebrauch — zum Wohnen bestimmte Gebäude, nicht dagegen auch Gebäude, die ausschließlich einem Gewerbebetrieb dienen, wenngleich sie ebenfalls zum längeren Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, und an bestehende Wohngebäude angebaute Gebäude nur dann, wenn dadurch die in den Wohngebäuden befindlichen zum Wohnen bestimmten Räume eine Erweiterung erfahren. Von dieser vom preuß. Oberverwaltungsgericht in ständiger Rechtsprechung festgehaltenen Auffassung, die überwiegend auch in der ständigen Rechtslehre vertreten wird, abzugehen, besteht keine ausreichende Veranlassung. Auf andere Gebäude als Wohngebäude im Sinne des Gesetzes kann auch das darauf beruhende Ortsstatut das Bauverbot nicht ausdehnen.

Insbesondere verbindet tatsächlich auch das im vorliegenden Fall maßgebende Ortsstatut den gleichen Sinn mit dem Worte „Wohngebäude“. Der von der Beklagten errichtete Saalanbau aber dient nach dem unstreitigen Sachverhalt nicht Wohnzwecken, sondern lediglich dem Betrieb ihrer Gastwirtschaft, und durch ihn haben auch nicht die in ihrem im Jahre 1892 erbauten Hause befindlichen zum Wohnen bestimmten, sondern nur die darin befindlichen ihrem Gewerbebetrieb dienenden Räume eine Erweiterung erfahren. Indem das Oberlandesgericht in dem Saalanbau der Beklagten ein Wohngebäude erblickt und demgemäß davon ausgeht, daß seiner Errichtung das Bauverbot des Ortsstatutes entgegen stand, verletzt es nicht nur dieses Ortsstatut, sondern auch den ihm zugrunde liegenden § 12 des Fluchtlinien-Gesetzes durch unrichtige Anwendung. Demgemäß sind die streitigen Verträge nichtig und der Rechtsstreit ist zugunsten der Beklagten zu entscheiden. (Aktenzeichen: V. 191/4.2.11.14.)

K. M. in L.

Wettbewerbe.

Wettbewerb neue Kolonnaden Kurplatz Franzensbad. Wir müssen uns noch einmal mit diesem Wettbewerb befassen, dessen Durchführung so wenig den in Deutschland eingebürgerten Gepflogenheiten entspricht. Wie uns ein Bewerber mitteilt, wird nach einer genauen Erkundigung dieses Bewerbers der Betrag von 10 K. für die Unterlagen an die bei der Preisverteilung leer ausgegangenen Teilnehmer nicht zurück gezahlt. Der Bewerber meint zutreffend, die Rückzahlung sei nur recht und billig und wenn das schon in Friedenszeiten bei der überwiegenden Mehrzahl der Wettbewerbe in Deutschland üblich sei, so wäre es in der jetzigen entbehrungsvollen Zeit, in der die Teilnehmer an Wettbewerben ohnehin schon so große Ausgaben haben, doppelt erwünscht. Nach unserer Auffassung entspricht der Wert der Unterlagen nicht entfernt der hohen Summe von 10 K., er beträgt höchstens 2—3 K. Da wäre eine Rückzahlung umso mehr angemessen, als nicht anzunehmen ist, daß die Stadt Franzensbad neben der großen Arbeitsleistung von gegen 60 Entwürfen (einschließlich der zu spät eingelaufenen) von den Wettbewerbern auch noch Barleistungen beansprucht. Auch hier mögen die Preisrichter mit ihrer Einwirkung einsetzen, denn wir halten ihre Tätigkeit mit der Preisentscheidung nicht für beendet. —

Chronik.

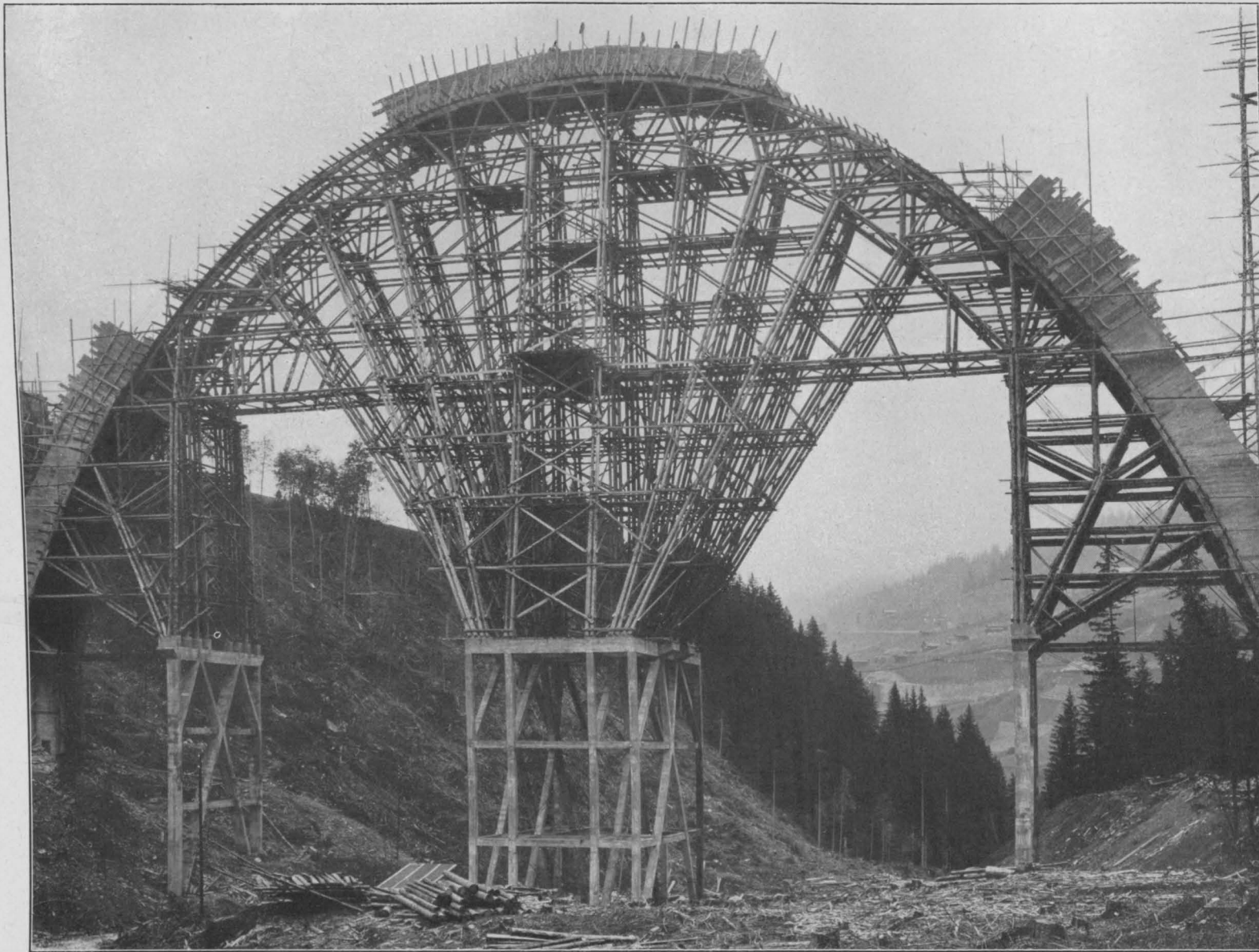
Die Aufstellung von Böhle's Stier. Der Bildhauer Fritz Böhle in Frankfurt a. M. hat vor Jahren schon einen großen Stier in Marmor geschaffen, der von dem Arch. Heinrich Sexauer in Karlsruhe zur Aufstellung auf dem von ihm entworfenen Haydn-Platz in Karlsruhe („Deutsche Bauzeitung“, Jahrg. 1909, No. 96) bestimmt war, wo das seltene Kunstwerk zu bester Wirkung gekommen wäre. Die Stadt Karlsruhe hat jedoch den Ankauf abgelehnt. Nunmehr soll das Bildwerk auf dem Holbein-Platz in Sachsenhausen seine Aufstellung finden. —

Eine neue Fußgängerbrücke über die Spree in Berlin in der Nähe des Stadtbahnhofes Bellevue im Zuge der Calvin-Straße ist kürzlich dem Verkehr übergeben worden. Sie ersetzt den bisher für Fußgänger freigegebenen Weg unter der Stadtbahnbrücke daselbst, der mit dem Umbau dieser Brücke in Fortfall kommen muß. Mit Rücksicht auf die Nähe der Eisenbahnbrücke hat der neue Steg keine Zwischenpfeiler erhalten, überschreitet den Wasserlauf daher mit einer Spannung von 52 m, eine Lichthöhe von 4 m in 42 m Breite freilassend. Die Hauptträger sind größtenteils über der Fahrbahn liegende sichelförmige Bogenträger mit $\frac{1}{4}$ Pfeil, die als strebenlose Fachwerke ausgebildet sind. Die 5 m breite Eisenbeton-Fahrbahn mit Asphaltbelag ist von den Ufern mit breiten Treppen zugänglich. Die Brücke ist durch die unter Leitung des Stadtrats Geh. Brts. Krause stehende städt. Tiefbau-Abteilung entworfen (Magistr.-Br. Hedde) und ausgeführt. Die architektonische Ausgestaltung ist ein Werk Prof. Möhrings, während der bildnerische Schmuck den Bildhauern Roch und Feuerhahn zu verdanken ist. Baukosten 125 000 M. —

Bekanntmachung des Reichsbank-Direktoriums. Die Zwischenscheine zu den 5% Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches von 1914 (Kriegsanleihe) können vom 1. März d. J. ab in die endgültigen Stücke mit Zins-scheinen umgetauscht werden. Ferner wird erneut darauf hingewiesen, daß der Umtausch der Zwischenscheine zu den 5% Reichsschatzanweisungen von 1914 (Kriegsanleihe) bereits seit 14. Februar d. J. stattfindet. Näheres siehe im Anzeigenteil dieser Nummer. —

Inhalt: Fluchtlinienplan, Bauordnung, Bauland-Umlegung, Straßenkosten-Umlegung. — Vermischtes. — Rechtsfragen. — Wettbewerbe. — Chronik. — Reichsbank-Direktorium. — Abbildungen: Ypern. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



OMBAU DER EISEN-
BAHN CHUR—ARO-
SA (SCHWEIZ). * *
LEHRGERÜST DES
LANGWIESER VIA-
DUKTES. * * * * *

≡ DEUTSCHE ≡

BAUZEITUNG
XLIX. JAHRG. 1915

* * * NO. 19. * * *

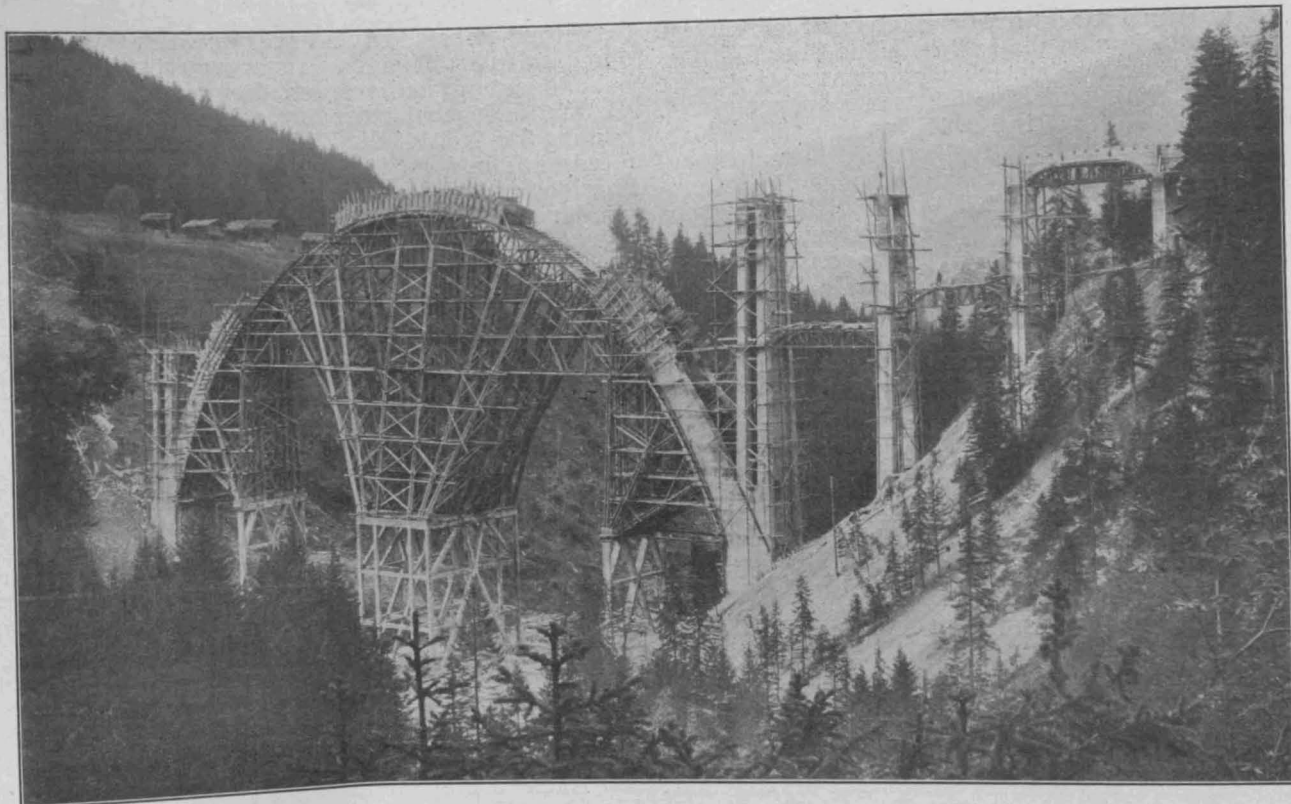


Abbildung 12. Langwieser-Viadukt im Bau. Entwurf Ed. Züblin & Cie., Straßburg i. E. Phot. Ant. Reinhardt in Chur.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLIX. JAHRGANG. NO 19. BERLIN, DEN 6. MAERZ 1915.

Vom Bau der Eisenbahn Chur-Arosa (Schweiz).

(Schluß aus No. 17.) Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen S. 127, 128 und 129.



um Schluß seien noch einige Erläuterungen zu unseren Abbildungen gegeben, die eine Reihe der Brückenbauten der Strecke in der Ausführung, z. T. auch fertig gestellt, wiedergeben.*) Wie schon erwähnt, ist die Mehrzahl der Brücken in Stein gebaut unter Verwendung des an Ort und Stelle gewonnenen Materiales. Die zahlreichen Viadukte, von denen Abbildg. 5 S. 116 in No. 17 ein typisches Beispiel gibt, zeigen meist halbkreisförmige Gewölbe in Spannweiten bis zu 25 m auf schlanken Pfeilern, mit schwachem Anlauf, die Stirn im Allgemeinen verkleidet mit rauh bearbeiteten und von Hand versetzten Schichtsteinen, die Deckplatten auf kräftigen Konsolen ausgekragt und abgeschlossen durch ein eisernes Geländer, das wenig in die Erscheinung tritt. Auf sorgfältige Abdeckung und Abdichtung der Gewölberückenflächen ist besonderer Wert gelegt. Für die Ausführung sind je nach der Höhenlage von unten aufgebaute Lehrgerüste oder freitragende Sprengwerks-Konstruktionen, ferner durchlaufende Transport-Gerüste oder Einzelrüstungen für jeden Pfeiler in Anwendung gekommen.

Die Bildbeilage zu No. 17 und Abbildung 4, S. 117 in No. 17 zeigen 2 Beispiele, die eine den Castieler Viadukt, die andere den Calfreiser. Der erstere ist der größte Steinviadukt der ganzen Strecke. Mit 3 Öffnungen von je 25 m Spannweite überschreitet er den großartigen Felskessel des Castieler-Tobels in einer Höhe von 53 m über Talsohle, unmittelbar anschließend an den Bärenfallen-Tunnel, wie unser Bild erkennen läßt. Auf dieser Seite findet der Bogen auf festem Fels sein sicheres Fundament, auf dem

gegenüber liegenden Talhang dagegen mußten Widerlager und erster Pfeiler durch Bergschutt tief herabgeführt werden. Lehr- und Transport-Gerüst-Ausbildung gehen aus der Abbildung klar hervor. Der Calfreiser-Viadukt hat 2 Hauptöffnungen von je 25 m und 2 weitere Öffnungen von 12 und 6 m Spannweite. Auch hier ist das Lehrgerüst freitragend ausgeführt, während die Transport Gerüste überaus leicht konstruiert sind. Bei beiden Brücken sind die Pfeilerkerne aus Beton gestampft, während mangels guter Werksteine die großen Gewölbe ganz in Beton-Werkstein ausgeführt wurden, eine Bauweise, wie sie in größerem Umfang wohl erstmalig bei der Laufener Brücke über den Rhein angewendet worden ist.**)

Die beiden Hauptbauwerke der Strecke, der Gründjetobel- und der Langwieser-Viadukt, sind in ihrer Gestaltung das Ergebnis eines Wettbewerbes zwischen Eisen und Eisenbeton, da natürliches Gestein hier, wie schon betont, nicht in Frage kommen konnte, während mächtige, brauchbare Kieslager zur Verfügung standen. Die Ausbildung in Eisenbeton wurde unter diesen Umständen und da sich die eingereichten Entwürfe auch aus anderen Gründen empfehlenswerter zeigten als die in Eisen, von der Bahnverwaltung vorgezogen und vom Eisenbahn-Departement genehmigt. Das erstere Bauwerk fiel auf Grund eines von Ingenieur J. Bolliger aufgestellten Entwurfes der Firma Müller, Zerleeder & Gobat zu, das zweite, noch bedeutendere, der Firma Ed. Züblin & Cie. in Straßburg i. E., Filiale Zürich.

Die örtlichen Verhältnisse zeigen an den beiden Baustellen insofern Verschiedenheiten, als der Gründjetobel den Charakter einer scharf einge-

*) Vergl. auch die Schweiz. Bztg. Jahrg. 1913, 2 Hlbd., S. 281 ff.

**) Vergl. „Deutsche Bauzeitung“, Mitteilg. über Zement, Beton- und Eisenbetonbau Jahrg. 1914, S. 15 ff.

schnittenen Erosionsfurche zeigt mit Steilrändern, zwischen die sich die in 46 m Höhe über Talsohle geführte Brücke mit einem Hauptbogen von elegantem Pfeilverhältnis und 85 m Stützweite spannt (vergl. Abbildung 7, S. 117 in No. 17), an den sich beiderseits nur noch kurze selbständige Brückenteile auf eigenem Fundament anschließen, sodaß die Gesamtlänge der Brückenbahn 145 m erreicht. Bei Langwies dagegen ist das Tal wesentlich breiter, der Mittelbogen von 100 m Stützweite überspannt in der Hauptsache nur die Talsohle (vergl. Kopfbild, Abbildung 3 in No. 14, sowie die Abbildung 9, S. 127); die beiderseits sich anschließenden selbständig gegründeten Brückenteile ergeben zusammen mit dem Hauptbogen eine Fahrbahnlänge von 287 m. Die Brückenbahn überschreitet das Tal in der beträchtlichen Höhe von 62 m, der Hauptbogen erhält daher bei parabolischer Form einen Pfeil von 42 m, also von 1:2,4 (vergl. auch die nebenst. Uebersichtszeichnung, Abbildung 10).

In beiden Fällen ist, wie die Abbildungen zeigen, der über den Hauptbögen liegende Brückenkörper aufgelöst in durchlaufende Brückenbalken, die durch, mit ihnen zu Rahmenkonstruktionen fest verbundenen, Stützen die Fahrbahnlast auf den Brückenbogen abgeben. Die sich beiderseits anschließenden, aber von der Hauptbrücke durch eine durchgehende Fuge getrennten Viadukte führen den Linienzug dieses Oberbaues, jedoch mit größeren Stützweiten, weiter bis zum Brücken-Ende. Während aber bei dem Gründjetobel-Viadukt der Hauptbogen als zusammenhängendes Gewölbe in ganzer Brückenbreite durchgeführt wurde, ist bei dem Langwieser-Viadukt der Hauptbogen aufgelöst in zwei Bogenrippen, die nur durch wagrechte Quersteifen mit einander verbunden sind.

Dem Charakter des zu überbrückenden Tales entsprechend ist auch die Konstruktion der Lehrgerüste, die in beiden Fällen von dem Gerüstbauer Coray in Chur hergestellt worden sind, grundsätzlich verschieden. Beim Gründjetobel (vergl. die Bildbeilage zu No. 13) überbrückt der mittlere Hauptteil sprengwerksartig die Schlucht, und es sind beiderseits kräftige Hauptstützpunkte geschaffen, nach denen die Hauptstreben des Gerüsts geführt sind; bei dem breiteren Langwieser-Tal ist ein Hauptstützpunkt in der Mitte angeordnet (vergl. die Bildbeilage zu dieser Nummer), der etwa die mittlere Hälfte trägt, während die beiden seitlichen Viertel für sich besonders unterstützt sind. Die unteren Stützpfiler sind bis auf 22 m Höhe über Wasserspiegel, der Sicherheit halber und der großen Belastungen wegen, in Eisenbeton hergestellt worden.

Verschieden ist auch die Ausführungsweise bei den beiden Brücken. Bei dem Gründjetobel-Viadukt haben die Unternehmer, denen in beiden Fällen die volle Verantwortung auferlegt worden ist, den Eisenbeton so naß hergestellt, wie das in Amerika bei Betonbauten üblich ist, sodaß man fast von einem Gießen sprechen kann, während im Langwieser-Viadukt der ziemlich trocken eingebrachte Beton mehr gestampft worden ist. Bei dem flacheren Bogen

des Gründjetobels konnte ferner auf dem Gerüst ein durchlaufendes leichtes Transportgerüst in Fahrbahnhöhe aufgestellt werden. Bei dem Langwieser-Viadukt dagegen ist der Bau, wie das Kopfbild Abbildung 3 in No. 14, die Bildbeilage zu dieser Nummer und Abbildung 11, S. 129, zeigen, mit Hilfe eines über das ganze Tal gespannten Kabelkranes gebaut worden. Die Stützen und Pfeiler wurden besonders aufgerüstet, und zur Unterstützung der 16 m weit gespannten Balkenträger des Anschluß-Viaduktes wurden freitragende Gitterträger verwendet, die im Ganzen zwischen den Pfeilern von unten hoch gehoben wurden (vergl. Abbildung 11 und das Kopfbild Abbildung 12 in dieser Nummer).

Der Gründjetobel-Viadukt wurde Ende Juni 1913 angefangen. Ende August war das Gerüst aufgestellt, Mitte September desselben Jahres der große Mittelbogen geschlossen, also nach etwa 2½ Monaten. Am Langwieser-Viadukt wurde mit den Gründungsarbeiten noch Ende Oktober 1912 angefangen, die aber dann durch den früh einsetzenden Winter auf längere Zeit unterbrochen wurden. Das Gerüst war am 6. September 1913 fertig, der große Bogen am 6. Oktober 1913 geschlossen. In das Gerüst wurden gegen 800 cbm Holz, in die Brücke rd. 7000 cbm Beton und etwa 250 t Eisen eingebaut. Die Eisenbeton-Unterbauten des Gerüsts erforderten allein etwa 300 cbm. Für die Sorgfalt der Ausführung des Lehrgerüsts spricht, daß seine Gesamt-Zusammenpressung bei Schluß des Bogens nicht mehr als 30 mm betragen hat.

Auch die Bogenfundamente bei Langwies sind in Eisenbeton in aufgelöster Form hergestellt. Mit Rücksicht auf die unsichere Beschaffenheit der Halde auf der Seite nach Arosa zu mußten die auf dieser gegründeten Stützen sämtlich noch durch auf der Böschung liegende Riegel gegen das Hauptfundament abgestützt werden. Das ist in der nebenst. Uebersichtsskizze, Abbildung 10, die den Entwurf wiedergibt, nicht dargestellt, wohl aber ist es in Abbildung 13, S. 128, ersichtlich.

Die beiden Bauwerke gehören zu den kühnsten Ausführungen ihrer Art, die bisher geschaffen sind. Was die Wirkung in der Landschaft betrifft, so sei auf die Abbildung 7, S. 117 in No. 17 bezüglich des Gründjetobel-Viaduktes verwiesen, auf das Kopfbild Abbildung 3 in No. 14, auf Abbildungen 9 und 13 in vorliegender Nummer bezüglich des Langwieser-Viaduktes. Was die Linienführung angeht, so zeigen beide Bauwerke ästhetisch befriedigende Verhältnisse, und ihre Gesamtwirkung in der umgebenden Landschaft ist jedenfalls derjenigen von Eisenbrücken bei weitem vorzuziehen. Durch die Sparsamkeit in den Massen und die weitgehende Auflösung des Ueberbaues erscheinen die Bauwerke aber fast zu zart gegenüber der Großartigkeit der umgebenden Natur, und was Ruhe und kraftvolle Wirkung anbetrifft, können sie an Steinbauten (die unter den gegebenen örtlichen Verhältnissen allerdings nicht möglich gewesen wären), doch nicht voll heran reichen. —

Fr. E.

Der Heimatschutz im sächsischen Landtag.

Bei den Vorarbeiten für den Wiederaufbau in den vom Feinde zerstörten deutschen Grenzlanden im Osten und Westen werden die Bestrebungen des Heimatschutzes eine einflußreiche Rolle spielen. Da dürfte es von besonderem Interesse sein zu vernehmen, wie diese Bestrebungen in einem Industrielande, wie es das Gebiet des Königreiches Sachsen mit seiner wechselnden Bodengestaltung und seinen eigenartigen landschaftlichen Verhältnissen ist, beurteilt werden. Der Träger der Heimatschutz-Bewegung im Königreich Sachsen ist der Geheime Baurat im sächsischen Finanz-Ministerium Karl Schmidt, der seit mehr als anderthalb Jahrzehnten in dieser Richtung unermüdlich und mit bestem Erfolg tätig ist. Und dieser Erfolg ist in erster Linie der Besonnenheit und Umsicht zu verdanken, mit welchen der Heimatschutz in Sachsen geübt wird. Im Jahrgang 1901 der „Deutschen Bauzeitung“, No. 40, hat Schmidt die Aufgaben des Hei-

matschutzes im Bauwesen dargelegt. Seit 14 Jahren wird er unentwegt durch Vorbilder, Zeitschriften, besondere Veröffentlichungen geübt; es wird auf die weitesten Kreise eingewirkt, um sie für die Schlichtheit, Natürlichkeit und Wahrheit ländlicher Bauweise auf dem Boden der Ueberlieferung zu beeinflussen. Der Heimatschutz ist hier weit entfernt, eine Art Kunstpolizei auszuüben, sondern er will nur das Häßliche fern halten, wobei fast ausschließlich bürgerliche und ländliche Bauweise in Frage kommen. Aufgaben der hohen Kunst und Beeinflussung der künstlerischen Individualitäten liegen dem sächsischen Heimatschutz völlig fern. Großen Wert dagegen legt er mit Recht auf die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen, sowohl beim Staate, bei den Gemeinden und bei öffentlichen Körperschaften, wie vor allem auch bei privaten Bauherren. Die Bestrebungen werden auch von der Regierung anerkannt, die sie mit einer jährlichen Summe von 37 000 + 5500 = 42 500 M. unterstützt.

Die Verhandlungen des sächsischen Landtages aber lassen erkennen, daß trotz der lebhaftesten Tätigkeit auf diesem Gebiet im Lande im Allgemeinen noch wenig Kenntnis darüber herrscht, was der Heimatschutz eigentlich will. Es hängt das zweifellos mit der Geschmacksbildung der Masse in baulichen Dingen zusammen, die eine gewisse, wenn auch mäßige Durchschnittshöhe noch

welcher die königliche Staatsregierung gefragt wurde, ob es ihr bekannt sei, daß die Handhabung des sogenannten Heimatschutz-Gesetzes, des Gesetzes gegen Verunstaltung von Stadt und Land, durch eine Reihe von Verwaltungsbehörden über den Zweck und die Absichten des Gesetzes hinaus gehe und was sie zu tun gedenke, um den Mißständen zu begegnen, die sich aus dieser Hand-

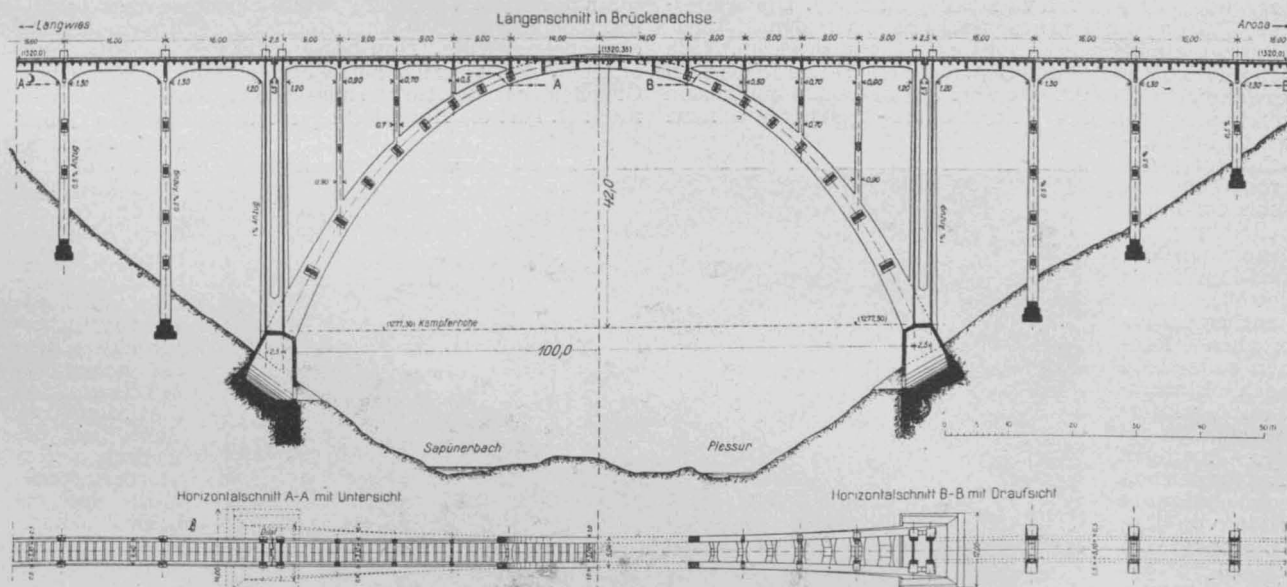


Abbildung 10. Uebersichts-Skizze des Langwieser-Viaduktes. Nach der „Schweizerischen Bauzeitung“ 1913, 2. Hlbbd., S. 285.

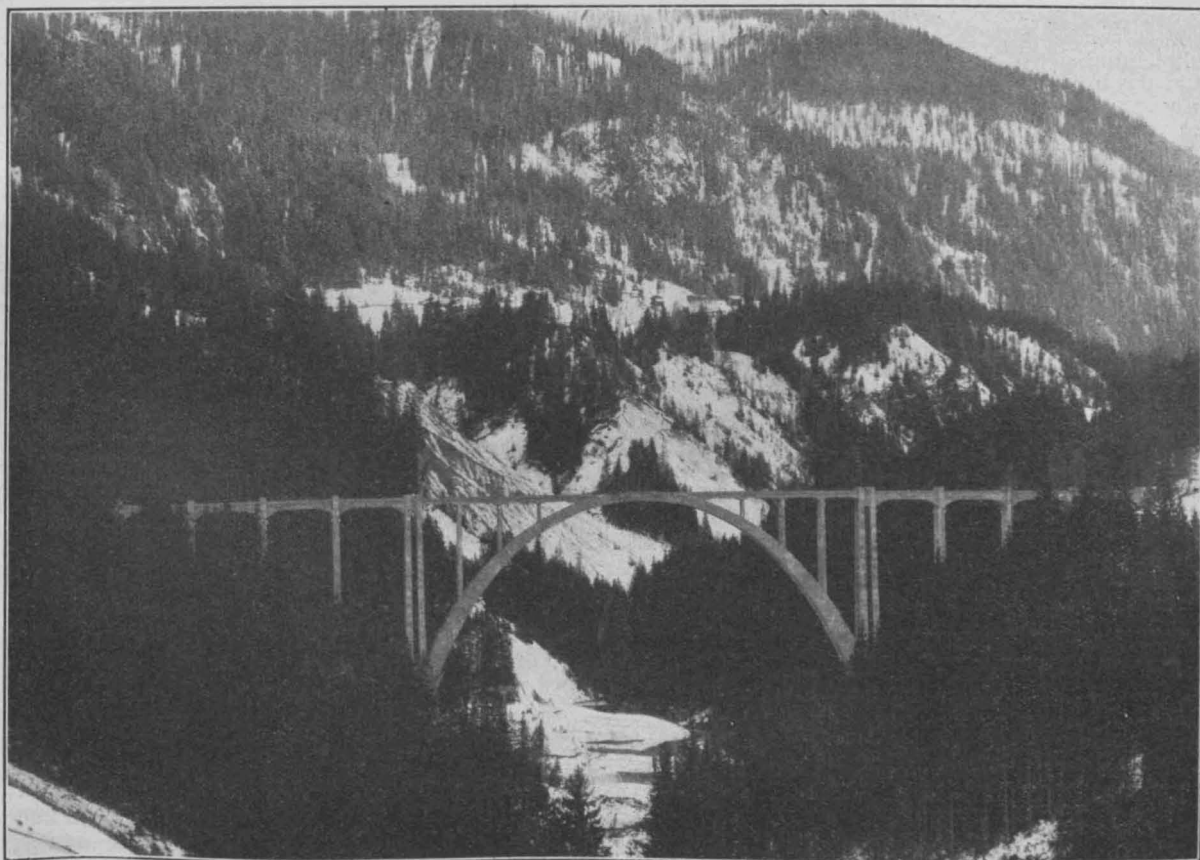


Abb. 9. Ansicht des fertigen Langwieser-Viaduktes. Entwurf und Ausführung: Ingenieurbüro Ed. Züblin in Straßburg i. E. Vom Bau der Eisenbahn Chur—Arosa (Schweiz). Phot. Aufnahme von Ant. Reinhardt in Chur.

nicht erreicht hat. Die Erörterungen über die Handhabung des Heimatschutzes in Sachsen fanden statt in der 77. öffentlichen Sitzung der II. Kammer des sächsischen Landtages vom 24. April 1914. Zur Beratung stand der Staatsbeitrag von 37 000 M. an den „Landesverein sächsischer Heimatschutz“. Hierzu lag eine Interpellation der fortschrittlichen Volkspartei, vertreten durch die Abgeordneten Brodauf, Dr. Dietel und Genossen vor, in

habung ergeben hätten. Die Begründung der Interpellation fiel dem Abgeordneten Brodauf zu. Seinen Ausführungen sei Folgendes auszugsweise entnommen:

Ein Gesetz, das zu schweren Klagen im Lande geführt habe, sei das Gesetz gegen Verunstaltung von Stadt und Land. Wenn die Klagen keinen Grund im Gesetz selbst finden sollten, so jedenfalls in der Handhabung des Gesetzes durch eine ganze Reihe von Verwaltungsbehörden.

Die Klagen kämen fortwährend aus dem platten Lande. Das Gesetz habe in der Praxis zu einer erheblichen Benachteiligung der ländlichen Gegenden gegenüber den Städten geführt. Auf dem platten Lande benutzten die Amtshauptleute vielfach das Gesetz als Handhabe zu einer ganz außerordentlichen Bevormundung der Bevölkerung in Bezug auf das Bauwesen. Sehr oft seien Stimmen höchster Erbitterung laut geworden. Es seien vielfach recht begründete Klagen von verständigen Leuten. Die behördliche Prüfung im Bauwesen sei schon vor dem Heimatschutzgesetz in Sachsen sehr weitgehend gewesen. Jede behördliche Prüfung und Begutachtung sei außerdem ein kostenpflichtiger Akt. Da werde es besonders unliebsam empfunden, daß das Heimatschutz-Gesetz eine neue wesentliche Erschwerung gebracht habe. Wie sehr die Interpellation geradezu einen Notstand im Lande getroffen habe, habe er daraus ersehen können, daß alsbald nach Einbringung der Interpellation bis auf den heutigen Tag ihm fortgesetzt eine ganze Fülle von Zustimmungserklärungen aus dem ganzen Lande zugegangen seien. Es handele sich um einen allgemeinen Mißstand. Das kgl. Ministerium des Inneren werde ja nur in wenigen Fällen Kenntnis erlangt haben; denn nur selten hätten die Bauenden das Ministerium als letzte Instanz angerufen. Die Interpellation richte sich nicht gegen das Gesetz selbst, sondern gegen seine Handhabung. Das solle aber nicht etwa ein Anerkenntnis sein, daß das Gesetz eine unbedingte Notwendigkeit gewesen wäre. Er verkenne die guten Absichten des Gesetzes keineswegs, er verkenne auch nicht, daß es vielfach auch Erfreuliches gezeitigt habe, aber eine Notwendigkeit sei es für Sachsen nicht gewesen. Das sächsische Baugesetz vom Jahre 1900 habe schon einen Schutz gegen Verschandelungen der Heimat geboten. Das bestimme in § 19 Abs. 2, daß bauliche Anlagen zu untersagen seien, die einem Ort zur offenbaren Unzierde reichen würden. Freilich habe das Oberverwaltungsgericht in der Auslegung dieser Paragraphen nicht den Feuereifer gezeigt, der von gewissen Seiten gewünscht worden sei. Den Heißspornen des Heimatschutzes habe das Baugesetz in der verständigen Auslegung des Oberverwaltungsgerichtes keine entsprechende Handhabe zur Durchführung ihrer Ideen geboten. So sei es zu dem sogenannten Verunstaltungs-Gesetz gekommen, das in § 2 sage: „Die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung

von Bauten und baulichen Anlagen kann versagt werden, wenn durch die Bauausführung ein Bauwerk oder dessen Umgebung oder das Straßen- oder das Ortsbild oder das Landschaftsbild verunstaltet würden“. Der Landtag, insbesondere die Zweite Kammer, habe das Gesetz nicht angenommen, ohne gewisse Kautelen zu verlangen. Man habe zunächst in § 2 die Bestimmung hinein gebracht: „Von der Anwendung dieser Vorschrift ist abzusehen, wenn durch die Versagung dem Bauherrn ein unverhältnismäßiger wirtschaftlicher Nachteil oder Kostenaufwand erwachsen würde“. Man habe weiter von der Regierung erreicht, daß sie sich bereit erklärt habe, folgende drei Grundsätze in die Ausführungs-Bestimmungen aufzunehmen: „1. Daß die Anforderungen auf ästhetischem Gebiet

hinter der Rücksicht auf die Zweckmäßigkeit und Zweckdienlichkeit der betreffenden Gebäude (industrieller und landwirtschaftlicher) zurück zu treten haben; 2. daß die von den Behörden zu stellenden ästhetischen Anforderungen nicht eine erheblich kostspieligere Herstellung bedingen; 3. daß bei Ausführung des Gesetzes „Schädigungen“ der mit dem Baugesetze in Verbindung stehenden Industrien tunlichst vermieden werden“. Wenn diese Anordnungen von den Behörden streng befolgt würden, dann könnte das Gesetz allerdings keinen wesentlichen Schaden anrichten. Die Entwicklung der Dinge aber habe denen Recht gegeben, die da seinerzeit erkannt hätten, daß der subjektiven Auffassung immer noch viel Spielraum bleibe. Die Handhabung sei denn auch vielfach so geworden, daß man in vielen Gegenden von Sachsen an die guten Seiten des Gesetzes nur noch mit den Worten des Dichters denke: „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage“. Die Handhabung des Gesetzes charakterisiere sich vielfach als eine lästige Vielregiererei. Das Gesetz gebe der Subjektivität der einzelnen Herren Amtshauptleute einen weiten Spielraum. Wie groß der Verdruss über die Handhabung des Gesetzes in einzelnen Gegenden sei, ergebe sich drastisch aus einer Niederschrift über eine Gemeinderats-Sitzung im oberen Erzgebirge. Es heiße da: Die Außen-Ansichten der Gebäude würden nach einem Gesichtspunkt beurteilt, nur Schieferdach zugelassen, keine Zementziegel genehmigt, oder von Bedingungen abhängig gemacht. Es würde durchgängig das steile Dach gefordert, ohne immer den Vorteil und Nachteil zu würdigen. Die Holzverkleidung (Giebelbretter) werde gefordert, Kunststeine, Ecken,

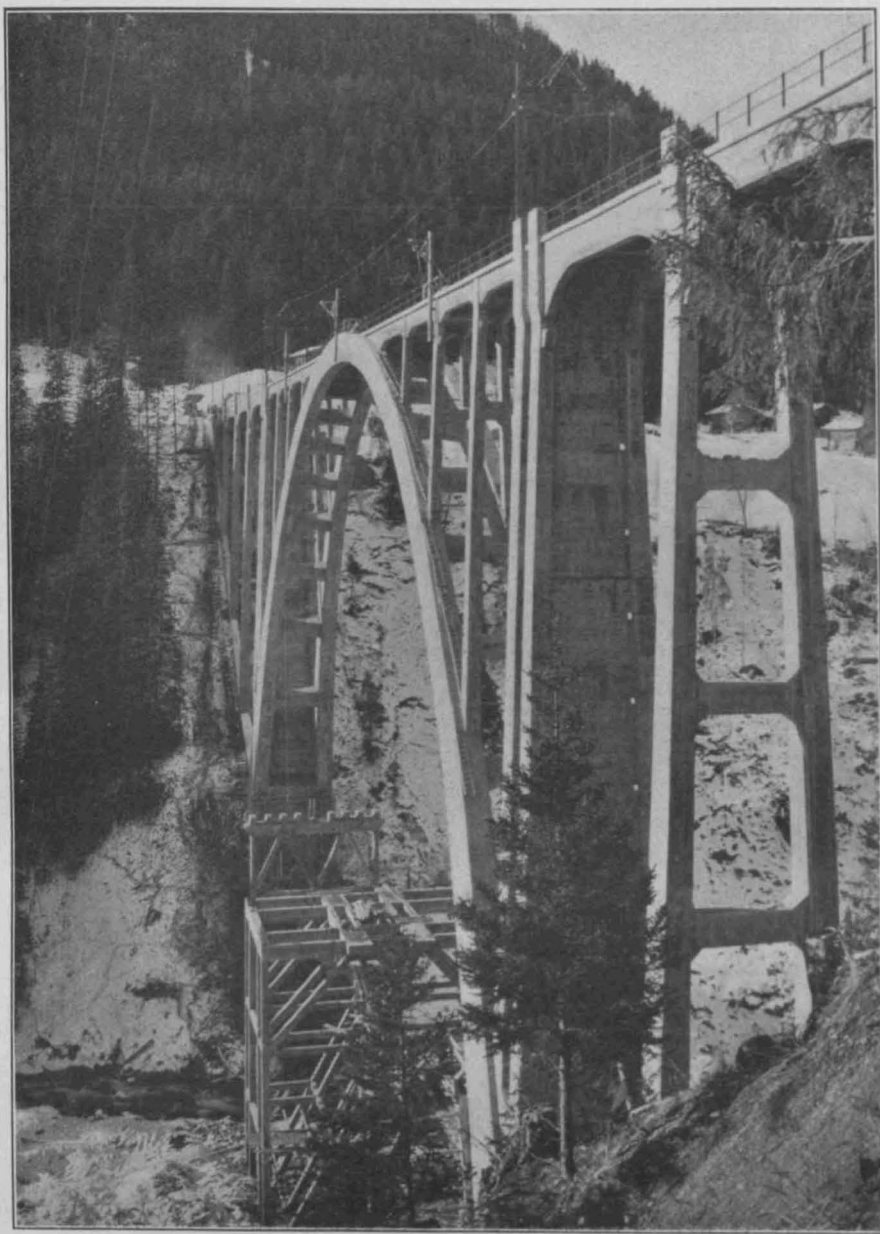


Abbildung 13. Langwieser-Viadukt. Lehrgerüst bis auf die Eisenbeton-Unterbauten des Mittelgerüsts beseitigt. Phot. Aufnahme von Ant. Reinhardt in Chur.
Vom Bau der Eisenbahn Chur—Arosa (Schweiz).

ters denke: „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage“. Die Handhabung des Gesetzes charakterisiere sich vielfach als eine lästige Vielregiererei. Das Gesetz gebe der Subjektivität der einzelnen Herren Amtshauptleute einen weiten Spielraum. Wie groß der Verdruss über die Handhabung des Gesetzes in einzelnen Gegenden sei, ergebe sich drastisch aus einer Niederschrift über eine Gemeinderats-Sitzung im oberen Erzgebirge. Es heiße da: Die Außen-Ansichten der Gebäude würden nach einem Gesichtspunkt beurteilt, nur Schieferdach zugelassen, keine Zementziegel genehmigt, oder von Bedingungen abhängig gemacht. Es würde durchgängig das steile Dach gefordert, ohne immer den Vorteil und Nachteil zu würdigen. Die Holzverkleidung (Giebelbretter) werde gefordert, Kunststeine, Ecken,

Simse, Gewände würden untersagt. Abneigung bestehe gegen Doppelfenster, während auf das Anbringen von Läden bestanden werde. Letztere erfüllten jedoch nur nachts ihren Zweck. Die Schiefer-Verkleidung von Aufbauten und Erkern werde als nicht immer nötig, ja als nur verteuern bezeichnet. Vor allem sei bedauert worden, daß Niemand mehr bezüglich des Baues seinem Geschmack, seiner Ansicht huldigen könne, sondern fortgesetzt auf die eine

daß die durchaus ungewollten Heimatschutz-Vorschläge, deren praktischer Vorteil abgestritten werden müsse, angenommen würden. Das sei ein Stimmungsbild aus einer Gemeinde im Erzgebirge. Er wolle nun auf die einzelnen Fragen selbst zurück kommen. Sie bewegten sich in folgenden Richtungen: 1. Die Bauenden beschwerten sich, daß ihnen vielfach das Bauen durch die Anforderungen der Behörden auf ästhetischem Gebiet verteuert werde, daß ihnen



Abbildung 11. Langwieser-Viadukt während der Ausführung. Lehrgerüst und Hängebahn-Anlage für die Betonierung. Entwurf und Ausführung: Ed. Züblin & Cie. in Straßburg i. E. Phot. Aufnahme von Ant. Reinhardt in Chur.

Vom Bau der Eisenbahn Chur—Arosa (Schweiz).

Richtung — Heimatschutz — hingewiesen werde. Dabei dürfe nicht verkannt werden, daß durch die Aufnahme „fremden Wesens“ so Manchem die Freude am „eigenen Heim“ getrübt, ja, Vielen die Lust zum Bauen genommen werde. Der Heimatschutz-Verein sei gleichsam als Behörde bezeichnet worden, vor der nunmehr Schutz gesucht werden möchte. Der Gemeinderat erinnere sich der Bauungspläne, die nur Abschluß dadurch finden könnten,

aus Schönheitsgründen Bauausführungen zugemutet würden, die für sie unwirtschaftlich und unzweckmäßig seien. 2. Die Bauenden beschwerten sich über unliebsame Verzögerungen, die durch die Begutachtungen seitens der Heimatschutz-Sachverständigen einträten. 3. Industrielle, die Baustoffe, namentlich sogenannte Surrogate lieferten, beschwerten sich über Geschäfts-Schädigungen, die dadurch entstünden, daß den Bauenden die Verwendung

bestimmter Baumaterialien entweder gleich verboten werde oder daß schließlich die Bauenden durch Verzögerung der Baugenehmigung veranlaßt würden, sich den Wünschen der Behörde in Bezug auf das zu verwendende Material zu fügen, um überhaupt vorwärts zu kommen. Dazu kämen 4. Klagen wegen zu weitgehender Beschränkung der Reklame durch Plakate usw. Im Winter 1912 sei in Unterscheibe, einem Ortsteil von Markersbach im Erzgebirge, eine Wirtschaftsbesitzerin Hunger abgebrannt. Sie habe im April 1912 die Risse für den Neubau eingereicht, aber erst im September 1912, also kurz vor dem Ausbruch des Winters, habe die Frau die Baugenehmigung erhalten. So sei man mit einer Frau verfahren, die abgebrannt gewesen sei und sich in fremden Behausungen in der Zwischenzeit habe aufhalten müssen. Wenn sich die Herren von der Regierung den Ort Unterscheibe einmal ansehen wollten, so würden sie finden, daß, wie in den meisten erzgebirgischen Orten, von einem einheitlichen Ortsgebilde keine Rede sein könne. Die oben erwähnte Frau sei wegen der Schwierigkeiten, die ihr gemacht worden seien, allgemein bedauert worden. Der Gutsbesitzer Dietrich in Seeligstadt habe unter dem 23. März 1912 von der Amtshauptmannschaft Meißen eine Baugenehmigung für eine Feldscheune mit der Bedingung erhalten: Die Ausführung des Pappdaches werde unter der Bedingung gestattet, daß anstatt des eingewalzten Kieselsteins feine Ziegelbrocken eingepreßt würden. Solche Ausführung sei unpraktisch. Die Ziegelbrocken hätten scharfe Kanten und Ecken, die beim Begehen während der heißen Jahreszeit in die Dachpappe hineingetreten würden und so durchlässige Stellen im Dach verursachten. Dann sei dem Gutsbesitzer Uhlemann in Nelkanitz im März 1913 von der Amtshauptmannschaft in Meißen dieselbe unpraktische Bedingung wie in dem eben erwähnten Fall gestellt worden. Es werde vom grünen Tische aus dekretiert, ohne Würdigung der besonderen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. In verschiedenen Amtshauptmannschaften werde das Bauen dadurch erschwert oder verhindert, daß man keine Genehmigung zu größeren Wohnhäusern gebe. So seien in Alberoda in der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg 1912/13 vier geplante Neubauten nicht ausgeführt worden, weil die Behörde nur ihre Genehmigung zu Ein- oder Zweifamilien-Häusern habe geben wollen. Die Wohnungen in solchen Häusern würden aber für dortige Verhältnisse zu teuer. Es komme zu den hohen Gebühren dazu, daß eine Menge Straßen-Anliegerkosten und Beschleusungskosten bezahlt werden müßten, und so rentiere sich nur ein Haus für mehrere Parteien. Weil nun die Leute Wohnhäuser, für die Bedarf vorgelegen habe, nicht hätten bauen können, hätten sie überhaupt nicht gebaut. In der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg würden auch Fensterläden, Spaliere, Kästen für Blumen verlangt, da werde nicht daran gedacht, daß die Läden 12 M. für 1 qm kosteten. Das bedinge doch für die Bauenden eine ganz erhebliche Verteuerung. Viel Holz werde jetzt verlangt. Das falle schon deswegen auf, weil der frühere Brandversicherungs-Inspektor möglichst wenig Holz für Häuser hätte haben wollen. Auch anderwärts seien Bauten vielfach unterblieben. In verschiedenen Amtshauptmannschaften verteuere man das Bauen in letzter Zeit dadurch, daß man gegen bestimmte Bedachungs-Materialien einschreite, nämlich gegen Zement-Dachziegel und gegen Pappbedachung. Natürlich liege hier nicht bloß eine Schädigung der Industrie vor, die sich mit der Herstellung der Zementdachziegel befasse, sondern auch eine Schädigung der Bauenden selbst. Die Bedachung mit Zementziegeln hätten namentlich auch die Landwirte eingeführt und gute Erfahrungen in verschiedenen Gegenden Sachsens damit gemacht, und sie erweise sich als billig und praktisch. Neuerdings gehe man nun in verschiedenen Amtshauptmannschaften der Bedachung mit sogenannten Surrogaten aus Schönheitsgründen zu Leibe. Nicht immer bloß mit Verboten; oft würden die Leute allmählich mürrisch gemacht dadurch, daß sie immer und immer wieder in die sogenannte Bausprechstunde bestellt und dort gehörig bearbeitet würden. In der Wahl der Mittel, wie man die Ausführung mit sogenannter Naturdachung erreiche, sei man oft auch recht wenig wählerisch, wie folgender Fall zeige. Die Amtshauptmannschaft Marienberg habe am 6. Februar 1912 dem Gutsbesitzer Gärtner in Lauterbach eröffnet, „daß der engere Verwaltungsausschuß der königl. Brand-Versicherungskammer beschlossen habe, zur Auflegung feuersicherer Dachung auf das Gebäude eine Beihilfe von 170 M. aus der Brand-Versicherungskasse zu bewilligen. Vorausgesetzt werde, daß zur Eindachung nur gebrannte Ziegel, Schiefer oder Metall zur Verwendung gelangten“. Es sei der Brand-Versicherung nicht eingefallen, diese Voraussetzungen oder Bedingungen zu stellen, das

habe einfach der Amtshauptmann in Marienberg dazu gesetzt. Als Beispiel dafür, wie man den Leuten das Bauen verteuert, führe er Nachfolgendes an: Der Besitzer des Gasthofes in Walthersdorf bei Schlettau habe ihm seinen Dachboden gezeigt, wie er ihn habe bauen müssen infolge der Anordnungen der Heimatschutz-Sachverständigen. Da hätten ein paar Kompagnien, vielleicht ein Bataillon Infanterie untergebracht werden können. Der Bauende habe gesagt, daß er für ein paar tausend Mark Holz mehr habe hineinbauen müssen, als nach seiner ursprünglichen Planung nötig gewesen wäre. Leider gebe es viele Leute, die nicht mit aller Energie sich weiter kümmern, die nicht den Beschwerdeweg anwendeten. Viele wendeten sich schließlich nicht an die Beschwerde-Instanz, weil sie eben aus irgend welchen wirtschaftlichen Gründen bauen müßten. — Die zweite Klage der Bauenden sei die über Verzögerungen des Bauens. Verschiedentlich träten Verzögerungen dadurch ein, daß die Begutachtungen durch Heimat-Sachverständige sich lange hinauszögen, daß Leute, die sich nicht ohne weiteres fügen wollen, hintangehalten würden, um sie mit der Zeit gefügig zu machen. Die Verzögerungen seien von großem Nachteil besonders im oberen Erzgebirge, wo für das Bauen verhältnismäßig wenige Monate im Jahre blieben. Dem Restaurateur Tippmann, der im Februar oder März 1913 abgebrannt gewesen sei, sei die Genehmigung zum Aufbau noch nicht erteilt worden, obwohl schon sieben bis acht Monate vergangen gewesen seien. Die Schwierigkeiten seien wiederum vom Heimatschutz bereitet worden. Solche Fälle seien im Gebirge oben sehr häufig zu verzeichnen. Im Bezirk der Amtshauptmannschaft Annaberg sei die Klage über die Verzögerung der Baugenehmigung allgemein. Man dürfe bei der Anwendung des Heimatschutz-Gesetzes nicht so sehr Rücksicht auf ästhetisch besonders empfindliche Leute nehmen, sondern man müsse, wie auch das Oberverwaltungs-Gericht in verschiedenen Entscheidungen ausgesprochen habe, Rücksicht nehmen auf die Empfindung der Allgemeinheit. Sehr empfindlich seien die Schädigungen einzelner Industriezweige dadurch, daß eine Reihe von Behörden gegen bestimmte Bedachungs-Baumaterialien vorgingen. Berechtigten Grund zur Klage habe zunächst die Zement-Industrie. In zahlreichen Fällen werde sowohl gegen die Verwendung von Zement-Werksteinen zu Architekturteilen wie gegen ihre Verwendung zur Bedachung vorgegangen, obwohl das Gesetz und die Ausführungs-Verordnung dazu keine Handhabe böten. Das sei Heimatschutz-Fanatismus. Das bauende Publikum sehe in den betreffenden Verwaltungs-Bezirken, in denen eine solche Handhabung des Gesetzes an der Tagesordnung sei, vielfach von vornherein davon ab, Zement-Dachsteine zu verwenden, um keine Schwierigkeiten mit den Behörden zu haben. Auf diese Weise werde eine sonst zukunftsreiche Industrie in ihrer Entwicklung gehemmt und schließlich lahm gelegt. Von einer Zementwarenfabrik in Mittweida lägen ihm sechs Schreiben vor, in denen die Bestellungen auf Zement-Dachplatten unter Bezugnahme auf das Bauverbot oder die Beanstandungen rückgängig gemacht oder aufgehoben würden. Dabei habe er sich persönlich überzeugt, daß die Erzeugnisse der Firma in solchen Farben geliefert würden, daß von einer Verunstaltung des Landschaftsbildes keine Rede sein könne. Das systematische Vorgehen der Amtshauptmannschaft Glauchau gegen Zement-Dachung charakterisiere ihre Verfügung vom 2. Dez. 1913 an die Dachdecker in Glauchau. Da heiße es: „In letzter Zeit sei mehrfach vorgekommen, daß ohne behördliche Erlaubnis Gebäude mit roten Zementfalz-Ziegeln eingedeckt worden seien. Diese Ziegel seien ihrer Form und ihrer ungleichmäßigen und unbeständigen Farbe wegen zu beanstanden.“ Auf Vorgehen des Verbandes deutscher Zementwarenfabrikanter habe die Amtshauptmannschaft den Rückzug antreten müssen und die Verordnung im Jan. 1914 dahin eingeschränkt, daß sich die Verfügung nur gegen die Verwendung von Ziegeln von schlechter oder greller Farbe richte. In Merchaal bei Deutscheneubora habe ein Wirtschaftsbesitzer Rost für seinen Neubau Zementdachsteine verwenden wollen und hatte schon einen Vertrag geschlossen mit der Zementwarenfabrik von Matthies, Bahnhof Röderau i. Sa. Da sei ihm von der Amtshauptmannschaft Meißen gesagt worden, diese paßten zu keinem Neubau, höchstens auf eine alte Bude. Es liege hier zwar kein Verbot vor, aber die Leute faßten solche Äußerungen als Verbot auf. Dabei habe der Lieferant von der Behörde kurz zuvor am 3. April 1913 die Genehmigung für die Verwendung von schwarzen und roten Zementdachsteinen bei Bauten im dortigen Verwaltungsbezirk erhalten. Namentlich gehe man auch in der Amtshauptmannschaft Döbeln gegen die Zementdachung vor. Besonders schwer habe die Dachpappen-Industrie zu klagen. Gegen das flache Dach

werde ganz entschieden vorgegangen, was aber nicht gebilligt werden könne. Denn es könne auch schön gestaltet werden. In der Broschüre „Heimische Dachformen“ von Regierungs- und Baurat Hasak werde dargelegt, daß das flache Dach durchaus als heimische Form zu bezeichnen sei. Wenn man hier Schwierigkeiten mache, so schädige man die Bauenden und unterbinde die Dachpappen-Fabrikation. Man schädige nebenbei auch die Industrie des Steinkohlenteers, die Gasanstalten usw. Der Staat selbst habe doch viele solche Bauten mit flachem Dach geliefert. An Einzelfällen nenne er die bei einem Saalerweiterungs-bau des Restaurateurs Tippmann in Langenstrieß, bei einem Scheunenbau des Gutsbesizers Förster in Großschirma, 1911 bei einem Geräteschuppen des Gutsbesizers Ulbricht in Reichenbach bei Waldheim usw. Die Baumeister sogar würden von der Ansicht der Behörden beeinflusst und schließlich hätten die Bauenden Schwierigkeiten, bei den Baumeistern selbst Unterstützung für ihre Absichten zu finden. In manchen Fällen sei von den Behörden den Bauenden abgeraten worden, sich an bestimmte Firmen zu wenden, so dem Gutsbesitzer Uhlemann von der Amtshauptmannschaft Meißen. Auch Schädigungen dritter Personen durch die Anwendung des Heimatschutzes seien bekannt geworden. Der Besitzer eines Miethauses in Bad Elster, der immer an Badegäste vermiete, sei z. B. betroffen worden. Von Verschönerung des Ortsbildes könne in dem Falle keine Rede sein. Jetzt im Alter sehe sich der Mann um die Früchte seines Fleißes gebracht. Man habe ihm aus angeblichen Interessen des Heimatschutzes auch die Aussicht verbaut, darum könne er kaum noch Gäste als Mieter bekommen. Der Besitzer habe Einspruch erhoben bei der Amtshauptmannschaft Oelsnitz, aber durch mündlichen Bescheid sei gesagt worden, er habe nur Anspruch auf Luft und Licht, niemals aber auf Aussicht. Da dürfe man sich nicht wundern, wenn immer lauter der Ruf werde: Schutz gegen den Heimatschutz. Vielfach sei es zu Bestrafungen gekommen. In Grottendorf habe man einem Fabrikanten und Fabrikarbeiter, der eine Umdachung vorgenommen hätte von weicher in harte Bedachung, eine Strafe zugehen lassen, weil sie ohne polizeiliche Genehmigung vorgenommen worden sei. Dabei sei zweifelhaft, ob für Umdecken überhaupt baupolizeiliche Genehmigung erfordert werden könne. Der Geschmack sei sehr verschieden, da sollte man Niemandem aufdringen, was man gerade als künstlerisch ansehe. Nicht immer sei durch das, was geschaffen worden sei, das Ortsbild gebessert worden und es ständen sich oft die Ansichten diametral gegenüber. Die Anschauungen schwankten auch bei Behörden über das, was schön sei. Während durch das preußische Verunstaltungsgesetz vom 5. Juni 1907 lediglich die gröbliche Verunstaltung betroffen werde, treffe das sächsische

Verunstaltungs-Gesetz jede Verunstaltung an sich, allerdings gemildert durch die ministerielle Verordnung, daß die mit der Ausführung des Gesetzes betrauten Behörden diese Vorschriften mit Milde sowie mit möglicher Schonung der beteiligten Kreise anwenden sollten. Die Plakat- und Reklame-Industrie z. B. habe indes von dieser Schonung bisher nicht viel merken können. In der Begründung einer oberverwaltungsgerichtlichen Entscheidung vom 16. Dezember 1913 werde zutreffend gesagt, da es sich um ein Verbot zum Schutz allgemeiner Interessen handle, genüge es nicht, wenn nur einige wenige, ästhetisch besonders feinfühlig Menschen in dem Reklameschild eine Verunstaltung erblickten; die Einwirkung auf das Landschaftsbild müsse vielmehr so auffallend sein, daß jeder gebildete Durchschnittsmensch sie als Verunstaltung empfinde. Als das Gesetz seinerzeit in Sachsen vorgelegt worden sei, sei zur Begründung seiner Notwendigkeit von der Regierung darauf hingewiesen worden, daß nicht etwa Sachsen allein das Gesetz habe, sondern ein solches auch anderwärts bestehe. Das sei richtig. Aber auch anderwärts seien die Klagen über diese Heimatschutz-Gesetze ebenso laut geworden, wie in Sachsen, z. B. in Hamburg und in Preußen. In Titel 8 des Etat-Kapitels 58 sei nun wieder ein Betrag von 37 000 M. als Beihilfe für den „Landes-Verein sächsischer Heimatschutz“ eingestellt worden. Nach dem schriftlichen Bericht habe eine längere Aussprache über die Tätigkeit der Heimatschutzstelle stattgefunden. Die Tätigkeit habe auf der einen Seite warme Anerkennung gefunden, auf der anderen Seite aber auch erheblichen Widerspruch. Es sei doch immer bezeichnend, daß von einer Seite der Antrag gestellt worden sei, in die Bemerkungsspalte einen Vorbehalt aufzunehmen „künftig wegfallend“. Er, Redner, verkenne keineswegs, daß der „Landes-Verein Heimatschutz“ viel Gutes geschaffen habe und noch viel Gutes schaffen könne. Namentlich, wenn er auch von den staatlichen Behörden bei ihren Bauten immer zu Rate gezogen würde. Seine politischen Freunde machten aber die Bewilligung der 37 000 M. davon abhängig, daß seitens der Regierung ebenso, wie es in Preußen geschehen sei, die bindende Erklärung bezüglich der künftigen Handhabung abgegeben werde, daß die Regierung gewillt sei, eine Anweisung an die Verwaltungs-Behörden ergehen zu lassen, die Ausführungs-Bestimmungen auch einzuhalten, sie nicht etwa weit, sondern eng und streng auszulegen und nicht die wirtschaftlichen Interessen der Bauenden und Industriellen so zu verletzen, wie es seit der Geltung des Gesetzes so vielfach geschehen sei. Die Unruhe über die jetzigen Zustände, die sich im Bauwesen durch die Praxis des Heimatschutzes ergäben, sei groß und berechtigt. Die Regierung müsse im Interesse des Vaterlandes dafür sorgen, daß hier wieder Ruhe und Zufriedenheit einkehren. —

(Fortsetzung folgt.)

Tote.

Oberbaurat Karl Engelhorn †. Am Abend des 25. Februar entschlief in Karlsruhe nach längerem schwerem Leiden der Professor der Architektur an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, Oberbaurat Karl Engelhorn, im erst 58. Lebensjahre. Der Verstorbene war am 1. Februar 1858 in Mannheim geboren und machte seine fachlichen Studien an den technischen Hochschulen in Karlsruhe und Stuttgart. Nach einer längeren italienischen Studien-Reise trat er in den badischen Staatsbaudienst ein und war nach einander in Karlsruhe, Heidelberg, Emmendingen, Schopfheim und Freiburg i. Brsg. tätig. Im Jahre 1894 ging er als Bezirks-Bauinspektor nach Konstanz; als solcher baute er selbständig das neue Gymnasium in Konstanz, vor allem aber die umfangreiche Anlage der Heilstätte von Reichenau. Im Jahre 1911 folgte Engelhorn einer Berufung an die Technische Hochschule in Karlsruhe als Nachfolger von Otto Warth, der sich von der Lehrtätigkeit zurück gezogen hatte. Der Lehrauftrag bot Engelhorn keine Gelegenheit zu individuellem Hervortreten. —

Wettbewerbe.

Ein Wettbewerb des österreichischen Unterrichts-Ministeriums zur Erlangung von Entwürfen für Krieger-Denk-mäler ist von der amtlichen „Wiener Zeitung“ veröffentlicht worden und darf als eine mit sehr reichen Mitteln ausgestattete Handlung zur Bekämpfung des Notstandes unter den Künstlern betrachtet werden. Der Wettbewerb ist auf österreichische Bewerber beschränkt. Sein Gegenstand sind Entwürfe zu Denkmälern für Krieger, die im gegenwärtigen Krieg den Heldentod starben. Art und Form des Denkmals, das aus der Baukunst, der Bildnerei und Malerei oder aus dem Zusammenwirken einzelner oder aller dieser Künste hervorgehen kann, sind in das freie Ermessen des Bewerbers gestellt. Das trifft auch für die Wahl des Standortes für das Denkmal jedoch

mit der Einschränkung zu, daß der Standort eine dem öffentlichen Verkehr zugängliche Oertlichkeit sein muß. Dem Preisgericht, das aus der ständigen Kunstkommission des österreichischen Unterrichts-Ministeriums gebildet wird, steht für Preise der ansehnliche Betrag von 66 000 Kronen zur Verfügung, die in je 2 Preise von 15 000, 8 000, 6 000 und 4 000 Kronen zerlegt sind.

In diesem dankenswerten Vorgehen des österreichischen Unterrichts - Ministeriums ist augenscheinlich der Einfluß der künstlerischen Körperschaften Oesterreichs zu erkennen. Bei uns haben sich bisher die Ständesvertretungen noch nicht entschließen können, in diesem Sinn Anregungen bei den zuständigen Stellen zu geben. Im Gegensatz zu süddeutschen Staaten und Städten schweigen Preußen und die Hauptstadt des Reiches völlig, und doch besteht auch hier ein empfindlicher Notstand unter der Künstlerschaft, die von Stunde zu Stunde darauf harret, ihre schwere Lage auf irgend einem würdigen Wege verbessern zu können. —

Ein Wettbewerb des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz für rheinische Bewerber betrifft Entwürfe für Krieger-Grabmäler und -Gedenkzeichen. Frist 15. April 1915. Unter den Preisrichtern Prof. Dr. F. W. Bredt in Barmen, Geh. Brt. Heimann in Köln, Prof. P. Klotzbach in Barmen, Diözesan-Baumeister Renard in Köln und Geh. Brt. Thielen in Koblenz. —

In einem engeren Wettbewerb betr. Entwürfe für ein Bürger-Versorgungshaus in Jägerndorf in Oesterreichisch-Schlesien, an dem 6 Bewerber beteiligt waren, fielen der I. Preis dem Architekten Franz Blasch, der II. Preis dem Bmstr. Rud. Pohl und der III. Preis dem Bmstr. Ed. Frank, sämtlich in Jägerndorf, zu. —

Wettbewerb Rathaus Rotthausen. Der Gewinner eines III. Preises ist Hr. Architekt Otto Siepenkothen (nicht Siebenkothen) in Essen. —



Die Verleihung des
im Völker-



Eisernen Kreuzes
Krieg 1914—15

ist, soweit wir Kenntnis davon erhielten, für hervorragende
Taten an folgende Angehörige unseres Faches erfolgt:

I. Klasse:

Gabriel Becker, Dr.-Ing., Techn. Hochschule in Charlottenburg.
E. Bormann, Dipl.-Ing., Dir. des Technikums in Riesa.
Eduard Froitzheim, Reg.-Bauführer in Köln a. Rh.
Otto Goltz, Bauunternehmer in Bromberg.
Heckmann, Reg.-Landmesser aus Remagen.
C. Henderkott, kgl. Reg.-Landmesser in Düsseldorf.
Jessen, Kataster-Landmesser in Soldin i. Mark.
Ernst Kalb, Stadtbmstr. beim Tiefbauamt der Stadt Berlin.
Hugo Kayser, Arch. am Neubau der kgl. Bibliothek in Berlin.
Eduard Koch, Architekt in Stolp i. Pommern.
Hans Arnold Müller, Architekt in Posen.
Max Overhoff, Dipl.-Ingenieur.
Karl Schächterle, Dr.-Ing., Bauinsp., Vorst. des Brückenbau-
büros der Gen.-Dir. der Staatseisenb. in Stuttgart.
Fritz Schneider (†), Architekt aus Zeitz.
Rudolf Sehlhausen, Ing. der Siemens-Schuckertwerke, Berlin.
Wilh. Völcker aus Güstrow, Reg.-Bmstr. bei der Stadtverw.
in Berlin-Schöneberg.
Wilhelm Wille, Bauinsp. der Museumsbauten in Berlin.

Fortsetzung der Liste der Inhaber des Eisernen Kreuzes
II. Klasse:

Roth, Dipl.-Ing., Stadting. beim städt. Tiefbauamt in Kiel.
Eduard Roy, Brl. bei der Oderstrombauverw. in Breslau.
Karl Rudolph, Reg.-Bmstr. im Min. d. öff. Arb. in Berlin.
Otto Sander, Dipl.-Ing., Brandmstr. in Hamburg.
Walter Saran, Reg.-Bauführer in Berlin-Dahlem.
Sautter, Techn. Eisenb.-Schr. bei der Eisenb.-Bausekt. Eßlingen.
Paul Schachtschabel, Bauingenieur in Stettin.
Eberhard Schade, Reg.-Baumeister in Hildesheim.
Richard Schäfer, Reg.-Baumeister in Dortmund.
Scheufele, Bauamtsass. am Str.- und Flußbauamt Weilheim.
Albert Schilderer, Reg.- u. Brl. bei der Oderstrom-Bauver-
waltung in Breslau.
Karl Schmelz, Stadtgeometer in Stuttgart.
Heinrich Schmeusser, Dipl.-Ingenieur in Berlin-Friedenau.
Schmicker, Reg.-Bmstr., Lehrer an der kgl. Maschinenbau-
schule in Gleiwitz.
Ernst Schmidt, Dipl.-Ingenieur in Königswusterhausen.
Dr. Friedr. Schmidt, Univers.-Bauamtsass. in Erlangen.
Jürgen Schmidt, Ingenieur in Kolberg.
Karl Schmidt, Reg.-Bmstr. beim Justiz-Neubau in Königsberg.
Oskar Schmidt, Ing. bei der Stadt Charlottenburg.
Wilhelm Schmidt, Reg.-Bauführer in Lüneburg.
Karl Schmitz, Dipl.- u. städt. Ing. aus Köln-Nippes.
Max Schneider, Stud. der Techn. Hochschule in Stuttgart.
Willy Schneider, Reg.-Baumeister in Stettin.
Richard Schnorr, Ingenieur in Cannstatt.
Erwin Schönborg, Ingenieur in Berlin-Baumschulenweg.
Konrad Schoepke, Ob.-Ingenieur in Düsseldorf.
Dr. Georg Schrauff, Ob.-Ing. der Gasmotorenfabr. in Deutz.
Joh. Schüler, Arch., Prof., Oberlehrer an der kgl. Baugewerk-
schule in Münster in W.
Fritz Schultz-Heckendorf, Architekt aus Steglitz.
Emil Schultze, Baurat beim Wasserbauamt I in Berlin.
Schulze, Dipl.-Ing., Oberlehrer an der kgl. Baugewerkschule
in Stettin.
Erich Schulze, Dipl.-Ingenieur aus Berlin.

Schwarz, Reg.-Bmstr. beim bautechn. Büro der Gen.-Dir. der
Staatseisenb. in Stuttgart.

Georg Schwarzbeck, Ing. beim Luftschiffbau Schütte-Lanz.
Schweichel, Brl. beim Mel.-Bauamt in Merseburg.
Wilhelm Schwerdtfeger, Dipl.-Ingenieur in Hamburg.
Wolfgang Schwing, Ingenieur in Frankfurt a. M.
Georg Seifert, Reg.-Baumeister, Patentanwalt in Berlin.
Kurt Semmler, Reg.-Baumeister in Hannover.
Heinrich Sielken, Architekt in Bad Oeynhausen.
Karl Sievers, Stadtbaumeister in Berlin.
G. Sikking, Dipl.-Ingenieur aus Baden.
Theodor Skutsch, Reg.-Baumeister in Halle a. d. Saale.
Alfred Frhr. v. Soden-Fraunhofen, Dipl.-Ing. in Friedrichs-
hafen.

Hermann Söffing, Reg.-Baumeister in Kattowitz.
Theodor Sohm, Architekt in Mannheim.
Soll, Dipl.-Ing., Oberl. an der kgl. Baugewerkschule, Barmen.
Otto Solbrig, Stud. der Techn. Hochschule in Dresden.
Karl Spach, Baurat in Luxemburg.
Fritz Spangenberg, Arch., Lehrer an der städt. Baugewerk-
schule in Bad Sulza.

Emil Speitel, kgl. Landmesser in Berlin.
Werner Spennemann, Dipl.-Ing. der Siemens-Schuckert-Werke.
Walter Sperling, Reg.-Baumeister in Rathenow.
Werner Spiegel, Ingenieur in Polchow.
Fritz Spiegelberg, Reg.-Bauführer in Elbing.
Albert Sprengel, Stadtbauinsp. in Offenbach a. M.
Spreiter, Bauwerkmeister in Stuttgart.
Kurt Stachowitz, Reg.-Baumeister in Halle a. S.
Stäbler, Reg.-Bmstr. bei der Eisenb.-Bausekt. Böblingen.
Eberhard Stange, Reg.-Bauführer in Breslau.
Kurt Stantien aus Paszelen (Stud. der Techn. Hoch-
schule in Dresden).
Hans Stark aus Bruchsal.
Paul Starke, Stadtbaurat in Zwickau i. Sachsen.
Paul Staub, Ing. bei den Kanalisationswerken der Stadt Berlin.
Heinr. Stechmann, Reg.- u. Brl., Mitgl. der Eisenb.-Dir. Posen.
Bernhard Steffen, Reg.-Bmstr., Vorst. des Hochbauamtes Oste-
rode i. Ostpr.

Herbert Stehn aus Altona, Stud. d. Techn. Hochschule in Dresden.
Hans Steidle, Architekt in Sigmaringen.
Kurt Lothar Stein, Architekt in Breslau.
Bruno Steinicke, Reg.- u. Baurat in Stade.
Stephan, Reg.-Bmstr. beim Kulturbauamt Kempten.
Max Sternberg, Ingenieur aus Berlin.
Eduard Steyer, Reg.-Baumeister in Leipzig.
Karl Stober (†), Stadtbaumeister in Wiesloch.
Otto Stock, Dipl.-Ingenieur von Crailsheim.
Friedrich Stude, Brandmeister in Breslau.
H. L. Studemund, Baurat in Lübeck.
Werner Sultz, Reg.-Baumstr. bei der A. E. G. in Berlin.
Ernst Supan, Reg.-Baumeister in Kattowitz.
Walter Sy, Dipl.-Ingenieur in Berlin.
Paul Tantz, Reg.-Bauführer in Ratingen.
Heinrich Tecklenburg, Reg.-Baumeister in Mainz.
Teichmann, Arch., Lehrer an den Techn. Staatslehranst. in
Chemnitz.

Siegfried Theuerkauf, Stud. der Techn. Hochschule in Berlin.
Max Thimm, Reg.-Bmstr. beim Eisenb.-Zentralamt in Berlin.
Felix Tiede, Architekt in Danzig.
Heinz Tietze, Reg.-Bauführer in Berlin.
Hans Tittel, Dipl.-Ing. an der Techn. Hochschule in Dresden.
Ernst Turban, Dipl.-Ing., Architekt in Durlach.
Walter Uhl (†), Dipl.-Ingenieur aus Magdeburg.
Verbeck, Dipl.-Ing., Oberlehrer an der kgl. Maschinenbau-
schule in Dortmund.

Paul Völkerling, Dipl.-Ingenieur.
Hans Voigtländer, Reg.-Bmstr. beim Kanalamt in Bückeburg.
Heinrich Voigt, Ingenieur von Durlach.
Otto Vollnhals, Dipl.-Ing., Architekt.
Erich Voß, Reg.-Baumeister in Berlin.
Albert Wagner, Reg.- u. Brl., Mitgl. der General-Dir. der
Eisenb. in Elsaß-Lothringen, Straßburg.
Georg Warrelmann, Dir. der städt. Elektrizitätswerke und
Straßenbahnen in Potsdam.

Eugen Wasmer, Bauinspektor in Karlsruhe i. B.
Albert Wegenast, Dipl.-Ingenieur von Ebingen.
Wegener, Reg.-Bmstr. an der kgl. Baugewerkschule, Kattowitz.
Ernst Weigelin, Dipl.-Ingenieur aus Eßlingen.
Arnold Weiss, Reg.-Bauführer in Charlottenburg.
Ernst Weißbach, Reg.-Baumeister in Stargard i. M.
Karl Wiech, Bautechniker in Stuttgart.
Wilhelm, Ob.-Ing. der Fa. Siemens & Halske in Japan.
Oswald Wirth, Reg.-Bmstr., Vorst. d. Eisenb.-Baubt. Nauen.
Herbert Witte, Reg.-Bauführer in Charlottenburg.
Wittenhaus, Ingenieur aus Hannover.
Anton Wöhr, Ob.-Bauinsp. bei der Eisenb.-Dir. Nürnberg.
Martin Wolf, Ing., Oberl. der kgl. Baugewerkschule in Buxtehude.
Hermann Wolfram, Reg.-Baumeister in Breslau-Opperau.
Karl Wolters, Ob.-Ing. bei den Siemens-Schuckert-Werken.
Wilhelm Würster, Stud. der Techn. Hochschule in Stuttgart.
Hans Zadek, Ob.-Ingenieur bei der A.-E.-G.
Otto Ziegler aus Frankfurt a. M., Stud. der Techn. Hochschule
in Dresden. (Fortsetzung folgt.)

Inhalt: Vom Bau der Eisenbahn Chur—Arosa (Schweiz). (Schluß.)
Der Heimatschutz im sächsischen Landtag. — Tote. — Wettbewerbe. —
Die Verleihung des Eisernen Kreuzes im Völkerrkrieg 1914—1915. —

Hierzu eine Beilage: Vom Bau der Eisenbahn
Chur—Arosa (Schweiz).

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLIX. JAHRGANG. N^o 20. BERLIN, DEN 10. MAERZ 1915.

Ypern.

Von Dr.-Ing. Joseph Stübben.

(Schluß aus No. 12.) Hierzu die Abbildungen in den Nummern 13 und 18, sowie Seite 135.

Gegenwärtig dient das Erdgeschoß als Markthalle, öffentliche Wage und Polizeibüro. Es ist mit Ziegelgewölben überspannt (Abb. S. 47 in No. 7), ausgenommen der Nordflügel, in welchem eine Reihe von Rundpfeilern den alten Balkenboden des Obergeschosses trägt. Das Obergeschoß bildet in der ganzen Fassadenlänge einen einzigen Raum von annähernd 2500 qm Grundfläche mit offenem Dach aus altem, schwerem Eichenholz und bemalten Wänden. Die vortreffliche Ausmalung stammt aus der Zeit von 1872–1891. Der gewaltige Raum teilt sich in das quadratische im Belfried liegende Gemach, in den östlichen und den westlichen Raum. Der östliche wird nach dem Maler der Bilder Pauwels-Saal, der westliche ebenfalls nach dem Maler Delbeke-Saal genannt. Die Bemalung der beiden Räume ist eine durchaus verschiedene. Ferdinand Pauwels hat in den Jahren 1872–1881 die den Fenstern gegenüber liegende, undurchbrochene Wand mit zwölf Gemälden in Wachsfarben geschmückt, welche auf die Geschichte Ypern's in seiner Blütezeit sich beziehen und zum Teil von ergreifender Wirkung sind (Abbild. S. 92, No. 13). Ludwig Delbeke's Aufgabe war eine andere, da im Westsaal beide Langmauern von Fensteröffnungen durchbrochen sind. Er hat begonnen, in einem archaischen Stil die verbleibenden Wandflächen mit allegorischen Darstellungen zu bemalen, die das bürgerliche Leben sinnbildlichen sollen. Die Arbeit wurde durch den Tod des Künstlers im Jahre 1891 unterbrochen; aber auch in ihrem unfertigen Zustand ist sie ein hervorragendes Werk (Abbild. S. 91, No. 13). Im südlichen Teil des Saales ist der alte Holzgiebel eines im Jahre 1874 abgebrochenen Hauses der Liller-Straße aufgebaut, gleich dem Hause am Liller-Tor dem 15. Jahrhundert entstammend, aber reicher als jenes.

Der nordöstliche Flügel des Hallenbaues umfaßt die Räume der Stadtverwaltung. Einige derselben sind von hoher Schönheit. So der reich geschmückte gotische Schöffensaal, 1870 wieder hergestellt, mit sehr wertvollen Fresken aus dem 14. und 15. Jahrh., und der bis vor kurzem verwahrloste, jetzt vielleicht wiederhergestellte Gildensaal, Saal des Rates der Siebzehn genannt. Die Erweiterung dieses Stadthauses, das Nieuwe Werk (Neue Werk) genannt, ist (oder war) der merkwürdigste Bau der merkwürdigen Stadt. Es ist ein Anbau an den Ostgiebel der Tuchhalle im Renaissancestil aus den Jahren 1620 bis 1624, von künstlerischer und konstruktiver Kühnheit. Als Baumeister wird Jan Sporeman aus Gent genannt. Das Erdgeschoß besteht aus einer völlig offenen, neunbogigen Halle, deren zehn zierliche Säulen die beiden Obergeschosse zu tragen haben (Abbildungen S. 41, Nr. 6 und 46, Nr. 7). Eine sehr enge Fensterstellung, ein reizvoller Giebel nach dem Marktplatz hin und ein anderer nach der Rückseite, ferner das hohe giebelgekrönte Mittelfenster der Langseite, das zur ehemaligen Schöffenskapelle gehört, sowie vier große

Lukarnen bilden die Architektur der Fassaden. Im Inneren ist nur das Zimmer des Bürgermeisters bemerkenswert durch seine prächtige Täfelung und mehr noch durch die überraschend schöne Aussicht auf den Marktplatz, die seine Fenster darbieten.

Nördlich von der Tuchhalle, nicht am großen Platz, sondern wie in fast allen mittelalterlichen Städten, zurückgezogen in eine besondere, engere Umgebung, steht die dem heil. Martin geweihte Kathedrale, bestehend aus einem dreischiffigen Langhaus, einem geräumigen Transept und einem dreischiffigen Chor. Letzterer, ein edles Werk des Uebergangsstiles, gehört zu dem Besten, was Belgien aus jener Zeit besitzt. Etwas jünger, aus dem Jahre 1254, ist das frühgotische Querhaus mit spätgotischem Portal (Abbildung S. 134); die beiden Seitenportale sind bei der Wiederherstellung in den 1860er Jahren unnötigerweise hinzugefügt worden. Der Turm, in der Höhe unvollendet, wurde von Martin Utenhove aus Mecheln um 1433 erbaut (Abb. von Martin Utenhove aus Mecheln um 1433 erbaut (Abb. S. 85, No. 13). Ein dem Langschiff angefügter Anbau aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts stört das Gesamtbild. Neben diesem Seitenbau steht das sehr moderne Standbild des Bürgermeisters, späteren Ministers Vandenpeereboom, in weißem Marmor einen Herrn im Frack darstellend. Obwohl in dieser Umgebung fremd anmutend, verdient dieses Werk des Bildhauers Fiers an sich eine rühmende Anerkennung. Das Innere der Kirche macht einen weiträumigen, aber kalten Eindruck. Von seinen Kunstschätzen an Malerei und Bildnerei haben wir besonders das schöne Chorgestühl aus dem Jahre 1598 zu erwähnen, das dem aus Ypern gebürtigen Künstler Taillebert zu verdanken ist.

Von den Bauten am Kirchplatz, Place Vandenpeereboom genannt, sind die ehemalige, aus dem Beginn des 18. Jahrhunderts stammende Bischofswohnung, jetzt teils Gerichtsgebäude, teils Stadtbibliothek, sowie die sogenannte Petite Conciergerie hervorzuheben. Bezeichnend für die belgische Denkmalpflege ist es, daß das Gerichtsgebäude vor einigen Jahren wegen Baufälligkeit polizeilich geschlossen werden mußte und dann erst instand gesetzt wurde. Die an das Nieuwe Werk anstoßende Conciergerie gehört zu einer Gruppe von Renaissance-Häusern, die, wenn man vom Chor der Kathedrale in die Halle des Neuen Werkes schaut, einen Stadtwinkel von hohem malerischen Reiz bilden.

Wandern wir nunmehr durch die alten Straßen und Gassen, so finden wir eine schier unerschöpfliche Fülle köstlicher Einzelercheinungen und fesselnder Gesamtbilder. Alle diese Spitzbögen und Giebeltreppen, diese schmucken Balkongitter und zierlichen Anker, diese anheimelnden Häuschen in Sandstein, braunen Ziegeln oder weißer Tünche, diese überwölbten Bogengänge, die sich plötzlich in der Front eines Hauses oder zwischen zwei Häusern öffnen und den Blick in ein zurückliegendes Gäßchen freigeben, diese malerischen Winkel, Ueber-

schneidungen und Ueberraschungen, diese vielen an den Haustüren sitzenden Frauen in schwarzen Kleidern und weißen Hauben, in geschäftiger Lautlosigkeit Valenciennespitzen klöppelnd: alles das, verbunden mit der überall herrschenden träumerischen Stille, versetzt den Beobachter in vergangene Zeiten. Einige Hauptstücke in diesem mannigfaltigen Stadtgebilde verdienen noch eine besondere Erwähnung. So die Gruppe der alten Zunfthäuser am Viehmarkt (Abb. S. 123, No. 18), das Haus No. 33 in der Elverdinger-Straße (Abbildung S. 123), das Liebfrauen-Krankenhaus mit seiner hübschen Kapelle am Marktplatz (vergl. den Stadtplan, Abbildung S. 84, No. 12), das

etwas vernachlässigte Stadtmuseum, früher Fleischhalle (Abbildung S. 135), an der Ecke des Marktplatzes und der Rue du Verger (zahlreiche Werke von Rubens, van Dyck, Breughel, Ostade und eine Sammlung von Zeichnungen von alten Yperner Häusern, namentlich Holzhäuser, des Architekten Böhm enthaltend), den Eingang von der Butter-Straße zu dem Fischmarkt (Abbildung S. 135), die alte Jakobskirche, sowie endlich das zweigieblige frühgotische „Hotel de Gand“ in der Hunde-Straße, das zu den schönsten Häusern der Stadt gehört (Abbildung S. 93, No. 13). Zum

Schluß wandern wir vom Meener-Tor (Porte de Menin) bis zum Liller-Tor auf den Wällen und entlang den Grachten, die hier in der Zeit Vauban's mit schweren Stützmauern und Bastionen vertheidigungs-

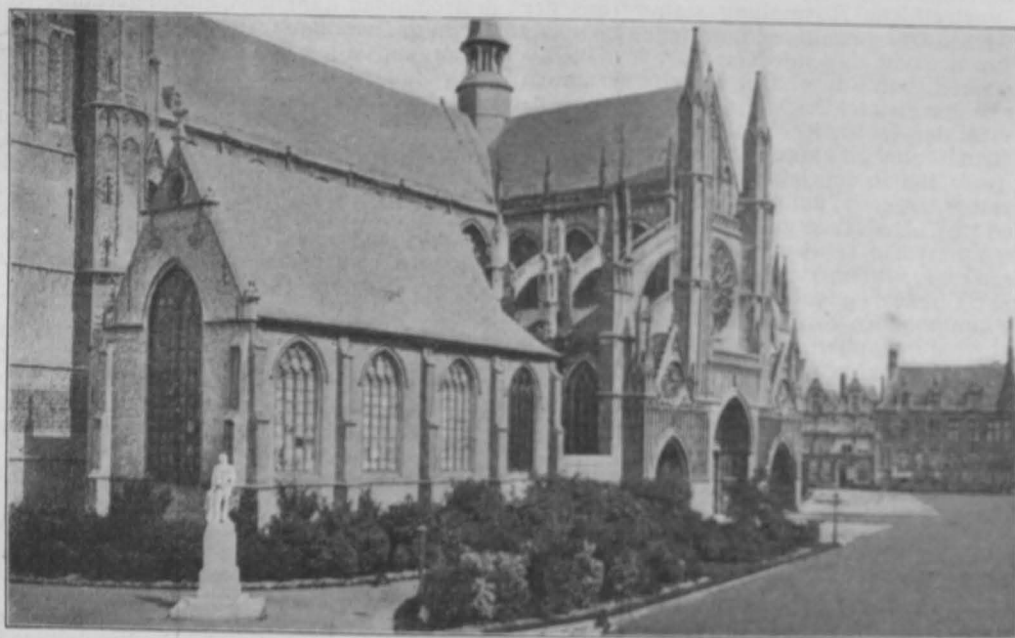
fähig gemacht wurden, nun aber längst als Festungswerke aufgegeben sind; ferner vom Liller-Tor westwärts, wo der Stadtgraben mit Erdwerken und Insel-Lünetten zu Verteidigungszwecken ausgestattet ist, bis zur Porte du Temple und weiter bis zum Bahnhofs-Platz, wo die Neuzeit sich in der Straßenverschönerung versucht hat. Hier wurden vom Jahre 1886 ab die Wälle abgetragen und die Gräben verfüllt, um auf einer hindernislosen ebenen Fläche der Stadt die anlässlich des Eisenbahnbaues erwartete Erweiterung zu ermöglichen. Es ist vergeblich gewesen. Es ist weiter nichts erreicht worden, als daß für den mit der Bahn ankommenden Besucher

der Eintritt in die Stadt seines Reizes beraubt ist. Von den meisten Außenpunkten betrachtet, bietet die alte Stadt trotz mancher zweifelhafter Verschönerungs-Versuche ein ansprechendes Gesamtbild dar (vergl. Abb. S. 121, No. 18). Wie freilich heute, nach all den erbitterten Kämpfen und Beschießungen, Ypern aussieht, darüber wissen wir nichts Bestimmtes. Der Turm der Kathedrale, der Bel-fried, die Säle Pauwels und Del-beke, ferner das Stadt-Museum sollen stark beschädigt und das

Nieuwe Werk soll völlig zerstört sein. Für uns sind diese Zerstörungen, wenn sie sich bewahrheiten, ebenso schmerzlich wie für die Belgier selbst. Aber wir wollen nicht zimperlich klagen, sondern den Verlust tragen als ein Opfer für die Sicherheit und Größe des Vaterlandes. —



St. Jacob. Nach Aufnahme von Mag.-Brt. Hans Strobje in Dortmund.



Seiten-Ansicht von St. Martin mit dem Standbild des Ministers Vandenpeereboom.

Das Bauwesen im Deutschen Reichshaushalt für 1915.*)

Der Haushalts-Entwurf des Deutschen Reiches für 1915 steht so völlig unter dem Einfluß der Kriegslage, selbstverständlich auch hinsichtlich der Anteilnahme des Bauwesens an den Gesamtforderungen, daß nachstehend nur einige kurze Angaben über die Forderungen für bauliche Zwecke gemacht, aber keine Vergleiche mit den Ausgaben früherer Jahre gezogen werden sollen. Bei den außerordentlichen Forderungen spielt ferner ein Be-

*) Für den Reichshaushalt 1914 vergl. Jahrg. 1913, S. 882 und 886. Wie in früheren Jahren sind unter die Ausgaben für Bauzwecke auch reine Grunderwerbs-Kosten für Bauausführungen eingerechnet worden.

trag von 10 Milliarden für Kriegszwecke außerdem eine so ausschlaggebende Rolle, daß auch auf Verhältniszahlen der einmaligen Ausgaben für Bauzwecke zu den gesamten einmaligen Ausgaben verzichtet werden soll.

Die Gesamtforderungen für einmalige Ausgaben für bauliche und technische Zwecke belaufen sich auf rund 146,88 Mill. M. Davon entfallen 24 Millionen auf den außerordentlichen Etat. An der Spitze stehen das Reichsheer mit 53,3 Mill., die Verwaltung der Reichseisenbahnen mit 36,1 Mill., die Marine mit 18,1 Mill., dann folgen das Reichsamt des Inneren mit 17 Mill., die Post- u. Telegraphen-Verwaltung mit 14,4 Mill., die Allg. Finanz-Verwaltung mit 7,54 Mill. M. Außerdem fordert die

Reichsdruckerei noch einen Betrag von 437084 M. für Erweiterungen ihres Grundstückes in Berlin, Erweiterungsbauten, Maschinen-Anlagen usw., sowie das Reichsschatzamt 14000 M. für Wiederherstellungs-Arbeiten an den Fassaden seines Dienstgebäudes in Berlin.

Für unsere Schutzgebiete werden begreiflicherweise für dieses Jahr nur runde Summen ausgeworfen und besondere bauliche Forderungen nicht gestellt; ebenso sind letztere in Fortfall gekommen bei dem Etat des Auswärtigen Amtes.



Häuser in der Dixmuider-Strasse.



Stadtmuseum, früher Fleischhalle.



Eingang zum Fischmarkt.



Relief mit Bekrönung des Einganges zum Fischmarkt.

Ypern. Von Dr.-Ing. Joseph Stübben.

Von den Forderungen der Allgem. Finanz-Verwaltung in Höhe von 7,54 Mill. M. entfällt der Gesamtbetrag auf eine Forderung für die Vervollständigung des deutschen Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesverteidigung.

Von dem Gesamtsatz der Post- und Telegraphen-Verwaltung mit 14,37 Mill. M. sind 630 000 M. für Wohngebäude für Unterbeamte, Vorarbeiten und unvorhergesehene Grundstücks-Ankäufe angesetzt, 5,82 Mill. M. für die Fortsetzung und den Abschluß von Grunderwerb und in Ausführung begriffener Bauten, 5,18 Mill. für 1. Bauraten und 2,59 Mill. M. für neuen Grunderwerb. Unter den 1. Bauraten sind solche für Post-Dienstgebäude in Berlin-Dahlem, -Friedenau, -Wilmerdorf (Ges.-Anschlagssumme 1,96 Mill.), in Bielefeld, Braunschweig, Bremen, Dortmund, Elberfeld, Frankfurt a. M. (Ges.-Anschlagssumme 2,25 Mill.), Herborn, Köln (Ges.-Anschlagssumme 1,49 Mill.), Königsberg i. Pr., Kötzschenbroda, Marienburg i. Wpr., Mittweida, Neuß, Saalfeld, Schmalkalden und Sorau. Die gesamten Anschlagskosten für diese Neubauten schließen mit 11,47 Mill. M. ab. Neue Grundstücks-Ankäufe sind vorgesehen für Berlin (Scharnhorst-Straße 1,46 Mill. M.), Berlin-Pankow, Charlottenburg, Lennep, Radeberg und Saarbrücken. Unter den bereits eingeleiteten Erwerbungen ist eine Schlußrate von 1,8 Mill. M. für das Grundstück des Post-scheckamtes in Berlin zu erwähnen.

Das Reichsamt des Inneren will von seiner Ge-

samtforderung von 17 Mill. M. wieder einen Betrag von 4 Mill. M. für die Förderung der Herstellung von Kleinwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte der Reichsbetriebe verwenden und zwar 1,386 Mill. für alle Bundesstaaten, 2,614 Mill. M. mit Ausnahme von Bayern und Württemberg. Der Rest von 13 Mill. M. entfällt auf die Erweiterung des Kaiser Wilhelm-Kanals, die bereits seit Juni 1914 so weit gefördert war, daß der Weg durch den Kanal für unsere Großkampfschiffe offen stand. Ueber den Bau der letzten Eisenbahn-Hochbrücke, die den Kanal bei Hochdorn überspannen wird, erfahren wir, daß auf beiden Seiten des Kanals die Bauarbeiten für die Verlegung der Marschbahn im Gang sind und auf der Nordseite bereits mit der Aufstellung der Eisenkonstruktion der Seitenöffnung der eigentlichen Kanalbrücke begonnen wird. Aus den übrigen Ausgaben des Reichsamtes des Inneren sei noch erwähnt, daß wieder 50 000 M. für das Deutsche Museum in München, 100 000 M. als Beitrag zu den Unterhaltungskosten einer Deutschen Versuchsanstalt für Luftschiffahrt und 12 000 M. für Materialprüfungen ausgeworfen sind. Zur weiteren Ausschmückung des Reichshauses sind noch genügend flüssige Mittel vorhanden. Die Vorarbeiten (Platzfrage, Preisausschreiben) für das in Berlin zu errichtende Kolonial-Krieger-Denkmal (Bausumme 320 000 M.) sind mit Rücksicht auf die Kriegslage verschoben. Ebenso ist der Neubau des statistischen Amtes in Berlin, für das der Grunderwerb bereits erfolgt ist, auf 1 Jahr vertagt worden. — (Schluß folgt.)

Wettbewerbe.

Schinkel-Wettbewerb 1915 des Architekten-Vereins zu Berlin. Die Beteiligung am Wettbewerb ist infolge des Krieges nur sehr gering gewesen; gleichwohl haben ein Staatspreis und zwei Schinkel-Denkmünzen verteilt werden können. Von den beiden Entwürfen zu einer Volkshochschule erhielt der Entwurf mit dem Kennwort „Mit Gott für König und Vaterland“, Verf. Reg.-Bfhr. Dipl.-Ing. Heinz Tietze in Berlin, die Schinkel-Denkmünze. Ferner wurde von den beiden eingegangenen Entwürfen zur Umgestaltung des Stettiner-Bahnhofes dem Entwurf „In Deutschlands größter Zeit“, Verf. Reg.-Bfhr. Dipl.-Ing. Hans Reingruber in Elberfeld, der Staatspreis und als Vereinsandenken die Schinkel-Denkmünze zuerkannt. Den im Felde stehenden Mitgliedern, die ihre Arbeit vor Ausbruch des Krieges begonnen haben, wird die Möglichkeit gewahrt, ihre Entwürfe nach der Rückkehr fertig zu stellen und nachträglich zur Prüfung einzureichen. —

Strauch-Wettbewerb des Architekten-Vereins zu Berlin. Die Frist für die Abgabe von Wettbewerbsarbeiten um den Strauch-Preis 1915 in Höhe von 3000 M. ist mit Rücksicht auf die im Felde stehenden Mitglieder des Architekten-Vereins zu Berlin bis zum 31. März 1916 verlängert. —

Die Wiener Notstands-Wettbewerbe für Architekten finden eine erfreulich schnelle Erledigung. Das Preisgericht hatte 59 Entwürfe zu einer Gartenbank und 40 Entwürfe zu einem Beleuchtungsmast zu beurteilen. Der gleichen Höhe der Preise entsprechend ließ das Preisgericht keine Abstufung in der Bewertung der Entwürfe eintreten, sondern ordnete die Reihe ihrer Verfasser nach dem Alphabet. Das entspricht auch dem Charakter der Wettbewerbe. Die 5 Preise von je 200 Kronen für die Gartenbank wurden verliehen zweimal den gemeinsamen Arbeiten der Architekten Herm. Aichinger und Heinr. Schmid, dem Arch. Alexander Graf, dem Arch. Jos. Manfreda, sowie dem Arch. Karl Sumetsberger, sämtlich in Wien. Die 5 Preise von je 400 Kronen für den Beleuchtungsmast fielen an die Arch. Herm. Aichinger mit Heinr. Schmid, Hans Glaser, Jos. Hackhofer, Rud. Tropsch und O. Wytrlik, gleichfalls sämtlich in Wien. —

Wettbewerb zur Erlangung von Bebauungsvorschlägen für das Sanierungsgebiet der Altstadt von Hamburg südlich der Stein-Straße. In Hamburg ist soeben ein Wettbewerb zum Austrag gekommen, der in den gegenwärtigen Zeiten allgemeines Interesse verdient. Die Baudeputation erließ ein Ausschreiben zur Erlangung von Vorschlägen für die Bebauung des Sanierungsgebietes der Altstadt südlich der Stein-Straße. Anschließend an den großen Durchbruch der Mönckeberg-Straße, den Hamburg vor kurzem vollendete, hat der Staat einen umfangreichen alten Stadtteil niedergelegt, um ihn nach neuen, besonders dem Verkehrsbedürfnis Rechnung tragenden, Gesichtspunkten wieder aufbauen zu lassen. Der Bebauungsplan für dieses Gebiet lag bereits fest.

Ueber die Frage aber, wie dieses Gebiet im Einzelnen am förderksamsten zu verwenden wäre, waren die Meinungen in Hamburg geteilt und erst die Veräußerung der Grundstücke würde hierüber wohl nach dem Gesetz von

Angebot und Nachfrage eine wirkliche Klarheit geschaffen haben. Deshalb erschien es wünschenswert, durch dieses Ausschreiben festzustellen, wie sich die Architekten die Zweckverteilung dieses Gebietes vorstellten; zugleich aber war es notwendig, durch eine nach bestimmten Regeln vorgeschriebene Art der Rentabilitäts-Berechnung zu ersehen, was die hervortretenden Vorstellungen wirtschaftlich bedeuten würden.

Der Schwerpunkt des Ausschreibens lag deshalb in wirtschaftlichen Feststellungen, welche nach bestimmten Tabellen an der Hand von Grundrissen verlangt waren. Es ergab sich daraus der Preis des Grund und Bodens, der nach den jeweiligen Vorschlägen des Bewerbers erzielt werden konnte. Daneben sollten zugleich einige äußere Darstellungen mehr schematischer Natur den baulichen Typus veranschaulichen, den sich der einzelne Bearbeiter für die Gegend vorstellt.

Sind diese Forderungen schon ungewöhnlich, so ist die äußere Form, die für die Ausschreibung gefunden wurde, ebenfalls bemerkenswert. Die Behörde verfolgte mit dem Wettbewerb zugleich den äußeren Zweck, den zahlreichen zurzeit arbeitslosen Architekten Hamburgs wenigstens ein kleines Stück Arbeitsgelegenheit zu geben. Deshalb waren als Bewerber nur Architekten zugelassen, die zurzeit in keiner besoldeten Stellung stehen, und es waren nicht Preise, sondern nur Ankaufs-Summen und Entschädigungen vorgesehen. 6 Ankaufs-Summen lauteten auf 1000 M., 20 Ankaufs-Summen auf 600 M. und eine weitere Summe von 6000 M. stand dem Gutachter Ausschluß für Arbeits-Entschädigungen zur Verfügung. Durch diese Form des Ausschreibens ließ sich durchführen, die Arbeiten sämtlicher 54 Bewerber entweder anzukaufen oder wenigstens zu entschädigen! 18 Entschädigungen betrugen 250 M., 10 lauteten auf 150 M. So war es möglich, im Gegensatz zu der gewöhnlichen, von der Mehrzahl der Bewerber Opfer fordernden Form des Wettbewerbes hier die soziale Absicht wirklich zu erreichen und dabei trotz der Kriegszeit ein Stück kultureller Arbeit wirksam zu fördern.

Das Ausschreiben hat ein wertvolles Material eingebracht. Die 6 mit 1000 M. angekauften Entwürfe hatten zu Verfassern die Architekten: Otto Hoyer, H. Distel und A. Grubitz, Oscar v. Halle, W. & R. Rzekonski, Wilh. Behrens, Hermann Reick. Im Preisgericht befanden sich u. a. die Architekten Martin Haller, Rambatz, Löwengard, die Baudirektoren für das Ingenieur- und das Hochbauwesen, der Baupolizei-Direktor und der Vorstand für die Baupflege. Der Staat Hamburg hat hier eine erfreuliche Form gefunden, dem Notstand unter den Architekten Hamburgs zu begegnen; mit diesem humanitären Zweck war aber zugleich ein nützlicher Kulturzweck verbunden. —

Und Berlin und Vororte schweigen noch immer! —

Inhalt: Ypern (Schluß). — Das Bauwesen im Deutschen Reichshaushalt für 1915. — Wettbewerbe. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



NEUE KATHOLISCHE
KIRCHE IN NORD-
HORN, PROV. HAN-
NOVER. * ARCHI-
TEKT: REGIERUNGS-
BAUMEISTER A. D.
KEITH IN HAMBURG.
GESAMT - ANSICHT
VON NORDWESTEN.

=== DEUTSCHE ===

BAUZEITUNG

XLIX. JAHRG. 1915

*** NO. 21. ***



Ansicht von Westen mit der Vechte.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLIX. JAHRGANG. Nº 21. BERLIN, DEN 13. MÄRZ 1915.

Die neue katholische Kirche in Nordhorn, Provinz Hannover.

Architekt: Regierungs-Baumeister a. D. Keith, Baumeister der Baudeputation in Hamburg.

Hierzu eine Bildbeilage und die Abbildungen S. 139.



In den Jahren 1912 und 1913 wurde in Nordhorn, einer kleinen Stadt im preußischen Regierungsbezirk Osnabrück, in der Grafschaft Bentheim, nahe der holländischen Grenze, eine neue katholische Kirche erbaut, die ihrer Anlage nach Anspruch erheben darf, in weiteren Kreisen bekannt zu werden. Nordhorn

ist ein kleines Industriestädtchen von etwa 3—4000 Einwohnern, unter denen sich etwa ein Drittel Katholiken befinden. Für das kirchliche Bedürfnis der verhältnismäßig starken katholischen Gemeinde reichte das alte kleine Gotteshaus an der Vechte nicht mehr aus. Es wurde daher ein Neubau beschlossen und unter 5 besonders eingeladenen Architekten ein engerer Wettbewerb zur Erlangung eines geeigneten Entwurfes veranstaltet. Im Frühjahr 1911 wurde dem Architekten Regierungsbaumeister a. D. Keith in Hamburg seitens der Kirchengemeinde der Auftrag zur Ausführung seines Wettbewerbs-Entwurfes erteilt. Als Bauplatz für das neue Gotteshaus wurde der Burg-Platz gewählt (Plan a. f. S.). Auf diesem standen die alte Kirche und eine Schule, die beide niedergelegt wurden. Eine Notkirche wurde für die Dauer der Bauzeit an der Ostseite des Platzes errichtet. Der Burg-Platz liegt im Herzen der Stadt; er hat Halbkreisform, um die sich die Stadt in der gleichen Form derart legt,

daß die Langseite von Platz und Stadt die Vechte berühren. Die Haupt-Straße durchschneidet den Ort etwa von Süden nach Norden und läuft ungefähr mit der Vechte gleich. Von der Haupt-Straße führt die Burg-Straße als einziger Hauptzugang zum nördlichen Teil des Burg-Platzes. Es ist geplant, auf dem Burg-Platz, welcher in seiner ganzen Ausdehnung der Kirchen- und Schul-Gemeinde gehört, und zwar auf seinem nördlichsten Teil, noch ein Pfarrhaus zu errichten und den Platz im übrigen regelmäßig auszugestalten, etwa mit einem Brunnen oder einem Denkmal vor der Vorhalle der Kirche. Oestlich grenzt an den Burg-Platz ein etwas vertieft gelegenes, unregelmäßiges, jedoch mit Bäumen bestandenes Gelände, das nach Niederlegung der auf ihm stehenden Baulichkeiten zu einem Marktplatz ausgestaltet werden soll. An diesem Gelände zieht südlich der mit Bäumen bestandene Schulweg hin, an dessen westlicher Einmündung in den Burg-Platz ein Schulbrunnen steht. Ein Schulhaus schließt den Burg-Platz nach Süden ab. Das neue Gotteshaus hat somit eine Umgebung, die seine Erscheinung nach völliger Ausgestaltung der Anlagen nur heben dürfte.

Sollte vom Burg-Platz nach Errichtung der Kirche möglichst viel Fläche frei bleiben, so ergab sich, zugleich unter Berücksichtigung anderer Verhältnisse, als die zweckmäßigste Form für das Gotteshaus die Zentralanlage. Der Zentralbau mit Umgang konnte so gestellt werden, daß an der Nordseite der

Kirche ein größerer Vorplatz frei blieb, an dem auch, entsprechend dem Haupt-Zugang der Stadt durch die Burg-Straße, der Haupt-Eingang angelegt wurde.

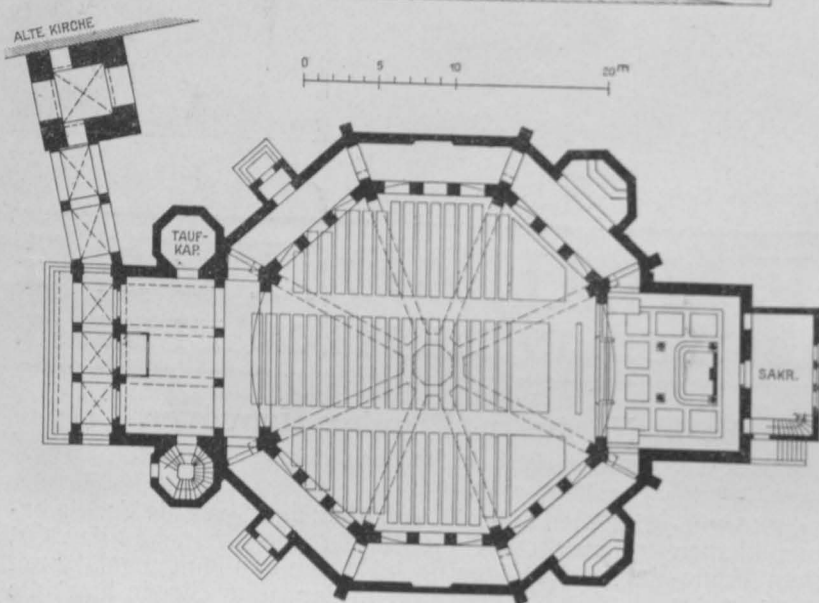
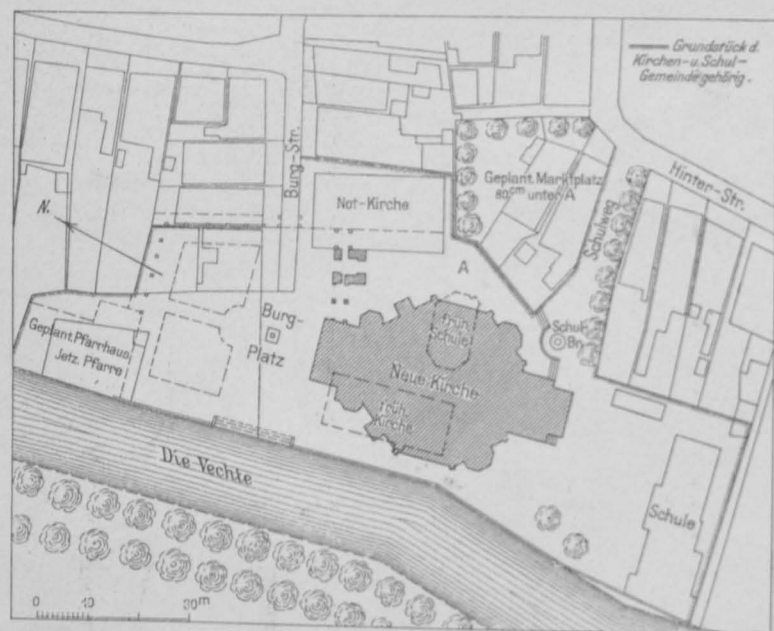
Das Bauwerk besteht nun in seinem Hauptteil aus einer achteckigen Klosterkuppel, deren Rippen eine Spw. von etwa 25 m haben und deren Scheitel

eine Höhe von etwa 23 m besitzt. Die Seiten des Achteckes sind jedoch nicht gleich; die Eingangs- und die Chorseite sind größer angenommen worden als die übrigen Seiten, um dem Haupt-Eingang und dem Chor eine größere Weite zuweisen zu können, als das bei der regelmäßigen Achteckseite möglich

gewesen wäre. Der Eingangsraum und der Chorraum sind je 10 m breit und tief und mit einem Tonnen-Gewölbe überdeckt worden. Das Tonnen-Gewölbe über dem Chor ist an der Rückseite mit einer Kappe abgeschlossen. In den Eingangsraum ist die Orgel-Empore eingebaut und so weit vorgezogen, daß sie zugleich Raum für 100 Sitzplätze bietet. Die übrigen Sitzplätze, rund 600, sind im Kuppelraum untergebracht, der frei von allen Stützen ist. Sämtliche Plätze haben somit ungehinderten freien Blick auf Altar und Kanzel.

Die Kuppel ruht auf 8 Eckpfeilern, zwischen welchen, mit Ausnahme der Emporen- und der Altarseite, noch je zwei Zwischenpfeiler stehen. Während die Eckpfeiler in ihrem Querschnitt der Grundriß-Anlage folgen, sind die Zwischenpfeiler vierkantig und tragen Rundbogen. Um diese Stützenstellung nun führt der achtseitige Umgang von 2,5 m Breite als seitlicher Zugang zum Gestühl, das im Uebrigen noch durch zwei Mittelgänge geteilt ist. Im Umgang sind die Beichtstühle aufgestellt, in zwei chorartigen Ausbuchtungen neben dem Raum für den Haupt-Altar die Neben-Altäre. Zwei seitliche Eingänge mit kleinem Vorraum führen von Außen unmittelbar zum Umgang. Neben dem Haupt-Eingang liegt zur Linken die achteckige Taufkapelle, zur Rechten in entsprechender Lage eine Emporentreppe, an der Rückseite des Chores ist die Sakristei angebaut. Der Glockenturm ist nach italienischer Art vom Baukörper losgelöst; er hat seine Stellung östlich an der Notkirche erhalten, die als Gesellenheim bestehen bleiben soll. Er ist durch einen Verbindungsgang mit der Eingangshalle der Kirche verbunden; der Verbindungsgang ist zweigeschossig und ermöglicht so einen Zugang auch von der Orgel-Empore zum Turm Inneren. —

(Schluß folgt.)



Das Bauwesen im Deutschen Reichshaushalt für 1915. (Schluß.)



on den Forderungen der Marineverwaltung in Höhe von 18,10 Mill. M. entfallen 14,89 Mill. auf die Ansprüche der Werften und davon wieder 8,47 auf Wilhelmshaven, 5,56 Mill. auf Kiel, 79000 M. auf Danzig, 535500 M. auf die Schlußrate für den Bau eines Hafens für kleine Fahrzeuge in Helgoland (Ges.-Kosten 30 Mill. M.), 2,48 Mill. M. auf sonstige Bedürfnisse der Werften. Es handelt sich durchweg um die Fortsetzung angefangener Arbeiten, darunter ein Hauptposten von 4 Millionen M. als 2. Rate für den Bau eines 2. Schwimmdocks für große Schiffe in Kiel (Gesamt-Kosten 8 Mill. M.) usw. Die Artillerie-Verwaltung benötigt 256000 M., das Torpedowesen 899700 M., das Minenwesen 100000 M., die Garnison-Verwaltung 1,93 Mill. M. Darin sind eine Schlußrate von 735000 M. für Wohnungen verheirateter Unteroffiziere in Rüstringen, eine 2. Rate von 445000 M. für die 2. evang. Garnison-Kirche in Wilhelmshaven und eine Schlußrate von 398400 M. für die Torpedoschule in Mürwik enthalten. Für die Reichseisenbahnen sind 36,09 Mill. M., angesetzt, davon 20 Mill. im Extraordinarium. Von den 16,1 Mill. des ordentl. Etats entfallen allein 10,76 Mill. auf die Vermehrung der Fahrzeuge. (Es sollen davon

beschafft werden 31 Lokomotiven, 130 Personen-, 8 Gepäck-, 1614 Güterwagen.) Größere Fortsetzungsraten von 1,2 Mill. M. werden für die Erweiterung des Bahnhofes Metz-Sablon, von je 1 Mill. für den Umbau des Haupt-Bahnhofes Straßburg und Erweiterung des Bahnhofes Bettemburg gefordert. Von den Ansätzen im außerordentl. Etat sind 406700 M. für den Bau von Mietwohnungen für Beamte und Arbeiter bestimmt, während der Rest ausschließlich auf Fortsetzungsraten entfällt; und zwar: 2,7 Mill. auf den Bau einer vollspurigen Nebenbahn von Saarburg nach Diemerdingen, 2,3 Mill. für die Bahnverbindung zwischen St. Ludwig und Waldighofen, 2,18 Mill. für die zweigleisige Bahn Berchem nach Oettingen usw., 2,15 Mill. für die Umgestaltung der Bahnanlagen bei Diedenhofen, je 1,74 Mill. für die Hauptwerkstätte bei Diedenhofen, eine vollspurige Nebenbahn von Bettsdorf nach Merzig, eine vollspurige Bahnverbindung zwischen Bollingen und Oettingen-Rümelingen u. a. Die Betriebslänge des Bahnnetzes der Reichseisenbahnen hat sich im Jahre 1914 nicht vergrößert, sie beträgt noch 2108,3 km, davon 80 km Schmalspurbahnen.

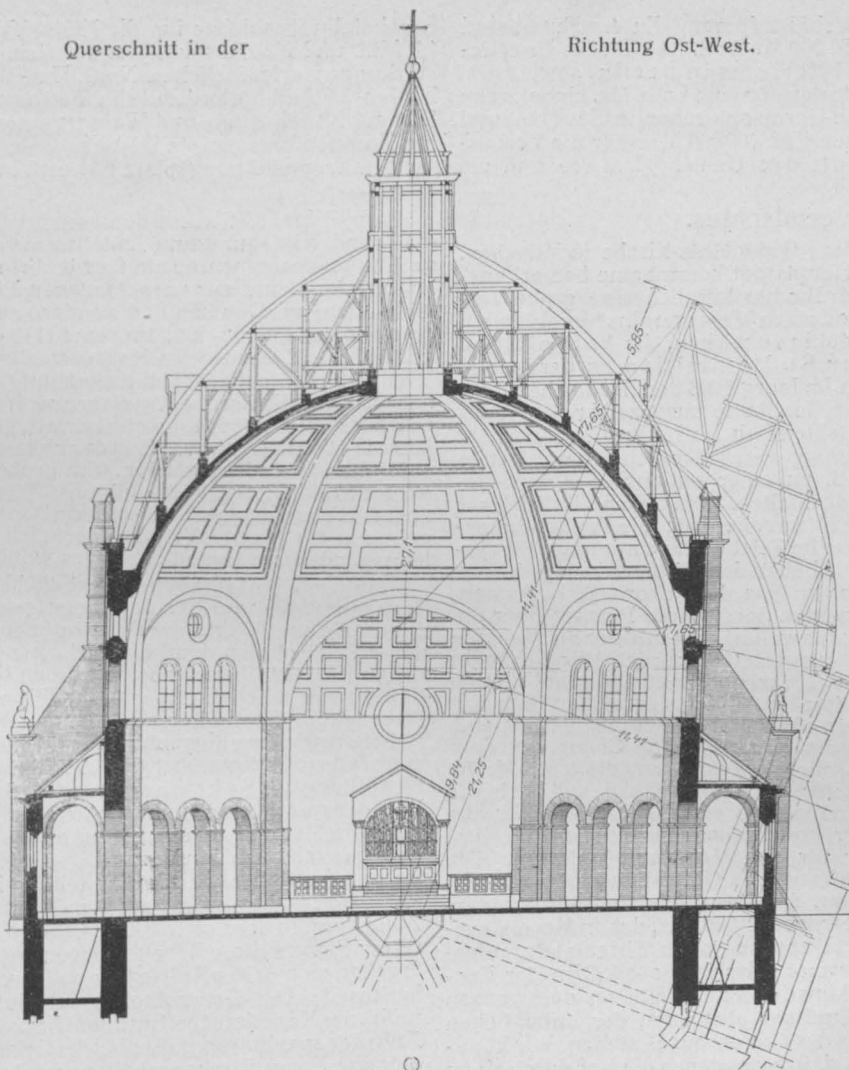
Für bauliche Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres schließlich sind 53,3 Mill. M. in den Etat einge-

stellt. Davon entfallen auf Preußen 44,13 Mill. M., Württemberg 5,39 Mill., Sachsen 3,78 Mill. M. Bei den Forderungen für Sachsen spielt ein Betrag von 2,05 Mill. M. für Bauten und Beschaffungen zu Zwecken des Militär-Verkehrswesens die Hauptrolle, außerdem handelt es sich nur um Fortsetzungs-Raten für Kasernenbauten, namentlich in Dresden. Für Württemberg sind fast ausschließlich die Fortführung von Kasernenbauten, namentlich solcher in Ulm, Cannstatt, Eßlingen und sonstige durch die Wehrvorlage von 1913 bedingte Bauausführungen in Aussicht genommen. In den Forderungen für Preußen bildet ebenfalls ein Ansatz für das Militär-Verkehrswesen in Höhe von 8 Mill. M. einen Hauptposten. Für die Magazin-Verwaltung werden 113 500 M., für Bauten für das Bekleidungs- und Ausrüstungswesen 273 000 M., für das Remontewesen 578 000 M., das Trainwesen 939 000 M., das militär. Erziehungs- und Bildungswesen 1 Mill. M. gefordert. Es handelt sich bei letzterem um Fortsetzungs- oder Schlußarbeiten der Bauten der Unteroffiziersvorschulen in Biebrich, Frankenstein und Weilburg, sowie der Militär-Turnanstalt in Wünsdorf. Für bauliche Zwecke des Militär-Medizinalwesens sind 2,11 Mill. M. ausgeworfen, und zwar für angefangene oder eingeleitete Arbeiten an den Garnison-Lazaretten in Bonn, Cassel, Darmstadt und Metz, für die Wilhelms-Heil-Anstalt in Wiesbaden (Ges.-Kosten 1,25 Mill. M.), sowie für Lazarett-Um- und Ergänzungsbauten auf Grund der Wehrvorlage von 1913.

Den Hauptanteil an den Ansprüchen der Heeres-Verwaltung hat aber die Garnison-Verwaltung mit 30,77 Mill. M. Es handelt sich bei dieser Summe fast ausschließlich um Fortsetzung oder Abschließung von Kasernenbauten im ganzen preußischen Gebiet, sowie in Elsaß-Lothringen. In den Ansätzen für Truppen-Ubungs- und Schießplätze sind ebenfalls noch größere Beträge für Bau-Ausführungen enthalten, welche

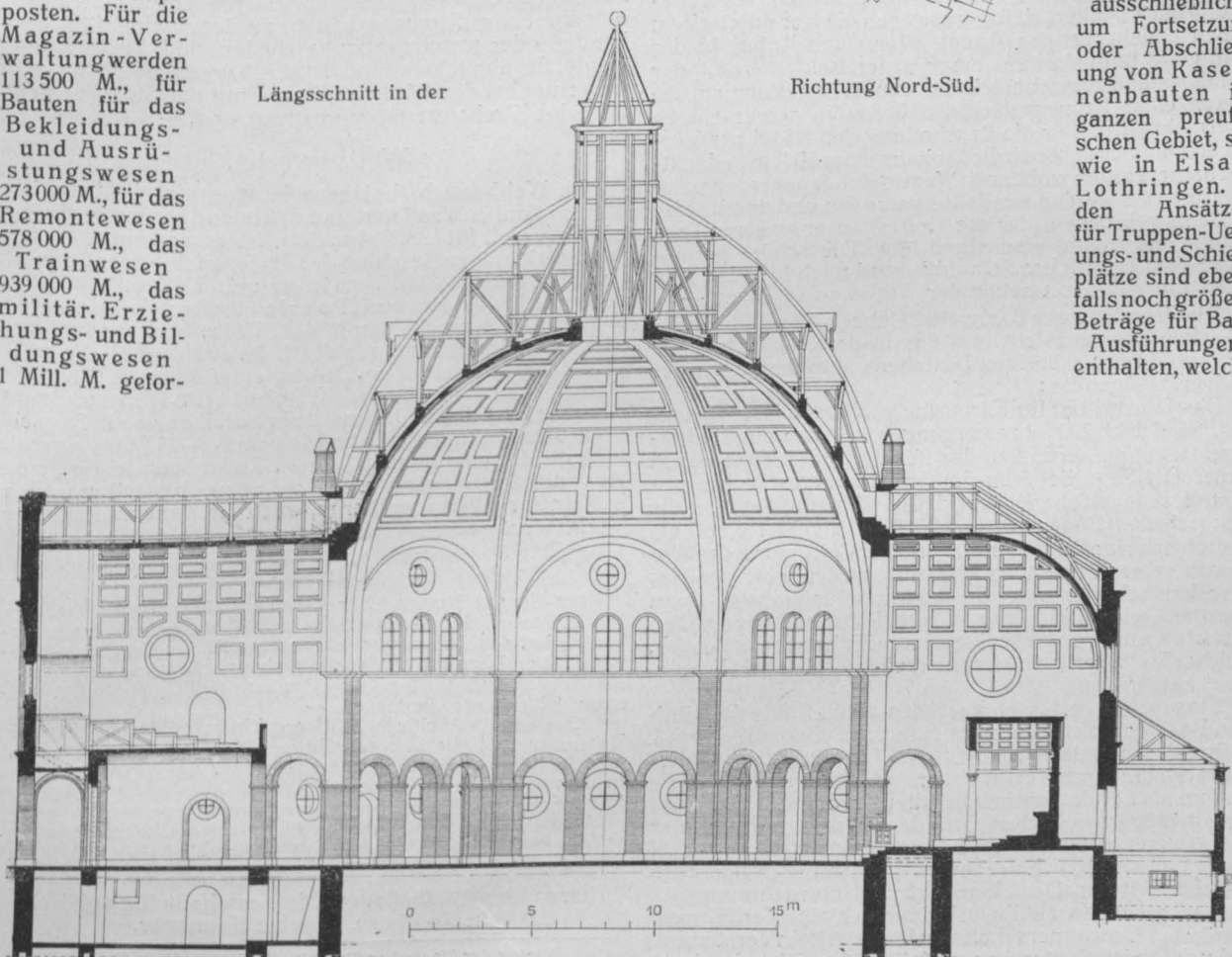
Querschnitt in der

Richtung Ost-West.



Längsschnitt in der

Richtung Nord-Süd.



Die neue katholische Kirche in Nordhorn, Provinz Hannover. Architekt: Reg.-Emstr. a. D. Keith in Hamburg.

sich aber nicht herauschälen lassen. Zu erwähnen sind eine Forderung von 250 000 M. als 2. Rate für die Erweiterung des Kriegsministeriums in Berlin, sowie Fortsetzungs- oder Schlußraten für eine kath. Garnisonkirche in Hannover und ev. Garnisonkirchen in Stettin und Allenstein (Baukosten i. M. 400 000 M.). Für die Verbesserung der Unterkunft der Unteroffiziere und die

Bereitstellung solcher für die Etats-Verstärkungen sind 1,7 Mill. und für die sonstigen auf Grund der Etats-Verstärkungen erforderlichen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten 5,6 Mill. gefordert. Ein Betrag von rd. 270 000 M. fällt auf Kanalisation und Wasserversorgung des Lagers am Truppenübungsplatz Döberitz und 251 000 M. desgl. für den Truppenübungsplatz Elsenborn. —

Vermischtes.

Eine nationale Kriegs-Gedächtnis-Kirche in München. Aus der bayerischen Hauptstadt kommt eine bemerkenswerte Nachricht. Nach ihr hat kürzlich eine große Versammlung des „Katholischen Volksvereins“ in München den Beschluß gefaßt, dahin zu wirken, die katholische Stadtpfarrkirche zu St. Maximilian an der Isar in München, das von uns im Jahrg. 1903 der „Deutschen Bauzeitung“ Seite 81 ff. veröffentlichte ausgezeichnete Monumentalwerk des Architekten Geh. Hofrat Prof. Heinr. Freih. v. Schmidt in München, eines der schönsten Gotteshäuser in Deutschland, zu einer nationalen Kriegs-Gedächtnis-Kirche auszugestalten. Die Kirche ist in ihrer Innenausstattung noch unvollendet; die Vollendungs-Arbeiten könnten daher im Zeichen des nationalen Sieges-Gedankens stehen. Wir haben das schönste Beispiel einer Sieges-Kirche im Dom von Pisa, der, schon 1005 begonnen, 1063 nach dem glänzenden Seesieg der Pisaner über die Sarazenen bei Palermo erweitert und mit der Siegesbeute auf das Glanzvollste ausgestattet wurde. Wir haben in Venedig die Kirchen dei Frari und Santi Giovanni e Paolo als glanzvollste Repräsentanten der siegreichen Republik in ihrer größten Zeit. Wir haben ferner als neueres Beispiel die Gedächtnis-Kirche Sacré Coeur auf dem Montmartre in Paris, für die Franzosen die Votivkirche des Feldzuges der Jahre 1870—71. Ihnen soll sich die Pfarrkirche St. Maximilian als eine Votivkirche für alle die deutschen Mütter und Frauen anschließen, die ihre Söhne und Männer für das Vaterland opferten. Die bisherige Ausschmückung des Gotteshauses beschränkt sich auf den Hochaltar, den Kreuzweg und ein Apsiden-Gemälde: „Die Verherrlichung Gottes“, das in Mosaik ausgeführt werden soll. Daneben sollen Ehrentafeln aufgestellt werden aus Marmor oder in Mosaik. An der Ausschmückung sollen künstlerische Kräfte aus dem ganzen Reich tätig sein. Sie müssen aber unter der einheitlichen Leitung des Erbauers des Gotteshauses stehen. Wir könnten uns auch denken, daß dieses gegen die Isar durch einen großen kapellenartigen Anbau oder einen Anbau in der Form eines Baptisteriums einen neuen Bauteil erhält, der in Aufbau und Ausschmückung von dem nationalen Gedanken einer Kriegsgedächtnis-Kirche in seiner Gänze beherrscht wird. Für die Beschaffung der Mittel zur Verwirklichung des schönen Gedankens einer Kriegsgedächtnis-Kirche werden wohl noch Wege gefunden werden müssen. Aber sie werden zweifellos gefunden und damit wäre der Bann gebrochen, der die Gotteshäuser unserer Tage so kahl und frostig erscheinen läßt. Die schöne gemütvollste Kunst Heinrich v. Schmidts wird auch hier den Weg finden, ein Werk von nationaler Würde zu schaffen. —

Die Gründung von Karlsruhe. Ueber die Gründung der badischen Residenzstadt und das in dieses Jahr fallende Jubiläum ihres 200jährigen Bestehens entnehmen wir der „Bad. Pr.“ Folgendes:

Das Jahr 1915 ist für Karlsruhe von besonderer Bedeutung. Sind doch 200 Jahre vergangen, seitdem durch fürstliches Gebot der Grund zu der Residenz Karlsruhe gelegt wurde. Die Sage hat früh die Gründungsgeschichte umrankt. Der jagdfrohe Markgraf Karl Wilhelm, der über die Markgrafschaft Baden-Durlach 1709—1738 regierte, soll, als er durch den Hardtwald streifte und bei Verfolgung des Wildes von seiner Begleitung getrennt worden war, ermüdet unter dem Schatten einer Eiche eingeschlafen sein. Beim Erwachen seien ihm früher gehegte Pläne auf einen stillen Ruhesitz wieder vor die Seele getreten. Er habe beschlossen, an dieser Stelle den Ruhesitz zu schaffen, und so sei „Karlsruhe“ entstanden.

Einsam und verlassen war indessen die Stätte der künftigen Residenz nicht, denn da stand das ehemalige, im 16. Jahrhundert säkularisierte, Kloster Gottesau, das wiederholt zerstört, durch Karl Wilhelm aufgebaut und zeitweise von ihm als Landaufenthalt benützt worden war. In Wirklichkeit mögen es andere Gründe gewesen sein, die den Markgrafen zur Residenzgründung veranlaßten. Durch die Kriege Ludwigs XIV. hatte Durlach, die bisherige Residenz, furchtbar gelitten. Dazu kam, daß die Unternehmungslust des Markgrafen Karl Wilhelm bei der an kleine Verhältnisse gewohnten Einwohnerschaft von Durlach kein Verständnis fand und Zwistigkeiten hervorrief. Und endlich die durch seine Schuld veranlaßten Zerwürfnisse mit seiner Gemahlin.

Am 17. Juni 1715 wurde denn mit großen Feierlichkeiten die Grundsteinlegung zum Schloßturme vollzogen und wenige Monate darauf wurde ein Gnadenbrief für Ansiedler erlassen, der Leute aus verschiedenen Ländern herbeirief, nicht allein aus Deutschland, sondern auch aus Italien, der Schweiz und Frankreich. Im Jahre 1718 war der Schloßbau vollendet und wurde vom Markgrafen bezogen. In diesem Jahr erfolgte auch die Uebersiedelung der Behörden aus Durlach nach Karlsruhe. Vier Jahre nach der Stadtgründung zählte Karlsruhe 1994 Einwohner, zu Beginn des Jubiläumsjahres 144 000 Bewohner. Aus der kleinen Residenz ist eine aufblühende Stadt geworden. Ein großes Festefeiern wird es für das 200jährige Stadtjubiläum jetzt nicht geben. Bricht aber der Friedenstag an, an welchem Deutschland die Siegespalme in der Hand hält, dann darf sich die badische Jubiläumsstadt ihres Gründungstages wohl erinnern. —

Aufträge für kirchliche Kunst als Notstandsarbeiten in Bayern werden vom „Generalkonservatorium der Kunstdenkmale und Altertümer Bayerns“ nach dem Vorgang anderer Staatsstellen den künstlerischen und kunstgewerblichen Kreisen überwiesen, um ihnen über die schwierige Zeit hinwegzuhelfen und sich ihr Können auch für später zu erhalten. So sind eine Reihe von Wiederherstellungs-Arbeiten wieder aufgenommen und während des Krieges zum Teil zu Ende geführt worden. Als erste ist die Wiederherstellung der Sakraments- oder Asam-Kapelle im Freisinger Dom zu nennen, einer Schöpfung der Gebrüder Asam in München aus den Jahren 1723 und 1724. Eine andere, zurzeit nach den Vorschlägen des Generalkonservatoriums betriebene Wiederherstellung ist die der Schloßkapelle in Maxlrain, auf dem Besitz des Grafen Arco-Zinneberg. In der Schloßkirche von Burghausen bietet der Staat weitere Arbeitsgelegenheit; ähnliche Arbeiten ergeben sich in der Schloßkapelle von Roggenstein bei Bruck. Das Generalkonservatorium ist weiterhin bemüht, der Künstlerschaft und dem Kunsthandwerk dadurch Aufträge zuzuführen, daß es bei der Geistlichkeit die Wiederaufnahme von Kirchenarbeiten, zu denen die Mittel vorhanden oder unschwer zu beschaffen sind, in Anregung bringt. In ähnlichem Sinn ist das bayerische Kultus-Ministerium bei den Stellen tätig, die mit der Staatsaufsicht über das Kirchenvermögen betraut sind. —

Wettbewerbe.

Im Wettbewerb Amtshaus in Werne a. d. Lippe, beschränkt auf in Westfalen und Rheinland ansässige Architekten (vergl. 1914, S. 794 u. 821), ist unter 144 Entwürfen auf einstimmigen Beschluß des Preisgerichtes der Entwurf „Um 1800“ der Arch. Wentzler und Wilkens in Köln mit dem I. Pr., der Entwurf „Poesie“ des Arch. Jos. Koester in Essen-Rüttenscheid mit dem II. Pr. und der Entwurf „360 qm“ der Preisträger des I. Pr. mit dem III. Pr. ausgezeichnet worden. Zum Ankauf empfohlen die Entwürfe „160 000“ der Arch. D. und K. Schulze in Dortmund und „Pictorius“ des Reg.-Bmstrs. Friedr. Becker in Düsseldorf. Ausstellung der Entwürfe vom 21.—23. März einschl. im kath. Gesellenhaus in Werne. Es ist beabsichtigt, eine Auswahl der Entwürfe als Architektur-Ausstellung auch in Münster i. W. vorzuführen, wozu die Genehmigung der Verfasser vorausgesetzt wird. —

Chronik.

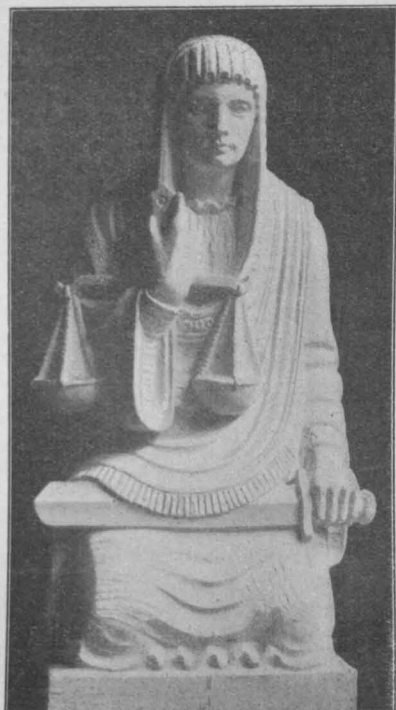
Inn-Steg in Passau. Zur Erbauung eines Steges über den Inn in Passau, der die Stadtteile St. Nikola und Innstadt verbindet, hat sich schon vor Jahren eine Aktien-Gesellschaft gebildet. Der Bau, der 180 000 M. kosten wird, wurde den Firmen Maschinenbau A.-G. Augsburg-Nürnberg und Dyckerhoff & Widmann (Nürnberg) übertragen. —

Eine neue katholische St. Georgskirche in Stuttgart ist Ende Dezember 1914 feierlich geweiht worden. Das Gotteshaus dient dem kirchlichen Bedürfnis der Bewohner des Prag-Stadtteiles, in dem es liegt. —

Inhalt: Die neue katholische Kirche in Nordhorn, Provinz Hannover. — Das Bauwesen im Deutschen Reichshaushalt für 1915. (Schluß.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Chronik. —

Hierzu eine Bildbeilage: Die neue katholische Kirche in Nordhorn, Provinz Hannover.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg., P. M. Weber in Berlin.



Krönende Figuren der Strebepeiler des Umganges von Bildhauer Zehle in Hamburg.
Die neue katholische Kirche in Nordhorn, Provinz Hannover. Architekt: Reg.-Bmstr. a. D. Keith in Hamburg.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLIX. JAHRGANG. NO 22. BERLIN, DEN 17. MAERZ 1915.

Der Heimatschutz im sächsischen Landtag.

(Fortsetzung aus No. 19.)

Die Interpellation des Abgeordneten Brodauf wurde durch den Staatsminister des Inneren, Grafen Vitzthum v. Eckstädt, mit einer Rede beantwortet, der wir auszugsweise Folgendes entnehmen:

Nachdem die Interpellation des Hrn. Abg. Brodauf eingegangen war, habe ich ihn zunächst ersuchen lassen, mir einige der Fälle, die den Anlaß zu der Interpellation gegeben haben, so zu bezeichnen, daß eine Erörterung derselben möglich ist. Der Hr. Abg. Brodauf hat mir hierauf mit Schreiben vom 6. März 1914 drei Schriftstücke übermittelt, darunter eine Denkschrift des Verbandes der Plakat-Industriellen zur vorliegenden Interpellation und eine an die Kreishauptmannschaft Dresden geplante, aber nicht abgegangene Eingabe des Verbandes der deutschen Zementwaren- und Kunststein-Fabrikanten, in denen sämtlich aus allgemeinen Gründen den Heimatschutz-Bestrebungen entgegen getreten und dann weiter auch eine Reihe von Einzelfällen bezeichnet wird, die den Anlaß zur vorliegenden Interpellation gegeben haben.

Gestatten Sie m. H., daß ich zunächst auf die allgemeinen Vorwürfe eingehe, die in den erwähnten Unterlagen gegen die Heimatschutz-Bestrebungen und gegen die Handhabung des Gesetzes gegen die Verunstaltung von Stadt und Land vom 10. März 1909 erhoben worden sind, und daß ich bei dieser Gelegenheit auch einige sich in denselben Bahnen bewegend Agitationsschriften mit beähre, die zu meiner Kenntnis gelangt sind.

I. Die Handhabung des Heimatschutz-Gesetzes durch eine Reihe von Verwaltungsbehörden soll — wie die hier vorgebrachten Beschwerden, aber auch in letzter Zeit von auswärts in das Land getragenen Agitationen behaupten — nach der Anschauung einiger Baustoff-Industriellen über den Zweck und die Absichten des Gesetzes vom 10. März 1909 weit hinausgehen. Ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Interessen sollen — so heißt es in einer mir vorliegenden Agitationsschrift — die Anhänger des Heimatschutzgesetzes und die Bauberatungsstellen wiederholt Änderungen von Bauzeichnungen erzwungen haben, die vom künstlerischen Gesichtspunkt zwar berechtigt sein könnten, in wirtschaftlicher Beziehung aber eine schwere Belastung der Industrie und in vielen Fällen eine

Störung der ursprünglichen Absicht zu bedeuten hätten.

Der Heimatschutz ist keine Spielerei, er ist vielmehr eine tiefgreifende, die gesamten deutschen Gauen durchdringende Kulturbewegung, die sich in dem Gesetz gegen die Verunstaltung von Stadt und Land vom 10. März 1909 Ausdruck verschafft hat. Seine Anwendung bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Erhaltung und Wiederherstellung der Grundlage aller Kultur — die Hebung des Heimatgefühls, den Schutz der Schönheit und geschichtlich gewordenen Eigenart, die künstlerische Erziehung unseres Volkes zum Geschmack und damit also auch eine Steigerung der wirtschaftlichen Kraft unseres Volkes auf dem Weltmarkt namentlich durch gesteigerte Qualitätsleistungen. Eine solche Tätigkeit aber muß, soll sie eine auf allen Gebieten unseres Kulturlebens fruchtbringende sein, vor allem bei der Baukunst, der führenden aller Künste, und bei dem mit diesem wirtschaftlich untrennbar verbundenen Baugewerbe einsetzen. Hier haben nun teils die Städte, teils die eingesetzten Beratungsstellen und gemeinnützig wirkende Vereine praktisch und erfolgreich dazu beigetragen, bei den Bauenden den Sinn für einfache Formenschönheit, für Klarheit und Wahrheit im Material und in der Konstruktion zu wecken und zu fördern. Sie haben damit schon jetzt einigermaßen zu einer Gesundung des Bauwesens in künstlerischer und wirtschaftlicher Beziehung geführt.

Es ist mir bei Gelegenheit der vorjährigen gemeinsamen Tagung für Denkmalpflege und Heimatschutz hier in Dresden eine Ehre gewesen, auf die erfreulichen Fortschritte der Heimatschutz-Bewegung gerade in Sachsen und damit die Hebung des künstlerischen Geschmacks weitester Volksschichten, aber auch auf die besondere Schwierigkeit hinzuweisen, die gerade unserem mit Denkmälern und einer schönen Natur bedachten engeren Heimatlande durch ein in ungeahnter Kraft sich entwickelndes Klein- und Großgewerbe drohen. Je höher wir jedoch bei dieser Gefahr den Wert dieser Kultur- und Naturschätze als notwendige Lebensgrundlagen würdigen, um so eindringlicher ist das Bestreben geworden, diese Schätze in jeder nur möglichen Weise zu schützen.

Die königliche Staatsregierung hat es nun mit beson-

derer Freude und Genugtuung begrüßt, daß unter den berufenen Kräften zum Schutz dieser idealen Güter alle Kreise der Bevölkerung gleich tatkräftig am Werke sind und daß zum Teil auch die Baustoff-Industrie im allgemeinen bemüht gewesen ist, den künstlerischen Forderungen der Neuzeit nach Möglichkeit gerecht zu werden und die Bau- und Ersatzstoffe in einer den jeweiligen Anforderungen entsprechenden Form und Farbe zu gestalten.

Neben diesen aner kennenswerten Bemühungen sind aber auch Bestrebungen zutage getreten, welche verlangen, daß jeder von einem beliebigen Fabrikanten hergestellte Bau- oder Ersatzbaustoff als für jeden Baufall geeignet zugelassen wird und von vornherein Bürgerrecht besitzt. Dem gegenüber ist zu bemerken:

Nicht darauf kommt es an, was die Industrie anbietet, sondern darauf, was die Baukunst braucht; die Industrie hat sich eben auf künstlerische Forderungen genau so einzurichten, wie sie auf hygienische und feuerpolizeiliche Gesetze einzurichten sich gewöhnt hat. Eine künstlerische Forderung beispielsweise ist es, zu verhüten, daß in ein geschlossenes, durchgehends auf Schieferdach gestimmtes Dorfbild ein gemustertes Zementplattendach oder ein durch Farbe und Form auffälliger und dauernd kontrastierender Belag — wozu selbst ein in anderen Fällen freudig zu begrüßendes gewöhnliches Biberschwanzdach gehören könnte — sich eindringt und damit die Harmonie der Gesamterscheinung stört.

Wenn hier die Bedachungsstoffe als Beispiele besonders herausgegriffen werden, so hat das seinen guten Grund. Denn einmal sind Form und Farbe der Dächer von der erheblichsten Bedeutung für ein geschlossenes Ortsbild und es ist eine Einheitlichkeit oder doch wenigstens Vorherrschaft eines Materiales unbedingt nötig, um ein befriedigendes Gesamtbild zu ergeben, zum anderen werden gerade aus den Kreisen der Dachstoff-Industrien die meisten Klagen laut. Die Ursache dieser letzteren Erscheinung ist nicht recht zu erklären. Denn, wenn beispielsweise in einem Baufall ein Pappdach keine Genehmigung findet, bleibt das Dach sicher nicht ungedeckt, sondern erhält Ziegel- oder Schieferbelag. Eine Schädigung der Industrie als Ganzes tritt also nicht ein, sondern äußerstenfalls hält einer Schädigung der Dachpappen-Industrie eine Begünstigung der Dachziegel-, Schiefer- oder Zement-Industrie die Wage. Es tritt also nur eine Verschiebung im Verbrauch, nicht eine Verringerung desselben ein; die Versagung eines Blendziegelbaues fördert in gleichem Maße den Putzbau, die Ablehnung von Zementwaren reicht wiederum dem Steinbruchgewerbe zum Vorteil.

In einer der Propagandaschriften des Verbandes der Zementwarenfabrikanten vom 15. Jan. 1914 ist auf einen besonderen Erfolg hingewiesen worden, den der Verband gegenüber der Amtshauptmannschaft Glauchau bei der Wahrung der Interessen seiner Mitglieder erreicht habe. Die Amtshauptmannschaft Glauchau hatte nämlich am 2. Sept. 1913 eine Verfügung über die Verwendung von Zementdachsteinen erlassen, die in den beteiligten Kreisen als gänzliches Verbot der Verwendung von Zementdachsteinen aufgefaßt worden war, und diese Verfügung dann in einer weiteren Verfügung folgendermaßen erläuterte:

Zur Vermeidung von Mißverständnissen bemerkt die königliche Amtshauptmannschaft, daß die Verfügung vom 2. Sept. 1913 sich nur gegen die Verwendung von Falzziegeln schlechten Fabrikates oder von greller, z. B. schreiend roter oder unbeständiger Farbe richtet. Der Verwendung von Zementdachziegeln guten Fabrikates und solcher von geeigneter, z. B. schiefergrauer Farbe stehen durchaus keine Bedenken entgegen.

Wenn der Verband der Zementfabrikanten sich, wie es in seiner Propagandaschrift heißt, dieses „neuen Erfolges freut“, so gönne ich ihm diese Freude von Herzen. Ich kann es aber nicht verstehen, wenn im Anschluß daran die Gelegenheit herbeigesehnt wird, die beteiligten Kreise ganz Sachsens, wie die Propagandaschrift sich ausdrückt, auf die nachteilige Handhabung des Heimatschutz-Gesetzes hinzuweisen.

Denn der erwähnte Vorgang, von dem ich annehme, daß ihn die Propagandaschrift des Verbandes der Zementwarenfabrikanten richtig dargestellt hat, beweist zunächst, daß die Amtshauptmannschaft Glauchau auf die Vorstellung des Verbandes eingegangen ist und die entstandenen Zweifel behoben hat. Er beweist aber weiter auch, daß die Amtshauptmannschaft Glauchau den Kernpunkt der Sache richtig erfaßt hat und das Gesetz gegen die Verunstaltung von Stadt und Land so anzuwenden bestrebt ist, wie es die Regierung im Einverständnis mit allen Einsichtigen angewendet wissen will. Denn die betreffende Verfügung dieser Amtshauptmannschaft wendet sich ausdrücklich gegen die Verwendung von Falzziegeln schlech-

ten Fabrikates und von greller, schreiend roter oder unbeständiger Farbe. Gegen die Verwendung von guten Zementdachziegeln und solcher von geeigneter, z. B. schiefergrauer Farbe hat sie nichts einzuwenden.

Wenn der Belag, wie hier gefordert, wirklich gut ist, das heißt, wenn er durchaus wetterbeständig ist und mit seiner Tönung nicht in auffallendem, störendem dauerndem Gegensatz mit der Allgemeinheit der Bedachung in einer Ortschaft sich befindet und damit verunstaltend wirkt, so steht seiner Zulassung nichts im Wege. Es muß einleuchten, daß z. B. in ihrer Form gefällige, schiefergrau getönte Ziegel — weil sie auch zu Schieferdächern passen — vor den neuerdings in Aufnahme gekommenen Zementdachsteinen von einer unbeständigen und auf Material-Täuschung berechneten Tönung unbedingt den Vorzug verdienen.

Was hier für die Zementsteine gilt, gilt in gleicher Weise auch für die zahlreichen anderen Ersatzstoffe und Nachahmungen altbewährter Baustoffe.

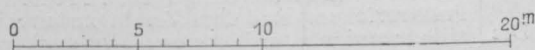
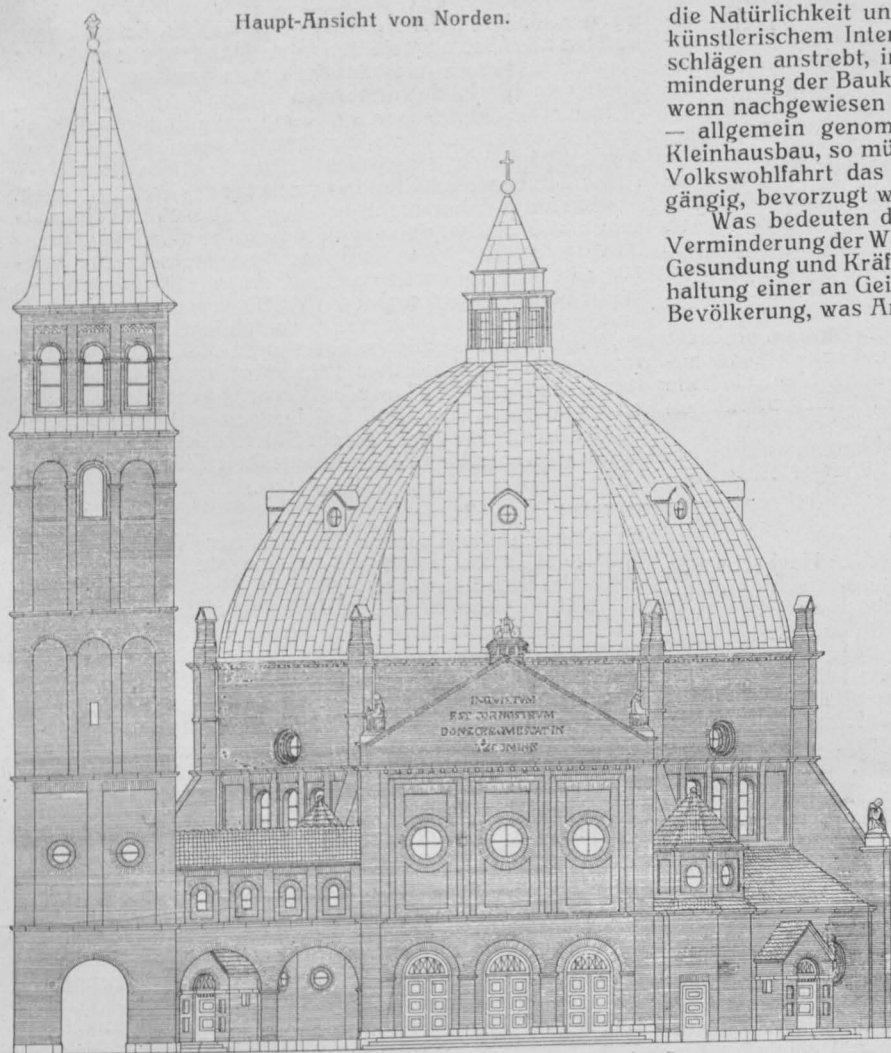
Der gesamten Baustoff-Industrie kann nur angelegentlich empfohlen werden, sich — wie sie das auch nach anderen Richtungen hin ohne Schaden tut und tun muß — den soeben gekennzeichneten berechtigten Heimatschutzbestrebungen anzupassen und ihr Absatzgebiet im Einvernehmen mit der Baukünstlerschaft zu erweitern. Die Heimatschutz-Bewegung verhält sich keinem Baustoff gegenüber grundsätzlich ablehnend, sie fördert nur dessen Behandlung nach künstlerischen Gesichtspunkten. An einer solchen, von der Allgemeinheit der Bevölkerung immer mehr verlangten künstlerischen Weiterbildung muß eine gesunde Baustoff-Industrie schließlich selbst das größte Interesse haben.

Jedenfalls aber liegt den Heimatschutz-Bestrebungen nichts ferner, als ästhetische Forderungen auf Kosten und zum Schaden der Wirtschaftlichkeit durchzusetzen oder auf eine Schädigung einzelner Industriezweige auszugehen. Wie ungerechtfertigt namentlich der Vorwurf feindlicher Gesinnung gegen die Zementwaren-Industrie ist, wird so recht durch drei Eingaben gekennzeichnet, die mir im Juli vorigen Jahres und Anfang dieses Jahres von der Verkaufsstelle Vereinigter Schlesischer Dachziegelwerke zu Dresden und von der Geschäftsstelle des Verbandes Deutscher Dachziegelfabrikanten zu Meissen zugegangen sind. Denn in diesen Eingaben wird gerade darüber geklagt, daß infolge der Heimatschutz-Bestrebungen in einzelnen Landesteilen nicht nur Schieferdächer, sondern auch Dächer aus Zementplatten begünstigt würden und um Schutz gegen die lebhafteste Agitation gebeten, die die Zementdachstein-Fabrikanten in Sachsen zugunsten der nach Ansicht der Dachziegel-Fabrikanten völlig minderwertigen Zementdachsteine entfalten.

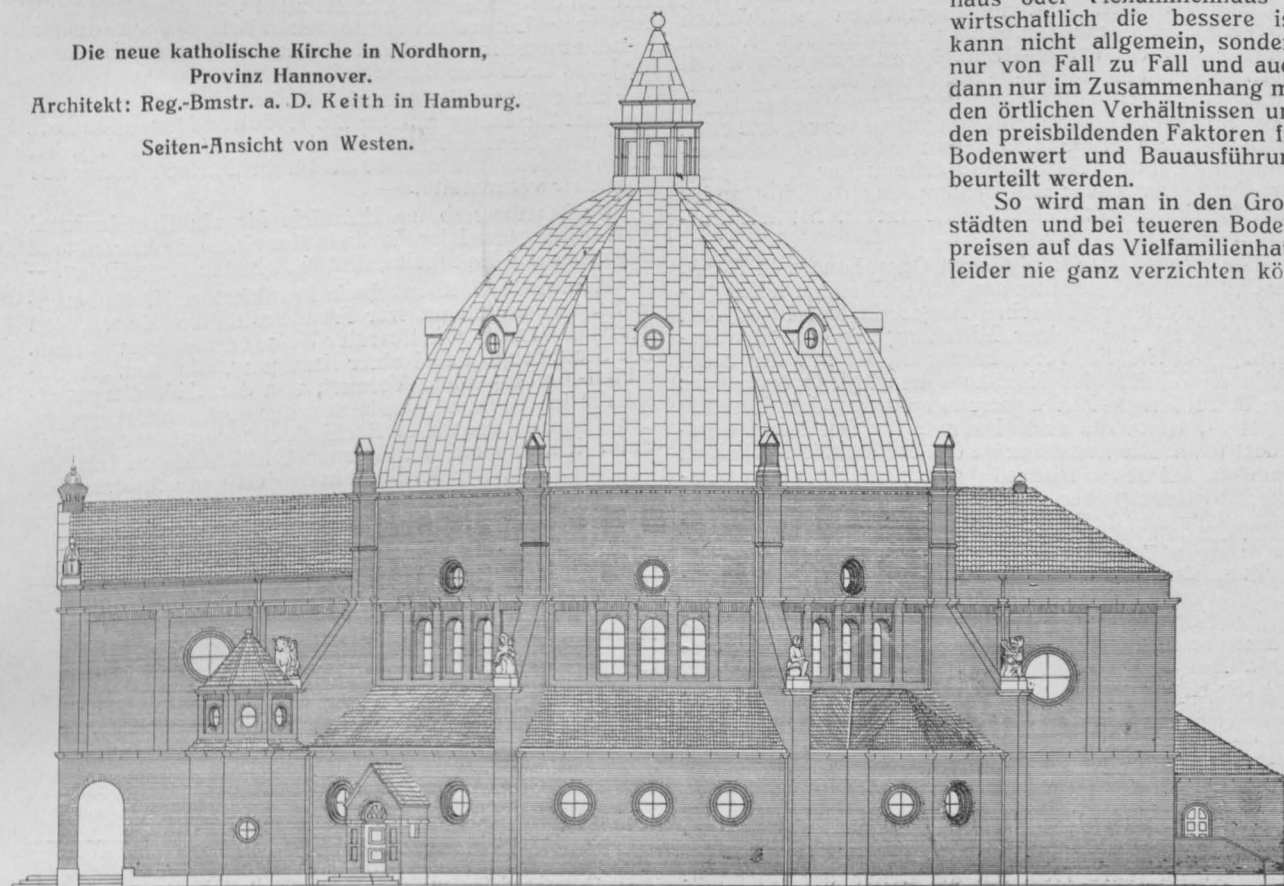
II. Es ist nun weiter die Meinung ausgesprochen und zu deren Verbreitung in Flugschriften aus Berlin darauf hingewiesen worden, daß das Eingreifen des Heimatschutzes besonders die Arbeiterwohnungen unverhältnismäßig verteuere und daß die Empfehlung beispielsweise eines Kleinbaues statt eines angeblich wirtschaftlicheren Massenmiethauses einen ungesetzlchen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht des Steuerzahlers bedeute.

Wer mit einiger Aufmerksamkeit die ehrenamtliche Tätigkeit des Heimatschutzes und seine in Wort und Bild erfolgreiche Aufklärungsarbeit zur geschmackvolleren und wirtschaftlichen Verbesserung des Kleinwohnungsbaues verfolgt hat, wird zugeben müssen, daß nur Mißverständnisse zu einer so abfälligen Beurteilung haben führen können. Bei der ganzen Kulturbewegung des Heimatschutzes handelt es sich ja nicht um Forderungen beliebiger vorübergehender ästhetischer Anschauungen, die zum Schaden der Wirtschaftlichkeit durchgedrückt werden sollen, sondern, wie heute vor aller Augen klar liegt, nur darum, für die in ungeahnter Kraft sich entwickelnden wirtschaftlichen Kräfte die ihnen zukommenden und angemessenen Formen der äußeren Erscheinung zu finden. Hier begegnen sich größte Einfachheit und Schönheit mit Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit. Der „Landesverein Sächsischer Heimatschutz“ weiß ganz genau, daß er bei gutachtlichen Abänderungsvorschlägen nur dann auf Erfolg rechnen kann, wenn seine Vorschläge auch wirtschaftliche Vorteile zu bringen vermögen. Gerade das Moment der Wirtschaftlichkeit hat die Maßnahmen des „Landesvereins Sächsischer Heimatschutz“ — das ist allgemein und dankbar anerkannt worden — von Anfang seines Bestehens an erfolgreich geleitet. Seine Abänderungs- und Verbesserungsvorschläge würden so gut wie verfehlt sein, wenn durch sie den Bauenden etwa größere Opfer zugemutet werden sollten. Es liegt ja auch in der Natur der Sache, daß die Einfachheit und die Schlichtheit,

Haupt-Ansicht von Norden.



Die neue katholische Kirche in Nordhorn,
Provinz Hannover.
Architekt: Reg.-Bmstr. a. D. Keith in Hamburg.
Seiten-Ansicht von Westen.



die Natürlichkeit und Wahrheit, die der Heimatschutz in künstlerischem Interesse bei seinen Verbesserungsvorschlägen anstrebt, in der Regel an sich schon eine Verminderung der Baukosten bedeuten müssen. Aber selbst wenn nachgewiesen wäre, daß z. B. das Massenmiethaus — allgemein genommen — wirtschaftlicher sei als der Kleinhausbau, so müßte aus wohlwogenen Gründen der Volkswohlfahrt das letztere doch, wo auch immer angängig, bevorzugt werden.

Was bedeuten die Bevorzugung des Kleinbaues, die Verminderung der Wohndichtigkeit denn Anderes, als eine Gesundung und Kräftigung unseres Nachwuchses, die Erhaltung einer an Geist und Körper gesunden werktätigen Bevölkerung, was Anderes als die Erhaltung der Volks-

kraft überhaupt? Was noch vor kaum einem Jahrzehnt nur wenigen überzeugend klar war, ist heute in seiner Wucht und Größe Gemeingut aller um das Wohl der Nation Besorgten, die Lösung der Wohnungsfrage ist mehr als je eine Frage der Stärkung, der Erhaltung unseres Geschlechtes. Von diesem Standpunkt aus wird die erstrebenswerteste Wohnweise immer diejenige bleiben, die ein ungesundes, friedenstörendes Zusammenhäufen von Menschen auf kleiner Baustelle vermeidet und die das Familienleben wieder in Fühlung mit der Natur zu bringen sucht. Das ist zweifellos im Kleinhausbau und zwar in den zurzeit wirtschaftlichen Formen desselben — dem Zwei- und Vierfamilienhaus, sowie dem Einfamilien-Reihenhaus der Fall, altbewährte Bauformen, an deren Vorzüge man sich neuerdings wieder erinnert.

Bei allen diesen Bestrebungen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues wird man freilich immer wieder zu prüfen haben, wie diesem öffentlichen Interesse ohne zu weitgehende Eingriffe in die privaten Interessen entsprochen werden kann. Denn die Frage, welche Form des Hausbaues — ob Kleinhaus oder Vielfamilienhaus — wirtschaftlich die bessere ist, kann nicht allgemein, sondern nur von Fall zu Fall und auch dann nur im Zusammenhang mit den örtlichen Verhältnissen und den preisbildenden Faktoren für Bodenwert und Bauausführung beurteilt werden.

So wird man in den Großstädten und bei teuren Bodenpreisen auf das Vielfamilienhaus leider nie ganz verzichten kön-

nen. Auch sind die bedeutenden Fortschritte, die namentlich gemeinnützige Baugenossenschaften in Anwendung dieser Bauform erzielt haben, dankbar anzuerkennen. Allein andererseits ist es ein weit verbreiteter Irrtum, daß die Stockwerkhäufung im Massenmiethaus unter allen Umständen eine Verbilligung der Mieten herbeiführen müsse. Die für Sachsen vorliegenden vergleichenden Zusammenstellungen und Berechnungen ergaben vielmehr mit umfassender Klarheit, daß die Vorteile der Geschoßhäufung oft mehr als reichlich verloren gehen und durch die Nachteile erhöhter Anliegerleistungen, insbesondere für Straßen- und Schleusenbau, sogar in das Gegenteil umschlagen. Das ist namentlich dann der Fall, wenn in ländlicher Umgebung ohne Not nach städtischer Art gebaut wird, wenn überbreite Straßen angelegt werden, wenn unzweckmäßige, nur auf hohe Häuser zugeschnittene Bauordnungen und Bebauungspläne die hohe Bauweise erzwingen oder aber zu einer unwirtschaftlichen Bauweise führen.

Auch die von der staatlichen Hochbauverwaltung bereits im Jahre 1913 beim Bau selbständiger Kleinwoh-

nungen für forstliche Arbeiter gesammelten Erfahrungen und die hierüber angestellten wirtschaftlichen Vergleiche gegenüber Massenmiethäusern haben erwiesen, daß die Mietwerte für Kleinwohnungen um so höher ausfallen, je mehr die Miethäuser auf dem Lande und in den Vororten städtischen Charakter annehmen und damit von der Schlichtheit und Natürlichkeit der ländlichen Bauweise sowie den Gewohnheiten der Bevölkerung sich entfernen.

Ich kann daher nicht zugeben, daß sich der Heimatschutz auf falscher Bahn befinde, wenn er dem Kleinwohnhause vor dem Vielfamilienhause grundsätzlich den Vorzug gibt und ihm dort zum Siege zu verhelfen sucht, wo es die örtlichen und sonstigen Verhältnisse nur irgendwie zulassen. Diesem Ziel strebt auch die Staatsregierung zu, wie sie erst kürzlich wieder durch die Generalverordnung vom 10. November 1913 ausgesprochen hat, die durch die für Kleinhäuser in Aussicht gestellten Erleichterungen ihren Bau tunlichst fördern soll, damit Deren immer mehr werden, die ein Stück deutscher Erde ihr eigen nennen und es als Grundlage ihrer Existenz lieben. —

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Ehrendoktoren. Von der Technischen Hochschule in Danzig ist dem Vorsteher des mineralogisch-geologischen Institutes der Technischen Hochschule Berlin, Hr. Geh. Reg.-Rat. Prof. Dr. Hirschwald, anlässlich seines 70. Geburtstages „in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Nutzbarmachung mineralogisch-petrographischer Arbeitsmethoden für die bautechnische Gesteinsprüfung, die er in zwanzigjähriger Arbeit mit lückenloser Folgerichtigkeit ausgebaut hat“, der Titel eines Dr.-Ing. honoris causa verliehen worden. —

Zum ordentlichen Mitglied der königlichen Akademie der Künste zu Berlin ist anstelle des verstorbenen Geh. Brt. Dr.-Ing. h. c. Heino Schmieden der Geh. Ob.-Brt. Friedr. Oskar Hoffeld, vortragender Rat im kgl. preuß. Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu Berlin, gewählt worden. Hoffeld, am 4. Juli 1848 geboren, ist ein feinsinniger Architekt, der sich um den Kirchenbau in den kleineren Städten und auf dem platten Lande, sowie um Denkmalpflege und Heimatschutz in Preußen große Verdienste erworben hat. Er ist vortragender Rat im preuß. Ministerium der öffentlichen Arbeiten auf dem Gebiet des Kirchenbaues. —

Fürsorge für die Privat-Architekten in Hamburg. Die Bürgerschaft in Hamburg hat bereits im Dezember des vorigen Jahres 20000 M. bewilligt, um die Inventarisierung der zum Teil noch nicht aufgenommenen geschichtlich wertvollen Bauwerke Hamburgs zu veranlassen. Zu den Arbeiten werden Privat-Architekten herangezogen, bei deren Auswahl die Baupflege mit einem Vertrauens-Ausschuß des „Architekten- und Ingenieur-Vereins Hamburg“ zusammenarbeitet. In diesem Fall sowohl wie auch schon bei dem S. 136 in No. 20 unter „Wettbewerbe“ erwähnten dient das Vorgehen in erfreulicher Weise zwei vornehmen Zwecken: der Bekämpfung des Notstandes unter den Privat-Architekten, sowie einem höheren Kulturzweck. —

Der Neubau des königlichen Opernhauses in Berlin war Gegenstand einer Mitteilung in der Sitzung der Budget-Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses vom 6. März 1915. Nach einer Mitteilung der kgl. Staatsregierung werden die Vereinbarungen, die mit der Stadt Berlin aus Anlaß des Neubaus des kgl. Opernhauses über den Königs-Platz getroffen wurden, dem Landtag mitgeteilt, wenn die erste Baurate für den Neubau gefordert wird. Die kunstsinnige Öffentlichkeit darf jedoch erwarten, daß das so frühzeitig geschieht, daß eine öffentliche Erörterung über die Abmachungen noch vor der Beschlußfassung der beiden Häuser des Landtages stattfinden kann. —

Zum Stadtbaurat für Hochbau in Leipzig wurde anstelle des am 1. April d. J. vom Dienste zurück tretenden Ob.-Brt. Scharenberg unter 92 Bewerbern der Gemeinde-Baurat von Berlin-Weißensee, Karl James Bühring gewählt. Auf der engsten Wahl befanden sich außer ihm noch die Hrn. Stadtr. a. D. W. Wagner, früher in Glogau, sowie Stadtr. Heckner in Aschersleben. Hr. Bühring ist in Berlin geboren, steht in der Mitte der vierziger Jahre und wurde 1901 zum Regierungs-Baumeister ernannt. Den preußischen Staatsdienst, in dem er u. a. die bauliche Leitung des anatomischen Institutes der Tierärztlichen Hochschule in Berlin hatte, sowie die Obliegenheiten des Kreisbauinsp. für Nienburg a. d. Weser versah, verließ er im Jahre 1906, um als Leiter der Hochbau-

Arbeiten in die Dienste der Berliner Vorortgemeinde Weißensee zu treten, wo er eine stattliche Reihe beachtenswerter Bauwerke ausführte.

Bühring kommt in Leipzig in Verhältnisse, die nicht als leicht bezeichnet werden können. Die Tätigkeit der Hochbau-Verwaltung ist durch die Einrichtung einer besonderen Abteilung für Fragen des Städtebaues, die dem Architekten Emil Rüster untersteht, begrenzt. Von der obersten Leitung der Stadt Leipzig darf man in künstlerischer Beziehung mehr als das sogen. Regierungs-Interesse nicht erwarten. Die Privat-Architekten in Leipzig erwarten mit Recht ihren Anteil an den baulichen Aufgaben der Stadt. Unter solchen Umständen ist der Stadtbaurat für Hochbau auf sich selbst gestellt und seine Stellung wird von seiner Persönlichkeit abhängen. —

Wettbewerbe.

Ein Wettbewerb betr. den Entwurf eines Denkmals auf der Krieger-Begräbnisstelle des Ohlsdorfer Friedhofes ist vom Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg für seine Mitglieder zum 15. März d. J. erlassen worden. Für das Denkmal stehen 20000 M. zur Verfügung. Den Teilnehmern des Wettbewerbes ist, was Form und Material des Denkmals anbelangt, volle Freiheit gelassen. Zur Preisverteilung sind dem Verein zusammen 1500 M. gestiftet worden. Der Wettbewerb verdankt seine Anregung Hr. Architekt Martin Haller in Hamburg. Das Denkmal soll die gemeinsame Stätte zieren, an der die in hamburgischen Lazaretten verstorbenen Kriegs-Verwundeten bestattet werden. Senat und Bürgerschaft haben außerdem für jedes Grab eine Bronzetafel bewilligt. —

Ein engerer Wettbewerb betr. Entwürfe für ein Grabdenkmal für Bürgermeister Dr. Reichardt von Durlach wird vom Gemeinderat mit Frist zum 17. April d. J. bei 2 Preisen von 100 und 50 M. für in Durlach wohnende Bewerber veranstaltet. —

Im Wettbewerb um Entwürfe für ein Grabdenkmal für Oberbürgermeister Martin in Mannheim, beschränkt auf Bewerber aus Mannheim, sind 56 Arbeiten eingelaufen. —

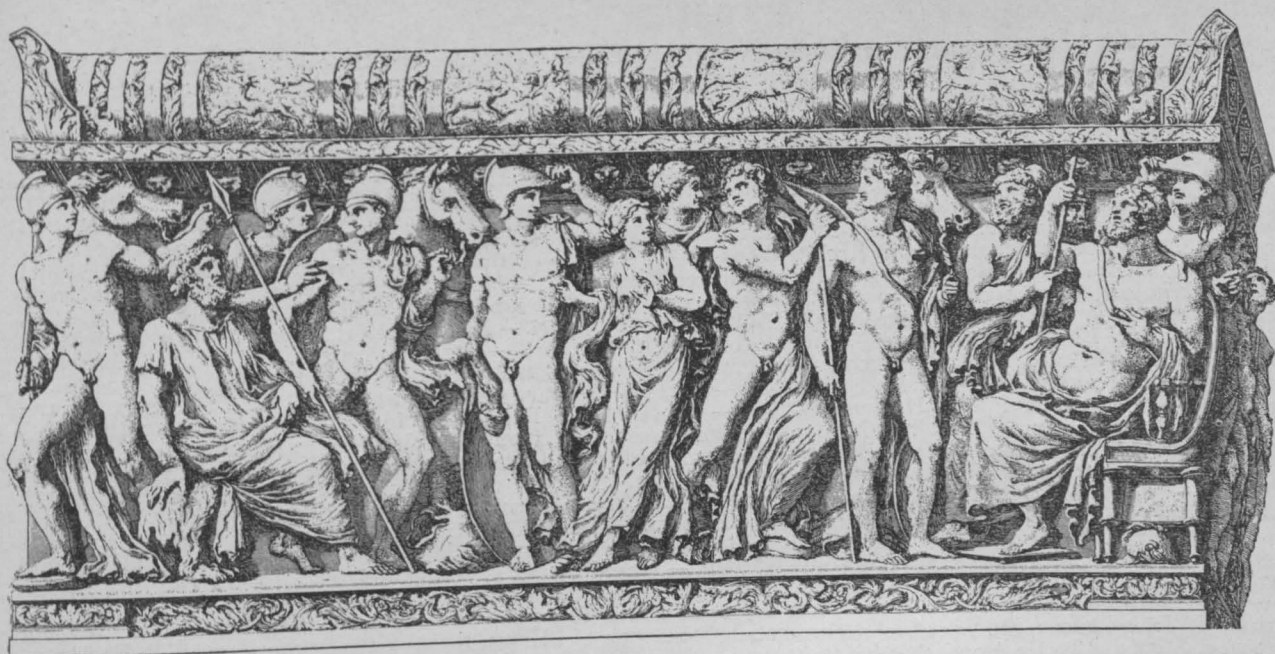
Notstands-Wettbewerbe in Frankfurt a. M. sind nunmehr, wie wir zu unserer Freude mitteilen können, von der Stadt Frankfurt in liberaler Weise beschlossen worden. Die Stadt folgte dabei einer Anregung, die vom „Architekten- und Ingenieur-Verein“, von der „Kunstlergesellschaft“ in Frankfurt, sowie von der dortigen Ortsgruppe des „Bundes Deutscher Architekten“ gegeben war und unter Hinweis auf das Wiener Vorbild darum bat, die Privat-Architekten der Stadt in der jetzigen schweren Zeit durch Arbeiten zu unterstützen, die einen bescheidenen Verdienst, zugleich aber auch künstlerische Anregung darbieten. Das sind Wettbewerbs-Arbeiten. Es verdient nun mit größter Anerkennung hervorgehoben zu werden, daß der Leiter des städt. Hochbauamtes auch seinerseits bereitwillig auf die Anregung einging und als geeignete Arbeiten für Wettbewerbe vorschlug: Entwürfe für die Beamten-Wohnungen des städtischen Krankenhauses, Bebauungspläne für einen neuen Altstadt-Durchbruch und Entwürfe für eine neu anzulegende Zufahrtstraße zur neuen Main-Brücke in Sachsenhausen. Für die Durchführung dieser Wettbewerbe steht die ansehnliche Summe von 24000 M. zur Verfügung. —

Inhalt: Der Heimatschutz im sächsischen Landtag. (Fortsetzung.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



KATHEDRALE UND TORBAU AUS
 HUY AN DER MAAS. * NACH
 EINER STEINZEICHNUNG AUS
 DER MITTE DES VORIGEN JAHR-
 HUNDERTS. * * * * *
 ≡ DEUTSCHE BAUZEITUNG ≡
 XLIX. JAHRGANG 1915 * NO. 23.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLIX. JAHRGANG. N^o 23. BERLIN, DEN 20. MÄRZ 1915.

FUER DAS



VATERLAND

Der Tod fürs Vaterland ist ein Erlösertod. Es ist ein Tod, glorreich, wie ihn die Märtyrer des Christentums starben. Sie sanken unter den Fahnen des Glaubens, wir unter dem blutigen Panier des Vaterlandes.
Zschokke.



auf dem Felde der Ehre sind im Kampf für das Vaterland aus dem Kreise unserer Fachgenossen gefallen oder den auf dem Schlachtfeld erhaltenen Wunden erlegen:

Heinrich Altvater, Dipl.-Ing. aus Darmstadt. — Johann Auers, Reg.-Bmstr. von Sulzbach. — Karl Barenberg, Dipl.-Ing. aus Köln a. Rh. — Otto Bartmann, Dipl.-Ing. aus Wegberg, Kr. Erkelenz. — August Bechtold, cand. ing. aus München. — Rudolf Bernheimer, Dipl.-Ing. von Augsburg. — Hermann Beyendorff, Ingenieur aus Berlin. — Hermann Beyer, Ingenieur von Mannheim. — Karl Bickell, Ing. der Berliner Maschinenbau-A.-G., vorm. L. Schwartzheim. — Gotthilf Bodenhöfer, Dipl.-Ing. — Heinrich Börjes, Dipl.-Ing. bei kopff. — Philipp Holzmann & Co. — Georg Börner, Ingenieur von Berlin. — Otto Wilhelm Brückner, Dipl.-Ing. in Cuxhaven. — Walter Buchwald, Stadtbaurat in Ungarn. Stud. der Techn. Hochschule in Stuttgart. — Alois Gumbinnen. — Otto Buck aus Waitzen in Ungarn. Stud. der Techn. Hochschule in Stuttgart. — Fritz Christoph, Techn. vom kgl. Material-Prüf.-Amt in Berlin-Lichterfelde. — Georg Delvendahl, Dipl.-Ing. aus Berlin. — Karl Dietrich, Architekt aus Cottbus. — Rudolf Dölker aus Tuttligen, Stud. der Techn. Hochschule in Stuttgart. — Emil Ehrle aus Ulm, Dipl.-Ing. an der Techn. Hochschule in Stuttgart. — Werner Eisenlohr, Stud. der Techn. Hochschule in Stuttgart. — Gebhard Faber aus Göppingen, Hans Faber aus Jerusalem und Helmut Fahr aus Geislingen, Studierende der Techn. Hochschule in Stuttgart. — Albert Feldmann, Arch., Amtsblfr. aus Karlsruhe i. B. — Johs. Felgner aus Prohlis, Techn. bei der Fa. Windschild & Langelott in Dresden. — Karl Fiedler, Architekt aus München. — Oskar Fischer aus Tübingen, Stud. der Techn. Hochschule in Stuttgart. — Willy Flohr, Dipl.-Ing., Ob.-Ing. der Masch.-Fabrik Karl Flohr in Berlin-Wittenau. — Joh. Karl Fretzdorff, Reg.-Bmstr. beim kgl. Mel.-Bauamt in Stolp i. P. — Gottfried Frey, Architekt aus Stuttgart. — Oskar Frey, Dipl.-Ing., Arch. an der kgl. Baugewerkschule in Hildesheim. — Oskar Fuhrmann, Reg.-Bmstr. aus Charlottenburg. — Kurt Gablenz, Stud. der Techn. Hochschule in Berlin. — Paul Geiger aus Reutlingen, Stud. der Techn. Hochschule in Stuttgart. — Paul Genge, Architekt in Posen. — Heinrich Gewitsch, Kreisbaumstr. in Königsberg i. Pr. — Fritz Giese, Maurermstr. aus Mönckeberg.

Hochschule
für Bauwesen
Cottbus

Ernst Gieseler, Reg.-Bmstr. beim Eisenb.-Betr.-Amt I in Berlin. — F. Gocke aus Cassel, Stud. der Techn. Hochschule. — Ernst Ludwig Graf, cand. arch. aus Düsseldorf. — Anton Haupt, Dipl.-Ing. aus Stuttgart. — Otto Helfrich, Reg.-Baufhr. in Berlin. — Paul Heinr. Hellwich, Ob.-Ing. aus Danzig. — Hickler, Reg.-Bmstr. aus Oldenburg. — Kurt Hoffmann, Reg.-Bmstr. a. D. aus Wilmersdorf. — Ludwig Hoffmann, Ingenieur in Mannheim. — Heinrich Huber, Stud. der Techn. Hochschule. — Paul Hundsdörfer, Reg.-Rat beim Pat.-Amt in Berlin. — Karl Immig, stud. ing. aus Paderborn. — Arthur Jablonski, Dipl.-Ing. der Maschinenbau-A.-G., vorm. L. Schwartzkopff in Berlin. — Gerhard Janke, Dipl.-Ing. aus Berlin. — Friedrich Jordan, Ing. der Masch.-Fabrik Karl Flohr in Berlin. — Wilhelm Kaufmann, Architekt in Hannover. — Heinr. Kickler, Reg.-Bmstr., Vorst. des Mel.-Bauamtes in Allenstein. — Johannes Kirchner, Reg.-Bfhr. aus Heiligenstadt, Bez. Erfurt. — Alexander Kleinschmidt, Dipl.-Ing. aus Lichterfelde. — Eduard Koch, Architekt aus Stolp i. P. — Karl Köpke, Reg.-Bfhr. aus Lichterfelde. — Frithjof Kötze, Architekt. — Gottfried Kreuzer, Ingenieur von Mannheim. — Max Kroë, Reg.-Bfhr. aus Berlin-Friedenau. — Georg Krüger, cand. arch., wissenschaftl. Hilfsarb. am Prov.-Museum in Halle a. S. — Rudolf Küchenmeister, Reg.-Landmesser aus Berlin. — Eugen Kuhn, Dipl.-Ing. aus Stuttgart. — Ernst Kulka, Stud. der Techn. Hochschule in Berlin. — Kurt Lampert, Stud. der Techn. Hochschule in Stuttgart. — Hermann Lentzsch, Architekt aus Stuttgart. — Hans Loeckell, Stud. der Techn. Hochschule in Berlin. — Anton Lohmüller, Dipl.-Ing. aus Dresden. — Wilhelm Lump, cand. ing. von Karlsruhe i. B. — Richard Mayer, cand. ing. aus Karlsruhe. — Hans Mannmeusel, Reg.-Bmstr. bei Philipp Holzmann & Co. — Albert Mark, Reg.-Bmstr. in Breslau. — Max Martini, cand. ing. aus Berlin-Friedenau. — Friedrich Mederer, Bauamtsass. in Bayreuth. — Adolf Megenhardt, Dipl.-Ing. von Köln. — Georg Meier, cand. ing. von Berlin. — Theodor Meißner, Bauamtsass. aus Traunstein. — Leo Mühl, Reg.-Bmstr., Kreis-Bmstr. in St. Wendel. — Georg Erich Müller, Ingenieur aus Berlin. — Rudolf Müller, Architekt in Liegnitz. — Walter Müller, Kataster-Landmesser aus Duisburg. — Ernst Naumann, Architekt von Heidelberg. — Wilhelm Nilges aus Mansfeld, Bfhr. bei der Fa. Windschild & Langelott in Bromberg. — Siegmund Nuß aus Rottweil, Stud. der Techn. Hochschule in Stuttgart. — Georg Ostermann, Ingenieur. — Paul Perrin, stud. ing. von Karlsruhe. — Theophil Peters, stud. ing. aus Aachen. — Hans Poppe, Dipl.-Ing. in Dresden. — Horst Poppe, Stud. der Techn. Hochschule in Aachen. — Bernhard Proeller, kgl. Landm. aus Charlottenburg. — Leo v. Prondzynski aus Groschowitz, Stud. der Techn. Hochschule in Darmstadt. — Richard Raab, Dipl.-Ing. aus München. — Theodor Rau aus Rielinghausen, Stud. der Techn. Hochschule in Stuttgart. — Herm. Reißer aus Arnbach und Wilh. Renkenberger, Stud. der Techn. Hochschule in Stuttgart. — Herm. Rohde, kgl. Landmesser aus Königsberg. — Eberhard Romberg, Stud. der Techn. Hochschule in Stuttgart. — Kurt Roser, Dipl.-Ing. in Frankfurt a. M. — Alfred Roßbach, Ingenieur. — Walter Rüdel, Ingenieur aus Berlin. — Herm. Saager, Arch., Hauptlehrer an der Baugewerkschule in Bingen. — Walter Sachse, Reg.-Bmstr. in Dresden. — Hugo Sahland, Dr.-Ing. aus Berlin-Zehlendorf. — Hans Sandig, Architekt von Dresden. — Pierre Sauvage, Ingenieur von Saarbrücken. — Friedrich Schilling, Dipl.-Ing. in Dortmund. — Friedr. Schmidt, Dipl.-Ing. von Reutlingen. — Hans Schmid, cand. ing. aus Regensburg. — Richard Schmidt, Ingenieur aus Hamburg. — Adolf Schmitz, Ingenieur aus Berlin. — Oskar Schott, Architekt aus Karlsruhe i. B. — Karl Schröder, Arch. und Gewerbelehrer von Heidelberg. — Julius Schuh, Reg.-Bmstr. bei der Gen.-Dir. der Staatseisenb. in Karlsruhe i. B. — Fritz Schulte-Kump, Dipl.-Ing. bei den Rhein. Stahlwerken aus Duisburg. — Walter Schwarzmänn, Stud. der Techn. Hochschule in Karlsruhe. — Ernst Seeger aus Tettnang, Stud. der Techn. Hochschule in Stuttgart. — Fritz Seifert aus Markneukirchen, Stud. der Techn. Hochschule Dresden. — Georg Seifert, Reg.-Bmstr. und Pat.-Anw. in München. — Leopold Seydel, Ing., Mitinhaber der Firma Brodritz & Seydel in Berlin. — Werner Siegrist, Stud. der Techn. Hochschule in Karlsruhe. — Wilh. Spohn aus Meidelstetten, Stud. der Techn. Hochschule in Stuttgart. — Hans Stahl, Architekt. — Josef Strasser, Staatsbauprakt. aus München. — Hugo Straub, Stud. der Techn. Hochschule in Stuttgart. — Karl v. Thaden, Reg.-Bmstr. aus Berlin in Haiger. — Arnold Tschapke, Arch. aus Festenberg. — Walter Tzschachmann, Dr.-Ing. aus Wilmersdorf. — Louis Verch, Reg.-Bmstr. beim Stadtbauamt Graudenz. — Paul Vogt, Ingenieur aus Berlin. — Ludwig Michael Von werden, kgl. techn. Bahnverwalter in Obermenzing vor München. — Wilhelm Weiß, Stud. der Techn. Hochschule in Stuttgart. — Herm. Wenz, Dipl.-Ing., Assist. an der Techn. Hochschule in Danzig. — Karl Eberhard Westhofen, Dipl.-Ing. in Frankfurt a. M. — Fritz Weyl, Dr.-Ing. aus Frankfurt a. M. — Herm. Willam, Reg.-Baufhr. aus Danzig. — Otto Winter, Ingenieur aus Königsberg. — Hugo Wischnowski, Reg.-Bmstr., Masch.-Insp. der gräfl. Schafgotschen Werke in Beuthen. — Aug. Wissel, Dir. der städt. Straßenbahn in Rheydt. — Arthur Wolko, Dipl.-Ingenieur von Berlin. — Paul Wollburg, Arch., Bauleiter der Fortifikation Posen. — Fritz Wollheim, Techn. der Berl. Maschinenbau-A.-G., vorm. L. Schwartzkopff. — Ernst Wrobel, Dipl.-Ing., kais. Reg.-Rat a. D., Dir. der Masch.-Fabrik A. Ventzki in Graudenz. — Willy Zachert, Dipl.-Ing., Betriebsleiter des städt. Gaswerkes in Bielefeld. — Erich Zink, cand. ing. aus München. — Herm. Zobel aus Göppingen, Stud. der Techn. Hochschule in Stuttgart. —

Liste I Jahrgang 1914 in No. 78, II in 81, III in 85, IV in 90, V in 96, VI in 98, VII in Jahrgang 1915, No. 5, VIII in 13. —

Die neue katholische Kirche in Nordhorn, Provinz Hannover.

Architekt: Regierungs-Baumeister a. D. Keith, Baumeister der Baudeputation in Hamburg.

(Schluß aus No. 21.) Hierzu die Abbildungen in No. 22, sowie S. 148 und 149.



as Material des Äußeren ist ein roter Handstrichstein aus der Umgegend von Nordhorn. Die Dachdeckung über der Kuppel und dem Turm besteht aus Kupfer; Umgang, Chor, Sakristei, Orgelempore, Treppenturm und andere Vorbauten wurden mit Ziegeln (Mönch und Nonne) gedeckt. Die Strebe Pfeiler des

Kuppel-Umganges tragen Bekrönungen nach den Entwürfen des Bildhauers Zehle in Hamburg, von welchen Beispiele in der Kopfleiste in No. 22 dargestellt sind. Die Gewölbe, über deren Anlage und Anordnung die Schnitte S. 139, No. 21 Auskunft geben, wurden sämtlich in Eisenbeton hergestellt. Dabei wurden die Kuppelrippen in den Abmessungen so stark gehalten, daß sie imstande waren, zugleich die äußere Holzkuppel mit zu tragen. Die Kuppelrippen sind in wagrechter Richtung durch Balken versteift, sodaß die Kuppelschale aus einem Netzwerk von Eisenbetonbalken besteht. Durch diese Anordnung, die im Uebrigen auch den gewölbten Kuppeln eigen ist, ergab sich die bei diesen übliche Kassettenteilung auch für die Betonschale.

Bei den Ausschachtungs-Arbeiten zeigte sich, daß an der Stelle, an der die Chorseite des Gotteshauses geplant war, sich früher ein Wasserarm hinstreckte. Da auch der Boden unter den übrigen Bauteilen sich als sehr dünnflüssig erwies, so ergaben sich für die Gründung besondere Schwierigkeiten. Um ihnen zu begegnen, wurde der ganze Bau auf Eisenbetonpfähle gesetzt, wozu große Absteifungen und Wasserhaltungen erforderlich waren. Zu den Vorkehrungen für die Gründung ist auch zu rechnen, daß der Eingangsbau, der Kuppel-Umgang und die Sakristei unterkellert werden mußten. Der Kellerraum unter der Eingangshalle ist zur Anlage einer Luftheizung benutzt worden. Der unter der Sakristei gewonnene Raum ist durch eine Treppe mit dieser verbunden und dient als Schrankraum für die Zwecke der Sakristei. Ein Verbindungsgang ermöglicht den Zugang von diesem Schrankraum zu den Kellerräumen unter dem Kuppel-Umgang. Die Kosten des gesamten, bisher geschilderten Rohbaues beliefen sich auf rd. 250 000 M. Die interessanten, jedoch sehr schwierigen Arbeiten in Eisenbeton waren der Firma Neugebauer & Schybilski, Hamburg übertragen. Dem Inneren gibt neben der weiten Kuppel-Wölbung, die weiträumiger wirkt, als sie nach ihren

wirklichen Maßen ist, der Altarraum das Gepräge. Er liegt 60^{cm} über dem Schiffboden und ist über 4 Stufen zugänglich. Eine Marmorbrüstung schließt ihn gegen den Kuppelraum ab. Der Altar ist ein Ciborien-Altar. Der Baldachin in Form eines Satteldaches wird von 4 Marmorsäulen getragen. Vor der geschlossenen Rückwand, die sehr reichen Figuren-Schmuck zeigt, erhebt sich der Altar (S. 149). Der untere Teil der Chorwände ist mit einem reichen Teppichmuster geschmückt. Die Gewölbe des Chores, über der Orgel-Empore und der großen Kuppel sind in ihrem natürlichen Steinton stehen geblieben. Sie

haben keine weitere Tönung oder Bemalung erhalten weil die Absicht besteht, alle Gewölbeflächen in reicher Weise mit ornamentalem und figürlichem musivischem Schmuck zu belegen. Der reiche Altar-Aufbau ist ein Werk des Bildhauers Brück in Cleve. Alle Stützen und Bogen-Umrahmungen des Inneren wurden in Handstrichsteinen gemauert und gefügt. Der Boden ist mit quadratischen, ungemusterten Platten belegt.

Am 11. September 1913 wurde das neue, eigenartige Gotteshaus eingeweiht und dem Dienste des Höchsten übergeben. —

Der Heimatschutz im sächsischen Landtag. (Fortsetzung.)



Der Minister verbreitete sich nun ausführlich über Reklamewesen und Heimatschutz, ein Kapitel, an sich gleichfalls sehr wichtig und von künstlerischen Interessen begleitet, über das wir jedoch an dieser Stelle hinweg gehen müssen. Der Minister fährt dann fort: Ich glaube Ihnen, meine Herren, damit gezeigt zu haben, wie unbegründet im Allgemeinen die Vorwürfe sind, die von gewisser Seite gegen die Heimatschutz-Bestrebungen erhoben werden, und ich kann mich nun zu den Einzelfällen wenden, auf die der Hr. Abg. Brodauf zur Begründung seiner Interpellation Bezug genommen hat, und welche die unrichtige Handhabung des Gesetzes gegen die Verunstaltung von Stadt und Land durch verschiedene untere Verwaltungsbehörden beweisen sollen.

Nach den Unterlagen, die der Hr. Abg. Brodauf beigebracht hat, handelt es sich um Fälle, die sich in den Amtshauptmannschaften Annaberg, Döbeln, Freiberg, Glauchau, Meißen, Oschatz, Schwarzenberg abgespielt haben. Teils sollen die Bauwerber zu unwirtschaftlichen, unpraktischen Ausführungen und zu größeren Geldaufwendungen gezwungen worden sein, als sie leisten wollten oder nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen leisten konnten; teils sollen die genannten Behörden durch unmittelbare Verbote oder, wie es heißt „durch Ausübung von Druck“ der Verwendung von sogenannten Surrogaten entgegen getreten sein und dadurch namentlich die Zementstein-Produzenten und die Dachpappen-Fabrikannten schwer geschädigt haben, und so ziemlich in allen Fällen sollen durch die Ausstellungen, die aus Heimatschutzgründen gegen die eingereichten Planungen erhoben worden sind, große Verzögerungen in der Erteilung der Baugenehmigung eingetreten sein. Ich habe hierauf die beteiligten Amtshauptmannschaften zur Berichterstattung und Einsendung der Akten aufgefordert. Die Akten sind sämtlich hier geprüft worden, und diese Prüfung hat erneut ergeben, auf wie schwachen Füßen auch hier die Anschuldigungen stehen, die gegen die Handhabung des Gesetzes gegen Verunstaltung von Stadt und Land immer und immer wieder erhoben werden.

Was zunächst die Amtshauptmannschaft Annaberg anlangt, so haben sich die den Bauenden aus Heimatschutzgründen gemachten Vorschriften in durchaus angemessenen Grenzen bewegt. Daß sie den Bauenden unwirtschaftliche oder unpraktische oder in der Ausführung besonders kostspielige Bauten zugemutet haben, läßt sich aus den vorgelegten Akten nicht ersehen. Tatsache dagegen ist, daß der Amtshauptmannschaft Annaberg sehr häufig Baupläne vorgelegt worden sind, die jede Rücksichtnahme auf das Orts- und Landschaftsbild vermissen ließen, und daher von der Amtshauptmannschaft, wenn sie das Gesetz gegen die Verunstaltung von Stadt und Land pflichtmäßig handhaben wollte, nicht ohne weiteres genehmigt werden konnten.

So soll die Amtshauptmannschaft Annaberg den Besitzer des Gasthofes in Woltersdorf durch ihre Anordnungen gezwungen haben, in sein Dach für mehrere Tausend Mark mehr Holz hineinzubauen, als nach seiner Planung nötig gewesen wäre. Nach den Akten stellt sich aber der Vorgang ganz anders dar. Es handelt sich um einen ganz geschmacklosen Tanzsaal-Anbau an den Woltersdorfer Gasthof, der an der bevorzugtesten Stelle des ganzen Ortes gegenüber der vor einigen Jahren in ansprechenden Formen errichteten Schule erbaut werden sollte. Die Amtshauptmannschaft hat darauf nach den Vorschlägen des Heimatschutzes in gütlichem Wege auf eine bessere Dachausbildung hinzuwirken versucht. Das ist auch gelungen, denn der Bauwerber hat sich in der Verhandlung am 7. Juli 1910, der auch der bauausführende Baumeister beigewohnt hat, freiwillig zu der von der Amtshauptmannschaft vorgeschlagenen Ausführung bereit erklärt. Von einem Zwang, daß dem Bauwerber etwas angesonnen sei,

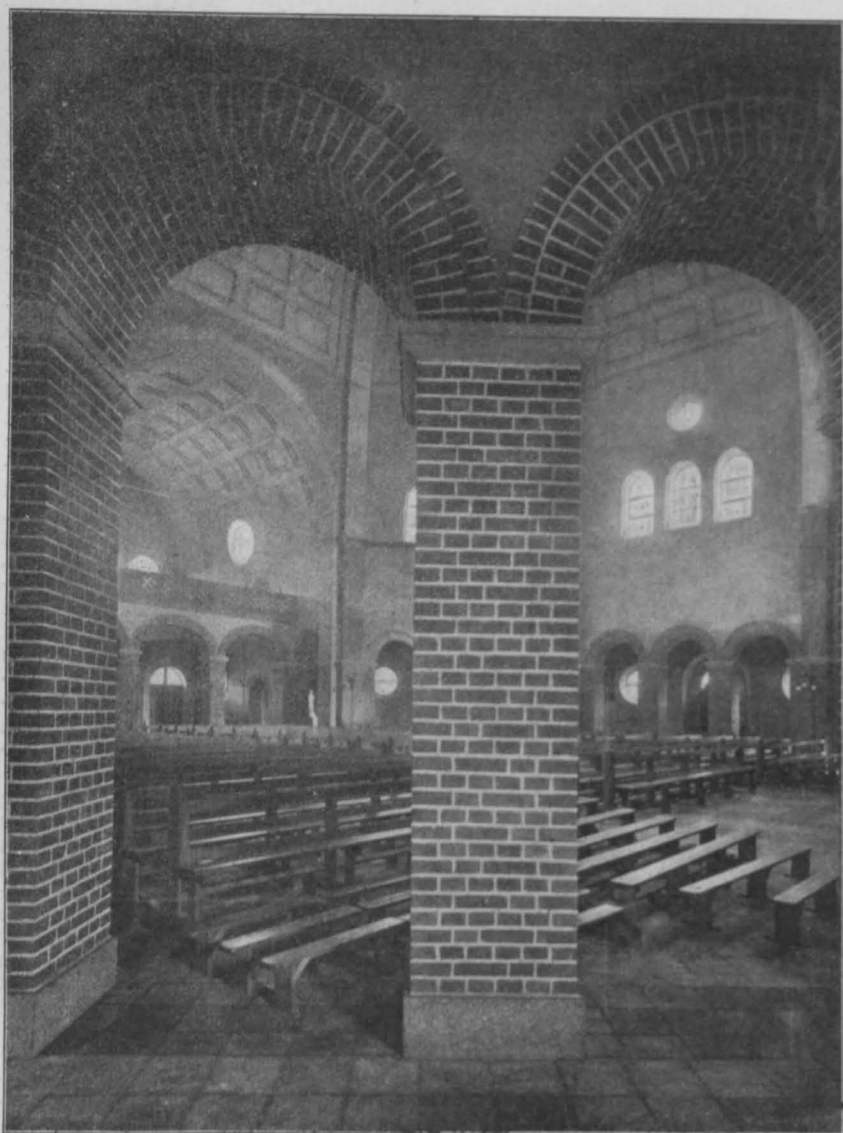
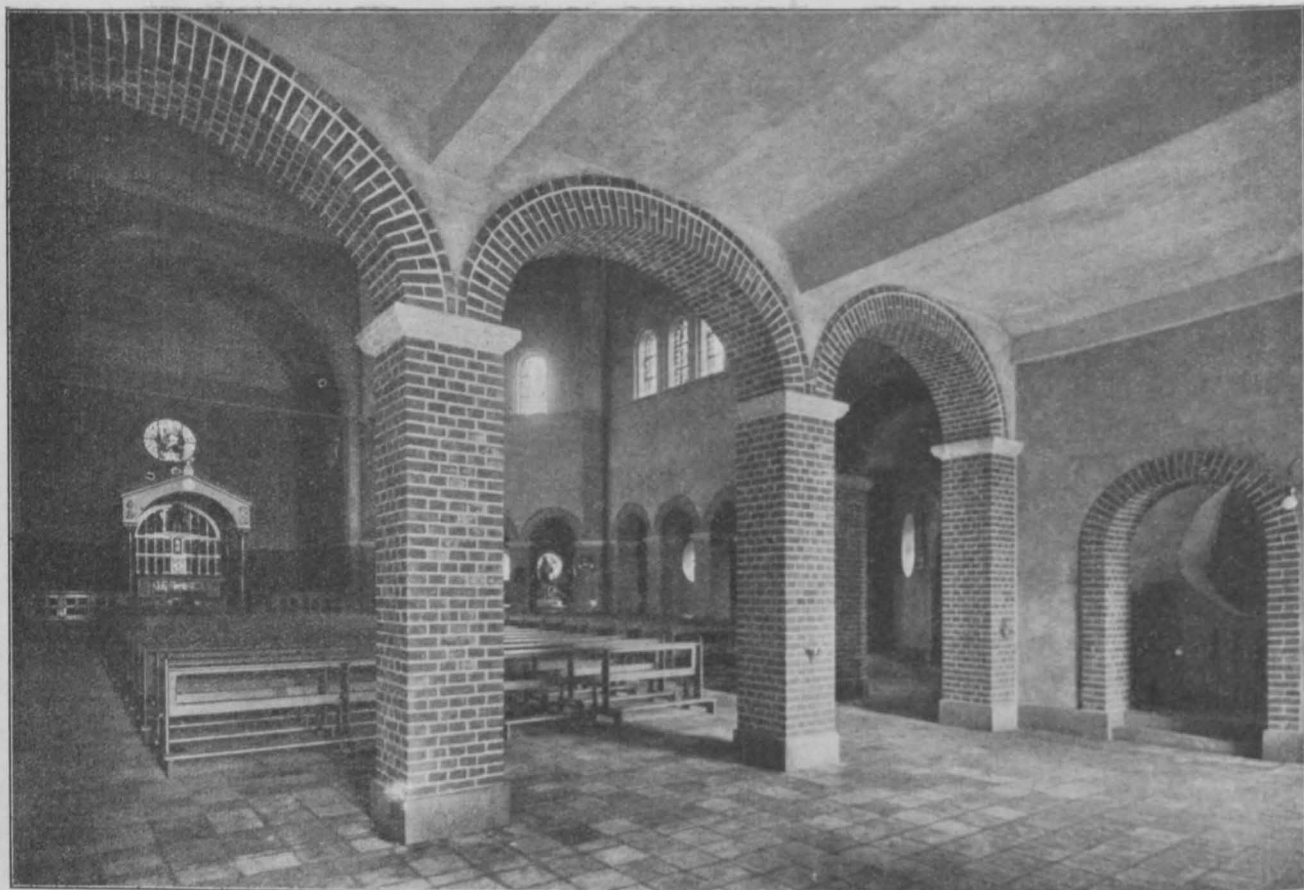
was unwirtschaftlich wäre, kann hiernach keine Rede sein.

Ferner heißt es in der Interpellations-Begründung: „Von einer Zementwarenfabrik in Mittweida-Markersbach liegen mir sechs an diese gerichtete Schreiben vor, in denen Bestellungen auf Zementdachplatten unter Bezugnahme auf Bauverbote oder Beanstandungen rückgängig gemacht oder aufgehoben werden. Diese Schreiben rühren her von Max Tippmann-Steinbach, Franz Berger-Bärenstein, Louis Hermann-Bärenstein, Albin Fiedler-Wiesa, Paul Grummt-Hermannsdorf. Da es sich selbstverständlich im ganzen Bezirk herumgesprochen hat, daß der Verwendung von Zementdachplatten grundsätzlich Schwierigkeiten bereitet werden, hat jene Firma, die dort hauptsächlich ihr Absatzgebiet hatte, großen Schaden, sie hat den weitaus größten Teil ihrer Arbeiter entlassen müssen.“

Wie verhält es sich nun hiermit? Die Amtshauptmannschaft Annaberg hat unter dem 5. Nov. 1912 eine Bekanntmachung zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes erlassen. In ihr heißt es u. a.: „Seit einiger Zeit werden in Orten des hiesigen Verwaltungsbezirkes, die noch die alte erzgebirgische Bauweise bewahrt haben, in ganz geschmackloser Weise als Deckungsmaterial bunte Zementsteine verwendet. Hierdurch werden sowohl die betreffenden Gebäude, wie das Orts- und Landschaftsbild in ganz erheblicher Weise verunstaltet. Da die königl. Amtshauptmannschaft in letzter Zeit in verschiedenen Fällen erst dann Kenntnis von der Umdeckung des Gebäudes erlangt hat, wenn diese bereits ausgeführt oder nachdem das in Aussicht genommene Bedachungsmaterial bereits bestellt oder beschafft worden war, haben sich in dem nachträglich anzusetzenden baupolizeilichen Genehmigungsverfahren häufig Schwierigkeiten für den betreffenden Grundstücks-Eigentümer heraus gestellt. Die königl. Amtshauptmannschaft sieht sich deshalb veranlaßt, hierdurch vor der eigenmächtigen Inangriffnahme von Umdeckungen, zu denen es nach § 34 Punkt e der Ausführungs-Verordnung zum Allgemeinen Baugesetz vom 1. Juli 1900 baupolizeilicher Genehmigung bedarf, ausdrücklich zu warnen. Auch empfiehlt es sich keineswegs, vor erteilter behördlicher Genehmigung zur Umdeckung Bestellungen auf irgend ein Bedachungsmaterial abzuschließen. Die königl. Amtshauptmannschaft wird im einzelnen Fall prüfen und entscheiden, ob das gewählte Material vom Standpunkt des Heimatschutzes aus in Hinblick auf Nachbargebäude, Umgebung, Gesamtbild zu gestatten ist.“ Diese Warnung kann nur gebilligt werden. Von einem allgemeinen Verbot der Verwendung von Zementdachplatten kann hiernach nicht die Rede sein. Die Amtshauptmannschaft Annaberg hat denn auch, obwohl für das Erzgebirge nur das Naturschieferdach als bodenständig bezeichnet werden kann, Eindeckungen mit Zementsteinen und Kunstschiefer, wofern sie nur in Form und Farbe dem Naturschiefer ähnelten, anstandslos zugelassen und auch sonst die weitest gehende Rücksicht genommen. Das wird gerade durch die Fälle bewiesen, die gegen die Amtshauptmannschaft Annaberg ins Feld geführt worden sind.

Im Falle Tippmann-Steinbach hat die Amtshauptmannschaft Annaberg den Bauwerber, der sein Dach zum Teil mit Zementplatten eindecken lassen wollte, durch den Gemeinde-Vorstand befragen lassen, warum er anstatt der unschön wirkenden Zementplatten nicht lieber einfarbigen Naturschiefer wähle, zumal ja auch die eine Seite seines Daches schon mit Schiefer gedeckt sei. Da der Bauwerber hierauf erwiderte, daß die Zementplatten schon gekauft seien und die liefernde Firma sie nicht zurück nehmen wolle, ist die Baugenehmigung anstandslos erteilt worden.

Im Falle Hermann-Bärenstein ist ebenfalls die Genehmigung zur Eindeckung des Daches mit Zementplatten — und zwar mit naturschieferfarbigen — erteilt worden, während sich über den in der Interpellations-Begrün-



Blicke aus der Emporenhalle auf den Hochaltar und aus dem Umgang auf die Empore. Die neue katholische Kirche in Nordhorn.

dung erwähnten Fall Franz Berger-Bärenstein überhaupt nichts hat ermitteln lassen.

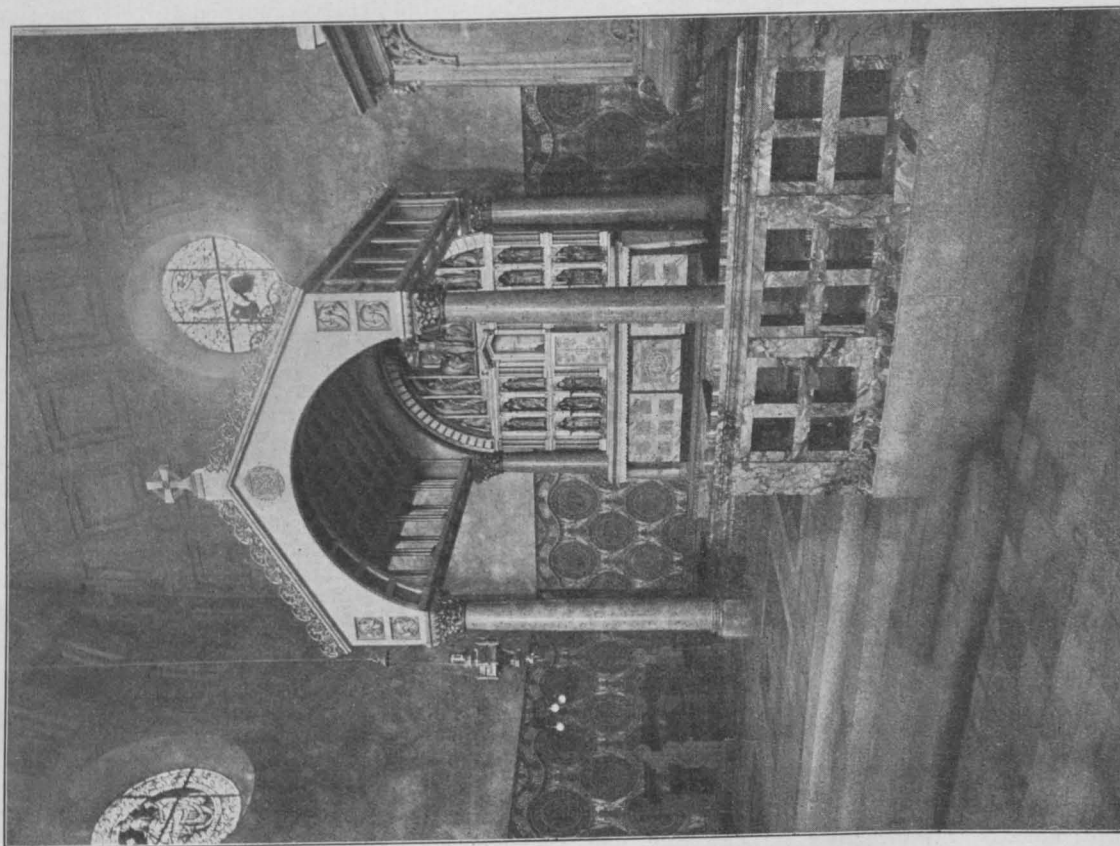
Richtig ist, daß in dem Falle Fiedler-Wiesa die Amtshauptmannschaft Annaberg die Genehmigung zur Eindeckung einer Scheune mit Zementplatten aus Heimatschutzgründen versagt hat, weil der Bauerber demnächst die übrigen Gebäude seines Gehöftes, die jetzt mit Stroh gedeckt sind, mit Schiefer decken wollte und Zementplatten selbst als ungeeignet bezeichnet hatte. Aber auch hier hat die Amtshauptmannschaft Annaberg, nachdem der Bauerber seine Scheune doch noch eigenmächtig mit Zementplatten eingedeckt hatte, von weiteren Maßnahmen abgesehen.

Nur im Falle Grummt-Hermansdorf hat die Amtshauptmannschaft einen Zwang ausgeübt. Hier aber hatte sich der Bauerber in rechtsverbindlicher Form verpflichtet, seine neue Scheune mit Naturschiefer zu decken, und es war ihm hierauf die Baugenehmigung unter der Bedingung, daß er seiner eingegangenen Verpflichtung nachkomme, erteilt worden. Da der Bauerber nachträglich und offenbar von dritter Seite beeinflusst, das zu tun sich weigerte, ist er dazu unter Strafandrohung angehalten worden und hat sich dann auch ohne Weiteres gefügt.

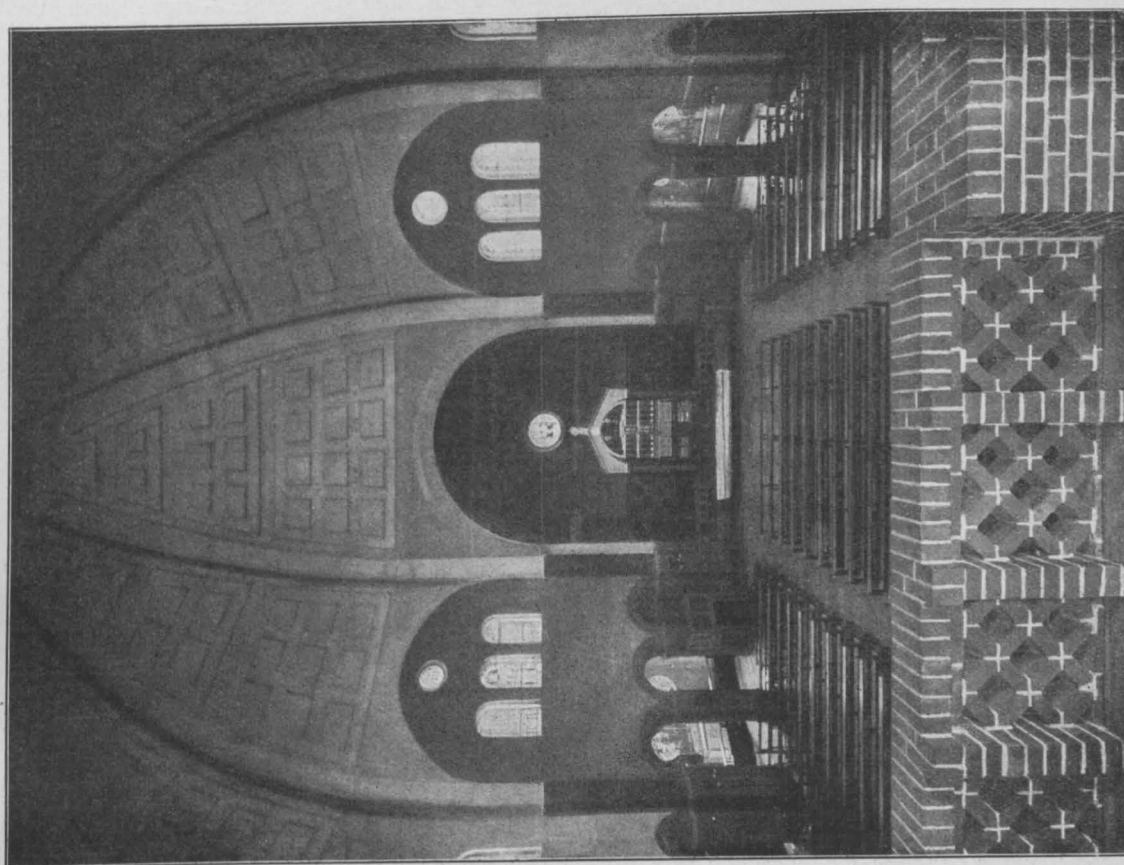
Ich habe schon vorhin gesagt: „Bei der Handhabung des Gesetzes gegen die Verunstaltung von Stadt und Land kommt es nicht darauf an, was die Industrie anbietet, sondern darauf, was die Baukunst braucht.“ Und wer mit mir gleicher Ansicht ist, wird wohl kaum sagen können, daß die Amtshauptmannschaft Annaberg in den von

mir erwähnten Einzelfällen nicht den Verhältnissen Rechnung getragen habe, sondern mit unnötiger Schärfe vorgegangen sei. Vielmehr kann ich das Vorgehen der Amtshauptmannschaft Annaberg nur billigen, zumal ich aus

nehmung aus Heimatschutzgründen besonders verzögert worden sei. Das trifft insbesondere auch nicht zu bezüglich des Tippmann'schen Schankgebäudes in Jahnsbach bei Thum, bei dem einzigen Fall übrigens, auf den die



Ansicht des Altar-Raumes mit dem Hochaltar.
Architekt: Reg.-Bmstr. a. D. Fr. Keith, Baumeister der Baudeputation in Hamburg.



Ansicht des Inneren von der Orgel-Empore.
Die neue katholische Kirche in Nordhorn, Provinz Hannover. Architekt: Reg.-Bmstr. a. D. Fr. Keith, Baumeister der Baudeputation in Hamburg.

den Akten ersehen habe, wie sehr sie bei ihren Heimatschutz-Bestreбungen mit dem oft recht zweifelhaften Geschäftsgebaren gewisser Firmen zu kämpfen hat.

Ebenso wenig kann ich zugeben, daß in den zur Sprache gebrachten Einzelfällen die Erteilung der Baugenehmigung

etwas näher eingegangen ist. Richtig ist, daß das Tippmann'sche Baugesuch im April 1913 an die Amtshauptmannschaft Annaberg gelangt ist und daß die Amtshauptmannschaft Annaberg die formelle Baugenehmigung erst Ende Oktober 1913 erteilt hat. Nicht

Heimatschutz-Bestreben haben aber die Baugenehmigung so lange verzögert, sondern lediglich der Umstand, daß der Bauwerber die ihm vorgeschriebene Bauflichtlinie nicht einhalten wollte und sich in der Beibringung der zur Beurteilung des Bauvorhabens unbedingt nötigen Rißzeichnungen äußerst säumig zeigte. Um aber die Bauarbeiten nicht aufzuhalten, hat die Amtshauptmannschaft Annaberg schon am 9. Juni 1913 vorläufige Bauberlaubnis auf eigene Gefahr des Bauwerbers erteilt.

In der Interpellations Begründung heißt es dann weiter: „Im Bezirk der Amtshauptmannschaft Annaberg war die Klage über die Verzögerung der Baugenehmigung ganz allgemein. Man hat mir dort verschiedentlich erzählt, daß man nur dann schnell vorwärts käme, wenn man die Firma Herfurth in Dresden, die von der Amtshauptmannschaft als Heimatschutz-Sachverständige gehört werde, und die in Annaberg ein Büro unterhielt, mit der Ausarbeitung der Pläne beauftrage.“

Ich habe hierzu Folgendes zu bemerken: Hinsichtlich der Absetzung des Baugenehmigungs-Verfahrens hat sich die Amtshauptmannschaft Annaberg ihrerseits von jeher, und zwar besonders auch mit Rücksicht darauf, daß die Bauzeit im oberen Erzgebirge bei den dort herrschenden klimatischen Verhältnissen sehr knapp bemessen ist, größter Beschleunigung befleißigt. Sollten gleichwohl Verzögerungen eingetreten sein — in den von mir besprochenen Fällen ist das aber, wie ich schon erwähnte, nicht geschehen —, so dürfte das weniger auf Ausstellungen aus Gründen des Heimatschutzes, als vielmehr darauf zurück zu führen sein, daß der bis Ende 1913 als nebenamtlicher Bausachverständiger mit der Begutachtung der größeren Bauvorhaben betraute Architekt Herfurth in Dresden wohnte und nur einmal wöchentlich nach Annaberg kam, sodaß die ihm zur Begutachtung überwiesenen Bausachen so lange liegen bleiben mußten. Seit dem 1. Januar dieses Jahres hat aber die Amtshauptmannschaft Annaberg einen hauptamtlichen Bausachverständigen erhalten, der einen Dienstraum in der Amtshauptmannschaft hat und jederzeit zur Verfügung steht. Das wird den Geschäftsgang künftig wesentlich beschleunigen. Dagegen muß ich — so lange mir nicht bestimmte Beweise gebracht werden — den ganz allgemein gehaltenen Vorwurf auf das Entscheidendste zurückweisen, daß der Architekt Herfurth seine amtliche Stellung bei der Amtshauptmannschaft zum Vorteil seiner Privatgeschäfte ausgenutzt und daß das die Amtshauptmannschaft geduldet habe. Seine eigenen Bauentwürfe, soweit sie den amtshauptmannschaftlichen Bezirk Annaberg betrafen, sind nicht ihm selbst, sondern stets dem Brandversicherungs-Inspektor, der damals noch mit Bausachverständiger der Amtshauptmannschaft Annaberg war, zur Begutachtung überwiesen worden. Herfurth ist demnach gar nicht in der Lage gewesen, auf den Gang des Genehmigungs-Verfahrens seiner Bauentwürfe irgend einen Einfluß auszuüben.

Alle Beschwerden, die nach dieser Richtung schon früher, namentlich aus Chemnitzer Architektenkreisen, erhoben worden sind, haben sich als völlig grundlos erwiesen.

Neben der Amtshauptmannschaft Annaberg soll sich nach der Interpellationsbegründung namentlich auch die Amtshauptmannschaft Glauchau, die ich schon vorhin einmal erwähnte, bei der Handhabung des Heimatschutzes durch unwirtschaftliche Vorschläge, Verzögerungen und Verbote von Surrogaten zum Schaden der Zementstein-Produzenten und der Dachpappen-Fabrikanten auszeichnen. Auch hier stellen sich aber die Dinge bei näherer Betrachtung ganz anders dar. Zunächst ist der Amtshauptmannschaft Glauchau überhaupt kein einziger Fall bekannt, in dem dem Bauherrn aus Gründen des Heimatschutzes unwirtschaftliche und unpraktische Vorschläge gemacht worden wären. Im Gegenteil sind den Bauherren in der Regel nur dann andere Lösungen empfohlen worden, wenn die von ihnen eingereichten Zeichnungen unzweckmäßige und unschöne, dabei aber auch gleichzeitig teure Lösungen darstellten. In vielen Fällen sind durch die Vorschläge der Amtshauptmannschaft sogar erhebliche Ersparnisse erzielt worden. Eine Ausnahme macht nur der allerdings häufige Fall, daß an Stelle eines flachen Daches ein Satteldach oder Pultdach vorgeschlagen wurde. Die Amtshauptmannschaft ist aber auch dabei nie rigoros vorgegangen und hat Abänderungsvorschläge nach dieser Richtung hin nur dann gemacht, wenn es sich um Ueberdachung von Räumen handelte, die Menschen zum Aufenthalt dienen sollten, also gleichzeitig gesundheitliche Interessen in Frage kamen, oder um Baulichkeiten unmittelbar an öffentlichen Straßen und Plätzen, also um Bauten in bevorzugter Lage. Die meisten Bauherren haben die ihnen gemachten Gegenvorschläge auch gern und dankbar angenommen. Zu irgendwelchen Zwangsmaß-

regeln wegen Annahme ihrer Vorschläge ist es in den letzten drei Jahren überhaupt nicht gekommen. Und in dem gleichen Zeitraum ist auf Grund des Heimatschutz-Gesetzes nur in einem einzigen Fall die Baugenehmigung versagt worden.

Ebenso sind Verzögerungen in der Erteilung der Baugenehmigung infolge von Ausstellungen aus Gründen des Heimatschutzes nur ganz vereinzelt vorgekommen. Sind die Vorschläge von amtshauptmannschaftlichen Bausachverständigen ausgegangen, so sind sie sofort bei der gesetzlich vorgeschriebenen Begutachtung der Baugesuche gemacht worden und haben daher überhaupt keine Verzögerung zur Folge gehabt. Sind die Vorschläge aber vom „Landesverein Heimatschutz“ ausgegangen, so sind natürlich die Sachen durch die Hin- und Rücksendung der Akten um einige Tage verzögert worden. Allein ein Grund zur Beschwerde ist darin schon um deswillen nicht zu erblicken, weil die Amtshauptmannschaft Glauchau den „Landesverein Heimatschutz“ nur mit Genehmigung der Bauherren um Gegenvorschläge ersucht hat. Wie es mit dem angeblichen allgemeinen Verbot von Zementdachungen in der Amtshauptmannschaft Glauchau aussieht, habe ich schon im Anfang meiner Ausführungen dargelegt, sodaß ich hier nicht wieder darauf zurückkommen brauche. Und wenn die Interpellationsbegründung dann weiter noch anführt, daß die Amtshauptmannschaft Glauchau in bestimmten Einzelfällen die Verwendung von Zementdachsteinen verboten habe, so verhält sich die Sache folgendermaßen: In Langenchursdorf plante der Schmiedemeister Hartig einen Anbau an sein altes schönes Haus mit Schieferdach. Um dem Hause seinen einheitlichen Charakter zu wahren, wurde auch für den Anbau Schieferdach vorgeschrieben. Da dieser Anbau aber schließlich ein ganz flaches Dach erhielt und Schiefer dabei nicht verwendet werden konnte, ist das Dach mit Dachpappe eingedeckt worden.

Bei den Anbauten von Vogel und Kirmse in Langenchursdorf handelt es sich um Dächer mit nur wenig Gefälle, das für Zementziegel nicht langte. Aus diesem Grunde und weil bei Verwendung von Zementziegeln die Binder- und Dachkonstruktion viel stärker als geplant hätte hergestellt werden müssen, die bestehenden alten Gebäude auch schon mit Schiefer gedeckt waren, ist im Falle Vogel Bedachung mit einfarbigem Schiefer ausbedungen und im Falle Kirmse vom Bauherrn freiwillig erklärt worden, daß er das Dach mit Schiefer oder Pappe und nicht mit Zementziegeln eindecken werde. Im Falle Schüssler-Falken sollte ein Wohnhaus-Neubau mit Zementziegeln eingedeckt werden, was die Amtshauptmannschaft auf Grund des Heimatschutzgesetzes zunächst verbieten wollte. Da indessen Schüssler auf Grund der Zusicherung der Amtshauptmannschaft, daß er die Zementziegel bei anderen Bauten untergeordneter Art verwenden dürfe, bereit war, den Wohnhaus-Neubau mit roten Tonziegeln einzudecken, ist es zu einem Verbot von Zementziegeln überhaupt nicht gekommen. Im Falle List-Lobsdorf sollte eine neue Scheune mit Zementziegeln eingedeckt werden. Da das Wohnhaus Schieferdach hat und in Lobsdorf Zementziegeldächer noch nicht vorhanden sind, hat sich List nach entsprechender Verständigung bereit erklärt, als Bedachung Biberschwänze zu verwenden. Also auch hier ist es nicht zu einem Verbot von Zementziegeln gekommen.

Bei den sämtlichen angeführten Einzelfällen handelt es sich um etwa 650 qm Dach, die in den letzten drei Jahren nicht mit Zementziegeln eingedeckt worden sind. Rechnet man 1 qm zu 2 M. und 10 % Verdienst, so sind der Zementstein-Industrie in der Amtshauptmannschaft Glauchau in den letzten drei Jahren 130 M. Verdienst entgangen. Zieht man dann noch weiter in Betracht, daß in zahlreichen anderen Fällen Zementziegeldächer anstandslos genehmigt oder bei Umdeckungen ohne weiteres hergestellt worden sind, so kann von irgend welcher nennenswerten Schädigung der Zement-Industrie wohl kaum die Rede sein.

Unbegründet ist auch die Behauptung, daß die Amtshauptmannschaft Freiberg den Gutsbesitzer Förster in Großschirma genötigt habe, seine neue Scheune anstatt mit Pappe mit Schiefer zu decken, obwohl er schon Pappe und Teer bestellt hatte. Richtig ist nur, daß die Amtshauptmannschaft dem Bauwerber auf Vorschlag des Heimatschutzes bei der Baugenehmigung zunächst aufgegeben hatte, die Scheune anstatt mit Pappe mit Schiefer zu decken. Diese Bedingung ist aber sofort fallen gelassen worden, nachdem der Bauwerber erklärt hatte, daß er sich nicht entschließen könne, an Stelle des geplanten Pappdaches ein Schieferdach anzubringen. Die der Amtshauptmannschaft nachträglich zu Ohren gekommene Äußerung eines ihr sonst völlig unbekannten Dach-

pappen-Fabrikanten, daß er durch sein energisches Auftreten die Amtshauptmannschaft zur Rücknahme ihrer Baubedingung genötigt habe, läßt übrigens darauf schließen, daß die Abneigung des Bauwerbers gegen das ihm angesonnene Schieferdach weniger seinem eigenen Willen entsprochen hatte, als vielmehr auf den Einfluß dieses Fabrikanten zurück zu führen war.

Ferner soll die Amtshauptmannschaft Oschatz einem gewissen Freier in Gohlis bei Riesa die Eindeckung eines Schuppens mit Pappe untersagt haben. Einen Grundstücksbesitzer mit Namen Freier gibt es aber dort überhaupt nicht. Vielleicht hat hierbei dem Hrn. Interpellanten eine Bausache Böhmer in Gohlis vorgeschwebt. Diesem hat die Amtshauptmannschaft Oschatz allerdings die Genehmigung zum Bau eines Waschhauses auf Grund des Heimatschutz-Gesetzes untersagt, weil sonst das landschaftliche Bild der reizvollen an der Elbe sich hin-

ziehenden Dorfstraße verunstaltet worden wäre. Daß sie aber damit das Richtige getroffen hatte, beweist die Entscheidung der Kreishauptmannschaft Leipzig, die, nachdem Böhmer Rekurs eingelegt hatte, nach eingehenden Erörterungen und nach Gehör ihrer Sachverständigen den Standpunkt der Amtshauptmannschaft Oschatz durchaus gebilligt hat. Böhmer hat dann ein neues Baugesuch eingereicht, das für das Waschhaus ein Ziegeldach vorsieht und dieses neue Gesuch alsbald genehmigt erhalten. Zuzugeben ist, daß sich der Bau des Böhmer'schen Waschhauses längere Zeit verzögert hat. Es ist das aber lediglich die Folge des von Böhmer eingewendeten Rekurses und von einer Reihe von Einwendungen gewesen, die Böhmer vorgebracht hatte, und die im Rekursverfahren wiederholte Erörterungen nötig machten. Die Amtshauptmannschaft Oschatz trifft nach Ausweis der Akten hierbei keine Schuld. — (Schluß folgt.)

Rechtsfragen.

Sind probeweise eingehängte Fenster eines Neubaus Bestandteile des Gebäudes? Die zur Herstellung eines Gebäudes eingefügten Sachen sind wesentliche Bestandteile des Gebäudes (§ 94 Abs. 2 BGB.). Sind die Sachen aber nur zu einem vorübergehenden Zweck in das Gebäude eingefügt, so gehören sie nicht zu den Bestandteilen (§ 95 Abs. 2). Nach § 946 BGB. erstreckt sich das Eigentum an dem Grundstück auch auf die wesentlichen Bestandteile. Sind zu einem Neubau einzelne Gegenstände, wie Türen und Fenster, unter Eigentumsvorbehalt geliefert, so verliert hiernach der Eigentumsvorbehalt zugunsten des Grundstücks-Eigentümers und der Hypotheken-Gläubiger seine Wirksamkeit, sobald die Gegenstände zur Herstellung des Gebäudes eingefügt und damit wesentliche Bestandteile geworden sind. Ein nur probeweises Einhängen der Fenster und Türen lediglich zu dem Zweck, um festzustellen, ob sie passen, hat aber nicht den Untergang des Eigentumsvorbehaltes des Lieferanten zur Folge, da es sich dabei nur um eine vorübergehende Einfügung im Sinne des § 95 Abs. 2 BGB. handelt. Diese Rechtsansicht des Kammergerichtes hat das Reichsgericht in der nachstehenden Entscheidung gebilligt: Der Maurer- und Zimmermeister B. in Czersk hatte im Jahre 1912 dem Architekten Z. in Berlin, der die Ausführung eines Neubaus für einen gewissen F. übernommen hatte, eine größere Menge von Fenster- und Türflügeln unter Eigentumsvorbehalt geliefert. Diese auf dem Neubau befindlichen, noch nicht voll bezahlten Gegenstände ließ der Kaufmann A. in Berlin auf Grund einer ihm gegen Z. und F. zustehenden vollstreckbaren Forderung am 6. März 1912 pfänden und am 25. April 1912 versteigern. B. erhob darauf gegen A. Klage auf Herausgabe der Fenster- und Türflügel, im Falle seines Unvermögens hierzu auf Zahlung von 4995 M. Während das Landgericht I zu Berlin die Klage abwies, hat das Kammergericht den Anspruch des Klägers dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Hiergegen legte der Beklagte Revision ein, die aber vom Reichsgericht zurückgewiesen worden ist. In der Urteilsbegründung des Reichsgerichtes wird ausgeführt: Der Beklagte behauptet, daß der Kläger sein Eigentumsrecht an den Fenster- und Türflügeln verloren habe, weil sie schon zur Zeit der Pfändung Bestandteile des Grundstückes gewesen seien, da sie vorher mit dem Grundstück in dauernde Verbindung gebracht worden wären; daß sie, wie festgestellt ist, sich bei der Pfändung auf dem Boden des Hauses befanden, sei unerheblich. Das Kammergericht erachtet für erwiesen, daß von jedem Fenster vor der Pfändung je zwei Flügel in die bereits mit dem Mauerwerk verbundenen Rahmen eingehängt worden waren, um zu ermitteln, ob die Rahmen richtig eingemauert seien und die Flügel hineinpaßten, daß sie aber alsdann wieder herausgenommen und nach dem Boden geschafft wurden. Bei dem Einhängen waren die Flügel noch nicht fertig, sie hatten nur einen Voranstrich erhalten, während der endgültige Anstrich sowie die Lackierung noch ausstanden und auch die Glasscheiben fehlten. Das Einhängen verfolgte nicht den Zweck, einen beweglichen Abschluß der Fenster- und Türöffnungen des Hauses herzustellen, sondern geschah nur, um die Ordnungsmäßigkeit der Arbeiten zu prüfen. Wenn das Kammergericht bei dieser Sachlage in dem Einhängen der Flügel nur eine vorübergehende Einfügung gemäß § 95 Abs. 2 BGB. erblickt, die die Flügel noch nicht zu den wesentlichen Bestandteilen des Hauses machte und das Eigentum des Klägers unberührt ließ, so ist das rechtlich nicht zu beanstanden. Wann eine Sache in ein Gebäude eingefügt ist, ist wesentlich Tatfrage, nicht minder, ob die Einfügung zur Herstellung des Gebäudes erfolgte. Eine feste Verbindung mit dem Gebäude ist für die Anwendung des § 94

Abs. 2 nicht zu fordern, wohl aber, daß die wenn auch nicht feste Einfügung den Zweck verfolgte, das Gebäude herzustellen. War das hier bei dem früheren Einhängen eines Teiles der noch unfertigen Flügel nicht der Fall, so wurden sie hierdurch noch nicht wesentliche Bestandteile des Hauses und gelangten nicht gemäß § 946 BGB. in das Eigentum des Grundstücks-Eigentümers. — Das Kammergericht stellt weiter ohne Rechtsirrtum fest, daß der Beklagte bei der Versteigerung der Flügel fahrlässig vorgegangen ist. Der gerichtsbekannte Umstand, daß der Eigentumsvorbehalt in Berlin und Umgebung bei Baulieferungen überaus häufig, bei kapitalsschwachen Bauherren fast die Regel sei, hätte den Beklagten zu der vom Kläger geforderten Freigabe der Pfandsachen oder doch wenigstens zu sorgfältigen Ermittlungen über die Eigentumsverhältnisse veranlassen müssen. Daß der Beklagte das unterlassen hat, ist fahrlässig. (Aktenzeichen L VI. 356/14. — 26. 10. 14.) — K. M. in L.

Vermischtes.

Zum Wiederaufbau im Osten. Um die Vorarbeiten und die Ausführungs-Arbeiten für den Wiederaufbau im Osten in die Bahnen zu lenken, durch deren Beschreiten aus dem Wiederaufbau eine des Deutschen Reiches würdige Kulturtat ersten Ranges erwachsen kann, hat die „Vereinigung Berliner Architekten“ in einer außerordentlichen Versammlung vom 11. März d. J. beschlossen, an den preußischen Hrn. Minister der öffentlichen Arbeiten sowie an den Hrn. Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen die folgende Darstellung zu richten

„Ew. Exzellenz!

Ein Telegramm S. M. des Kaisers an den Reichskanzler vom 17. Februar 1915 nach dem glorreichen Ausgang der Winterschlacht in Masuren und Litauen schließt mit den Worten: „Unersetzliches ist verloren, aber ich weiß mich mit jedem Deutschen eins, wenn ich gelobe, daß das, was Menschenkraft vermag, geschehen wird, um neues, frisches Leben aus den Ruinen erstehen zu lassen.“

In diesen Worten liegt die Richtschnur für die Wiedergeburt der deutschen Grenzlande im Osten „Was Menschenkraft vermag“ ist nach ihnen aufzuwenden, die zerstörten Gebiete wieder auf den Kulturzustand zu bringen, den sie in zwei Perioden einer großen Vergangenheit — in der Zeit des deutschen Ordensstaates im 14. Jahrhundert und in der Zeit der Wiedergeburt nach verheerender Seuche unter den ersten Preußenkönigen im 18. Jahrhundert — besaßen; auf einen Kulturzustand, der der Rolle entspricht, die die östlichen Provinzen in der politischen Geschichte Preußens stets gespielt haben und der sie als gleichwertige Glieder in den Kranz der blühenden Gefilde Deutschlands wieder eintreten läßt.

An der Erreichung dieses Zieles hat die Baukunst einen ausschlaggebenden Anteil durch die Anlage und Gestaltung der menschlichen Siedelungen. Für Städte und Dörfer, für Höfe und Gutswirtschaften bedeuten eine schöne, zweckmäßige und wirtschaftliche Wohn- und Arbeitsstätte die Grundlage aller Kultur, die Hebung des Heimatgefühles, die Erziehung zum nationalen Gedanken und die Steigerung der wirtschaftlichen Kraft des Volkes im Wettbewerb auf dem Weltmarkte.

Wirtschaftlichkeit und Schönheit jedoch sind in der Hand des Kundigen nicht sich widersprechende, sondern einander ergänzende Begriffe. Sie vereint in den Werken des Wiederaufbaues zum Ausdruck zu bringen, bedarf es der Mitarbeit der besten künstlerischen Kräfte des Reiches. Um solche Kräfte zu gewinnen, bitten wir Euere Exzellenz:

die Stellen der Bezirks-Architekten in der Fachpresse ausschreiben zu wollen unter Angabe des Amtes

sitzes, der zu erwartenden Bauaufgaben, der Grundlage der Entlohnung und der Bedingungen der Anstellung.

Begründung:

1. Durch Ausschreibung der Stellen wird der sich Bewerbende der peinlichen Lage entzogen, sich selbst empfehlend anzubieten oder sich durch eine Fachorganisation anbieten zu lassen und es wird auch den im Felde stehenden Fachgenossen, die nach glücklicher Rückkehr den Wunsch haben, sich an den Arbeiten des Wiederaufbaues zu beteiligen, diese Möglichkeit durch eine öffentliche Ausschreibung nicht abgeschnitten.

2. Die Angabe des Amtssitzes und des zu erwartenden Geschäftsbereiches ist für die Bewerber von größter Wichtigkeit; ersteres namentlich wegen der Schulverhältnisse, letzteres wegen der bei jedem Bewerber anderen bisherigen Erfahrung und künstlerischen Neigung.

3. Die „Vereinigung Berliner Architekten“ glaubt ein Grundgehalt von mindestens 10000 Mark in Vorschlag bringen zu müssen. Sie hält das vom „Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ vorgeschlagene Gehalt von 6000 Mark für völlig unzureichend. Die Kosten der Bürohaltung, der Uebersiedelung usw. übernimmt der Staat, amtliche Reisen und deren Aufwand sind besonders zu vergüten. Neben dem Grundgehalt sichert die Aufsichtsbehörde den Bezirks-Architekten die Bearbeitung und die Oberleitung einzelner Aufgaben der öffentlichen Baukunst zu den Sätzen der Gebührenordnung zu, damit sie wirtschaftlich und gesellschaftlich so gestellt sind, daß sie als autoritative Persönlichkeiten der maßgebenden Umgebung gegenüber gelten können. Die Höhe des Grundgehaltes ist mindestens so hoch wie angegeben zu bemessen, damit sich wirklich gute Kräfte mit reicher Erfahrung, künstlerischer Schulung und bewußtem Verantwortlichkeitsgefühl und nicht solche anbieten, die in der Erwartung auf sich bietende Nebeneinnahmen geringere Gehaltsansprüche machen.

4. Je freier die Stellen ausgetattet sind, umso mehr wird ein wirklich hoher kultureller Einfluß von ihnen zu erwarten sein.

5. Neben der Ausschreibung der Stellen möge Euere Exzellenz in Erwägung ziehen, hervorragende erste Kräfte unter Gewährung höherer Entlohnung besonders zu berufen.

Indem wir noch zum Ausdruck bringen, daß dem Wettbewerb der freien Künstler durch die Bezirks-Architekten im Interesse der Sache kein Abbruch getan werden darf, nehmen wir mit Freuden Veranlassung, Euerer Exzellenz für die bisherige, die freien Künstler fördernde Behandlung der Angelegenheit zu danken.“ —

Ein Erlaß der bayerischen Regierung gegen die Nebenbeschäftigung der Beamten wird auch bei den Angehörigen des freien Architekten- und Ingenieurstandes in Anbetracht der jetzigen wirtschaftlichen Notlage lebhaftes Genuß erwecken. In der Bekanntmachung der bayerischen Staatsregierung wird gesagt: „Durch die allgemeine Stockung des Wirtschaftslebens, die der Krieg im Gefolge hat, werden alle erwerbstätigen Schichten der Bevölkerung schwer getroffen. Die Rücksicht auf das allgemeine Wohl macht es in jetziger Zeit den Beamten des Staates, deren Existenz durch die staatliche Anstellung gesichert ist, zur Pflicht, sich aller Nebenbeschäftigung zu enthalten, durch die berufsmäßige Gewerbetreibende in ihrem Erwerb geschmälert werden können. Die Erlaubnis zum Betrieb eines Gewerbes oder zu einer Nebenbeschäftigung, mit der eine Entlohnung verbunden ist, darf daher bis auf Weiteres nur ausnahmsweise und nur dann erteilt werden, wenn eine Benachteiligung freier Gewerbetreibender und freier Erwerbstätiger ausgeschlossen ist. In den Fällen, in denen eine solche Erlaubnis schon erteilt ist, soll geprüft werden, ob die Rücksicht auf die erwerbstätigen Stände nicht die Zurücknahme der Erlaubnis notwendig oder wünschenswert macht. Die Beobachtung dieser Bestimmungen ist sorgfältig zu überwachen.“

Es wäre dringend erwünscht, wenn in dieser Zeit der Not die Ministerien der anderen deutschen Bundesstaaten in gleicher Weise die Uebernahme von Nebenbeschäftigung durch Beamte untersagen würden. —

— a.

Der Ausbau des Dachgeschosses. Wir hatten in No. 14 über Bestrebungen in München berichtet, die Erlaubnis zum vollen, nicht wie bisher, teilweisen Ausbau des Dachgeschosses, wo sonst die Verhältnisse eines Hauses diesem Gedanken nicht entgegen stehen, zu erhalten. Im Gemeinde-Kollegium war beschlossen worden, einen dahin gehenden Antrag dem Magistrat zur Würdigung „hinüber“ zu geben. Der Magistrat hat sich nun erneut mit der Frage beschäftigt. Zum letzten Mal geschah das 1912. Damals wendete sich das Ministerium des Inneren nach Anhörung des Gesundheitsrates gegen den allgemeinen und vollen

Ausbau des Dachgeschosses. Dieser wurde nur für Häuser mit Erd- und 2 Obergeschossen zugelassen und auch nur dann, wenn die Größe des Hofraumes, die Sicherung gegen Frost und Hitze die befürchteten Schäden an der Gesundheit der Bewohner nicht aufkommen ließen. Ein weiterer Schritt erfolgte 1914 dadurch, daß für die Staffeln 5 und 9 der Bauordnung die volle Ausnutzung des Dachgeschosses unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen wurde. Da nun mit dieser Frage nicht nur gesundheitliche, sondern auch ästhetische Umstände zusammenhängen, so ist das Stadtbauamt München beauftragt worden, Normen aufzustellen, welche das Verhältnis zwischen Straßenbreite und Hofgröße gegenüber der Bauhöhe regeln, um noch genügenden Lichtzufluß zu erhalten. Nach Norden liegende Bauten haben geringeren Lichtzufluß; es ist daher daran gedacht worden, sie mit einer anderen Staffel zu belegen, als die nach Süden gehenden Bauten. Auch die Zwischenschaltung von niedrigeren pavillonartigen Bauwerken wurde zur Vergrößerung des Lichtzuflusses vorgeschlagen. Nach längerer Besprechung wurde beschlossen, einem Antrag des Bericht-Erstaters zu folgen und die nunmehr 11 Jahre bestehende Staffelaufbauordnung dahin zu prüfen, welche Mißstände sich bisher bei ihrer Anwendung ergeben hätten. Bei dieser Gelegenheit könne dann die Frage des vollen Ausbaues des Dachgeschosses erschöpfend mit behandelt werden. —

Wettbewerbe.

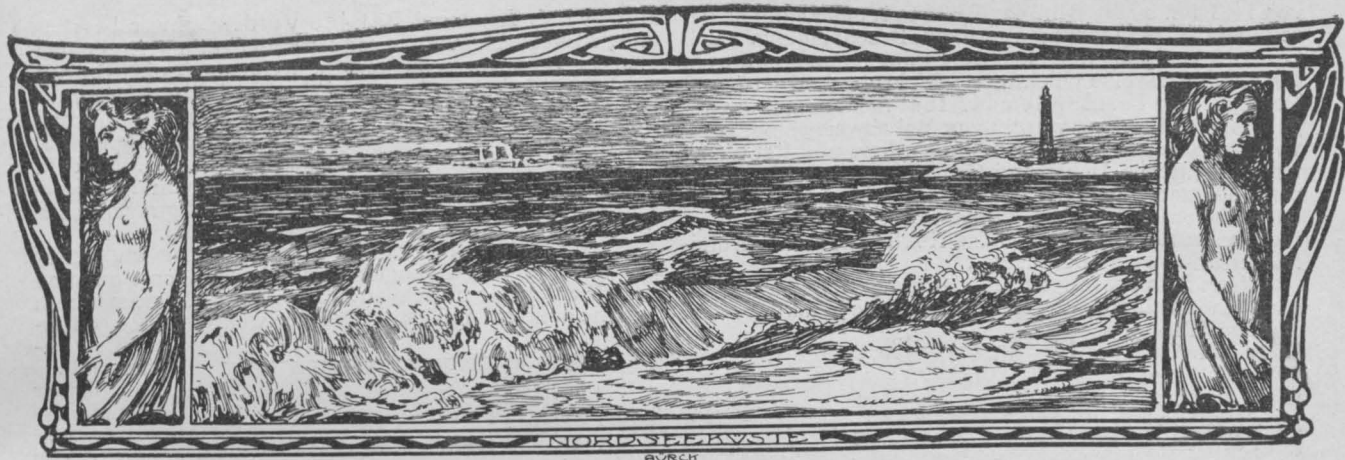
Neue Notstands-Wettbewerbe für Architekten in Wien sind auf Grund des Stadtrats-Beschlusses vom 8. Jan. 1915 zum 30. April 1915 für in Wien ansässige selbständige Architekten deutscher Volksangehörigkeit erlassen worden und legen weiterhin Zeugnis dafür ab, in wie umsichtiger Weise in Wien die Notlage der dortigen Baukünstler zu bekämpfen gesucht wird. Es handelt sich um 2 Wettbewerbe, von denen der eine Vorentwürfe für einen Umbau des Kursalons im Stadtpark in Wien betrifft. Hierzu stehen 5 gleiche Preise von 2000 Kronen zur Verfügung. Ein neues Kurhaus soll im Wiener Stadtpark annähernd an der Stelle des heutigen Kurhauses errichtet werden, doch darf die bebaute Fläche des neuen Gebäudes nicht erheblich größer als die des alten sein, und es sollten sich auch die Abmessungen der Breite und der Tiefe nach nicht wesentlich ändern. Gewünscht ist lediglich eine Verschiebung des ganzen Gebäudes gegen die Johannes - Gasse, sodaß der Kaffeehausgarten übersichtlicher und weiträumiger wird. Die vorhandenen Baum-Bestände sind soweit als möglich zu schonen. Dem Preisgericht gehören an die Hrn. Ob.-Brt. Ludw. Baumann, Ob.-Brt. Prof. Leop. Bauer, Arch. Anton Drexler, Ob.-Brt. Ferd. Fellner, Ob.-Brt. Herm. Helmer und Brt. Prof. Fr. v. Krauss.

Der zweite Wettbewerb betrifft Entwürfe für die städtebauliche Ausgestaltung der Endigung des Schotten-Ringes am Franz Josefs-Kai in Wien. Das Stadtbild, welches sich heute an dieser Stelle am Donau-Kanal entwickelt, entspricht in keiner Weise dem städtebaulichen Gesamt-Charakter Wiens und befriedigt nicht, weil es einen noch unfertigen Zustand darstellt. Geeignete Lösungen für einen harmonischen Abschluß des Stadtbildes an dieser Stelle zu suchen ist Aufgabe des bemerkenswerten Wettbewerbes. Art und räumliche Gestaltung der zur Erzielung einer besseren Wirkung zu planenden architektonischen oder gartenkünstlerischen Anlagen sind in das freie Ermessen der Bewerber gestellt. Nur darf an der Anlage der Stadtbahn und an den unterirdischen Einbauten nichts Wesentliches geändert werden. Keinesfalls darf durch die neuen Gestaltungen eine Verschlechterung der Verkehrsbedingungen herbei geführt werden. Zu diesem Wettbewerb stehen 5 gleiche Preise von 1000 Kronen zur Verfügung. Preisgericht und Ablieferungstermin sind die gleichen wie für den vorgenannten Wettbewerb. Durch die Wettbewerbe sollen nur Studien und Gedanken gewonnen werden. Die Stadt Wien ist nicht verpflichtet, eine der preisgekrönten Arbeiten zur Ausführung zu bringen, doch besteht die Absicht, einen der siegreichen Verfasser bei den Ausführungsarbeiten zu beteiligen. In diesem Fall sind über die Honorare für die Entwurfsarbeiten besondere Vereinbarungen vorbehalten. —

Inhalt: Für das Vaterland. (Liste IX.) — Die neue katholische Kirche in Nordhorn, Provinz Hannover. (Schluß). — Der Heimatschutz im sächsischen Landtag. (Fortsetzung.) — Rechtsfragen. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Kathedrale und Torbau aus Huy an der Maas.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerel Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG
XLIX. JAHRGANG. № 24. BERLIN, DEN 24. MÄRZ 1915.

Eindrücke eines Neutralen in Belgien.

Der Architekt Eugen Probst in Zürich, ein um die Denkmalpflege in der Schweiz in hohem Maße verdienter Fachgenosse, hat in der „Neuen Zürcher Zeitung“ eine Reihe von Berichten über eine Reise nach Belgien veröffentlicht, die mit Erlaubnis der deutschen Zivilverwaltung den vom Krieg heimgesuchten Provinzen und Städten galt und den Zweck verfolgte, durch eigene Anschauung ein Urteil über den gegenwärtigen Zustand der geschichtlichen Bau- und Kunstdenkmäler zu erhalten. Es wurden besucht die Städte Löwen, Aerschot, Lierre, Antwerpen, Mecheln, Gent, Alost, Termonde, Lüttich, Huy, Namur, Dinant und einige kleinere Orte. Probst führt aus, auf kleinstem und engstem Gebiet sei in Belgien eine solche Fülle der wunderbarsten Architekturbilder und der kostbarsten Schätze an einzelnen Bauwerken zusammen gedrängt, daß man von einem unter freiem Himmel aufgestellten Riesen-Museum alt-niederländischer Architektur-Geschichte sprechen möchte; ein kulturgeschichtliches Paradies voll Reichtümer und dabei so wenig bekannt. Wie ein Märchenzauber mute uns z.B. die stille Schönheit des spätgotischen Rathauses in Audenarde an. Vielfache Beziehungen verbinden Belgien mit der Kunst West-Deutschlands. Das werde verständlich, wenn man sich bewusst bleibe, daß die belgischen Provinzen Teile des „heiligen römischen Reiches deutscher Nation“ gewesen sind und lange Zeit zum Herzogtum Lothringen gehört haben, um später an das Haus Habsburg zu gelangen und 1797 mit Frankreich vereinigt zu werden. Deutsche Besiedlung und Arbeit reichen über die heutige belgisch-französische Grenze hinaus: Flamen mit noch nicht erstorbener deutscher Mundart wohnen im französischen Dünkirchen und in Gravelingen bis nach Calais, das früher Kahlen hieß.

Es ist in zahlreichen Abbildungen in dieser Zeitung gezeigt worden, was Belgien von der Blütezeit der Gotik bis zum Klassizismus an Kunstwerken hervorgebracht hat. Ueber dieses Land sei nun der Krieg gezogen und man habe den Deutschen nachgesagt, daß sie wie Barbaren gehaust hätten. Probst aber fragt, ob man wirklich glaube, daß ein Volk, das in den letzten Jahrzehnten so Hervorragendes auf dem Gebiet der Denkmalpflege geleistet habe, das jährlich im ganzen Reich die größten Summen für die Erhaltung seiner Kunstdenkmäler aufwende, das nach Millionen zählende Ausgaben mache für die Aufstellung der Kunstinventare und die Ausgestaltung der Denkmal-Archive, das in jedem größeren Ort wissenschaftliche Denkmalschutz-Vereine besitze und die Tagungen für Denkmalpflege eingeführt habe, die ein internationales Gepräge besitzen, einer „absichtlichen und mutwilligen Zerstörung kunst- und kulturgeschichtlicher Werke“ fähig sei? Jeglicher Idealismus und jede ethische Haltung seien ein Hohn, wenn eine ganze Nation innerhalb weniger Tage eine so grauenhafte Metamorphose durchmachen könne. Die vom Feind herbei geführten Notwendigkeiten des Krieges seien die Ursache der Schäden; so in Mecheln, Lierre und Antwerpen. „Hält mein Gegner die Mona Lisa als Schild vor sich hin, so werde

ich das Bild durchbohren müssen, um ihm beizukommen.“ Goethe lasse Tasso sagen: „Wer weinte nicht, wenn das Unsterbliche selbst vor der Zerstörung nicht sicher ist“ und Jean Paul Richter habe den Satz ausgesprochen: „Ein getötetes oder verstümmeltes Kunstwerk ist ein Raub an der Ewigkeit“. Aber der Krieg kenne keinerlei Rücksicht. Dennoch sei von den großen nationalen Denkmälern in Belgien bisher (Mitte Januar 1915) kein einziges zerstört. „Wie ganz anders haben doch die Franzosen in der Pfalz gehaust, wo 1689 das Heidelberger Schloß in Flammen aufging, oder 1695 in Brüssel, wo die ganze mittelalterliche Stadt bis auf Ste. Gudule und das Rathaus zerstört wurde. Und 1857 haben die Engländer keinen Augenblick gezögert, Delhi, diese unvergleichliche alte Schönheit Indiens, zu beschießen. . . . Benvenuto Cellini hat bei dem Sacco di Roma von der Engelsburg aus das Bombardement geleitet. Epochen einer so fanatischen und systematischen Denkmal-Zerstörung wie zur Zeit der Bilderstürme und der französischen Revolution, . . . hat die Geschichte unserer Generation nicht aufzuweisen.“

Wie sieht es dem gegenüber in Belgien aus? Probst beschreibt die hier schon geschilderten Zerstörungen in Löwen, bei denen, von der unersetzlichen Universitäts-Bibliothek abgesehen, künstlerische Werte nicht oder doch nicht in nennenswertem Umfang verloren gingen. Aerschot mußte von den deutschen Truppen bestraft werden; es erlitt das Schicksal des zerstörten Teiles von Löwen. Doch ist die gotische Pfarrkirche in ihren Hauptteilen erhalten; namentlich der reiche spätgotische Lettner und das schöne Chorgestühl aus dem 15. Jahrhundert sind nicht im geringsten beschädigt. Lierre, die heiß umstrittene Stadt vor Antwerpen, ist grauenhaft verwüstet. Doch sind am Markt das Rathaus, der Belfried und die schönen alten Häuser vollkommen erhalten geblieben. Dagegen ist die spätgotische Gommarius-Kirche von beiden Seiten beschossen worden, aber „die Belgier haben ihr größeren Schaden zugefügt als die Deutschen“. Auch die Gegend um Lierre, die schon die Vorwerke von Antwerpen bildet, „ist ein schauerhaft verwüstetes Feld . . . Reiche Schlösser, stattliche Villen und behäbige Landhäuser mit ausgedehnten Parkanlagen und hundertjährigem Baumbestand sind, um freies Schußfeld zu bekommen, von den Belgiern dem Erdboden gleich gemacht worden“. Von Antwerpen, das an dieser Stelle ausführlich geschildert wurde, schrieb Anfang Dezember eine in Brüssel erscheinende illustrierte Zeitung: „Ce qu'elle a perdu, est une ombre à côté de ce qui lui reste de splendeurs.“ Mecheln: „Alles in Allem genommen Kleinigkeiten von Schäden, über die gar nicht so ausführlich zu reden wäre, wenn nicht fortgesetzt noch die unwahren Meldungen über den „Trümmerhaufen Mecheln“ und die „gänzlich zerstörte Liebfrauen-Kirche“ usw. in den Spalten gewisser Zeitungen figurierten. Schlimmer steht es ja mit den Wohnhäusern; „aber auch hier handelt es sich durchweg um einfache, vielfach neuere Häuser ohne jeden künstlerischen Wert“. Vilvorde weist eine geringe Anzahl zerstörter Häuser auf; die gotische Pfarrkirche aus Backstein mit ihrem großen Chorgestühl

von 1663 hat nicht gelitten. Brüssel, das kampflös besetzt wurde, zeigt nicht die geringste Beschädigung. Auch Gent ist kampflös in deutschen Besitz gelangt und wohl erhalten. Dasselbe glückliche Schicksal erfuhr Brügge. Dagegen sind Termonde und Alost nicht so gut davon gekommen. Ersteres wurde neun Mal abwechselungsweise von Deutschen und Belgiern bombardiert und hat fürchterlich gelitten. „Ueber drei Viertel von allen Wohnhäusern sind zerstört, keine Straße, kein Platz, kein Gässchen ist verschont geblieben.“ Alost ist besser davon gekommen; es wurde in seiner Martins-Kirche und seinen Wohnhäusern nur wenig beschädigt.

Nach dem prächtigen Flandern wurde Brabant besucht, „wo sich eine nirgends überbotene bauerliche und gewerbliche

Blüte entwickelt hat“. Namur, welches gleich zu Beginn des Krieges in deutsche Hände fiel, ist von den Schäden der Beschießung fast wieder befreit. Es ist namentlich die rechte Seite des lang gestreckten

Grand' Place vollständig zusammen geschossen worden; auf der anderen Seite stehen die sehr beschädigten Fassaden noch aufrecht. Die Kirchen mit ihrem alten und wertvollen Kirchenschatz sind unversehrt, ebenso die aus dem Jahr 1588 stammende Fleischhalle. Dinant wurde nach Probst beinahe vernichtet. Anfang und Ende August war es Gegenstand des Kampfes der deutschen und der verbündeten Truppen, bis es am 23. August von ersteren genommen wurde.

Was der Beschießung entging, fiel der Vernichtung anheim, weil die Bewohner wie in Löwen meuchlerisch über die deutschen Truppen herfielen. Bei all' der grauenhaften Zerstörung bleibt erfreulich, daß die prächtige Liebfrauen-Kirche verhältnismäßig wenig gelitten hat. In Huy (Bildbeilage zu No. 23) findet man, trotzdem die Besitzergreifung durch die Deutschen nicht ganz kampflös vor sich ging, abgesehen von der gesprengten Maas-Brücke, nur ganz unbedeutende Beschießungen in der Stadt. Die Kirche besonders hat nicht im geringsten gelitten. In Lüttich sind die alten Bau-Schönheiten erhalten geblieben; nach Einnahme der Forts und der Zitadelle erfolgte keine Beschießung der eigentlichen Stadt mehr, da ihre Besetzung sich kampflös voll-

zog. Visé, Ans und Battice wurden schwer beschädigt; Kunstwerte von besonderer Bedeutung sind dabei aber nicht verloren gegangen, wenn auch die Kirchen stark gelitten haben. Ypern, Dixmuiden und Furnes, letzteres lange Zeit die letzte Zuflucht des belgischen Königs, hat Probst nicht besuchen können. Belgien hat nur da gelitten, wo Kämpfe stattgefunden haben. „In dem ganzen übrigen Belgien, soweit es zurzeit von den Deutschen besetzt ist, sind keinerlei Beschädigungen oder Verluste von Baudenkmalern zu verzeichnen.“

Probst faßt seinen Eindruck dahin zusammen, daß es mit dem dormaligen Zustand der historischen Bau- und Kunstdenkmäler in Belgien bei weitem nicht so schlimm sei, wie deutschfeindliche Blätter fortwährend noch schrie-

ben. Der an-

dauernde Lärm dieser Gelegenheits-schützer zeugt nicht von ehrlicher Gesinnung. Es sei erfreulich, festzustellen, „daß von den großen schönen Bauwerken der flandrischen und brabantischen Kunst in den besuchten

Städten kein einziges zerstört ist, oder daß etwa unersetzliche architektonische Werte zugrunde gegangen sind“. Die Beschädigungen beschränkten sich vielfach auf Kleinigkeiten, deren

Beseitigung keine Schwierigkeiten bilde. Größere Schäden berührten in keiner Weise die Struktur des Baues. Probst glaubt feststellen zu können, daß die billigeren neueren Wohnhäuser in Stadt und Land bedeutend mehr gelitten haben, als die älteren

Wohngebäude und die eigentlichen Baudenkmäler. Er führt das auf eine liederliche Bauart zurück. „Wären die gotischen Baumeister nicht Konstrukteure ersten Ranges gewesen, die in ihrer Art Lösungen für Probleme gefunden haben, die damals ebenso genial wie unübertrefflich waren, die Kathedralen von Reims und Soissons hätten die mehrmalige Beschießung gewiß nicht ertragen, und auch von mancher alten belgischen Landkirche stände der mit Granaten und Schrapnells begrüßte Turm nicht mehr“. Die Deutschen sorgten, führt Probst aus, in hohem Maße für die systematische Pflege der baulichen Schönheiten des an ihnen so überreichen Landes. Das müsse nicht nur unumwunden zugegeben werden, sondern verdiene auch Anerkennung. —



Stadthaus in Audenarde. Nach einer Aufnahme von Reg.-Bmstr. G. Marstatt in Köln.

Vermischtes.

Der Friedrichs-Platz in Karlsruhe. Die Aufstellung des Denkmals für den verstorbenen Großherzog Friedrich von Baden auf dem südlichen Teil des Friedrichs-Platzes in Karlsruhe hat die Aufmerksamkeit der künstlerischen Kreise wieder auf diese Platzanlage gelenkt, die als eine Schöpfung der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts sich heute erhöhter Wertschätzung erfreut. Und das kam

so: Die Künstler des Denkmals, eines Reiterstandbildes auf hohem Sockel, der Bildhauer Hermann Binz und die Architekten Pfeifer & Großmann in Karlsruhe, die aus einem Wettbewerb siegreich hervorgingen, machten den Vorschlag, das Denkmal auf der südlichen Hälfte des von der Erbprinzen-Straße durchschnittenen Friedrichs-Platzes, vor dem Gebäude der Vereinigten Sammlungen von Berckmüller aufzustellen. Die nördliche Seite die-

ser Platzanlage zeigt mehrgeschossige Wohnhäuser in einheitlichem Stil nach dem Entwurf von Jakob Hochstetter, in deren Erdgeschoß sich offene Hallen mit Läden entlang ziehen, die auf der Nord- und der Ostseite sich erstrecken und die Lamm-Straße überbrücken, sodaß eine geschlossene Platzwirkung entsteht. Hier bewährte

hälfte war nur Rasenpflanzung, in der sich eine anmutige Marmorgruppe von Moest erhob. Eine einheitliche Wirkung besaß dieser Platz nicht. Sie trat aber in überraschender Weise zu Tage, als jetzt Geländer, gärtnerische Anlagen und Figurengruppe beseitigt wurden. Nun lag vor aller Augen eine Platzanlage von nicht alltäglicher



Großer Markt in Veurne (Furnes).



Pharailde Plaats in Gent. Nach einer Aufnahme von Reg.-Bmstr. G. Marstatt in Köln.
Eindrücke eines Neutralen in Belgien.

sich Hochstetter als der feinsinnige Künstler, als der er zu Lebzeiten nicht immer angesehen wurde. Bisher waren die inneren Platzteile durch ein hohes Eisengeländer eingeschlossen und die nördliche Platzhälfte war mit hochentwickelten Baum- und Strauchanlagen versehen, die einen Springbrunnen umgaben. Auf der südlichen Platz-

Größe der Auffassung, die für das geplante Denkmal, wenn seine architektonische Formensprache nicht durch auffallende Absichtlichkeiten die Aufmerksamkeit zu sehr anzieht, die gegebene Stätte ist. Dieser Platz ist ein ausgesprochener Architektur-Platz, bei dem die Gartenkunst nur eine bescheiden dienende Rolle spielen kann und darf.—

Bezug der Deutschen Bauzeitung. Es ist bei der üblichen Art der Beförderung der postalischen Kreuzbandsendungen im Briefbeutel nicht zu vermeiden, daß unsere Zeitung bisweilen in etwas zerknittertem Zustand in die Hände der Abonnenten gelangt, welche dieselbe unmittelbar bei unserer Expedition als Kreuzbandsendung bestellt haben; die Briefträger pflegen auch bisweilen um die sortierten Sendungen Bindfaden zu schnüren, wodurch die größeren Formate eingerissen werden. Um diese Beschädigungen bis zu einem gewissen Grade zu vermeiden, empfiehlt sich der Versuch einer Bestellung nach der Postzeitungsliste unmittelbar bei dem zuständigen Postamt des Wohnortes des Bestellers. Die Zeitung wird dann im Zeitungsballen befördert, leidet weniger, kommt zu gleicher Zeit an und es tritt für den Besteller noch eine kleine Ersparnis durch den Fortfall des Betrages für die Postanweisung ein. —

Der „Bund Deutscher Architekten“ und der Notstand der Deutschen Privat-Architekten. Der „Bund Deutscher Architekten“ hat an das preußische Staatsministerium sowie an die Regierungen der deutschen Einzelstaaten eine Eingabe gerichtet, in der um Anordnung geeigneter Maßnahmen gebeten wird, um die durch den Krieg verursachte wirtschaftliche Notlage der Deutschen Privat-Architekten zu lindern. In der Eingabe wird unter Hinweis auf die seit Ausbruch des Krieges fast gänzlich still gelegte Bautätigkeit angeregt, daß beabsichtigte, wegen des Krieges jedoch zurückgestellte fiskalische Bauten baldigst in Angriff genommen und daß zur Herstellung der Pläne sowie zur Bauleitung nach Möglichkeit Privat-Architekten herangezogen werden möchten. Letzteres dürfte den Behörden um so leichter sein, als eine große Anzahl staatlich angestellter Architekten zum Kriegsdienst einberufen worden ist. Ferner würden die zur unfreiwilligen Muße gezwungenen Privat-Architekten es dankbar anerkennen, wenn seitens der kgl. Staatsregierung Wettbewerbe für solche in absehbarer Zeit notwendig werdende Bauten ausgeschrieben werden würden, deren Programm entweder jetzt bereits feststeht oder sich in allgemeinen Zügen für Ideen-Wettbewerbe angeben läßt. Diese Bauaufgaben könnten durch das Aufgebot zahlreicher baukünstlerischer Kräfte gerade in der jetzigen arbeitslosen Zeit, wo mit doppelter Hingabe an der Aufgabe gearbeitet werden würde, einer glücklichen Lösung zugeführt werden. Der „Bund Deutscher Architekten“ bittet ferner darum, die Regierung möchte den Provinzial- und Kommunal-Behörden ebenfalls die Belebung der Bautätigkeit in dem angeregten Sinne empfehlen, um die wirtschaftliche Existenz der Privat-Architekten zu erhalten. —

Tote.

Walter Crane †. In London ist im Alter von nahezu 70 Jahren der englische Maler, Illustrator und Ornamentiker Walter Crane, das bekannteste Mitglied der sozialistischen Gruppe der Fabier, gestorben, ein Künstler, der stark an der kunstgewerblichen Bewegung beteiligt war, die vor einem Vierteljahrhundert in England aufkam und blühte und so sehr auf das Festland übergriff, daß sich das kgl. Kunstgewerbe-Museum in Berlin 1893 veranlaßt sah, eine Walter Crane-Sonderausstellung zu veranstalten, die das gesamte kunstgewerbliche Schaffensgebiet des Künstlers fast lückenlos zeigte. Der starke englische Einfluß auf deutsche Verhältnisse blieb damals nicht ohne Widerspruch und es erhoben sich warnende Stimmen, die an das Wort

Bismarcks erinnerten, der Engländer sei ein schlechter Mitschläfer, er ziehe die Decke ganz an sich. Walter Crane wurde am 15. August 1845 in Liverpool als Sohn des Miniaturmalers Thomas Crane geboren, bei dem er auch die Anfänge der künstlerischen Ausbildung fand. Bereits mit 12 Jahren kam Walter nach London und weilte hier von 1859—61 in dem Atelier des Holzschnegers Linton zur Erlernung der Buchkunst. Dieser galten seine ersten Arbeiten für zahlreiche Bilderbücher für die Jugend vor allem, doch auch für reife Kunstfreunde, die von 1865—1891 erschienen und sich durch formale Behandlung, glückliche Phantasie und lautere Gesinnung auszeichneten. Sie bildeten die Brücke zum Kunstgewerbe, das Walter Crane neben der Tätigkeit für Buchkunst und neben den Werken der sogenannten hohen Kunst mit größtem Erfolg ausübte. Der Geist seiner Arbeiten wurzelte in Ruskin und Burne-Jones, deren prärafaelitische Empfindungswelt Crane lebhaft anzog, ohne aber zu stärkeren Kunstäußerungen als Burne-Jones zu kommen, obgleich bei einer Italien-Reise die Werke Botticellis einen nachhaltigen Eindruck auf ihn machten. Er stützte sich auch auf Dante Rossetti, Holman, Hunt und Millais und fand in dem 11 Jahre älteren William Morris ein Vorbild von gleicher sozialistischer Gesinnung und ähnlichen künstlerischen Zielen. Sein Gebiet im Kunstgewerbe war der Schmuck der Fläche. Was er an Entwürfen für Glasgemälde, Teppiche, Tapeten, Fliesen, Buchschmuck, Stickereien und Gewebe hervorgebracht hat, ist von großer Frische der Erfindung und von vornehmer Auffassung, ohne daß es jedoch die mystische Tiefe und Kraft seines Meisters Edward Burne-Jones erreicht hätte. Dieser Meister, der 1898 starb, verstand es, eine begeisterte Gemeinde von Künstlern für seine neoprafaelitsche Kunstanschauung zu gewinnen, zu der auch Walter Crane zählte. Letzterer scheint unter dem Einfluß von Burne-Jones den Höhepunkt seiner Kunst gewonnen zu haben, denn seine großen Gemälde und Entwürfe fallen in den Zeitpunkt Mitte der siebziger bis Ende der neunziger Jahre. Von dieser Zeit ab war Walter Crane vorwiegend didaktisch tätig, was in mehreren Buch-Veröffentlichungen über die Kunst der Fläche zum Ausdruck kam. Genannt seien in dieser Beziehung die Werke „The claims of decorative art“ (1892), „Of the decorative illustration of books old and new“ (1896), „The bases of design“ (1898), sowie „Line and Form“ (1900). Walter Crane gab im Jahre 1907 ein Memoirenwerk „Künstlererinnerung“ heraus. Von 2 Söhnen ist der ältere Architekt, während der jüngere den Fußstapfen des Vaters folgte und Maler und Illustrator wurde. Im Wesen bescheiden und zurückhaltend, zeigte der Verstorbene im Äußeren das harmonische Bild des Künstlers als Widerschein seiner Tätigkeit. Sein Künstlerzeichen war das eines geflügelten Kranichs. —

Chronik.

Aus dem Haushaltsentwurf der Rheinischen Provinzial-Verwaltung ist zu entnehmen, daß aus dem sogen. Ständefonds für die Erhaltung alter Baudenkmäler aufgewendet werden sollen: 10 000 M. als weitere Rate für Herstellungsarbeiten an St. Matthias in Trier, 5000 M. als 1. Rate für die Sicherungsarbeiten an der alten Hauptbefestigung in Züllich; 5000 M. für die Erhaltung der Burgruine Verneburg, Kr. Adenau; 4000 M. als 1. Rate für die Wiederherstellung der kath. Pfarrkirche in Morsbach, Kreis Waldbroel; 2400 M. für die Erhaltung der alten Pfarrkirche in Derichweiler, Kr. Düren; 3000 M. für die Ausbesserung der alten kath. Kirche in Almersbach, Kr. Altenkirchen. Ferner sind 25 000 M. für die Denkmäler-Statistik und 3500 M. für örtliche Bauleitung angesetzt. —



Friedrich Ostendorf.

In der Nacht vom 16. zum 17. März ist auf dem westlichen Kriegsschauplatz im Kampf um die Loretto-Höhe der Architekt, großherzoglicher Oberbaurat Friedrich Ostendorf, Professor an der Technischen Hochschule Fridericiana in Karlsruhe, Doktor-Ingenieur ehrenhalber der Technischen Hochschule in Danzig, als Führer der 1. Kompanie des ersten badischen Leib-Grenadier-Regiments No. 109, gefallen. Der Heldentod des großen Künstlers und Lehrers bedeutet für die deutsche Baukunst der Gegenwart einen schweren Verlust, denn Ostendorf stand mit 44 Jahren erst am Aufstieg einer künstlerischen Laufbahn mit großen Erfolgen. Wir kommen auf die Bedeutung des der Kunst so unerwartet Entrissenen, an dessen fernere Tätigkeit sich die schönsten Hoffnungen knüpften, zurück. —

Versammlungen und Berichte.

Architekten-Verein zu Berlin. Schinkel-
 kelfest 1915. In den ersten Zeit-
 Verhältnissen entsprechender ein-
 facher Form beging am 13. März d. J.
 der „Architekten - Verein zu Berlin“
 sein dem Andenken Schinkels ge-
 widmetes Jahresfest. Klein war auch gegen sonst
 die Zahl der Teilnehmer. Stehen doch, wie der
 Vereinsvorsitzende, Geh. Ob.-Brt. Ad. Brandt, in
 seinen Eröffnungsworten ausführte, nicht weniger
 als 733 Mitglieder unter den Fahnen und 103 von
 ihnen sind bereits auf dem Felde der Ehre gefal-
 len. Durch das eiserne Kreuz ausgezeichnet wur-
 den 237, davon 7 mit der I. Klasse. Durch Tod hat
 der Verein 66 Mitglieder verloren und ausgeschie-
 den sind 104. Der Stand am 1. Januar 1915 war
 daher 879 einheimische und 1967 auswärtige, zus.
 2843 Mitglieder, das sind 121 weniger als i. J. 1914.
 Das Diplom für 50jährige Mitgliedschaft konnte
 seit dem letzten Schinkel- fest 11 Mitgliedern über-
 reicht werden.

Das diesjährige Wintersemester stand bisher
 ganz unter dem Einfluß des Krieges. Vereins-
 Abende mit fachwissenschaftlichen Vorträgen
 wurden nicht abgehalten, nur die erforderlichen
 Haupt-Versammlungen zur Erledigung der not-
 wendigen Geschäfte fanden statt; im Uebrigen aber
 versammelten sich die Mitglieder zu zwanglosen
 Zusammenkünften, bei denen Mitteilungen aus
 dem Felde ausgetauscht und solche an Vereins-
 Mitglieder ins Feld abgesandt wurden. Außerdem
 fand ein lebhafter Verkehr in Liebesgaben zwis-
 chen dem Verein und seinen kämpfenden Mit-
 gliedern statt, und Sammlungen zu allgemeinen
 Hilfszwecken und solchen, die der späteren Unter-
 stützung von Vereinsmitgliedern und ihren hinter-
 lassenen Familien galten, fanden mit gutem Er-
 folge statt und werden noch fortgesetzt.

Auch auf die Beteiligung am Schinkel - Wett-
 bewerb ist der Krieg von starkem Einfluß gewesen.
 Viele Teilnehmer konnten ihre Arbeiten nicht
 fertig stellen, es ist ihnen aber die Möglichkeit ge-
 geben, das noch nach dem Krieg zu tun und sie

nachträglich zum Wettbewerb einzureichen. Ueber den Ausfall des Wettbewerbes, der zur Verleihung eines Staatspreises auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens, sowie einer 2. Schinkel - Denkmünze für die architektonische Arbeit führte, haben wir in No. 20 bereits berichtet. Den beiden anwesenden Siegern konnte durch Hrn. Unterstaatssekretär Frhr. v. Coels von der Brügghen in Vertretung des Hrn. Ministers der öffentl. Arbeiten die Auszeichnung mit warmen Worten der Anerkennung überreicht werden. Von einer Ausstellung der Arbeiten mußte im vorliegenden Fall abgesehen werden, da ja der Wettbewerb als noch nicht abgeschlossen gilt.

Sodann sprach Hr. Geh. Ob.-Brt. Dr.-Ing. Jos. Stübgen über das Thema „Krieg und Baukunst“, zwei Dinge, die im schärfsten Gegensatz zu einander zu stehen scheinen, denn der eine zerstört, die andere schafft neue Werte, baut auf. Dadurch ist aber auch wieder ein Zusammenhang zwischen Krieg und Baukunst gegeben, denn was der erstere zu zerstören droht, sucht die andere zu erhalten, wo der Krieg getobt hat, bietet sich der Baukunst ein weites neues Feld. Wertvolle Werte der Baukunst sind der Kriessfurie in Belgien und Frankreich zum Opfer gefallen, was wir selbst auf das Schmerzlichste bedauern. Mit aller Ruhe aber können wir die Verantwortung dafür von uns weisen. Nicht wir, sondern unsere Gegner tragen die Schuld. Von uns ist alles geschehen, was möglich war, um Schäden zu verhüten, und schon ist in den von uns besetzten Landesteilen ihr vielfach übertriebener Umfang festgestellt, werden weitere nachteilige Folgen abgewendet, Mittel und Wege zur Wiederherstellung erwogen. Nicht minder schwer hat der zerstörende Krieg uns in Ostpreußen wie im Elsaß getroffen. Ganze Dörfer, Ortschaften und Städte sind hier wieder aufzubauen, eine dankenswerte Aufgabe für unsere Privat-Architekten, an die schon die Aufforderung zur Mitarbeit seitens unserer Behörden ergangen ist, um neues Leben aus den Ruinen entstehen zu lassen. Daß es auch verjüngtes sein, daß Besseres geschaffen werde, daß fortgeschrittene Technik und künstlerisches Empfinden sich vereinen, um neue schöne Städtebilder zu schaffen, ist, was wir Alle von diesem Wiederaufbau erhoffen.

So kann der Krieg auch zu einem Förderer der Baukunst werden und wir dürfen hoffen, daß er uns, wie auf anderen Gebieten, auch von der Ausländerei in der Baukunst, im Kunstgewerbe usw. befreien möge, wo sich diese vielfach unberechtigt breit macht. Bei aller Anerkennung der Verdienste Englands im Städtebau usw. dürfen wir doch heute mit Recht von uns sagen, daß wir jetzt auf diesem Gebiete voran stehen. Wenn sich jetzt von England aus eine Bewegung geltend macht, die zerstörten Landesteile in Belgien mit sogen. englischen Gartenstädten zu beglücken, so wird diese Bewegung hoffentlich von uns mit Erfolg bekämpft werden. Das, was der Engländer unter der Gartenstadt-Bewegung versteht, ist eine Utopie, die auch in England selbst nur ganz vereinzelt zur Verwirklichung geführt worden ist. Erst in Deutschland hat diese Bewegung, die die Gartenstadt nicht als selbständigen Organismus, sondern angegliedert als Teil von größeren Gemeinwesen ausgebildet sehen will, praktisch verwertbare Gestalt angenommen.

Weiter aber dürfen wir von dem Krieg erhoffen, daß diese Umwälzung alles Bestehenden, diese völlige Umwertung so vieler Anschauungen und Begriffe auch in der Baukunst eine neue Wendung herbei führen möge, eine neue frische nationale Baukunst, die anknüpfend zwar an die Vergangenheit doch ihre eigenen neuen Wege geht und sich gleich entfernt halten möge von Formen-Überschwang, wie von dem reinen Zweckmäßigkeits-Prinzip, das jede Schmuckform verwirft. —

Münchener (Oberbayerischer) Architekten- und Ingenieur-Verein. Am 5. Nov. 1914 fand die erste Wochenversammlung des Vereins für das Wintersemester seit Kriegsbeginn unter Vorsitz des Reg.- und Brt. Theod. W and statt. Sie wurde mit der Mitteilung eröffnet, daß von den 48 zu den Fahnen einberufenen Vereinsmitgliedern bereits mehrere ihre Pflicht gegen das Vaterland mit ihrem Leben eingelöst haben. Es waren die als Offiziere gefallenen Bauamts-Assess. Hörchner, Reg.- und Bauass. Fr. v. Oelhafen und Reg.-Bmstr. Kl. Thomas. Verstorben ist außerdem der Mitbegründer des Vereins Reg.- und Kreisbrt. Molitor. Für das „Rote Kreuz“ und die Kriegshinterbliebenen war vom Verein der Betrag von 10000 M. zusammengebracht worden, und um diesem Zweck weitere Beträge zuwenden zu können, wurde die Einstellung der Verbandszeitschrift beschlossen, ebenso die Einleitung einer Hilfsaktion für die Familien einberufener Techniker mit der Ausdehnung der Werbetätigkeit auf die Kreisvereine, die Einführung eines monatlichen Kriegsbeitrages, sowie Arbeitsvermitte-

lung und -Beschaffung für notleidende Fachgenossen. Prof. Franz Rank stellte und begründete den Antrag, daß dahin zu wirken sei, daß beim Wiederaufbau der im Osten und Westen durch den Krieg zerstörten Bauwerke auch den Technikern Süddeutschlands ein gebührender Anteil gesichert werde. Für die Aufhebung der Beschränkung des Dach-Ausbaues bei Eisenbetonbauten war von den Gebr. Rank ein Antrag eingebracht worden, ebenso wurde die Weiterbearbeitung der Gebühren-Ordnung in einer Reihe gewisser Fragen angeregt, desgleichen der Schiedsgerichts-Ordnung und des Verfahrens bei Wettbewerben. Mit gutem Erfolg wurde der Wettbewerb für eine protestantische Kirche in Pfaffenhofen a. d. Ilm durchgeführt. —

Versammlung am 12. November 1914. Ein höchst zeitgemäßes Thema „Die Eisenbahnen im Krieg“ hatte Reg.-Rat. Dantscher für seinen Vortrag in der 2. Winter-Versammlung gewählt. Es hat von vornherein seinen eigenen Reiz, Jemand, der unmittelbar an der Beobachtung einer so gewaltigen Verkehrsmaschinerie, wie sie das Eisenbahnwesen schon im Frieden bildet, beteiligt ist, von dieser verwickelten Einrichtung sprechen zu hören, wie aber erst dann von einer Zeit, in der jede Lokomotive, jeder Eisenbahnwagen mit seinem lebenden oder toten rollenden Inhalt eine ver Hundertfache Wertbedeutung besitzt. Die Geschichte der Eisenbahnen ist überhaupt noch nicht alt und ihre Anwendung als Kriegshilfsmittel konnte bei uns in Deutschland erst zweimal erprobt werden, 1866 und 1870. Doch schon die erste Probe genügte zu erweisen, welche wichtige Rolle der Eisenbahn im Krieg zufällt. Diesen verwickelten aus Maschinen- und tausendköpfigem Menschenmaterial bestehenden Mechanismus schilderte nun der Redner in meisterhafter Weise. Er legte dar, wie bei der Schaffung der Reichsverfassung darauf Bedacht genommen worden war, den gesamten Eisenbahn-Betrieb sofort vollständig der militärischen Kommandogewalt zu unterstellen und wie die Heeresverwaltung bereits im Frieden nicht nur auf den Bau von Bahnlinien Einfluß nimmt, sondern auch bereits zu jener Zeit alles für die Kriegsleistungen der Verkehrsanstalten bis ins Kleinste vorbereitet. Mit dem Augenblick der Ausgabe des Mobilmachungs-Befehles geht die Verfügungsgewalt an die Militärbehörden über, es tritt der Kriegsbetrieb ein. Dieser kann teilweise oder wie bei der diesmaligen Mobilisierung allgemein sein. Obwohl nun im August sämtliche Eisenbahnen für das Militär in Anspruch genommen wurden, in Nordbayern der Privat-Verkehr teilweise völlig eingestellt war, konnte dieser doch schon Mitte August wieder aufgenommen und schrittweise erweitert werden, bis der Oktober-Fahrplan wieder ein ziemlich friedliches Gesicht in Bayern zeigte, wenn auch der Betrieb natürlich immer noch zu einem Teil unter dem Regiment des Kriegsgottes steht, weil den Eisenbahnen eben doch der wichtige Truppen- und Material-Nachschub, sowie vom Kriegsschauplatz der nicht minder wichtige Abtransport von Verwundeten und entbehrlich gewordenem Material zufällt. Zur Bewältigung dieser nicht geringen Leistung ist jedem Armeekorps eine Etappenstraße angewiesen. Der Beginn dieser Etappenstraße liegt stets an einem äußersten Grenzpunkt des betreffenden Armeekorps-Bezirktes, aus dessen Bereich es alle Sendungen zusammenfaßt, um sie zur Sammelstation zu leiten, von wo sie unmittelbar nach den hinter der Front gelegenen Etappenorten ausstrahlen. Eine ganz besondere Bedeutung haben natürlich noch die Lazarettzüge, deren Wagen die Zahl 30 nicht überschreiten, da sie sonst zu unübersichtlich würden. Bei der Einrichtung der Eisenbahn-Direktionen in dem besetzten Belgien und Nordfrankreich wurde auch das bayerische Personal herangezogen. Nachdem es schon etwa 10000 Mann zum Truppendienst abgegeben hatte, stellte es zum dortigen Verkehrsdienst noch 2000 Beamte und Arbeiter nebst 100 Lokomotiven. Ein packendes Bild von treuem Pflichtgefühl, rastloser Arbeitsfreudigkeit, unverdrossener Willenskraft und technischer Meisterung der gestellten gewaltigen Aufgabe hatte der Redner zum einhelligen Dank der Hörer entrollt. —

J. K.

Verein Deutscher Maschinen-Ingenieure. In der unter dem Vorsitz von Exz. Dr.-Ing. Wichert tagenden Versammlung am 19. Jan. d. Js. wurden zunächst geschäftliche Angelegenheiten erledigt und es wurde Bericht erstattet über den Stand des Vereins. Dieser zählte am Schluß des Jahres 1914 im Ganzen 832 Mitglieder, darunter 2 Ehrenmitglieder. 5 Mitglieder haben den Heldentod auf dem Schlachtfeld gefunden. Die für 1914 ausgeschriebene Beuth-Aufgabe mit dem Thema „Kohlen-Versorgung eines Kraftwerkes“ hat nur 1 Bearbeitung gefunden, die nicht mit einer Auszeichnung bedacht werden konnte.

Für 1915 ist vorerst von der Ausschreibung einer Beuth-Aufgabe Abstand genommen. Aus den Fonds des Vereins sind überwiesen worden: 1500 M. für einen Ergänzungsband zu dem „Handbuch über Triebwagen für Eisenbahnen“ an Brt. Guillery in Pasing, je 1600 M. für die Berichterstattung über die Ausstellungen in Malmö, Bern und Köln, je 1500 M. an Stadtb. Kutschke in Königsberg und Reg.-Bmstr. Przygoda in Charlottenburg für Bearbeitung des Themas: Ueber die lärmenden Geräusche an städt. Schnell- und Straßenbahnen, 1500 M. für die Bearbeitung des Themas: Das Wesen der zurzeit gebräuchlichen Dampfheizungen für Eisenbahn-Fahrzeuge an Reg.-Bmstr. Grahl in Berlin und 1500 M. an Reg.-Bmstr. Spiro in Trier für eine Arbeit über die Wirtschaftlichkeit der zurzeit gebräuchlichen Hebewerkzeuge in Lokomotiv-Werkstätten; ferner 4000 M. an Reg.-Bmstr. Wedell, Charlottenburg für Entwürfe und Berechnungen an Tragfedern zu Eisenbahnwagen, 2000 M. an Dr. Wilh. Scheuer in Knapbach bei Köln für die Bearbeitung des Themas: Gewinnung und Verwendung von Nebenerzeugnissen bei der Verwendung von Stein- und Braunkohle und schließlich 4000 M. an Dr. C. Oetting in Berlin für eine „Kritische Untersuchung über den gegenwärtigen Stand der Schmiedetechnik“. 11 000 M. erhielt der Verein für wissenschaftliche Zwecke von verschiedenen Firmen.

Die satzungsgemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder: Geh. Kommerz.-Rat Dr.-Ing. Pintsch, Brt. L. Glaser, Geh. Reg.-Rat Prof. Obergethmann, Eisenb.-Dir.-Präs. Dr.-Ing. Rimroth in Danzig und Geh. Reg.-Rat Thuns, wurden durch Zuruf auf eine weitere dreijährige Dauer einstimmig wiedergewählt. Zum I. Vorsitzenden wurde Wirkl. Geh. Rat Dr.-Ing. Wichert, zum I. Stellvertreter Geh. Reg.-Rat Thuns und zum II. Stellvertreter Geh. Kommerz.-Rat Dr.-Ing. Pintsch gewählt. Zum Schriftführer und Säckelmeister wurde Brt. L. Glaser und zu seinem Stellvertreter Geh. Brt. Schlesinger gewählt.

Den Vortrag des Abends hielt Hr. Reg.-Bmstr. Sussmann-Stettin über das Thema: Eisenbahnfahrzeuge auf der baltischen Ausstellung Malmö 1914.

Die deutsche Eisenbahnfahrzeug-Industrie war auf der baltischen Ausstellung in Malmö in imposanter Weise vertreten; in der 5000 qm großen Halle „Das deutsche Verkehrswesen“ waren nicht weniger als 36 vollständige Fahrzeuge oder Züge, nämlich 5 Dampflokomotiven, 3 elektrische Lokomotiven, 8 Triebwagen, 12 Personenwagen sowie 9 Güterwagen von vielen der hervorragendsten deutschen Fahrzeug-Bauanstalten und Elektrizitätsfirmen ausgestellt. In dem Vortrag konnten nur einige bemerkenswerte Erscheinungen hervorgehoben werden. So die neueste Schnellzuglokomotiv-Bauart der preuß. Staatsbahnen, die Drillings-Heißdampf-Schnellzug-Lokomotive nach Bauart der Vulkanwerke A.-G., Lokomotivfabrik Stettin, mit 3 Kuppelachsen und vorderem Drehgestell, bei welcher man von der bisherigen 4 Zylinder- zu der einfacheren 3 Zylinder-Anordnung übergegangen ist, zunächst um eine weniger gefährdete einfach gekröpfte Kurbelachse zu erhalten; die Steuerung ist dabei besonders einfach gestaltet, indem in sinnreicher Weise die Bewegung des mittleren Kolbenschiebers aus der der beiden äußeren Schieber zusammengesetzt wird. Bei Versuchsfahrten hat die Maschine einen aus 15 schweren D-Wagen zusammengesetzten Zug von 823 t Gesamtgewicht mit meist 100 km/Stunden-Geschwindigkeit befördert, stellenweise 110 km/Std. überschritten, und bis 1400 PS. Schleppleistung erzielt. Die Maschine war, ebenso wie die übrigen von der Berl. Masch.-A.-G. vorm. Schwartzkopff, der Hannoverschen M.-A.-G. und den Linke-Hofmann-Werken Breslau ausgestellten Lokomotiven, welche die neuesten Ausführungen ihrer Art für die Güterzug- und Personenzug-Beförderung der Preuß.-Hess. Staatsbahnen darstellten, mit einem Abdampf-Vorwärmer ausgerüstet, in dem das Speisewasser durch sonst nutzlos entweichenden Abdampf vorgewärmt wird, wodurch bis 10 % Kohlen-Ersparnis erzielt werden kann. Eine von der normalen ganz abweichende Bauart zeigte die 4-achsige Güterzug-Lokomotive der Akt.-Ges. Orenstein & Koppel Arthur Koppel, Berlin, in ihrem Stroomann-Kessel mit Wellrohr-Feuerbüchse und Wasser-Rohren; diese gegen eine frühere Ausführung verstärkte Bauart unterliegt zurzeit der Erprobung. Viel studiert wurden die von der A. E. G., den Maffei-Schwartzkopff-Werken und von Siemens Schuckert ausgestellten elektrischen Schnellzug-Lokomotiven, die sämtlich hochgelagerte Einzelmotoren aufweisen, mit 600 bis 1000 PS. Geschwindigkeiten bis 130 km vor dem Zug erreichen, und für die bekanntlich mit Einphasen-Wechselstrom betriebene Vollbahnstrecke Magdeburg—Leipzig—Halle bestimmt sind. Gleichfalls für eine Einphasen-Wechselstrom-Bahn, nämlich für die Abzweigungslinien der schlesischen Gebirgsbahn Lau-

ban—Königszelt, ist der elektrische Triebwagenzug bestimmt, der aus einem mittleren Triebwagen und zwei mit diesem gekuppelten Beiwagen besteht. Der Doppelmotor, der in dem Antriebgestell des Triebwagens sitzt, wird von den an den Enden des Zuges befindlichen Führerständen aus gesteuert. Die inneren Beschlagteile sind gerdet, desgleichen das Dach, um jede Gefährdung der Fahrgäste auszuschließen. Die übrigen ausgestellten Triebwagen hatten eigene Kraftquelle, und zwar teilweise Blei- oder Edison-Akkumulatoren, teilweise benzol-elektrischen Antrieb. Von Personenwagen wurde der von Van der Zypen & Charlier in Köln-Deutz gebaute 4-achsige D-Wagen hervorgehoben, bei dem das Kastengerippe ganz aus Eisen hergestellt und Holz nur für die Innenauskleidung verwendet ist, wodurch der Vorteil größerer Festigkeit und geringeren Eigengewichtes erzielt wird.

Die zweite große Gruppe der Eisenbahn-Fahrzeuge, die in der Sonder-Ausstellung der schwedischen Staatsbahn-Direktion Stockholm vereinigt war, hatte zwar nicht den bedeutenden Umfang der deutschen Abteilung, bot jedoch ein fesselndes Bild der Entwicklung und des jetzigen Standes der schwedischen Staatsbahnen. Hier ragte eine neue 6-achsige Schnellzuglokomotiv-Bauart mit Vierzylinder-Verbund-Maschine von 1900 PS. für 100 km/Std.-Geschwindigkeit hervor, an der auch die Ausrüstung der Tender- und Drehgestell-Achsen mit Kugellagern besonders bemerkt wurde. Ferner wurde auf die elektrische Schnellzug-Lokomotive für die Kiruna-Reichsgrenz-Bahn, einen 700-pferdigen Schneepflug mit rotierender Schneeschaukel und die neue Bauart des schwedischen Schlafwagens dritter Klasse mit je 3 übereinander angeordneten Schlafplätzen in einzelnen Halbbteilen näher eingegangen. —

Westfälischer Architekten- und Ingenieur-Verein Dortmund. Jahresbericht über das Geschäftsjahr 1914. Der gewaltige Heldenkampf unseres Volkes läßt keine Gemeinschaft, keine Familie unberührt, so sind von den Mitgliedern des Vereins bis jetzt im ganzen 14 zu den Fahnen einberufen worden und von diesen auf dem Felde der Ehre gefallen: Brandmeister Müller, Reg.-Bmstr. Coester, Stadtbauinsp. Bortfeld und von früheren Mitgliedern Reg.-Bmstr. Kuhn. Der Verein hatte am 1. Januar 1914 64 Mitglieder, es traten ein i. J. 1914 12 Mitglieder, ausgeschieden sind im Laufe des Jahres 7, also war der Bestand am 1. Januar 1915 69 Mitglieder. Von den ausgeschiedenen Mitgliedern fielen fürs Vaterland drei; im Februar verstarb Arch. Spenhoff; die übrigen drei Mitglieder erklärten ihren Austritt. Im Vorstand trat ein Wechsel insofern ein, als 3 Vorstandsmitglieder ausschieden, dafür traten ein die Hrn. Lutter, Krüger und Coers; außer diesen gehören dem Vorstand an die Hrn. Jänisch und Robert. Die Vereinsgeschäfte wurden erledigt in 7 ordentlichen und 1 außerordentlichen Versammlung; es fanden 5 Vorstandssitzungen statt. Die durchschnittliche Beteiligung an den Versammlungen betrug etwa 14 Mitglieder. Es wurden unter anderem folgende bemerkenswerte Beschlüsse gefaßt: Bildung einer Ortsgruppe Bochum, Vorbereitung der Wahlen durch eine ständige Kommission, Neuer Vertrag über die finanzielle Beteiligung am Gewinn aus den „Technischen Mitteilungen“, Bewilligung für den Kriegsliebesdienst. Außerdem wurde über folgende Angelegenheiten verhandelt: Gesetzliche Regelung des Urheberrechtes; Sonderbestimmungen über Wettbewerbe; Aenderung der Gebührenordnung; Organisation der Privatarchitekten; Baumeistertitelfrage. Außerdem wurde ein Gesuch an den Magistrat gerichtet, welches die Mitgliedschaft des neuen Städtebauers zum Magistrat betraf.

Folgende Vorträge fanden statt: über Bauten der Emscher-Genossenschaft von Reg.-Bmstr. Drape; Ueber Bauschwindel von Dr. Voigt; über die Werkbund-Ausstellung zu Köln. Unter guter Beteiligung fand eine Besichtigung der Werkbund-Ausstellung und des Eisen- und Stahlwerkes Hoesch statt. Das Stiftungsfest wurde am 7. März in sehr ansprechender Form und bei ebenso guter Beteiligung als Stimmung festlich begangen. Der Verbandstag in Hamburg, bei dem der Verein durch 2 Mitglieder vertreten sein sollte, fiel bekanntlich wegen des Krieges aus. Die Beratungen über eine Aenderung der Satzungen und der Geschäftsordnung sind soweit gediehen, daß eine vollständige Neubearbeitung als Vorschlag der Kommission zur Verhandlung steht. — Kr.

Verein für christliche Kunst in München. Ueber Kirchenrestauration in alter und neuer Zeit sprach im genannten Verein General-Konservator Dr. Hager. Redner führte seine Zuhörer durch die verschiedensten Kunstrichtungen der vergangenen Jahrhunderte, schilderte, wie dreimal in Architektur und Ausschmückung der

Kirchen große Veränderungen vor sich gegangen waren. Das erste Mal, als die düstere romanische Bauweise durch die aufstrebende Gotik verdrängt wurde. Der zweite Bildersturm setzte anstelle der Gotik die von Italien übernommene Renaissancekunst und die dritte Umwälzung brachte die heitere Kunst des Rokoko, die in die Kirche eine nie geahnte Farbenfreudigkeit hineinrug. Alle diese Umwertungen des Schönheitsbegriffes hatten das gemeinsame Merkmal an sich, daß sie die vorhergehenden Stilarten als altmodisch gründlich ablehnten. Und so kam es, daß leider mancher Hochaltar, kostbare Glasmalereien und wertvolles Kircheninventar ohne Bedenken der Vernichtung anheim gegeben wurden. Erst das 19. Jahrhundert lernte auch die Kunst vergangener Zeiten wieder schätzen und die Romantik ließ eine Bewegung der Wiederherstellung gotischer Kunstwerke entstehen. Wir können sagen, leider; denn die damaligen Künstler hatten das Wesen der Gotik nicht erfaßt und schufen einen neuen Stil unter Benutzung der gotischen Elemente, der uns heute als ein großer Irrtum erscheint. Erst die letzten 30 Jahre haben uns eine wissenschaftliche Wiederherstellung der Kunstdenkmäler gebracht, deren oberster Grundsatz ist, die Kunstwerke möglichst in ihrem ursprünglichen Zustand zu erhalten oder sie dahin zurückzubringen. Die beste Denkmalpflege besteht darin, daß man die Denkmäler in Ruhe läßt; doch ist dieser Grundsatz leider nicht immer durchführbar, denn neben dem beginnenden Verfall sprechen oft auch praktische Interessen mit. Der Vortragende wußte von manchem Kampf mit Kirchengemeinden und -Vorständen zu erzählen. Erst unserer Zeit blieb es vorbehalten, die Kunstwerke aller Zeiten und Stilarten richtig zu bewerten und zu erkennen, sodaß es auch unser Empfinden nicht beleidigt, wenn die verschiedensten Stilarten in einer Kirche vereinigt sind.

Der Vortragende gab auch einige interessante Proben aus der Kirchen-Wiederherstellung früherer Zeit, wie z. B. die bewegten Klagen des Kirchenpflegers zu Erding aus dem Jahre 1666, die denn auch zur Folge hatten, daß die gotischen Zieraten als „Staubfänger“ entfernt wurden. Als weiteres Beispiel erwähnte der Vortragende eine Grabplatte in der Kirche zu Ochsenfurt, die vor 25 Jahren vom Inneren der Kirche an die Außenseite verpflanzt wurde mit dem Bemerkung, „der Raubritter gehört nicht in die Kirche“. Vor einem Jahr hat der Raubritter wieder seinen alten Platz in der Kirche einnehmen dürfen. Ein Kapitel für sich ist die Aufdeckung und Wiederherstellung der mittelalterlichen Wandmalereien, ein Gebiet, auf dem unser General-Konservatorium Tüchtiges leistet, wie seine Arbeiten in Memmingen, Ettal und anderen Gotteshäusern zeigen. Gewiß wird die Erhaltung des Alten auch befruchtend auf die Entwicklung neuer Stilarten einwirken. Der Schlußruf des Vortragenden: „Die Kunst für die Kirche und die Kirche für die Kunst“ fand bei den Zuhörern lebhaften Beifall.

Verein Deutscher Eisenportlandzement-Werke E. V.
Am 26. Februar 1915 fand in Köln die diesjährige Hauptversammlung des Vereins statt. Dem aus diesem Anlaß erstatteten Geschäftsbericht entnehmen wir Folgendes: Im abgelaufenen 14. Geschäftsjahr blieb die Gesamt-Erzeugung der dem Verein angehörenden Werke nur um etwa 11 % hinter der des Vorjahres zurück; es muß das in Anbetracht der 5 Kriegsmomente als günstig bezeichnet werden. Von wichtigen Vorgängen ist in erster Linie die vom preuß. Minister der öffentlichen Arbeiten jetzt ausgesprochene Gleichstellung des Eisen-Portland-Zementes mit dem Portlandzement hervorzuheben. Die bei dem Minister beantragten und von dem königl. Materialprüfungsamt zu Berlin-Lichterfelde durchgeführten Lufthärtungs-Versuche mit sämtlichen Vereinszementen gelangten im Vorjahr zum Abschluß. Der günstige Ausfall hat den Minister zu Beginn des neuen Jahres veranlaßt, die unbeschränkte Zulassung des Eisen-Portland-Zementes zu allen öffentlichen Bauausführungen zu verfügen. (Vergl. die Mitteilung in No. 13, S. 96.) Eine besondere Prüfung auf Lufthärtung, die aus dem Erlaß v. J. 1909 herausgelesen werden konnte und nach dem Eisenbeton-Erlaß v. J. 1913 sogar vorgeschrieben war, ist also in Zukunft unnötig. Von Rostversuchen des „Deutschen Ausschusses für Eisenbeton“ oder genauer gesagt, den Versuchen über das Verhalten von Eisen im Eisenbeton mit Schlackengehalt des Bindemittels, liegen die 45tägigen Ergebnisse vor. Der Eisen-Portlandzement hat sich bisher in Bezug auf das Rosten der Eisenlagen keinesfalls ungünstiger gestellt, als der Portlandzement. Auch die Seewasserversuche der Kommission zur Untersuchung der Verwendbarkeit von Hochofenschlacke zu Betonzwecken, bei denen ein Portlandzement und ein Eisenportlandzement in Verbindung mit Stückschlacke auf ihre Widerstandskraft gegen See-

wasser geprüft werden, haben ein gleiches Verhalten der beiden Zementarten erkennen lassen. Der Ausschluß für Betonversuche im Moor hat im verflossenen Jahr die 2 Jahre alten Betonpfähle besichtigt. Nennenswerte Angriffe wurden bei keinem der zum Teil mit Portland-Zement und zum Teil mit Eisen-Portlandzement ausgeführten Körper festgestellt.

Die Prüfungs-Anstalt des Vereins, über deren Tätigkeit wie im vorigen Jahr durch den Leiter der Anstalt ein besonderer Bericht herausgegeben werden soll, befaßte sich nicht nur mit der Kontrolle der Vereinszemente, sondern führte auch zahlreiche Untersuchungen auf dem gesamten Gebiet der Baustoffprüfung aus. Die für den „Verein der deutschen Kali-Interessenten“ ausgeführte große Arbeit über die Verwendung hydraulischer Bindemittel im Kalibergbau wurde zum vorläufigen Abschluß gebracht. Die Ergebnisse sollen später in der Zeitschrift „Kali“ veröffentlicht werden. Die Ausstattung der Prüfungs-Anstalt mit Apparaten wurde durch zahlreiche Neanschaffungen bereichert. Neben der vollständigen Einrichtung zur Mörtel- und Betonprüfung besitzt die Anstalt jetzt einen großen Gasgebläse-Ofen für Temperaturen bis zu 1600°, Apparate zur Messung der Luftdichtigkeit, Haftfestigkeit und Wasserdichtigkeit (bis zu 150 Atm. Wasserdruck). —

Verband Deutscher Diplom-Ingenieure, Bezirksverein Berlin. In der Mitglieder-Versammlung sprach am 9. März 1915 Dr. jur. et rer. pol. Franz Fichtl über: „Grundbesitz und Realkredit im Krieg“. Nach einem kurzen Hinweis auf die gegenwärtige steuerliche Belastung des Haus- und Grundbesitzes behandelte der Vortragende die durch den Krieg und besonders durch die Notgesetze und Verordnungen des Bundesrates geschaffene Notlage der Haus- und Grundbesitzer. Die bisher zugunsten des Haus- und Grundbesitzes getroffenen Maßnahmen bezeichnete er als durchaus ungenügend, besonders soweit die unzureichenden Miets-Unterstützungen der Stadt Berlin in Frage kommen. Zum Schluß führte der Redner aus, daß nur durch energische Hilfe des Staates und der Gemeinden, namentlich durch Einführung einer Verwaltungs-Aufsicht, durch Gewährung erhöhter Miets-Unterstützungen ohne Verzicht auf einen Teilbetrag der Miete sowie Nachprüfung und Ergänzung der bestehenden Vorschriften über die Miets-Einigungsämter dem Grundbesitz Hilfe gebracht werden könne. Lebhafter Beifall lohnte die Ausführungen des Redners, an die sich eine sehr eingehende Erörterung des Vortrages anschloß. —

Verband Deutscher Dachpappen-Fabrikanten. Der Vorstand befaßte sich in seiner Sitzung vom 26. Febr. 1915 mit der Frage der Schaffung von Normen für Kriegs-Notbauten, für die er die entscheidenden Gesichtspunkte festlegte. Bei den in Betracht kommenden Militär-Behörden soll beantragt werden, diese Normenbestimmungen vorzuschreiben. Für die Festlegung allgemeiner und technischer Bedingungen für Lieferungs- und Ausführungsgeschäfte wurde ein besonderer Ausschuß gebildet und ferner beschlossen, die bisherige Berichterstattung an das kais. Statistische Amt für das Reichsarbeitsblatt zweckentsprechend auszubauen. Ausdrücklich wurde über das noch immer nicht beseitigte General-Unternehmen bei behördlichen Ausschreibungen und über die Beteiligung der Industrie an dem Wiederaufbau in Ostpreußen verhandelt. Von der Veranstaltung einer Hauptversammlung sah der Vorstand des Verbandes für dieses Jahr ab. —

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Frankfurt a. M.
Dem Jahresbericht für 1913/14 entnehmen wir, daß der Verein z. Zt. aus 1 Ehrenmitglied, 187 einheimischen, 42 auswärtigen, zusammen also 230 Mitgliedern besteht. Im Laufe des Vereinsjahres starben 6 Mitglieder, unter ihnen der Vorsitzende Ob.-Brt. Schepp; den Heldentod fürs Vaterland erlitten 2 Mitglieder, 36 stehen z. Zt. im Felde. Es fanden 17 Vereins-Versammlungen statt, an denen durchschnittlich 30 Mitglieder und 10 Gäste teilnahmen. In den Kommissionen wurde u. a. die Neuordnung der Honorarnorm für Architekten, die Berechtigung zur Führung des Baumeistertitels, die künstlerische Ausgestaltung der Friedhöfe usw. behandelt. Von dem gemeinsam mit dem „Verein für Altertumskunde“ heraus gegebenen Werk, „Die Baudenkmäler in Frankfurt a. M.“ ist im Sommer 1914 der letzte (sechste) Band erschienen. Die Vermögenslage des Vereins ist eine günstige. —

Inhalt: Eindrücke eines Neutralen in Belgien. — Vermischtes. — Tote. — Chronik. — Friedrich Ostendorf †. — Vereinsmitteilungen. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



OLZGESCHNITZTE KANZEL MIT
 EINER DARSTELLUNG DER AUS-
 TREIBUNG AUS DEM PARADIESE
 VON H. VERBRUGGEN IN DER
 KATHEDRALE SAINTE GUDULE
 ***** IN BRÜSSEL. *****
 ≡ DEUTSCHE BAUZEITUNG ≡
 XLIX. JAHRGANG 1915. * NO. 25.

Meinem Vater noch zu ehren, treib ich gern den Fuhrmanns-Stand,
Ferner mag mein Gott bescheren, Glück u. Segen über Land



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLIX. JAHRGANG. N^o 25. BERLIN, DEN 27. MAERZ 1915.

Das Landes-Museum für sächsische Volkskunst in Dresden.



Am 6. September 1913 ist in Dresden eine Tat an die Öffentlichkeit getreten, die, wie alle guten Werke, auf die hingebende Tätigkeit eines einzelnen Menschen, der ihr sein ganzes Dichten und Trachten widmete, zurück zu führen ist. An diesem Tage wurde das „Landes-Museum für sächsische Volks-

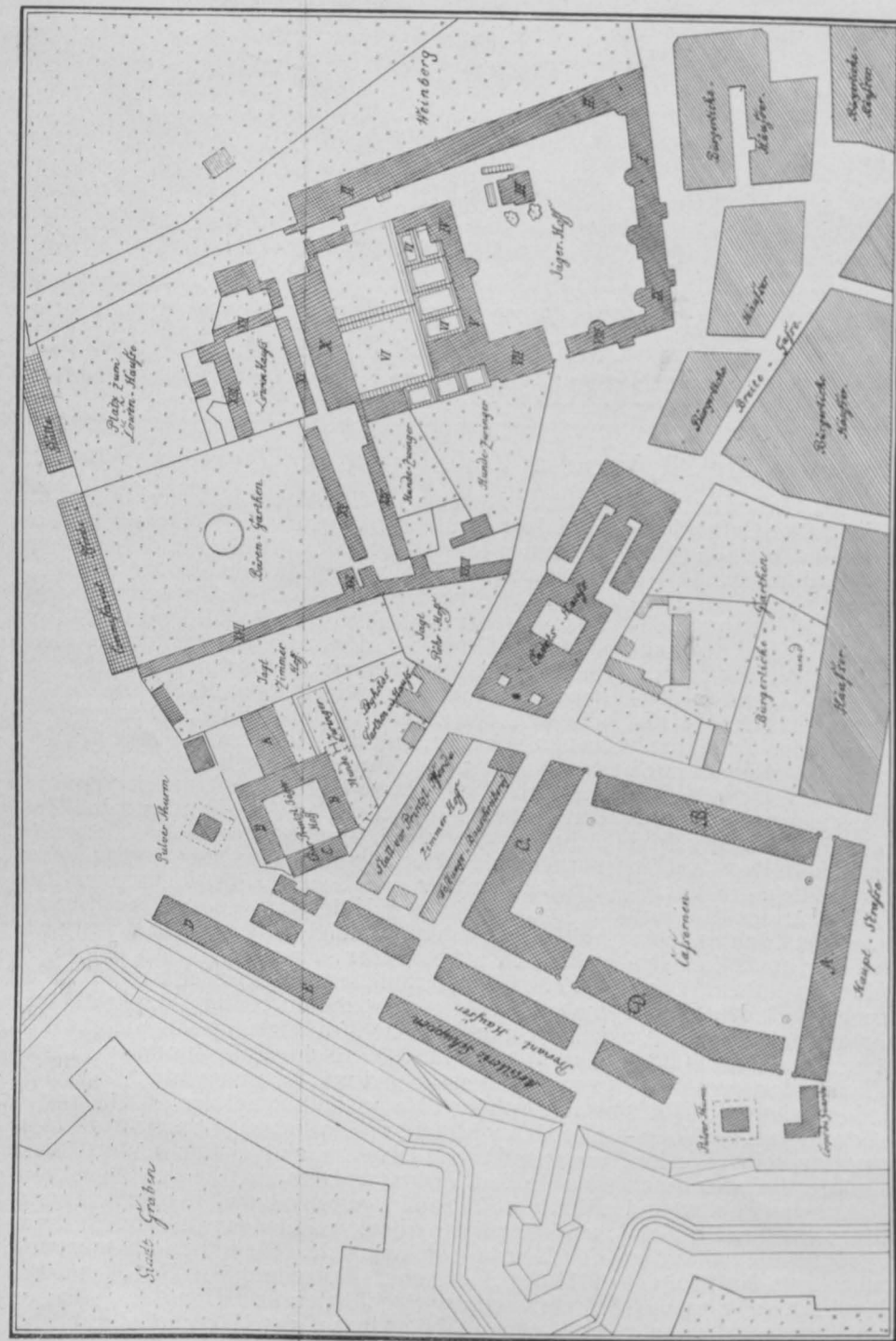
kunst“ durch einen Besuch des Königs Friedrich August eröffnet. Das Museum ist dem Namen nach eine Schöpfung des „Vereins für Sächsische Volkskunde“, in Wirklichkeit ein Werk seines unermüdlichen Vorsitzenden, des Hofrates Prof. O. Seyffert von der königl. Kunstgewerbeschule in Dresden. In seiner Ansprache an den König führte der Vorsitzende aus, ein Denkmal solle das Landes-Museum sein für das sächsische Volk, ein schlichtes, aber echtes und rechtes Denkmal, bei dem auch die kleinsten Bausteine Verwendung gefunden haben. Denn oft erzählen die kleinsten Gegenstände Bedeutsames, oft drückt das Sammeln mehr aus, als eine glatte Rede. Die Volkskunst erfrischt und ihre Gestaltungskraft macht erstarken. Jedoch kein Altertums-Museum sei das Landes-Museum. In ihm reiche sich Altes und Neues die Hand. Nicht der Gegenstand der Volkskunst selbst, sondern die Gesinnung seines Verfertigers und Besitzers, die klar und deutlich aus ihnen spricht, sei das Wesentliche: Nationales Fühlen und liebevolle Vertiefung des Handwerkes. Den Schulen, von der Volksschule bis zur Hochschule, solle das Museum vaterländisches Anschauungs-Material geben; den Künstlern und Handwerkern solle es Veranlassung sein, dem einfachen Volksempfinden mehr nachzuspüren; der wissenschaftlichen Forschung werde es neue Gebiete erschließen. Wie das Volkslied nie aussterben wird, so werde auch die Kunst im Volke stets eine Heimstätte finden und je mehr wir ihr die Wege ebenen, je reicher und glücklicher werden wir sein. Der Jägerhof mit seinen Bogenhängen, mit den schönen Verhältnissen seiner Architektur, mit seinen entzückenden Freiheiten und Zufälligkeiten sei das geeignetste Museum für Volkskunst, das der Verein sich erhoffen konnte. Und die Erhaltung des Jägerhofes verdanke der Verein dem König.

Das Museum ist die Blüte von Bestrebungen, die zwei Jahrzehnte zurückgehen; die Wurzeln reichen bis in das Jahr 1896 zurück. Auf der in diesem Jahre abgehaltenen Ausstellung für Handwerk und Kunstgewerbe in Dresden wurde auch ein Volkstrachten-Fest gegeben, das allseitigen Beifall fand. Bald fand sich eine Gruppe von Männern zusammen, welche der Wunsch beseelte, aus dem schnell vorbei gezogenen Bilde, das so viele volkskundliche und volkskünstlerische Eigenart geboten hatte, etwas Bleibendes zu schaffen, und das Wendische Museum sowie das Volkstrachten-Museum, die bereits in Dresden bestanden, zu erhalten. Diesem Wunsch verdankt der „Verein für Sächsische Volkskunde“ seine Entstehung. Der neue Verein betrachtete es als sein vornehmstes Ziel, für das sächsische Volkstum zu arbeiten und dessen Schätze, die in unserer Zeit mehr denn je dem Untergang geweiht sind, zu erhalten, zu sammeln, aufzunehmen und sie wissenschaftlich zu bearbeiten. Aus dem Verein, der gegen 4000 Mitglieder zählt, entwickelte sich auch die Heimatschutz-Bewegung, die im „Landesverein Sächsischer Heimatschutz“ ihre Wirkungsstätte fand. Was dem „Verein für Sächsische Volkskunde“ gelungen war zu sammeln und was ihm namentlich als Lohn seiner schönen Veranstaltung auf der Ausstellung in Dresden verblieb, mußte lange Jahre ein zurückgezogenes Dasein fristen in einigen Räumen im Palais des Großen Gartens in Dresden, die der Sächsische Altertums-Verein abgetreten hatte. Bis die Aufmerksamkeit auf den alten, verfallenden Jägerhof in Dresden-Neustadt sich richtete. Wir haben im Jahrgang 1913 der „Deutschen Bauzeitung“ in No. 54 auf Bestrebungen der Architekten Schilling & Gräbner in Dresden hingewiesen, den Jägerhof durch entsprechenden Ausbau einem ähnlichen Zweck zuzuführen. Nachdem einmal die Aufmerksamkeit auf diesen verfallenden Rest einer großen Vergangenheit gelenkt war, wandte sich die kunstsinnige Öffentlichkeit nicht mehr von diesem Gedanken ab. Durch das Eingreifen des Königs Friedrich August wurde die Erhaltung des ehemaligen Jägerhofes gesichert. Bald wurden auch die Mittel flüssig für einen Umbau, der vom kgl. Finanz-Ministerium eingeleitet und nach den Entwürfen des Geh. Brl. Kanzler vom Landbauamt II in Dresden unter Leitung des Bau- und Finanzrates Hempel ausgeführt wurde.

Ueber die Geschichte des Jägerhofes besitzen wir eine interessante Abhandlung, die in einer Beilage zum Jahresbericht des Vitzthumschen Gymnasiums in Dresden für das Schuljahr 1913-14 erschienen ist. „Jagdzoologisches aus Altsachsen. Beiträge zur sächsischen Jagdgeschichte von Prof. Dr. Otto Koepert“ betitelt sich die Beilage. In ihr ist ein Abschnitt dem „Jägerhaus zu Alt-Dresden“ gewidmet. In diesem wird berichtet, daß im 15. Jahrhundert ein Jägerhaus vor dem Wilsdruffer Tor an der Weißeritz, in Fischersdorf, lag, das Herzog Georg der Bär-

cher das heutige Gebäude des Museums für Volkskunst ein letzter Rest ist. Bis in die Mitte des XVIII. Jahrhunderts wurde an der Gebäudegruppe gebaut. Nachdem schon die beiden Kurfürsten Christian I. und der II. (1582—1611) den Jägerhof vergrößert hatten, erfolgte durch Kurfürst Johann Georg I. eine weitere Vergrößerung und Verschönerung, die 1617 durch eine feierliche Einweihung abgeschlossen wurde. Ein Chronist, David Otto Schürer, schildert 1629 den Jägerhof, wie folgt: „In Alt-Dresden befindet sich auch das wohl erbaute und schön angerichtete Jäger-

haus, so inwendig einen großen geräumen Hof hat, fast viereckig erbaut, mit fünf Türmen geziert (ohne das kleine Türmlein beim Bärenfang befindlich), darinnen die Abbrühküche gelegen, in welche vor die Hunde das Aas abgebrüht wird, in gleichen die Hundeschwemme, welche 26 Ellen lang, 6 Ellen weit und 4 Ellen tief und ist oben das Geländer mit sechs in stein gar künstlich ausgehauenen Hunden geziert. In solchem Jägerhause findet man schöne Gemächer und Zimmer, so mit allerhand Zierden und ornat versehen. Im Eingange ist ein schöner Saal zu sehen, in welchem oben die Decke von allerhand thierengar schön und künstlich gemahlet; von demselben kommt man ferner in Churf. Durchlaucht Gemach und Zimmer, welches ganz schön und herrlich mit Tapezereien, Hirschgeweihen und gemahlten Sachen exornieret; sonderlich ist oben die Decke mit künstlichem Malwerkschön gezieret, als der des Römischen Kaisers Mathias des ersten Einzug und in gleichen die Jagden, so damals ihrer kayserl. Majestät zu ehren auf allem Markt und sonst gehalten wor-



Plan des Jägerhofes um das Jahr 1750.

tige 1492 einem alten Diener seines Vaters schenkte. In der Nähe des Jakobi-Hospitals wurde darauf ein neues Jägerhaus erbaut. Beide Häuser beherbergten nur die Jagdgerätschaften, enthielten aber keine Wohnung für die Jäger selbst. Im Jahre 1568 nun verlegte Kurfürst August die Jägerei aus dem Hause am Jakobi-Hospital nach Alt-Dresden, der heutigen Neustadt, um „der Wildbahne zum Fürsuchen, Spüren und in Sonderheit den Wolfsjagden desto näher zu sein“. Er schuf den Anfang der Baugruppe, die auf den bestehenden Abbildungen dargestellt ist und von wel-

den. Gegenüber ist ihrer Churf. Durchlaucht Schlafkammer, darinnen ein Camin und oben die Decke mit allerlei Vögeln schön gezieret. Hier sind auch andere feine Losamenter vor diejenigen, so der Jägerei zu gethan, erbauet, als des Churf. D. Hirschmeister, Wagenmeisters, und anderer Jäger verwandten, so neben der ihrigen alda ihre bequeme Wohnung und aufenthalt haben, in gleichen unterschiedene Zeughäuser, darinnen die Jagdtücher und anderer Jägerei ihre Zeuge und sachen zur Jägerei gehörig verwahret werden, als das hohe Zeughaus

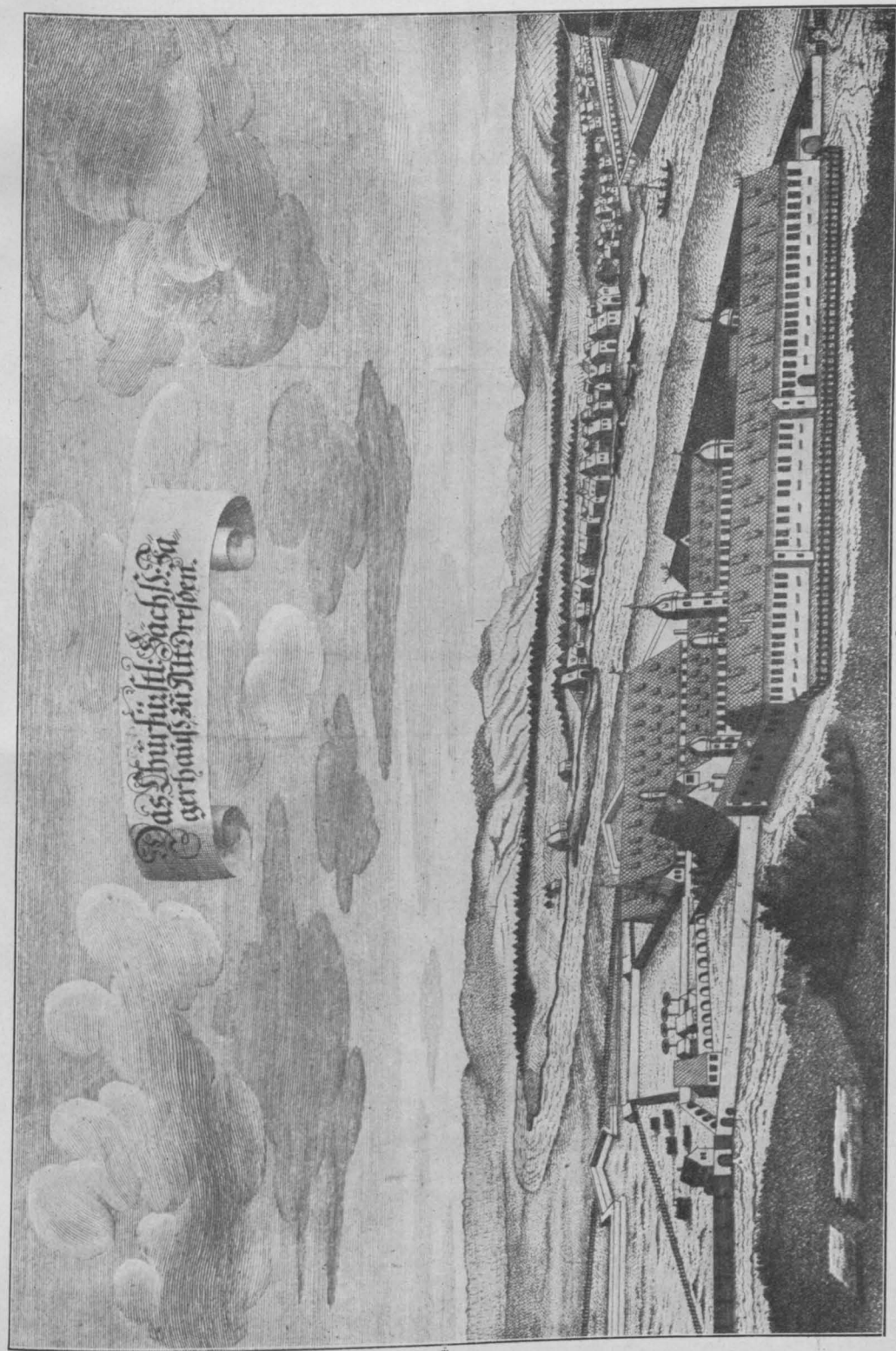
so wohl das lange Zeughaus. Item ein absonderlich Haus, darinn die inventiones und aufzüge stehen. Ferner beim großen Zeughause sind 2 Bärenfänge zu befinden, dabei ein Eingang, so über und über gewölbt. Alsdann kommt man ferner auf einen absonderlichen Platz, darauf das neue Zeughaus erbauet, welches 78 Ellen lang und 20 Ellen breit, gegenüber ist der Wagenschuppen — 200 Ellen lang, darinnen

des XVII. Jahrhunderts hervor, daß in dieser Zeit wiederholte Vergrößerungen des Jägerhofes stattgefunden haben. 1671 wurde ein Löwenhaus gebaut, „nebst einer Arena als Kampf-Platz in oval Figur.“

In der Dresdener Chronik von Weck aus dem Jahre 1680 wird auch hingewiesen auf die „absonderliche Fürstliche Zimmer, und unter selbigen fürnemlich ein schöner Saal, welcher nicht allein mit

kostbaren Tapeten gezieret, sondern auch die Decke dieses Gemaches mit Gemälden angefüllt“. Diese bezogen sich auf die Krönungsvorgänge des Römischen Kaisers, auf den Einzug des Erzherzogs Maximilian zu Oesterreich in Dresden, auf die Jagden zu Ehren des Kaisers Matthias usw. Neubauten entstanden nach 1720 bis 1723. 1740 kam der 90 Ellen lange und 14 Ellen breite Hundestall hinzu. 1743 beantragte Oberhofjägermeister Graf Wolffersdorf den Aufbau eines Stockwerkes auf das große Vordergebäude des Jägerhofes als Dienstwohnung für sich.

Nach dem bestehenden Plan vom Jahre 1750 bildete der Jägerhof einen freien Platz, auf dem Wassertröge für die Hunde und einige große Linden standen und der umsäumt wurde nach Westen von dem langen und alten Zeughaus, das nach Süden in das Hauptgebäude nach der Straßenfront zu überging. Dasselbe enthielt im Erdgeschoß die englischen Hundeställe sowie die Reise- und Jagdwagen, darüber



Gesamt-Ansicht des Jägerhofes aus der Vogelschau. (Aus Weck, Churf. Sächs. Residentz und Haupt Vestung Dresden 1680.)

viel Wagen stehen, ferner ein Haus vor die Windspiele, dabei ein Zwinger. Hierbei ist auch nicht zu vergessen der neue Bärenzwinger Sonst ist das Jägerhaus an sich selbst dermaßen mit allerhand Zieren und Ornat versehen und inwendig auch auswendig so erbaut, daß es billig vor ein Fürsten Wohnhaus und Pallast zu halten.“ Muß schon damals die Anlage eine sehr bedeutende gewesen sein, so geht aus Grundstücks-Ankäufen im Laufe

war der große Jägersaal. In dem anschließenden westlichen Flügel befand sich die Pürschmeister-Wohnung. Auf der anderen Seite des Eingangstores war das vordere hohe Zeughaus. Der Jägerhof-Platz wurde nach Norden abgeschlossen durch das Wildpret-Gewölbe, den Hundezwinger und das Jägerwirthshaus. Hinter diesem Gebäudeblock befand sich das hohe Zeughaus; von ihm waren durch einen schmalen Gang getrennt die Gebäude für die wilden Tiere:

das Löwenhaus und der Bärengarten. Dieser wurde nach Süden von einem Wagenschuppen, nach Westen vom Winterlager und nach Norden von den Ställen für die Kommissariatspferde abgeschlossen. Weitere Plätze waren der Jagdzimmerhof, der Jagdröhrenhof und Auslaufplätze für die Hunde. Die Abbildung aus der Vogelschau aus dem um 1680 erschienenen Werke: „Weck, Churf. Sächs. Residentz u. Haupt Vestung Dresden“ zeigt die umfangreiche Anlage, die bei dem großen Brande von Altdresden im Beginn des XVIII. Jahrhunderts mit einigen umliegenden Häusern erhalten blieb. Wir verdanken diese beiden interessanten Abbildungen der Güte der Direktion des Vitzthumschen Gymnasiums in Dresden. Nach diesem verheerenden Brande und nach dem Wiederaufbau dieses Stadtteiles hieß Altdresden vom Jahre 1724 ab „Neustadt“. Bis zum Jahre 1830 diente der Jägerhof noch

seiner ursprünglichen Bestimmung. Unter König August III. erreichten die sächsische Jägerei und mit ihr das Leben in ihm den Höhepunkt. 1830 jedoch wurde der Jägerhof eine Kavallerie-Kaserne. Unter König Anton wurden 1831 „die alten unpassenden und höchst schadhafte Gebäude“ abgetragen; es handelte sich um einen Bruchteil der Gesamt-Anlage. Im Jahre 1851 folgten weitere Niederlegungen; an ihre Stelle traten nun der neuen Bestimmung des Ganzen gemäß militärische Bauwerke. Mit der Verlegung der Kasernen nach der Albertstadt aber verfiel die ohnehin schon stark vernachlässigte Anlage noch weiter und es wurde eine Gebäude nach dem anderen des alten Jägerhofes abgebrochen bis auf eines, in dem nach zweckmäßigem Umbau das „Landesmuseum für Sächsische Volkskunst“ eingerichtet wurde. —

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Schutz den Kunststätten. Das W. T.-B. verbreitet folgende Mitteilung:

„Berlin, den 18. März. Bei der Obersten Heeresleitung laufen zahlreiche Anregungen zum Schutz und zur Erhaltung kulturhistorischer Stätten und Kunstgegenstände ein, die beweisen, wie tief das Verständnis für alle diese kulturellen Fragen in unserem Volke wurzelt.

Dieselben kulturellen Anschauungen finden wir aber auch im Heere verkörpert, das sich aus allen Bevölkerungsschichten zusammensetzt, demnach im schönsten Sinn des Wortes ein Volksheer ist.

Wo also der Feind nicht selbst seine Kulturdenkmäler zerstörte, indem er sie als Kugelfang oder als Kampfmittel benutzte, hat das deutsche Heer das Altherwürdige und das Künstlerische geschirmt. So liegt der Fall vor, daß selbst im feindlichen Feuerbereich befindliche Kulturdenkmäler durch starke Holzverschlüsse aus eigener Initiative der Kommandostellen nach Möglichkeit vor dem feindlichen Feuer geschützt worden sind. So sind zum Schutz von Kunstgegenständen allgemein gültige Verfügungen für das Heer erlassen worden. Auch sogenannte „Naturdenkmäler“ werden geschützt, soweit es die militärische Lage zuläßt.“

Diese Anordnungen der Obersten Heeresleitung werden bei allen Kunst- und Naturfreunden dankbare Empfindungen auslösen. —

Erhaltung der Schönheit der Städte und Landschaften im Großherzogtum Baden. Das großherz. Ministerium des Inneren hat die Bezirksämter und die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, der die Bearbeitung und Begutachtung von Plänen über die Versorgung von Städten oder Gemeinden mit elektr. Energie obliegt, darauf hingewiesen, unbeschadet der Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit der zu erstellenden Anlage, auf tunlichste Berücksichtigung der Bauschönheit und der Erhaltung der landschaftlichen Schönheit hinzuwirken. Den Bezirksämtern bietet sich hierzu anlässlich der Erteilung der baupolizeilichen Genehmigung, der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues bei der Begutachtung der ihr vorgelegten Entwürfe reichlich Gelegenheit. Auch die Gemeinden können, bevor sie sich zur Ausführung eines solchen Unternehmens oder zur Beteiligung an einem solchen entschließen, in gleicher Richtung tätig sein. Dabei soll aber den Unternehmern die völlige Freiheit in ihren Entschlüssen gewahrt bleiben. Der Vorgang verdient Dank und Nachahmung. —

Zur Beschießung von Reims. Die Wiener Tageszeitung „Reichspost“ ließ sich in der Zeit des französischen Protestes gegen die Beschießung von Reims von ihrem römischen Vertreter Folgendes schreiben: Das von Frankreich angeregte Protestspiel wegen der Beschädigung der Kathedrale von Reims hat in Italien blitzartig ein Ende gefunden. Anlaß dazu war die Geoli gezeichnete Zuschrift eines Historikers, welcher die Proteste der ausländischen Konsuln gegen den französischen General Oudinot vermerkt, der 1849 im Auftrag des Prinz-Präsidenten Napoleon die Revolution in Rom unterdrückte. Auf die Bitten der Konsuln, von einem Bombardement Roms wegen der unermesslichen Gefahr für die größten Kunstwerke der Welt abzusehen, antwortete der französische General am 25. Juni, nachdem er den Befehl des französischen Ministeriums, entschieden vorzugehen, textmäßig bekanntgegeben hatte: „Sie sehen, meine Herren, die Befehle meiner Regierung sprechen von keiner Rücksichtnahme. Zweifellos wird das Bombardement von Rom das Vergießen unschuldigen Blutes und „die Vernichtung von Denkmälern zur Folge

haben, welche niemals untergehen sollten“ (angeführt aus der Eingabe der Konsuln). Ich werde das bedauern; die Franzosen dürfen aber nicht als die Verantwortlichen für diese Zerstörungsakte bezeichnet werden, die Geschichte wird sie von jeder Verantwortung freisprechen.“ —

Bezug der Deutschen Bauzeitung. Es ist bei der üblichen Art der Beförderung der postalischen Kreuzband-Sendungen im Briefbeutel nicht zu vermeiden, daß unsere Zeitung bisweilen in etwas zerknittertem Zustand in die Hände der Abonnenten gelangt, welche dieselbe unmittelbar bei unserer Expedition als Kreuzbandsendung bestellt haben; die Briefträger pflegen auch bisweilen um die sortierten Sendungen Bindfaden zu schnüren, wodurch die größeren Formate eingerissen werden. Um diese Beschädigungen bis zu einem gewissen Grade zu vermeiden, empfiehlt sich der Versuch einer Bestellung nach der Postzeitungsliste unmittelbar bei dem zuständigen Postamt des Wohnortes des Bestellers. Die Zeitung wird dann im Zeitungsballen befördert, leidet weniger, kommt zu gleicher Zeit an und es tritt für den Besteller noch eine kleine Ersparnis durch den Fortfall des Betrages für die Postanweisung ein. —

Wettbewerbe.

Wettbewerb Amtshaus Werne an der Lippe. Die Amtsversammlung hat am 19. d. Mts. beschlossen, den Architekten Wentzler & Wilkens in Köln a. Rh. als Trägern des I. Preises die weitere Bearbeitung der Pläne, sowie die Oberleitung der Bauausführung zu übertragen. —

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen zu Gedenktafeln für gefallene Krieger wird vom Landesgewerbeamt in Karlsruhe zum 31. Mai 1915 erlassen. Die Ausführung der Tafeln kann in Stein, Metall, Holz, Guß, Glasmalerei, Mosaik erfolgen. I. Preis: 200 M.; zwei II. Preise von je 150 M.; drei III. Preise von je 75 M. Dazu können lobende Anerkennungen ausgesprochen werden. —

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für Grabdenkmäler der Offiziers-Kriegergräber im Waldfriedhof in Stuttgart schreibt das Stadtschultheißenamt zum 15. Mai 1915 für Künstler deutscher Staatsangehörigkeit in Groß-Stuttgart aus. Es handelt sich um eine einheitliche Gestaltung der Offiziersgräber im Waldfriedhof. Es gelangen 4 Preise von 200, 150, 100 und 75 M. zur Verteilung; 10 nicht preisgekrönte Entwürfe sollen für je 50 M. angekauft werden. Im Preisgericht u. a. die Architekten Prof. P. Bonatz, Brt. Heim und Ob.-Brt. Pantle, sowie Bildhauer Prof. Habich und Konservator Prof. Dr. Gradmann in Stuttgart. —

Chronik.

Ein Postmichel-Brunnen in Eßlingen wird nach dem aus einem Wettbewerb siegreich hervor gegangenen Entwurf des Bildhauers Emil Kiemlen in Stuttgart auf dem Fischbrunnen-Platz in unmittelbarer Nähe des alten Rathauses zur Aufstellung gelangen. Die Mittel entstammen einem Vermächtnis. Das Werk zeigt die Form einer 3 m im Durchmesser haltenden Brunnenschale aus Muschelkalk aus dem Jagst-Tal, geschmückt mit 4 Reliefs aus der Postmichel-Sage, einer der volkstümlichsten Sagen des Schwabenlandes, und einer Brunnensäule mit der Reiterstatue des Postmichels aus Hohlglavano-Bronze. 4 Auslaufrohre spenden Wasser. —

Inhalt: Das Landes-Museum für sächsische Volkskunst in Dresden. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Chronik. —

Bildbeilage: Holzgeschnitzte Kanzel in der Kathedrale Ste. Gudule in Brüssel.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



AS BOOTSHAUS DER
 BERLINER RUDER-
 GESELLSCHAFT „UN-
 DINE“ IN GRÜNAU. *
 ARCHITEKT: S. FRIED-
 LÄNDER IN BERLIN. *
 * WASSERANSICHT. *
 === DEUTSCHE ===
 ** BAUZEITUNG **
 XLIX. JAHRGANG 1915
 ***** NO. 26. *****



DEUTSCHE BAUZEITUNG

XLIX. JAHRGANG. Nº 26. BERLIN, DEN 31. MAERZ 1915.

Das Bootshaus der Berliner Rudergesellschaft 'Undine' in Grünau.

Architekt: S. Friedländer in Berlin.

Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abb. S. 167, 168, 169.



er die Geschichte des deutschen Rudersports schreiben wollte, der müßte jene Zeit, die nicht die schlechteste war, erwähnen, als

ein immer fröhliches Rudervölkchen noch in anspruchslosen Bootsschuppen lebte. Im Zuge der Zeit wuchs dann das Interesse für jegliche Art sportlicher Betätigung, der Zustrom neuer Mitglieder zu den Sport-Vereinen wurde stärker, die Einnahmen wurden größer und der Ueberschuß dieser wurde zur Gründung eines Baufonds verwendet. Sobald das Kapital genügend angewachsen war, zum Teil durch Zuwendungen wohlwollender Gönner sich vermehrte, wurde an die Verwirklichung des Bauplanes gedacht. Und so entstand aller Orten, und vor allem an den Ufern der Oberspree und der Havel, im Laufe der letzten Jahrzehnte die nicht mehr kleine Zahl von Bauanlagen wassersportlichen Charakters, die das Entzücken der Vorbeifahren den hervor rufen.



Oben: Ansicht des Festsaales. Unten: Fassadenteil der Westansicht.

Auf eine ähnliche Entwicklung, wie die beschriebene, blickt die Berliner Rudergesellschaft „Undine“ zurück, die 1907 von fünf Herren gegründet, heute nach fast achtjährigem Bestehen 120 Mitglieder zählt. Dem in so kurzer Zeit groß gewordenen Verein genügten die bisher bewohnten Räumlichkeiten nicht mehr und es wurde in der Mitte des Jahres 1913 an die Ausführung eines neuen Bootshauses auf eigenem Grund und Boden heran getreten.

Zur Erlangung geeigneter Baupläne wurde unter einer beschränkten Zahl von Teilnehmern ein Wettbewerb ausgeschrieben, nach eingehender Prüfung der Entwurf des Architekten S. Friedländer in Berlin für die Ausführung bestimmt und dem Verfasser auch die weitere Bearbeitung der Baupläne und die künstlerische Aufsicht übertragen. Derselbe führte den Auftrag in Gemeinschaft mit dem Architekten Gustav Bauer aus. Die technische Leitung lag in Händen des Architekten Franz Abbé in Karlshorst, die Gesamt-Ausführung erfolgte durch die Firma H. O. Obrikat in Niederschöneweide. Als Bauplatz stand ein an der Dahme gelegenes, 24 m breites und 60 m tiefes Grundstück zur Verfügung. Ost- und Südfront nach den Müggelbergen gerichtet, mit der Dahme-Straße durch Privatweg verbunden.

Das Programm verlangte eine dreischiffige Bootshalle zur Aufnahme von etwa 72 Booten verschiedener Größe, einen kleinen Festsaal mit anschließendem Gesellschaftsraum und vorgelagerter 3 m tiefer Veranda, ein Damen- und Vorstandszimmer, die erforderlichen Umkleide- und Waschräume — für Mieter und Mitglieder getrennt —, Garderoben für Herren und Damen und eine Küche mit Schankraum, ferner eine Bootsdieners-Wohnung und 14—18 Einzelzimmer, die gegen einen bescheidenen Mietzins den Mitgliedern überlassen werden sollten. Es wurde zur Bedingung gestellt, daß der Umkleideraum der Mieter in Verbindung mit der Bootshalle stehe und keine unmittelbare Berührung mit den Vereins-Räumlichkeiten habe. Der Umkleideraum für die Mitglieder sollte so gelegen sein, daß auch er in Verbindung mit der Bootshalle steht und daß der Verkehr zwischen beiden nicht durch die Gesellschaftsräume geht.

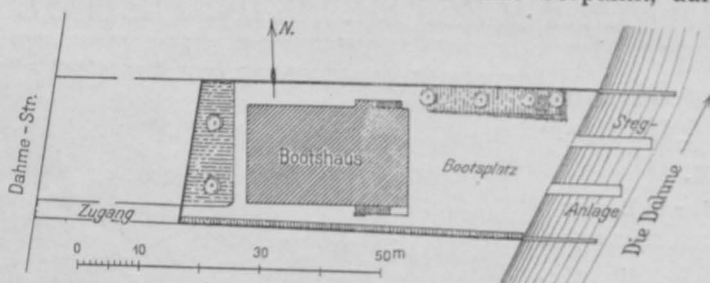
Diese Forderungen konnten bei Berücksichtigung der vorhandenen Geldmittel und der baupolizeilichen Vorschriften hinsichtlich des 4 m breiten Bauwches an beiden Seiten des Neubaus nur erfüllt werden, wenn der Grundriß auf eine einfache rechteckige Form gebracht und von kostspieligen Ausbauten abgesehen wurde. Die bebaute Fläche beträgt rd. 446 qm. Zwei Treppen an der der Straße nächst gelegenen Westfront vermitteln den Verkehr in der Weise, daß die Haupttreppe, ohne Verbindung mit der Bootshalle, ausschließlich den Besuchern und den Familien-Angehörigen der Mitglieder dient, die Nebentreppe, mit der Bootshalle verbunden, zu den Umkleideräumen der Mieter, der Mitglieder, zu den Bootsdieners-Wohnung und den Einzelzimmern führt. Die Anordnung der Treppen am Kopf-Ende des Gebäudes erfolgte, weil Treppen-Einbauten etwa an den Längsseiten des Hauses die Unterbringung der langen Boote beeinträchtigt haben würden. Die vorhandene dritte Treppe dient als Nottreppe und ist

aus dem angeführten Grunde erst über der Bootshalle in das Gebäude eingebaut.

Die dem geselligen Verkehr dienenden Räume sind in dem über dem Bootshallen-Geschoß gelegenen Stockwerk untergebracht. Sie bauen sich konstruktiv ehrlich auf die Dreiteilung der Halle auf. Der Saal als Hauptraum liegt an der Südost-Ecke und ist in seiner Grundfläche entsprechend höher als die übrigen Räume. Er ist aus guten Gründen an diese Stelle gelegt, da er einmal den Blick nach dem schönsten Teil der umgebenden Landschaft, über das Wasser hinweg nach den Müggelbergen, gestattet. Es wird ferner auf dem Wege von der Haupttreppe durch die Garderobe, die Diele nach dem Saal eine eindrucksvolle Raumsteigerung erreicht. Und schließlich kommt die Höherführung des Bauwerkes nach der Wasserfront — der Hauptfront — dem Äußeren zugut. Die übrigen Räume gruppieren sich programmgemäß um den Saal und sind mit diesem und untereinander in zweckentsprechende Beziehung gebracht. Die vor dem Saal liegende 3 m tiefe und 17 m lange Veranda ist nach Osten gerichtet und bietet zu jeder Tageszeit angenehmen Aufenthalt. Portierwohnung und Einzelzimmer liegen im Dachgeschoß.

Die innere Einrichtung und Ausstattung ist ohne übertriebenen Luxus und in der Ueberzeugung so ausgeführt, daß ein Bootshaus in erster Reihe dem Rudersport dienen soll, dessen strenge Handhabung unvereinbar ist mit verweichlichendem Luxus „eleganter Klubräume“. Die 16 Einzelzimmer erhielten an Wänden und Decken Leimfarben-Anstrich. Sie sind mit hellen Möbeln und eisernen Bettstellen ausgestattet. Die Diele ist mit moosgrünem Rupfen bis zur Türhöhe bespannt, darüber sind Wandflächen

und Decke weiß gestrichen. Ein Kachelofen aus Veltener Material in grau und grün dient zur Heizung des Raumes. Etwas reicher ist die Ausstattung des Saales. Braun gebeiztes Holzwerk ist das vorherrschende Material, das für das 2 m hohe



Panel, die Holzdecke, die Holz-Kerzenkrone und die Kamin-Verkleidung Verwendung fand; wirkungsvoll leuchtet aus letzter das grüne Kachelzeug des Kamins. Die Einrichtung der Umkleide- und Waschräume ist einfach und zweckmäßig. Die Kleiderschränke sind durchlüftbar mit aufklappbarem Sitzbrett zum Unterstellen der Schuhe usw. Die Waschräume erhielten mehrere Duschen für kaltes und warmes Bad. Drei Bootshallen von je 5 m Breite und 23 bis 25 m Länge dienen zur Aufnahme der Boote. Die beiden äußeren Hallen sind mit der Steg-Anlage durch Schienen verbunden, auf denen die Boote mit kleinen Plateauwagen befördert werden. Die Boote ruhen in den Hallen auf verstellbaren Kraggen, was die Unterbringung verschiedener Bootsgattungen ermöglicht. Zum Anlegen und Abfahren dienen vier feste Stege.

Das Gebäude ist von Grund auf massiv ausgeführt, mit naturroten Pfannen eingedeckt und die äußeren Wandflächen sind in sogenannter rauher Kieselputztechnik geputzt. Die architektonische Auffassung des Äußeren ist eine bewußt schlichte; als einziger Zierart dient an besonderer Stelle etwas Holzwerk, das, dunkelbraun gestrichen, sich scharf von den hellen Putzflächen abhebt. Eine klare Umrißlinie erhöht den Eindruck des schlicht Einfachen.

Friedrich Ostendorf †.



riedrich Ostendorf, der den Heldentod im Westen fand, war eine Persönlichkeit, die besonders gewertet sein will. Ehe wir aber den Versuch einer solchen Wertung unternehmen, sei kurz sein Lebensbild umrissen, das in einzelnen Zügen nicht ohne Einfluß auf

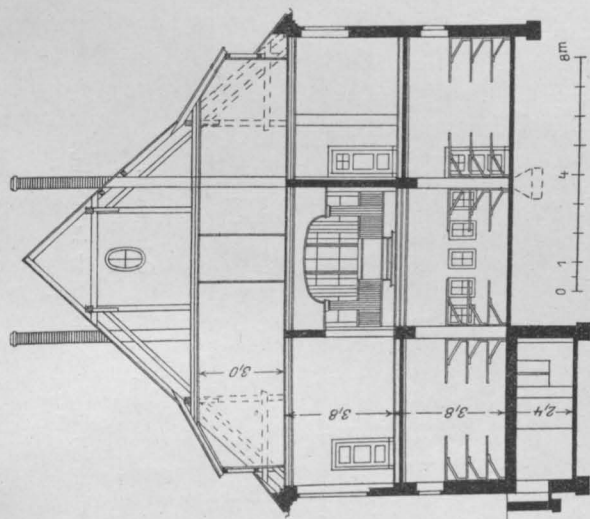
seine künstlerische und fachwissenschaftliche Anschauung geblieben ist.

Friedrich Ostendorf war am 17. Oktober 1871 in Lippstadt, dem etwa 12 000 Einwohner zählenden Städtchen im preußischen Regierungs-Bezirk Arnberg in Westfalen, an der Lippe, geboren. Er verlebte auch dort, in

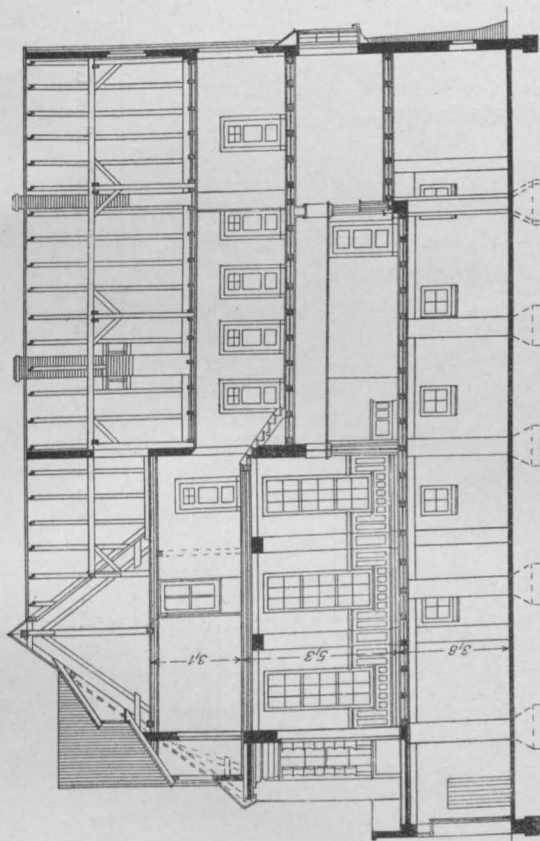
der Nachbarschaft zahlreicher alter Baudenkmäler des Mittelalters, seine Jugend und fand seine allgemeine wissenschaftliche Bildung an der Realschule seiner Vaterstadt. Nachdem er diese Schule durchlaufen hatte, entschied er sich für das Studium der Baukunst und ging zunächst an die Technische Hochschule in Stuttgart, an der er von 1890—1892 blieb. Seine Neigung zog ihn dann an die Technische Hochschule in Hannover und von hier ging er nach Charlottenburg, um in den Schülerkreis von Karl Schäfer einzutreten. Man darf in der Wahl dieser Studienorte keinen Zufall erblicken, sondern muß in ihnen einen bewußten Trieb nach einer romantischen Kunstauffassung sehen, welche die Entwicklungsjahre des Künst-

berufen, um jedoch bereits 1907 einem Ruf als Nachfolger von Karl Schäfer nach Karlsruhe zu folgen.

In der weiteren Öffentlichkeit wurde Ostendorf bekannt durch seinen mit dem II. Preis gekrönten Wettbewerbs-Entwurf für das neue Rathaus in Dresden. Wir haben ihn im Jahrgang 1903, S. 389, veröffentlicht. „Ulrich Hutten“ war das bezeichnende Kennwort und ganz im Geiste seines Meisters Schäfer und der Welt, die ihn in Westfalen und im Lippeschen umgab, war er gehalten. Einige Jahre darauf beteiligte er sich wieder an einem Wettbewerb um ein großes Rathaus: an einem engeren um das Rathaus in Wilmersdorf. Und in diesem Entwurf schon die große Wandlung, die sich in Ostendorf voll-



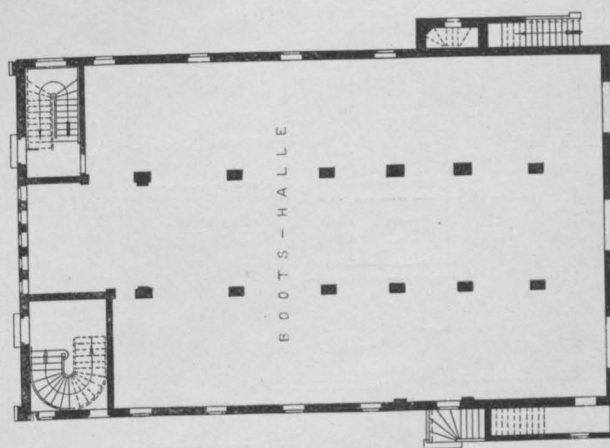
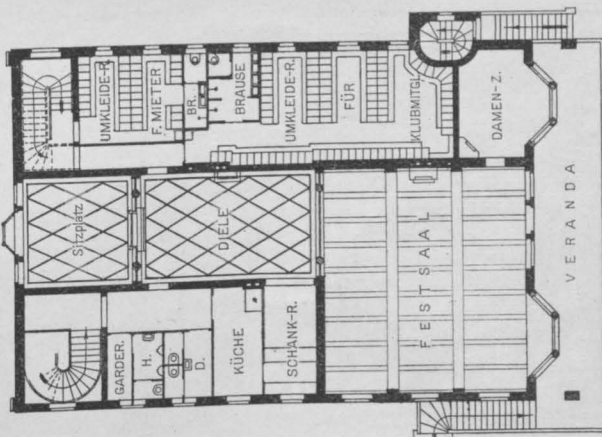
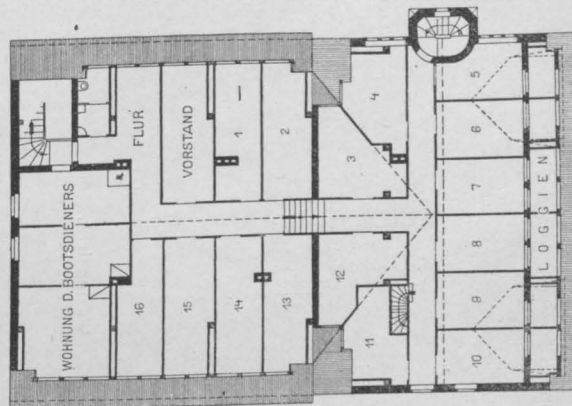
Längsschnitt (links) und Querschnitt.
Dachgeschoß.



Das Bootshaus der Berliner Rudergesellschaft „Undine“ in Grünau.
Architekt: S. Friedländer in Berlin.

Obergeschoß.

Untergeschoß.



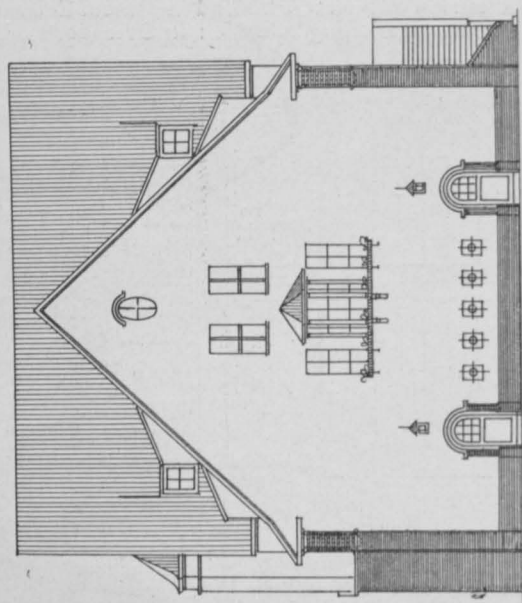
lers beherrschte. Seine erste staatliche Hauptprüfung legte Ostendorf im Winter 1895 in Berlin ab. Die Tätigkeit seiner Bauführerzeit führte ihn nach Karlsruhe, wo er unter Jos. Durm arbeitete, im weiteren Verlauf auf die Kreisbauinspektionen nach Marburg und Köln, und von da nach Trier, Paderborn und Münster, alles Orte, die in ihrem individuellen baugeschichtlichen Charakter nicht ohne Einfluß auf den jungen Baukünstler bleiben konnten. Die Tätigkeit im Staatsverband führte ihn schließlich in das Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Berlin. Aus diesem wurde er an die neu gegründete Technische Hochschule in Danzig als Lehrer für mittelalterliche Baukunst

zogen hatte, deren Ursprung in Karlsruhe liegt und die man mit zwei Worten, freilich nicht erschöpfend, bezeichnen kann als „von Schäfer zu Weinbrenner“. Es liegt in den Verhältnissen der Organisation des Baudienstes des preußischen Staates begründet, daß der Name Ostendorfs bei den Ausführungen, die in diesen Zeitraum seiner Tätigkeit fallen, und an denen er in selbständiger Weise beteiligt war, nicht hervor tritt. Seine ausführende Tätigkeit, die noch nicht sehr umfangreich war, beginnt für seine Person erst in seiner Karlsruher Zeit und erhielt erst hier ihr individuelles Gepräge. Das Physikalische Institut der Universität Heidelberg, das Einfamilienhaus

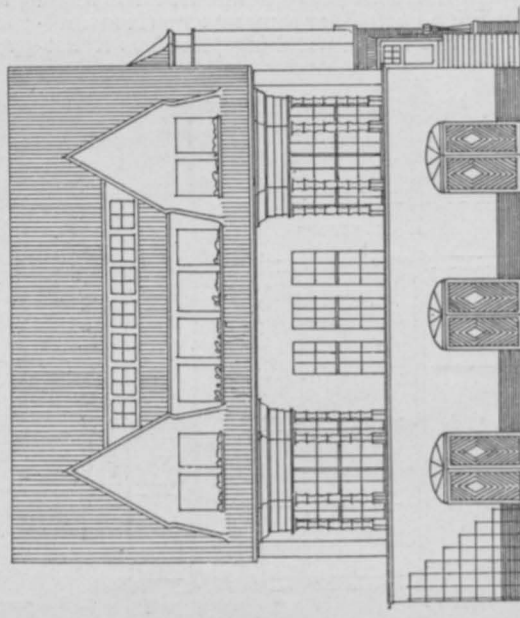
Ludolf Krehl daselbst, das neue Gebäude der großherzogl. Landeskasse am Schloß-Platz in Karlsruhe, das wir S. 173 Jahrg. 1914, veröffentlichten, und sein eigenes Haus in der unmittelbaren Nähe des Haydn-Platzes in Karlsruhe, die Gutachten über die Wiederherstellungs-Arbeiten an der Kuppel-Kirche in St. Blasien (Deutsche Bauzeitung, 1913, S. 693 ff.) bezeichnen die Entwicklungsstufen und Ziele des Künstlers in seiner Zeit des Werdens. Es sind zugleich die Verkörperungen seiner Lehre.

Friedrich Ostendorf war ein begeisterter und begei-

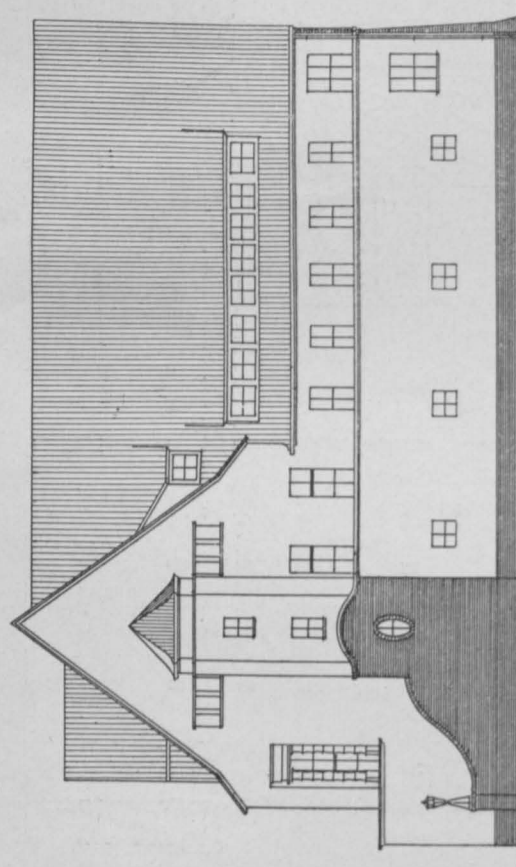
ausgestattet ist, hinter dem Glase saß; wenn er durch den Pfingzgau mit seinen sanften Höhen in das Laub in Berghausen zum Becher wanderte oder weiter zog in jener Richtung nach dem nicht allzu weit mehr gelegenen Kloster Maulbronn, um hier mit gleich gesinnten Freunden Abende und Nächte zu verbringen, bei denen der Mond Gesellschafter war und den vom Wein gewürzten Uebermut der Jugend beschien, dann war er nicht mehr der Mensch der nüchternen Gegenwart, dann schien er der romantischen Gesellschaft anzugehören, aus der „Des



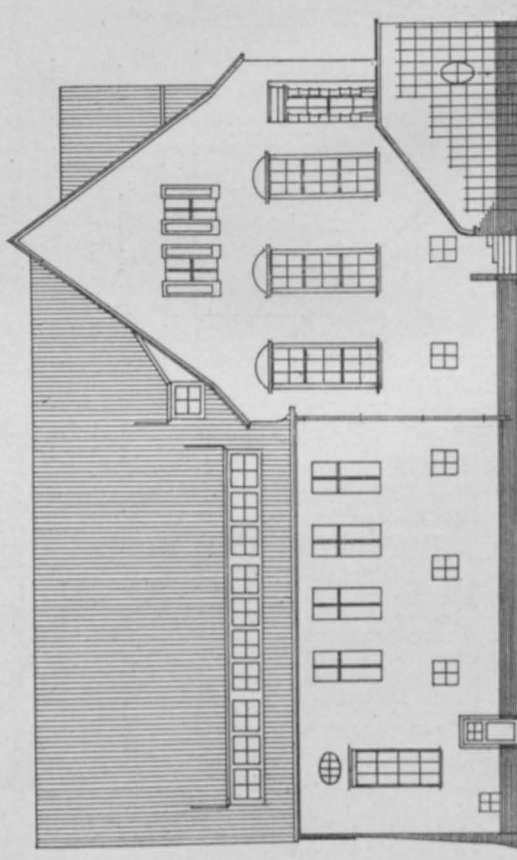
Westansicht.



Ostansicht.



Nordansicht.



Südansicht.

20m

10

5

0

Das Bootshaus der Berliner Rudergesellschaft „Undine“ in Grünau. Architekt: S. Friedländer in Berlin.

sternder Lehrer, in dieser Beziehung der würdigste Nachfolger seines Meisters Schäfer; ihre guten Eigenschaften lagen in den Charakteren. Sie mußten von Haus aus mitgebracht und konnten nicht anerzogen werden. Gleich Schäfer ging er mit seinen Schülern aus auf Wanderfahrten zu den Bauwerken der deutschen Vergangenheit. Gleich Schäfer war er ein Schwärmer und Genießer, ein Romantiker und ein von Lebensfreude erfüllter Künstler. Wenn er in der Krone in Daxlanden, der Künstlerkneipe in den Niederungen des Rheingebietes, die von dem Maler Wilhelm Volz im Stile der niederländischen Fischerhäuser

Knaben Wunderhorn* hervorging. Dann zog er in den Fußstapfen seines Meisters Schäfer und war auch seinen zahlreichen Schülern das, was Karl Schäfer den seinigen war.

Woher kam aber nun der merkwürdige Gegensatz zwischen diesem persönlichsten und natürlichsten Empfinden und seinem Denken als Architekt und Lehrer? Wo liegen die Wurzeln der Wandlung von diesem Empfinden zu diesem Denken? Erinnern wir uns, daß Ostendorf einen Teil der Tätigkeit seiner Bauführerzeit mit Arbeiten unter Joseph Durm in Karlsruhe zubrachte. Durm und Weinbrenner, der Hellene und der Römer, glänzende Ver-



Ansicht der Diele gegen den erhöhten Sitzplatz.



Bootshalle im Untergeschoß.

Das Bootshaus der Berliner Rudergesellschaft „Undine“ in Grünau. Architekt: S. Friedländer in Berlin.

treter der antiken Baukunst, Persönlichkeiten von starkem künstlerischem Willen, scharf geprägte Charaktere, konnten sie ihren Einfluß auf den jungen Westfalen verleugnen? Wenn dieser durch die Karl Friedrich-Straße in Karlsruhe nach Süden schritt und den Markt-Platz um sich sah, wohl für die Verhältnisse der damaligen Stadt eine der großartigsten Bauschöpfungen aller Zeiten; wenn er den Rondell-Platz hinter sich und die Eisenbahn überschritten hatte und nun zu dem graziösen Vierordt-Bad und der festlichen Volkshalle kam, mußte er da nicht zu dem Grundsatz seiner Lehranschauung geführt werden, den er in die Worte kleidete: „Entwerfen heißt, die einfachste Erscheinungsform finden?“ „Karlsruhe“, dieses vielsagende Wort mit seinem reichen künstlerischen Inhalt ist die verkörperte Lehre Ostendorfs. Man darf es, ohne Widerspruch zu befürchten, aussprechen: Ohne Karlsruhe nicht der Friedrich Ostendorf von heute; ohne Karlsruhe nicht die „Sechs Bücher vom Bauen“.

Diese „Sechs Bücher vom Bauen“ enthalten den Niederschlag seiner noch jungen Lebensweisheit, seiner aus der Umwelt geschöpften künstlerischen Beobachtung. Mit ihnen tritt er in eine Linie mit dem größten Kunstphilosophen und Architektur-Theoretiker der Renaissance, mit Leon Battista Alberti. Auch die „Sechs Bücher“ Ostendorfs könnten den Titel tragen „De re aedificatoria“. Was verschlägt es, daß sie viereinhalb Jahrhunderte später erschienen sind, in einer Zeit, in welcher es, wie in der italienischen Renaissance, nach der Meinung Ostendorfs galt, eine deutsche Baukunst mit einem wirklichen Inhalt neu zu schaffen? San Francesco in Rimini und der Palazzo Rucellai in Florenz verkünden nicht minder wie die Landeshauptkasse am Schloß-Platz in Karlsruhe, Entwerfen heiße die einfachste Erscheinungsform finden.

Der Plan der „Sechs Bücher vom Bauen“ ist ein großer und umfassender. Ostendorf wollte mit ihnen eine Theorie des architektonischen Entwerfens geben, denn „wir haben heute keine Bautradition mehr.“ Wer das Schaffen der Gegenwart betrachte, müsse sich entweder sagen, „daß ein Urteil über architektonische Dinge nicht mehr vorhanden ist, und daß Gutes und Schlechtes gleich eingeschätzt und wahllos daher auch ausgestellt und reproduziert wird, oder aber er wird folgern müssen, daß es in der Architektur keinerlei Gesetze gebe und daß man daher die Dinge hinnehmen müsse, wie sie erscheinen, ob man sie begreifen und verstehen kann oder nicht. Da aber jede Art von geistiger menschlicher Tätigkeit gesetzmäßig geschieht, so ist mit dem letzteren Schluß nichts anzufangen und es bleibt nichts übrig, als die vollständige Urteilslosigkeit in architektonischen Dingen festzustellen.“ Es sei selbstverständlich, daß bei solcher Lage für die Baukunst dieses Buch über das Entwerfen einmal geschrieben werden mußte. Aber es sei ein sehr unbequemes Buch geworden, denn man müsse sich mit „Ja“ oder „Nein“ dafür oder dagegen erklären. „Und das hat doch wohl recht unbequeme Folgen. Mit „Ja“ verdirbt man es mit der „modernen“ Architektur und mit ihren vielen heute noch so gehätschelten Vertretern durchaus. (Der Verfasser hatte geklagt: „Heute haben wir keine Bautradition mehr“); mit „Nein“ hinwiederum — dafür hat man wohl ein bestimmtes Gefühl — gerät man auf die Seite einer heute schon verlorenen Stellung und damit auf die Gegenseite der — wenn vielleicht auch erst in zehn oder zwanzig Jahren — sicher siegreichen.“ Einer seiner Kollegen von der „modernen“ Seite habe Ostendorf zu verstehen gegeben: „In Sachen der Kunst das Gefühl vor dem Gedanken“, womit er das, was ihm und seinen Sinnungs-Genossen als Kunst gelte, „deutlich und eindeutig charakterisiert.“ Auch Cornelius Gurlitt habe in der „Deutschen Bauzeitung“ das Vorrecht des Gefühls gegenüber dem Gedanken, der klaren Vorstellung, verteidigt und damit die theoretische Behandlung künstlerisch-architektonischer Dinge als überflüssig oder gar schädlich erscheinen lassen. Nichts jedoch sei verkehrter, meint Ostendorf, als die Anschauung, das Wesen der Baukunst liege darin, daß sie Stimmungen erzeugen und diese vom Künstler auf den Beschauer oder Hörer übertragen könne. Solle sie nur das, dann wären Theorien und Regeln für die Baukunst wie für die anderen Künste überflüssig. Die Baukunst sinke damit auf den Rang der Kochkunst oder noch tiefer herab. Die Kunst aber solle nicht Stimmungen ermöglichen, sie habe „unendlich viel Höheres“ zu leisten. „Sie soll den Beschauer oder Hörer dadurch erheben und erbauen, daß sie ihn in die Lage bringt, einen künstlerischen Gedanken, einen musikalischen, poetischen, malerischen, bildnerischen oder architektonischen nachzudenken und so dem höchsten Flug der Menschenseele zu folgen.“ Der Genuß eines Werkes der Baukunst sei hiernach nur dem zugänglich, der einen architektonischen Gedanken fassen könne. Und wenn der Kunstgenuß auf dem Nach-

denken eines künstlerischen Gedankens beruhe, so müsse das architektonische Kunstwerk auch aus einem Gedanken entstanden sein. Dann könne es aber auch nicht willkürlich kompliziert sein, weil es so in Gedanken nicht zu fassen sei, es müsse vielmehr einen Organismus aufweisen, der unter den durch das Bauprogramm gegebenen Verhältnissen der einfachste ist. Ostendorf will nicht den Anspruch erheben, die Kunst dem zu weisen, der nicht von Haus aus ein Verhältnis zu ihr habe; er will nur ermahnen, auf den Weg zu achten und das Ziel klar ins Auge zu fassen.

Das unternimmt er in den „Sechs Büchern vom Bauen“, von welchen zwei erschienen sind: Band I „Einführung“, Band II „Die äußere Erscheinung der einräumigen Bauten“. Band III sollte „Die äußere Erscheinung der mehrräumigen Bauten“, Band IV „Die äußeren Räume“, Band V „Die inneren Räume“ und Band VI „Die Gestaltungsmittel“ behandeln. Daneben waren noch Ergänzungsbände zu den „Sechs Büchern vom Bauen“ in Aussicht genommen, deren erster: „Haus und Garten“ 1914 erschien. Eigenartig, wie alles, was von dem Künstler ausging, ist die Begründung Ostendorfs auch für diese Ergänzungsbände, über die ein Plan an sich nicht bekannt gegeben ist. Ostendorf meint, daß der Bauende von heute wie gegenüber jeder anderen Kunst so erst recht gegenüber der Baukunst keinerlei Achtung und Ehrfurcht mehr habe, daß sein Geschmacks vor nichts Halt mache und sich ohne Bedenken auch mit den künstlerischen Bildungen beschäftige. Da könne ein Buch nichts schaden, das dem, dem es Ernst um die Sache ist, etwas vom Wesen der Baukunst und insbesondere der Baukunst des Wohnhauses sage. Es will den Bauenden einen Weg zeigen, „der sie an eine Stelle bringt, von welcher aus sie bei einiger entsprechenden Veranlagung einen Einblick in dieses Wesen gewinnen möchten, und ihnen so die Möglichkeit verschaffen des wirklichen, nicht eingebildeten oder vorgeredeteten Genusses, der ihnen unendliche Freude machen wird, und des sicher gegründeten, nicht angemaßten Urteils, das ihnen, wenn sie ein Haus bauen wollen, großen Vorteil bringen wird“. Wie aber möge das geschehen, fragt der Verfasser. In unserer betriebsstüchtigen technischen Zeit sei bei der Mehrzahl der Individuen der überlegende Verstand außerordentlich gut, die sinnende Vernunft nicht eben stark entwickelt. Daher scheint ihm der einzig mögliche Weg der zu sein, der über eine zunächst vom Verstand zu beurteilende klare Darstellung der Entwicklung des deutschen Hauses und Gartens führe. „Ist durch solche Darstellung das Urteil ein wenig hergestellt, so wird es sich, wenn es mit Vorsicht weiter geleitet wird und durch Straßen, wo links das Unklare, Willkürliche und Verworrene und rechts das Klare, Gesetzmäßige und Einfache steht, hindurch, am Ende auch in dem Durchgang der modernen Architektur zurecht finden“. So optimistisch urteilte Ostendorf bei seinem groß angelegten Plan, mit dem er sich also eigentlich an Alle wendet, die bauen und bauen wollen.

Eines nun überrascht bei dem Künstler, der in seiner ganzen Denkungsart den Vertreter der „Anticipation a priori“ zeigt und in so weitgehendem Maße kunstphilosophische Neigungen bekundet, mit welchen er seine Theorien umkleidet. Es überrascht, daß er an keiner Stelle seiner Ausführungen auf Schopenhauer Bezug nimmt, der im dritten Buch seines Werkes „Die Welt als Wille und Vorstellung“ auch über „die platonische Idee: das Objekt der Kunst“ spricht und hier zu zumteil entgegengesetzten Ergebnissen wie Ostendorf kommt. Schopenhauer sagt z. B.: „Wir müssen in allen Menschen, wenn es nicht etwa welche gibt, die durchaus keines ästhetischen Wohlgefallens fähig sind, das Vermögen, in den Dingen ihre Ideen zu erkennen und eben damit sich ihrer Persönlichkeit augenblicklich zu entäußern, als vorhanden, annehmen“. Gegen Ostendorfs Auffassung von der Stimmung der Architekturwerke spricht die Ausführung Schopenhauers über den Eindruck der Peterskirche in Rom oder der Paulskirche in London. „Das Gefühl des Erhabenen entsteht hier durch das Innwerden des verschwindenden Nichts unseres eigenen Leibes vor einer Größe, die andererseits selbst wieder nur in unserer Vorstellung liegt und deren Träger wir als erkennendes Subjekt sind. . . . Manche Gegenstände unserer Anschauung erregen den Eindruck des Erhabenen dadurch, daß, sowohl vermöge ihrer räumlichen Größe, als ihres hohen Alters, also ihrer zeitlichen Dauer, wir ihnen gegenüber uns zu nichts verkleinert fühlen, und dennoch im Genusse ihres Anblickes schwelgen: der Art sind sehr hohe Berge, Aegyptische Pyramiden, kolossale Ruinen von hohem Alterthume.“ Das wäre doch die von Ostendorf geleugnete Stimmung. Er hätte sich aber vor allem auch mit dem Abschnitt über die Baukunst in § 43 mit Schopenhauer auseinander setzen

müssen. Wir glauben, daß, wenn er gelebt hätte, Ostendorf an dem Philosophen von Frankfurt am Main nicht hätte vorübergehen können, zumal dieser das Meiste über unsere Kunst vom philosophischen Standpunkte aus so treffend und mit so natürlicher Ueberlegung gesagt hat, daß es besser kaum wieder gesagt werden kann.

Doch wir fürchten, uns in abgelegene Gebiete zu verlieren, während wir doch versuchen wollten, das Bild eines der interessantesten Menschen unseres Faches zu zeichnen. Auch das gehörte zu seiner philosophisch angelegten Natur, daß er heute nicht mehr ist. Als der Krieg ausbrach, ließ er sich nicht halten. Frau und Kinder, Fach und Kunst, Schule und Schüler ließ er zurück, seinen ganzen Menschen draußen einzusetzen. Zunächst schien ihm das Kriegsglück hold; seiner Tapferkeit ward das

Eiserne Kreuz. Dann aber, als er seine Leute zur Loretto-Höhe im Sturm hinan führte, trafen ihn Schüsse in den Kopf und ins Herz, just dahin, wo der Sitz alles Edeln war, das er freigebig spendete. Auch in diesem traurigen Fall war er in seinem Sinn vom Glück begleitet. Und wieder ist es Schopenhauer, der auch für diese letzte Stunde ein treffendes Wort gefunden hat: „Wer für sein Vaterland in den Tod geht, ist von der Täuschung frei geworden, welche das Dasein auf die eigene Person beschränkt: er dehnt sein eigenes Wesen auf seine Landsleute aus, in denen er fortlebt, ja, auf die kommenden Geschlechter derselben, für welche er wirkt.“ So hielt er es als Lehrer für die Kunst, so auch als Kämpfer für das Vaterland! —

Albert Hofmann.

Die Weltausstellung in San Francisco.

Die „Panama-Pacific International Exposition“, wie der offizielle Name der Weltausstellung in San Francisco lautet, ist vor einiger Zeit mit Rücksicht auf den Weltkrieg ohne besondere Feierlichkeiten eröffnet worden. Als Weltausstellung in großem Rahmen gedacht, um die Eröffnung des Panama-Kanales zu verherrlichen, hat sie durch die Ablehnung einer offiziellen Teilnahme Deutschlands und Oesterreichs von vornherein an Vollständigkeit eingebüßt, und wie weit die Teilnahme der anderen europäischen Staaten geht, ist bisher nicht näher bekannt geworden. Ein größerer Teil von ihnen wird wohl ebenfalls vollständig fehlen. Der Charakter einer amerikanischen Ausstellung dürfte daher wohl überwiegen. Einige Angaben über die bauliche Ausgestaltung und Vergleiche mit anderen Weltausstellungen werden trotzdem von Interesse sein. Wir stützen uns dabei z. T. auf die Angaben der amerikanischen Zeitschrift „Engineering Record“ vom 6. und 13. Juni v. Js., der wir auch den beigegebenen Plan entnehmen.

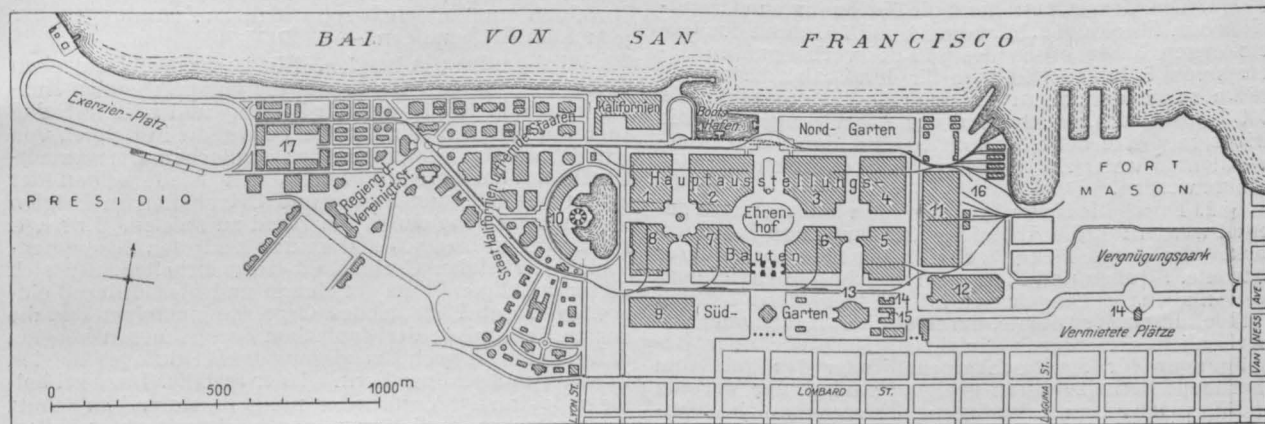
Für die Ausstellung stand ein Gelände von hervorragender Lage zur Verfügung unmittelbar an der Bai von

Zieht man von der Gesamtfläche die Ausdehnung des Vergnügungsparkes, größere zusammenhängende Garten-Anlagen usw. ab, so bleibt für eigentliche Ausstellungszwecke eine Fläche von 196 ha gegenüber 108 ha der Weltausstellung in Paris im Jahre 1900.

Diese Flächen verteilen sich, wie folgt:

Einzelaussteller	27,90 ha
Eisenbahnen, Werften, Docks . . .	6,92 „
Fläche der Hauptausstellung . . .	87,94 „
Straßenbahn-Endbahnhöfe . . .	0,93 „
Staatsgebäude	17,12 „
Fremde Staatsgebäude	20,10 „
Flugfeld, Exerzier-, Wettspielplatz .	15,26 „
Viehzucht	9,83 „
Rettungswesen	0,45 „
Regierung der Vereinigten Staaten .	5,14 „
Verschiedenes	4,17 „
Zusammen 195,9 ha	

Den Kern der Ausstellung bilden die um einen mittleren Ehrenhof und um 2 zu einander senkrecht stehende Hauptachsen (parallel und senkrecht zur Küste) gruppierten Hauptausstellungsbauten (Lebensmittel, Ackerbau, Trans-



Erklärung. 1. Abt. für Lebensmittel. 2. Ackerbau. 3. Transportwesen. 4. Bergbau. 5. Verschiedene Industrien. 6. Manufaktur. 7. Freie Künste. 8. Erziehung. 9. Gartenbau. 10. Kunstausstellung. 11. Maschinenhalle. 12. Automobilwesen. 13. Festhalle. 14. Feuerwachen. 15. Verwaltungsgebäude. 16. Betriebsbahnhof. 17. Viehhof.

San Francisco östlich des sogenannten Goldenen Tores, d. h. des Meeresarmes, der die innere Bai von San Francisco mit dem Stillen Ozean verbindet. Es handelt sich um einen lang gestreckten, im mittleren Teil 0,75 km breiten Streifen mit etwa 3,5 km Wasserfront östlich vom sogenannten Presidio, einem für militärische Zwecke der Bebauung entzogenen Gelände, und westlich von Fort Mason gelegen. Landseitig bildet die Lombard-Straße die Begrenzung. Die Gesamtfläche, die teils gepachtet, teils angekauft werden mußte und auf der z. T. Bauten verschiedener Art, darunter allein 400 Wohnhäuser standen, die beseitigt werden mußten, beträgt rund 253 ha. Das Gelände steigt nach dem Lande zu leicht an und wird im Hintergrund begrenzt von der Hügelkette, auf der die schönsten Wohnsitze von San Francisco errichtet sind. Verbindungen hat das Ausstellungsgelände hiernach zu Wasser und zu Lande.

Um die Fläche für die Ausstellungszwecke nutzbar machen zu können, waren erhebliche Erdarbeiten nötig, um sie entsprechend aufzuhöhen, namentlich auch um ein großes Wasserbecken, das hier bestand, auszufüllen. Es waren dazu etwa 1,3 Mill. cbm Boden erforderlich, die aus der Bai gewonnen und aufgeschwemmt wurden mit einem Kostenaufwand von 1,2 Millionen M.

portwesen, Bergbau, Verschiedene Industrien, Manufaktur, Freie Künste, Erziehung), die zusammen etwa 17 ha bedecken. Auf der Weltausstellung zu Chicago 1893 waren die Hauptbauten unter einem Dach auf etwa 15,8 ha Grundfläche vereint. Diese ermüdende und nicht sehr übersichtliche Anordnung ist hier durch Trennung der Hauptbauten ersetzt, was bei dem im Allgemeinen milden und gleichmäßigen Klima von San Francisco auch nicht zu Unzuträglichkeiten führt. Gegen die häufiger auftretenden West- und gelegentlichen Nordwinde bietet die Anordnung außerdem Schutz. An der Ostseite bildet die mächtige Maschinenhalle von 112·295 = 33 000 qm Grundfläche, die sich bis 31 m Höhe (gegenüber durchschnittl. 19–21 m der anderen Bauten) erhebt, den Abschluß, während an der Westseite eine Teichanlage angeordnet ist, hinter ihr ein das ganze Ausstellungsgelände beherrschender Turm, dahinter das Ausstellungsgebäude der schönen Künste, das unter allen Bauten allein ausgedehntere Galerien besitzt. Die Grundfläche dieser Hauptbauten schwankt zwischen 12 000 und 34 000 qm Grundfläche, der Aufwand zwischen 1,2 und 2,8 Mill. M. Die Mehrzahl kostet für 1 qm Grundfläche 58–80 M. Bei dem Kunstausstellungsgebäude stiegen die Kosten auf 130 M., für die Festhalle auf 212 M.

für 1 qm. Die Gesamtkosten der 25^{ha} bedeckenden Hauptbauten stellen sich auf etwa 20 Mill. M.

Die Verteilung der übrigen Bauten sowie der Gartenfläche geht aus dem Plan hervor. Bezüglich der Ausführung der Bauten ist noch zu bemerken, daß der Holzbau mit Gipsumkleidung vorherrscht. Nur einige Bauten mit Eisengerippe oder Eisenbetonbauten sind vorhanden. Bleibenden Charakter trägt nur das Gebäude der amerikanischen Regierung in der Nähe des Presidio. Als Bedachung der Bauten ist mit Rücksicht auf Feuersicherheit Asbestpappe mit der Entflammung verzögernden Anstrichen gewählt.

Tote.

Dr. Julius Franz-Pascha †. Am 20. März 1915 ist in Graz in Steiermark der ehemalige Direktor der technischen Büros im ägyptischen Kultus- (Wakf-) Ministerium in Kairo, Dr. Julius Franz-Pascha, im Alter von nahezu 90 Jahren gestorben. Julius Franz machte seine fachlichen Studien vom Jahre 1848 ab am Polytechnikum in Karlsruhe, wo er zu den Schülern des 1863 gestorbenen Ober-Baudirektors Heinrich Hübsch zählte. Schon früh kam er nach Ägypten, wo er als selbständiges Bauwerk nach seinen Entwürfen von 1863—68 das Schloß des Vizekönigs (Khedive) Ismail-Pascha (1863—1879) in Gesireh ausführte. Franz-Pascha war auch Begründer des arabischen Museums in Kairo und langjähriger Direktor desselben. Zugleich war ihm die Erhaltung der arabischen Baudenkmäler in Ägypten anvertraut. Aus den Studien heraus, die er bei dieser Tätigkeit machte, erschien als ein Teil des „Handbuches der Architektur“ im Jahre 1887 das Werk: „Die Baukunst des Islam“, eine nicht sehr umfangreiche, aber trefflich illustrierte Arbeit, die schon 1896 eine zweite Auflage erlebte. —

Vermischtes.

Der Wiederaufbau in der Provinz Ostpreußen. Seit dem 19. Jan. d. J. ist eine im „Reichsanzeiger“ veröffentlichte königliche Verordnung über die „Förderung des Wiederaufbaues der durch den Krieg zerstörten Ortschaften in der Provinz Ostpreußen“ in Kraft, welche die lex Adickes auf diese Provinz überträgt und Folgendes bestimmt:

§ 1. Das Gesetz, betreffend die Umlegung von Grundstücken in Frankfurt a. M., vom 28. Juli 1902, und das Gesetz wegen Umänderung des § 13 des vorbenannten Gesetzes vom 8. Juli 1907 können für den Bezirk derjenigen Städte sowie derjenigen Landgemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern, welche von der Zerstörung durch die Kriegseignisse betroffen worden sind, durch den Ober-Präsidenten unter Zustimmung des Provinzialrates eingeführt werden.

§ 2. Durch die Bauordnungen kann insbesondere geregelt werden: 1. die Abstufung der baulichen Ausnutzbarkeit der Grundstücke, 2. die Ausscheidung besonderer Ortsteile, Straßen und Plätze, für welche die Errichtung von Anlagen nicht zugelassen ist, die beim Betrieb durch Verbreitung übler Dünste, durch starken Rauch oder ungewöhnliches Geräusch Gefahren, Nachteile oder Belästigungen für die Nachbarschaft oder das Publikum überhaupt herbeizuführen geeignet sind, 3. der Verputz und Anstrich oder die Auslegung der vornehmlich Wohnzwecken dienenden Gebäude und aller von Straßen, Plätzen oder anderen öffentlichen Verkehrsflächen aus sichtbaren Bauten, sowie die einheitliche Gestaltung des Straßenbildes.

§ 3. Sofern die bauliche Entwicklung es erfordert, sollen die Bauordnungen für die Ausführung der Wohngebäude, besonders hinsichtlich der Standfestigkeit und der Feuersicherheit, unterschiedliche Vorschriften geben, je nachdem sich diese auf Gebäude größeren und geringeren Umfanges beziehen. Geben Bauordnungen für größere Bezirke gleichzeitig Bestimmungen für größere und kleinere Gemeinden, so sollen sie hinsichtlich der Höhe der Gebäude und der Geschoszahl unterschiedliche Bestimmungen treffen, welche die besonderen Verhältnisse der Gemeinden berücksichtigen.

§ 4. Sofern die Verhältnisse es erfordern, sollen durch Polizei-Verordnungen für die Herstellung und Unterhaltung der Ortsstraßen abgestufte Vorschriften je nach deren Bestimmung (Haupt-Verkehrsstraßen, Neben-Verkehrsstraßen, Wohnstraßen, Wohnwege usw.) gegeben werden. —

Entlohnung technischer Hilfskräfte in Kriegszeiten. Aus unserem Leserkreise erhielten wir Zuschriften, die auf nicht zu billige Versuche hinweisen, technische Hilfskräfte zum Teil unter ausdrücklichem Hinweis auf die Kriegszeit unter geringeren Bedingungen zu erhalten, als sie in normalen Zeitläufen gewährt werden würden. So wurde im Anzeigenteil unserer Zeitung ein junger Bautechniker mit Baugewerkschulbildung für ein Stadtbauamt gegen 90 M. Monatsgehalt gesucht. Im Interesse

der deutschen Technikerschaft werden wir gebeten, darauf hinzuweisen, daß es nicht dem Ansehen des Faches entspreche, wenn ein Stadtbauamt einen Techniker, der die Baugewerkschule besucht habe, gegen 90 M. Monatsgehalt einstellen wolle. Ein Handlanger, der nichts gelernt habe, verdiene unter Umständen mehr als 5 M. im Tag, und einem Techniker, der etwas gelernt und auch Verantwortung habe, biete man einen erheblich geringeren Betrag. In einem anderen Fall wird uns ein Ausschnitt aus einer Altonaer Zeitung übersendet. In diesem wird eine Anzeige besprochen, die folgenden Wortlaut hat: „Tüchtiger, gänzlich militärfreier Architekt sofort für das Baupflegeramt Altona gesucht. Angeb. mit Lebenslauf, selbstgefertigten Skizzen und Angabe der Honoraransprüche (der Kriegszeit entsprechend) an den Unterzeichneten, Rathaus. Unterschrift, Reg.-Bmstr.“ Der Besprecher dieser Anzeige in der betr. Altonaer Zeitung ist mit Recht sehr ungehalten über die in der Anzeige gestellte Zumutung und fragt zutreffend: „Wird nicht die Leistung bezahlt? Bekommen auch die sonstigen Beamten und Angestellten der Stadt nur noch der Kriegszeit entsprechende Gehälter?“

Einem privaten Angehörigen unseres Faches würde man es nicht verdenken können, wenn er Hilfskräfte zu niedrigeren als den sonst üblichen Bedingungen in Zeiten zu erlangen sucht, in denen ihm selbst die Mittel nur spärlich zufließen. Eine städtische Behörde aber, die sich auf gesicherte Steuerquellen stützen kann, sollte nicht die schweren Kriegszeiten, in denen Teuerung die Mittel des Einzelnen empfindlich beschneidet, zu Zumutungen der gedachten Art benutzen. —

Wiederaufbau in Belgien. Ein Leser der „Deutschen Bauzeitung“ nimmt Bezug auf die entsprechenden Ausführungen in No. 17 unserer Zeitung und teilt mit, daß auch ihm durch Bekannte und Verwandte in Belgien von ernstlichen Anstrengungen der englischen Gartenstadt-Gesellschaften berichtet wurde, den Wiederaufbau der vielen beschädigten Städte und Ortschaften in Belgien diesen Gesellschaften in die Hand zu spielen. Er fragt: Haben wir in Deutschland keinen zentralen Zusammenschluß der vielen Gartenstadt-Gesellschaften, der sich dieser wichtigen Frage annehmen und hier fördernd eingreifen könnte? Deutsches Organisationstalent und die besten Kenntnisse der deutschen Fachgenossen bürgten dafür, daß bald nach Beendigung des Weltkrieges Belgien in neuer und schöner Form wieder erstehe. Dazu sei baldiger Beginn der Vorarbeiten nötig, um unter dem Schutz der deutschen Zivil-Verwaltung zeitig mit guten Unterlagen auf dem Plan erscheinen zu können. Mitarbeiter für dieses dankbare Arbeitsgebiet seien in genügender Zahl vorhanden. —

Wettbewerbe.

Zum Wettbewerb zur Erlangung eines Entwurfes eines Grabdenkmales für Oberbürgermeister Martin in Mannheim waren 63 Arbeiten eingereicht worden. Davon kamen 14 in die engere Wahl. Die beiden ersten Preise von 500 und 300 M. wurden den Entwürfen „Euterpe“ und „Melpomene“ von Richard Waldschütz, der III. Preis dem Entwurf „März“. Verf.: Arch. Ernst Plattner, zuerkannt. Zum Ankauf empfohlen wurden die Entwürfe „Mannheim“, Verf.: Bildhauer Friedr. Kurz, und „Platz“, Verf.: Arch. Adam Ballenstedt und Bildhauer Joseph Walz. —

Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Bebauung eines Geländes beim Bahnhof in Zürich, den wir bereits S. 119 ankündigten, ist zum 31. August 1915 erloschen. Unterlagen gegen 30 Fr. durch das Tiefbauamt der Stadt Zürich. —

Inhalt: Das Bootshaus der Berliner Rudergesellschaft „Undine“ in Grünau. — Friedrich Ostendorf †. — Die Weltausstellung in San Francisco. — Tote. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Hierzu eine Bildbeilage: Das Bootshaus der Berliner Rudergesellschaft „Undine“ in Grünau.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

BEILAGE 5 ZUR DEUTSCHEN BAUZEITUNG

XLIX. JAHRGANG. ZU NO 18 VOM 3. MAERZ 1915.

Insertionspreis in dieser Beilage die 60 mm breite Petitzeile oder deren Raum erste Seite 60 Pfg., die anderen Seiten 50 Pfg.

Technische Mitteilungen.

Radiatoren - Kalender 1915 der Buderus'schen Eisenwerke in Wetzlar. Wir haben bei Gelegenheit der Besprechung des vorjährigen Kalenders bereits darauf hingewiesen, daß derselbe außer Angaben über die sogen. Lollar-Erzeugnisse der Buderus-Werke, als da sind Lollar-Kessel, -Formstücke und -Radiatoren, ihre Ausbildung, Zusammensetzung, Bedienung und Leistung, einen größeren Abschnitt besitzt, der für den Heiztechniker wertvolle allgemeine Angaben und Tabellen enthält. Der Charakter des gut ausgestatteten Kalenders ist im übrigen derselbe geblieben.

Bezüglich der von der Firma hergestellten Kesselformen ist zu erwähnen, daß bei den Kleinkesseln für Warmwasserheizung zylindrischer Form, Serie L WK, zwischen die Kesselgrößen von 0,6 und 1,1 qm Heizfläche noch eine solche von 0,8 qm eingeschoben worden ist, nach der sich ein Bedürfnis heraus gestellt hat. Die größte Form dieser Kessel besitzt 2,6 qm Heizfläche. Bei den aus einzelnen Gliedern zusammen gesetzten Normalkesseln rechteckiger Form ist anstelle der bisherigen kleinsten Serie LWO der Warmwasserkessel eine Neuausführung getreten, da nach Angabe der Firma mit der bisherigen Form wegen ihres geringen Brennstoff-Inhaltes ein wünschenswerter Dauerbrand über Nacht nicht immer zu erreichen war. Das neue Modell wird in 7 verschiedenen Größen von 3,5—8,3 qm Heizfläche auf den Markt gebracht. Sie stehen zwischen den Klein- und Großkesseln. Auch letztere zeigen einige kleine Verbesserungen in ihren neueren Formen. Dasselbe gilt von den erst neuerdings eingeführten Lollar-Braunkohlen-Brikettkesseln. Zu der bisherigen Form, Serie L WV, in 11 Größen von 5,4—18,4 qm, sind jetzt noch Mittelkessel in Größen von 9,25—25 und Großkessel mit 16—38,5 qm Heizfläche neu hinzugefügt. Ihre Durchbildung entspricht der bisherigen kleineren Form. —

Personal-Nachrichten.

Deutsches Reich. Versetzt sind: der Brt. Schwetge in Hagenau als Vorst. zum Mil.-Bauamt Braunschweig, die Reg.-Bmstr. Gerhardt in Heuberg als Vorst. zum Mil.-Bauamt Hagenau und Spieß in Saarlouis als techn. Hilfsarb. zur Int. der milit. Inst. in Berlin.

Baden. Der Ob.-Bauinspektor Gamer in Achern ist auf sein Ansuchen zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand versetzt.

Der Ob.-Brt. Eberhard Hübsch in Freiburg i. Brg. ist gestorben.

Bayern. Dem Reg.-Rat Valentin Koch beim Staatsmin. für Verkehrsangelegenheiten ist die IV. Kl. mit Schwertern des Mil.-Verdienst-Ordens, dem Reg.-Rat Hugo v. Müller bei der Eisenb.-Dir. Nürnberg die IV. Kl. mit der Krone des Mil.-Verdienst-Ordens für Kriegsverdienst, dem Reg.- u. Bauass. Karl Fuchs und dem Reg.-Bmstr. Eug. Zehrer der Straßenbauabt. 6 beim II. Armeekorps, dem Reg.-Bmstr. Rob. Meyer, Arch. der Dortmunder Union die IV. Kl. desselben Ordens verliehen.

Hessen. Den Stud. der Techn. Hochschule Darmstadt: Bußmann aus Berlin, Gg. Helfenbein aus Lauterbach, Karl Köbler aus Neustadt i. O. und Otto Müller aus Lechène bei Lorry ist die hessische Tapferkeits-Medaille verliehen.

Der Geh. Brt. Dr. Karl Eser in Bad Nauheim ist gestorben.

Preußen. Versetzt sind: der Reg.-Bmstr. Winkler in Karthaus i. Westpr. als Vorst. des Hochbauamtes II nach Hannover; die

Cementbau-Aktiengesellschaft HANNOVER

Zweiggeschäfte: Berlin, Cassel, Köln, Hagen i. W., Königsberg, Magdeburg

Beton- u. Eisenbetonbau

Speicher — Silos — Fundierungen — Brücken — Wasserbehälter

Hoch- und Tiefbauten = Komplette Gebäude-Anlagen für die Industrie (81)

GEBR. WICHMANN SPECIALGESCHÄFT FÜR BERLIN, N.W.6. KARL-STR.13. ZEICHENBEDARF.

August Wolfsholz Preßzementbau Akt.-Ges.

Preßbetonpfähle

gewähren durch die Art ihrer Herstellung größte Sicherheit

Berlin W9
Linkstraße 38

Wien II
Taborstraße 29



Blitzableiter-Anlagen

Eiserne Fahnenstangen
Xaver Kirchhoff
Friedenau-Berlin W. Feurigstr. 4.
Tel. Pfz. 2145.

Johann Odorico

Frankfurt a. M. Dresden Leipzig

Unternehmung für

Eisenbeton- und Stampfbeton-Bauten

Mosaik-Terrazzoböden.

Statische Berechnungen, Kosten-Anschläge ev. gratis und franko.

BETON UND EISENBETON

HOCH- u. TIEFBAU [237]

BRÜCKENBAUTEN * KANALISATIONEN

ZEMENTWARENFABRIKEN

GEGRÜNDET
1870

HÜSER u. CIE.
OBERCASSEL-SIEGKREIS.

GEGRÜNDET
1870

Reg.-Bmstr. Mühle in Lesum nach Lehe und Leyn in Tilsit nach Marburg, Gaye in Greifenhagen nach Hanau und Edner in Köpenick nach Dorsten.

Den Reg.-Bmstr. Schnitzer in Oppeln, Kühle in Neusalz a. O. (beide bei der Oderstrom-Bauverw.) und Möring in Plön sind etatm. Stellen verliehen.

Dem Reg.-Bmstr. Ludw. Storck in Höchst a. M. ist die nachges. Entlass. aus dem Staatsdienst erteilt.

Der Reg.-Bfhr. Gottfr. Müller (Hochbfch.) hat die Staatsprüf. bestanden.

Sachsen. Dem Dipl.-Ing. E. Bormann, Dir. des Technikums Riesa, ist die II. Kl. mit Schwertern des Ritterkreuzes des Albrechts-Ordens verliehen.

Württemberg. Verliehen ist: dem Dipl.-Ing. Alfred Mößner in Stuttgart die Goldene Mil.-Verdienstmedaille; dem Stadtbauinsp. Erwin Link, den Reg.-Bmstrn. Herb. Baelz und Friedr. Mößner, dem Masch.-Insp. Stückerle an der Techn. Hochschule in Stuttgart und dem Verm.-Insp. Emil Hagenmeyer in Stuttgart das Ritterkreuz II. Kl. mit Schwertern des Friedrichs-Ordens.

Der Eisenb.-Bauinsp. Zaiser in Böblingen ist auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt.

Baumaterialien.

Die Preise für Ziegelsteine, Zement und Gips in der ersten Hälfte des Monats Februar 1915 im Verkehr zwischen Steinhändlern und Konsumenten bei größerem Baubedarf sind von der bei den Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin bestehenden ständigen Deputation für Ziegelindustrie und Ziegelsteinhandel wie folgt ermittelt worden:

	für Tausend	
für Hintermauerungssteine		
I. Klasse ab Platz	M. 20	— 23
desgl. Bahnsteine	21	— 23,50
(Hintermauerungssteine II. Kl. sind 1 M. billiger)		
Hintermauerungsklinker		
I. Klasse	24	— 27
Brettsteine von der Oder	26	— 30
Hartbrandsteine vom Freienwalder Kanal und von der Oder	26,50	— 30
Klinker	25	— 36
Birkenwerder Klinker	35	— 66
Rathenow-Handstrichsteine	38	— 48
desgl. zu Rohbauten	41	— 48
desgl. Maschinensteine Ia		
Verblender	48	— 52
desgl. Maschinensteine II	44	— 48
desgl. Dachsteine	30	— 36
poröse Vollsteine	27,50	— 33
desgl. Lochsteine	24	— 30,50
Chamottesteine	80	— 160
Lausitzer gelbe Verblender	46	— 75
Berliner Kalksandsteine	17,50	— 19,50
Zement für 170 kg netto	5,80	— 7,50
Stern-Zement f. 170 kg netto	7,30	— 8,30
Putz-Gips f. 1 Sack = 75 kg		
frei Bau einschließl. Sack	1,90	— 1,95
Stuck-Gips f. 1 Sack = 75 kg		
frei Bau desgl.	2	— 2,10

Die Preise verstehen sich für Wasserbezug in Ladungen frei Kahn ausschließlich Ufergeld; für Bahnbezug frei Waggon, Eingangsbahnhof; ab Platz erhöhen sich die Preise um M. 0,50—1,0 für Taus. für Wasserbezug.

Brief- und Fragekasten.

Hrn. Reg.-Bmstr. H. B. in Schöneberg. (Wiederbeseitigung einer Badewanne im Miethause.) Es macht einen großen Unterschied, wer die Badewanne in ein Haus einbaut, ob sie ein Bauhandwerker im Auftrag des Hauseigentümers einbaut, oder ein Mieter auf Grund seines Mietrechtes. Wird die Badewanne von dem Hauseigentümer eingebaut, so kommt § 94 Abs. 2 des B.G.B. in Betracht: „Zu den wesentlichsten Bestandteilen eines Gebäudes gehören die zur Herstellung des Gebäudes eingefügten Sachen.“ Baut der Mieter auf Grund seines Mietrechtes eine neue Badewanne ein, um sie nach Ablauf der Mietzeit mitzunehmen und die alte Badewanne wieder an die Stelle zu setzen, so kommt die Ausnahme des § 95 B.G.B. in Betracht: „Zu den Bestandteilen eines Grundstückes gehören solche Sachen nicht, die nur zu einem vorübergehenden Zweck mit dem Grund und Boden verbunden sind. Das Gleiche gilt von einem Gebäude oder anderen Werke, das in Ausübung eines Rechtes an einem fremden Grundstück von dem Berechtigten mit dem Grundstück verbunden worden ist. Sachen, die nur zu einem vorübergehenden Zweck in ein Gebäude eingefügt sind, gehören nicht zu den Bestandteilen des Gebäudes.“ Ob also eine Badewanne Bestandteil oder wesentlicher Bestandteil eines Gebäudes oder eines Grundstückes ist, läßt sich nicht allgemein entscheiden. — Dr. P. A.-K.

eingetragene



Handelsmarke

Kieselguhr-Infusorienerde

Bestes Isoliermittel geg. Hitze, Kälte und Schall für Wohnhäuser usw.

G. W. Reye & Söhne, Hamburg

Broschüre gratis. (420)

Kunst-Sandstein Porphyr - Granit

von unübertroffener Güte

nach Zeichnung oder reichlich vorhandenen Modellen

Cementröhren

Brunnenringe, Senkkästen, Treppenanlagen, Essenkränze, Heizkanäle, Schwemmrinnen, Hydraulisch gepresste Terrazzo- und Fußsteigplatten. 1:1

Hydrosandsteinwerk Schulze & Co., Leipzig.

Korksteinplatten

Marke „Expansit“ D. R. P.

Vorzügliches Isolier-Baumaterial für Baracken- und Wohnhausbau, sowie für Kühl- u. Gefrier-Anlagen.

Grünzweig & Hartmann G. m. b. H.

Korksteinfabrik

Ludwigshafen am Rhein

Wetterfeste Facaden-Farben

empfehl. u. fabrizieren seit 25 Jahren als

Spezialität

Kleine & Flume, Bonn a. Rh. 12

Beste Referenzen. (2681)

Musteraufstriche von 22 hübschen Steintönen und Prospekte gratis und franko.

Das praktischste und dabei billigste Hand- und Hilfsbuch für jeden Baufachmann (Hoch-, Tief- u. Betonbau) ist der

Deutsche Baukalender

48. Jahrgang **1915** 48. Jahrgang

Drei Teile:

TEIL I: Taschenbuch

TEIL II: Nachschlagebuch

TEIL III: Skizzenbuch

AUSGABE A: TEIL I in dunklem Einband, TEIL II und III broschiert Mark 3,50

AUSGABE B: TEIL I in rotbraunem Einband mit Verschuß, TEIL II u. III brosch. Mark 4,00

Ausführliches Inhaltsverzeichnis siehe in Nr. 89 dieser Zeitung. — Bestellungen nimmt jede Buchhandlung, bei Einsendung des Betrages (nach dem Ausland unter Beifügung von 50 Pf. Mehrporto) auch der Verlag entgegen

Verlag der Deutschen Bauzeitung G. m. b. H., Berlin SW. 11.

Hrn. Arch. E. D. in D. Wie Sie selbst sagen, steht in Ihrer Angelegenheit Aussage gegen Aussage. Wenn es nun nicht Ihnen oder Ihrem Gegner gelingt, zur Erhärtung der betr. Aussage einwandfreie Zeugen vorzuführen, so wird es höchstwahrscheinlich auf einen Eid ankommen und es wird Derjenige siegen, der den Eid zugunsten seiner Aussage zu leisten vermag. Das Gericht bestimmt Denjenigen, der den Eid zu leisten haben wird. Bei dieser Sachlage kann Ihnen keine Maßnahme „mit Sicherheit auf Erfolg“ angeraten werden. Alles wird auf den Gang des Prozesses ankommen, zu dessen Durchführung Sie die Hilfe eines Anwaltes nicht werden entbehren können. Daß Sie nicht selbständiger Architekt, sondern bei einer Behörde angestellt sind, hat auf die sachliche Beurteilung Ihrer Leistung keinen Einfluß. —

Hrn. Arch. Chr. E. in S. (Schutz gegen Schlagregen.) Wenn Farbe und die Struktur der aus grauen Steinen gemauerten und verfügt Mauer nicht beeinträchtigt werden sollen, dann gibt es kein Mittel, das irgend eine Dauer verspricht, den die Mauer durchdringenden Schlagregen abzuhalten. Sie könnten allenfalls auf der Innenseite der Mauer durch vorgeblendete Kosmostafeln und isolierende Materialien ähnlicher Konstruktion, die Sie aus unserem Anzeigenteil entnehmen wollen, oder auch durch Mörtelarten von besonderer Zusammensetzung, über die wir im Laufe der letzten Jahre in unserer technischen Beilage wiederholt berichtet haben, trockene Flächen erzielen, aber nicht verhindern, daß die Mauer in ihrer ganzen Stärke naß bliebe. Wollen Sie den Mauerkörper dauernd trocken erhalten, dann bleibt Ihnen nur übrig, den Schlagregen von außen abzuhalten. Und das kann nur durch eine Bekleidung geschehen, die das Aussehen der Häuser ändert. Diese Bekleidung kann bestehen in einem sorgfältigen Verputz mit viermaligem Oel-Anstrich nach völliger Austrocknung, in einer Verkleidung mit Schindeln, Schiefer, Tonziegeln und ähnlichen Materialien. Es empfiehlt sich stets, schon beim Entwurf eines frei stehenden Hauses zugunsten des Aussehens desselben auf die Materialien an der Wetterseite Rücksicht zu nehmen, die geeignet sind, den Schlagregen abzuhalten. —

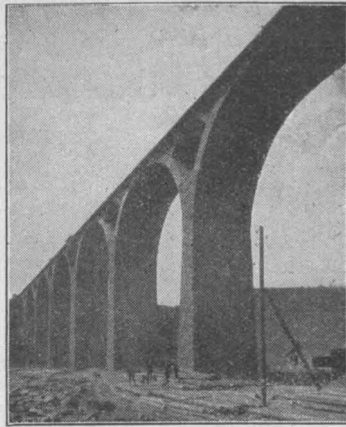
Hrn. Arch. H. in Wien. (Dienstvertrag oder Werkvertrag.) Wenn in dem Dienstvertrag, den der den Entwurf bearbeitende und bauleitende Architekt mit dem Bauherrn geschlossen hat, unter Anderem auch vereinbart ist, daß sich der Architekt verpflichtet, für die Einhaltung und Nichtüberschreitung der Kostenanschlagsumme Sorge zu tragen und einzustehen, so ist damit gleichwohl die Natur des Vertrages als eines Dienstvertrages nicht geändert. Gegenstand des Vertrages und der beiderseitigen Leistungen ist nicht der Verbrauch der Bausumme und die Nichtüberschreitung der Bausumme, sondern Gegenstand des Vertrages ist die Leistung der Dienste (Planbearbeitung, Verdingung der Arbeiten, Bauleitung, Abrechnung) auf der einen Seite und Zahlung des Honorars sowie Möglichenmachung der zu leistenden Dienste auf der anderen Seite. Auf Grund dieses Dienstvertrages ist der Architekt verpflichtet, für die Einhaltung der Anschlagssumme Sorge zu tragen. Hat in einem solchen Fall der Bauherr die Ausführung von Arbeiten außer Anschlag verlangt, so kommen diese natürlich bei der Prüfung der Frage, ob der Bauanschlag überschritten ist, nicht in Betracht. Der Bauanschlag ist nur für die veranschlagten Arbeiten, nicht aber für andere Arbeiten maßgebend, und nur auf die veranschlagten Arbeiten bezieht sich die Garantie des Architekten. — Dr. P. A.-K.

Fragebeantwortungen aus dem Leserkreise.

Zu Anfrage 1 in Beilage 3 zu No. 10. (Ursachen der Beschädigung von Wandplatten.) 1. Ohne genauere Untersuchung der Wandplatten, ihrer Mörtelbettung, des Maueruntergrundes der letzteren und der örtlichen Verhältnisse dürfte es nicht leicht fallen, die Entstehungsursache des beschriebenen Mangels zutreffend festzustellen. Immerhin kann aber aus den gekennzeichneten Zerstörungserscheinungen der Wandplatten-glasur gefolgert werden, daß einwandfreie Wandplatten nicht verwendet worden sind, da solche auch bei Mitwirkung unsachgemäßer Aufbringung ähnliche Glasurschäden erst später aufgewiesen hätten. Auch zeigen einwandfreie Wandplatten derartige Mängel ähnlichen Umfanges schon kurze Zeit nach ihrer Verlegung nicht, selbst wenn erhebliche Temperaturschwankungen zur Einwirkung gelangen, da sie in solchen Fällen nur absteigen, locker werden, abfallen und Verfärbungen oder Haarrisse der Glasur aufzuweisen pflegen. Die verwendeten Wandplatten dürften sehr saugfähig und mangelhaft ge-

B. Liebold & Co. A.-G., Holzminden

Bauausführungen



Viadukt im Staubecken der Mühlmetallsperr bei Delecke, Länge 450 m, Höhe 30 m.

in
Beton, Eisenbeton und :: ::
Zement-Bruchsteinmauerwerk

für
Brücken-, Hoch- u. Tiefbauten
jeder Art.

:: Spezialität seit 1873 ::

Brücken, Hallen, Silos und Fabrikbauten aus Eisenbeton. Talsperren, Wasserkraftanlagen, Filter, Wasserbehälter, Stützmauern, Deckenkonstruktionen, Kanalisationen. Röhren-, Platten- und Kunststein-Fabrik. Eisenbeton-Rammpfähle.

(810 D)

„Kleopatra“ . Atelier für Kunst. Technische Reproduktions-Anstalt.
Berlin W. 57, Großgörschenstr. 38. Tel. Lützow 3182

Prämiert mit Silb. Medaille: Int. Baufach-Ausstellung Leipzig 1913.

Maßstäbliche Umarbeitung von Zeichnungen jeder Art,
desgl. Vergrößerungen nach Photographien.

(Zeichenpapier 1 qm M. 8,00, Pauspapier 1 qm M. 15,00, unter 1/2 qm nach Preisliste.)

Die Anstalt bleibt auch während der Kriegszeit im vollen Umfang geöffnet.



BOGDAN GISEVIUS, BERLIN W. 57

Lithographische Anstalt und Steindruckerei

für Architektur, Kartographie und Ingenieurwesen.

Verkleinerungen. Vergrößerungen. Kolorieranstalt.

D. R. P. GISA-DRUCK D. R. P.

Schönste und billigste Vervielfältigung schwarzer Strichzeichnungen.

Ersatz für Lichtpauze, Autographie und Photolithographie.

Sämtliche lithographischen Techniken in höchster

Vollkommenheit.

Beschreibung und Probedrucke kostenlos.

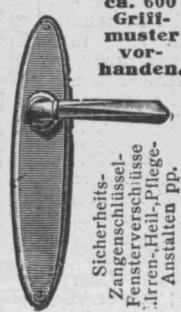
(188)

Gegründet 1876.

Franz Spengler Qualitäts-Baubeschläge
Berlin, Urbanstraße 100. Jeder Art in Eisen u. Bronze.



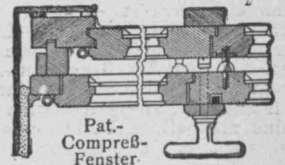
Differential-Pendeltür ist die beste! Ersetzt Drehtür!



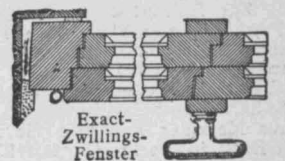
ca. 600 Griffmuster vorhanden.

Sicherheits-Zangenschlüssel-Fensterverschlüsse. -Ironen-Hell-Pflege-Anstalten pp.

Sachliche Offerten u. Prospekte gratis. Gr. Katalog zur Ansicht.



Pat.-Compreß-Fenster.



Exact-Zwillings-Fenster

Muster werden in Deutschland kostenfrei vorgehalten, für das Ausland zwar berechnet, aber eventuell zurückgenommen.

Joh. Funk, Marmor-Werke

Nürnberg



Marmor-

Säge-, Schleif-, Fräs- und Polierwerke.
Bauarbeiten jeden Umfanges.

brannt und insofern unsachgemäß aufgebracht worden sein, als die erforderliche Vorbehandlung des Maueruntergrundes und der Wandplatten, wie auch die Beschaffenheit der Mörtelbettung der mangelhaften Beschaffenheit der Wandplatten in nicht genügendem Umfange angepaßt worden sind. Denn wenn der Maueruntergrund verschiedene Salze ausschleudert, oder wenn zur Mörtelbettung reiner Zementmörtel verwendet worden ist, können diese Mängel an vorbeschriebenen Wandplatten schon an und für sich sehr erhebliche Glasurschäden verursachen. Und schließlich wäre noch zu berücksichtigen, ob der Einheitspreis der Platten nicht so gering bemessen war, daß er die Verwendung guter Wandplatten vorweg ausschloß? — B. H.

2. Die Risse an der Oberfläche von glasierten Wandplatten beruhen im Allg. auf der Verschiedenheit des Scherbens und der darüber aufgetragenen Glasurmasse gegen Einflüsse der Temperatúrausdehnung; mit derartigen Haarrissen ist bei vielerlei, an sich sonst guten glasierten Platten mit Steingut-Scherben, u. a. auch Majolika-Platten zu rechnen. Jedoch gibt es auch haarrissfreie Platten mit farbiger Glasur, aber von wesentlich höherem Preis und auch von kleineren Abmessungen. Im vorliegenden Fall sind jedoch keine haarrissfreien Platten in Auftrag gegeben. In diesem Fall ist entsprechend dem Merkblatt des früheren Verbandes deutscher Wandplatten-Fabrikanten die sonstige Güte des Materials zu beurteilen. Der Unternehmer braucht demgemäß nur eine gute Ausführung zu beobachten; die Platten brauchten demnach bloß fest in der Glasur und haltbar verlegt zu sein. Sonstige Risse würden als Folge von Mängeln in der Glasurmasse selbst usw. gelten. — Reg.-Bmstr. K. in C.

3. Der Fragebeantworter beurteilt die Platten genau wie in Antwort 1 und fährt dann fort: Eine einwandfreie Wandbekleidungs-Tonplatte der bekannten Spezialfirmen trägt jedes Maß von Feuchtigkeit. Der Unternehmer, der die Wandbekleidungen geliefert hat, muß innerhalb 5 Jahren noch Ersatz leisten, wenn nicht Anderes vereinbart ist. Es muß natürlich Vorsorge getroffen werden, daß besseres Material verwendet wird, damit nicht nach kurzer Zeit der gerügte Mangel sich wiederum zeigt. Platten, welche bald starke und noch dazu meist ringförmige Risse aufweisen, sind keinesfalls als „gut“ zu bezeichnen und vermutlich schlecht gebrannt. Ing. B.

4. Nach meinen Erfahrungen dürfte der beschriebene Uebelstand wohl ausschließlich dem mangelhaften Material der Platten zuzuschreiben sein. Es fehlt diesen anscheinend der erforderliche innige Zusammenhang der Glasur mit dem Untermaterial. Bei Verkleidung von Wänden mit Wandplatten empfehle ich stets — um beregten Möglichkeiten vorzubeugen — die Anschaffung nur erstklassigen Materials sowie die Bestellung vorzüglicher Arbeitsausführung. Nach meinem Dafürhalten ist der Unternehmer verpflichtet, die rissigen Platten entfernen und eine mangellose Verkleidung herstellen zu lassen, falls die Abnahme nicht schon ohne Ausstellungen erfolgt ist. — J. K.

Zur Anfrage 2 in Beilage 3 zu No. 10. (Pißstände in Steinzeug.) Derartige muldenförmige „Stand-Harnanlagen“ für Wandanordnung und freistehend mit Spritzrand (Größe 125 × 63—75 cm) nebst zugehörigen Abflüssen liefert in sauberster Ausführung aus Merziger Feuertönen die Firma Villeroy & Boch in Berlin-Lichterfelde; sie erzeugt auch „Stand-Harnbecken“, die sehr praktisch sind und einen guten Eindruck machen (Größe 110/46 cm). — B. in H.

Anfragen an den Leserkreis.

1. Die kgl. Gew.-Inspektion verlangt beim Bau einer Kesselschmiede, die aus 2 Hallen von je 17 m Spannweite und 160 m Länge bestehen soll, Vorkehrungen, die verhindern, daß die entstehenden starken Geräusche vom Bleche Richten und Nieten durch das Dach und die Oberlichter, sowie die seitlichen Fenster nach außen übertragen würden. Die rd. 15 m hohen Hallen werden mit Falzziegeln gedeckt. Die Ausführung von inneren Holzverschalungen würde Sparrenhohlräume schaffen, die als Resonanzböden wirken und den Schall vielleicht noch verstärken.

Wer hat Erfahrung in derartigen Schallsicherungen? Wo sind solche vorgenommen? Was für Konstruktionen sind angewendet? — Arch. B. in Ch.

2. Ist es möglich, die Eisenteile der Stände eines Rennstalles weiß zu streichen und zu lackieren, ohne daß die Farbe durch die Stallluft abbräunt? Welche Farbmaterialien wären hierzu zu empfehlen? Arch. L. in B.

3. Wo sind Lokomotivschuppen in Eisenbeton ausgeführt, und welche Erfahrungen hat man mit dieser Ausführung gemacht? Adressen erbitten. — H. & B. in F.

RUD. WOLLE

Telegramm: LEIPZIG Fernsprecher: Leipzig Nr. 3326, 13741, 19286
Zementbau Wolle, Leipzig

Preisgekrönt:



Leipzig 1897



Dresden 1903

Beton- und Eisenbetonbau

Geschäfts- u. Lagerhäuser · Industriebauten · Öffentliche Gebäude · Brückenbauten · Wehre · Turbinen-Einbauten · Pflughandlungen · Asbeston · Eisenbahn · Schwellen
:: Saxonia-Eisenbetonmast ::

Preisgekrönt:



Dresden 1911



Leipzig 1913

Gegründet 1873

Carl Hauer

Gegründet 1873

Königlicher Hoflieferant

Ausführung von Bildhauer-, Modell-, Antrage-, Stuck-, Kunstmarmor-, Stuckolustro-, Steinstuck-, Rabitzarbeiten und äußeren Baudekorationen aller Art.

BERLIN

Dennewitzstr. Nr. 32. Amt Lützow, 4936.

(202)

DRESDEN

Seilergasse Nr. 14. Amt I, 1249.

Wasserfest imprägnierte Algostat-Sorkplatten

garantiert geruchlos

Spez. Gewicht 0 22

A. Haacke & Co. Celle, Provinz Hannover

Eigene Kontore: Düsseldorf, Berlin, Hamburg, Breslau, Stuttgart, Halle/Saale, Rotterdam

Bode's Geldschrankfabrik, Hannover



Zusammenschiebbare Stahlgitter

den geringsten Raum beanspruchend, leicht zu handhaben. — Als Ersatz für schwere Flügeltüren bei Einfahrten, Torwegen etc., sowie als diebstahlsichere Verschlüsse für Türen und Fenster in Banken, Kassen und anderen Geschäftsräumen.

Ausführung auch in Messing und Duranmetall.

Montage kann leicht durch uns oder jeden Schlossermeister ausgeführt werden, da sämtliche Teile mitgeliefert werden. (63)

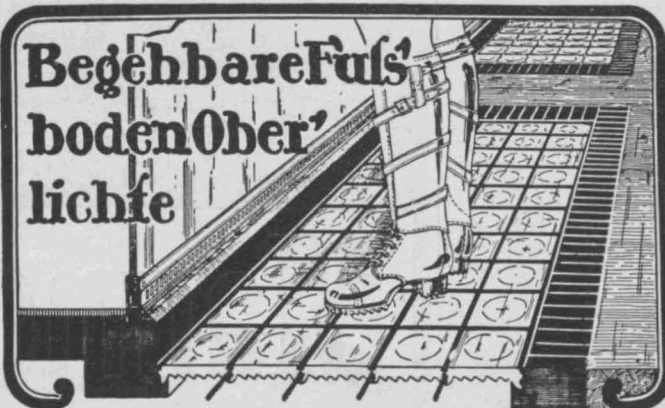
Projekte für Stahlkammeranlagen modernster Konstruktion gratis und franko. Feinste Referenzen.

Schmiedeeiserne Fenster

Fensterwerk

R. Zimmermann, Bautzen.

Begehbarer Fußbodenoberlichte



(548 II) liefert als Spezialität die Bauanstalt für Glas-konstruktionen von

E. H. Ulrich Berlin NW. 87

Kaiserin Augusta-Allee 3

Telephon: Amt Moabit 1806

BEILAGE 6 ZUR DEUTSCHEN BAUZEITUNG

XLIX. JAHRGANG. ZU NO 22 VOM 17. MAERZ 1915.

Insertionspreis in dieser Beilage die 60 mm breite Petitzelle oder deren Raum erste Seite 60 Pfg., die anderen Seiten 50 Pfg.

Technische Mitteilungen.

Verfahren zum Aufbau von mörtel-losen Plattenwänden an einem hölzernen Gerippe. D. R. P. 283 238 für Gesellschaft für fabrikmäßige Herstellung von Landhäusern R. Roesse & Co. in Berlin.

Gegenüber bekannten Verfahren, Wände aus einem Gerippe aus Holz, Eisen oder Eisenbeton mit daran befestigten fertigen Platten herzustellen, will die neue Anordnung dadurch Vorteile erzielen, daß die Platten in einfacher Weise auf maschinellern Wege hergestellt werden können und nicht unmittelbar an dem Traggerüst befestigt werden, wodurch größere Unabhängigkeit in der Plattenteilung erzielt und nachteilige Einflüsse der Bewegung des Gerüsts auf die Platten vermieden werden. Abb. 1 zeigt die Form der Kunststeinplatten und ihre

Abbildung 1.

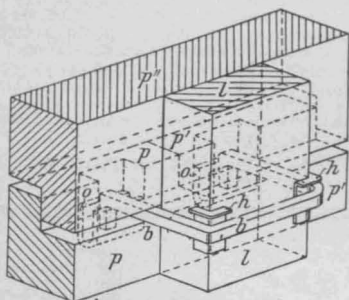
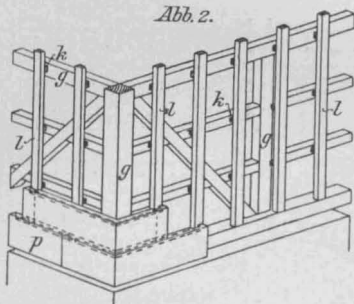


Abb. 2.



Befestigung an einem Pfosten des Gerippes. Die Versetzung der Platten erfolgt auf trockenem Wege, und zur Befestigung sind weder Mörtel noch Nägel, Schrauben oder Bolzen erforderlich. Abbildung 2 zeigt den Wandaufbau an einer Ecke. Wie hieraus ersichtlich, sind auf einem gewöhnlichen Gerippe g Klötzchen k angeordnet, an denen Latten l lotrecht befestigt werden. Die Verkleidungsplatten p, p', p'' sind überfalzt und haben an ihren Oberkanten etwas von den Enden entfernt rinnenförmige, in Aussparungen sitzende Oesen o . Bügel b umgreifen die Latten l und fassen mit ihren zu Haken umgebogenen Enden immer in die Oesen zweier Verkleidungsplatten. Die Platten werden in den aufeinander folgenden Schichten in bekannter Weise gegen einander versetzt, sodaß je zwei an einer Latte angeschlossene Platten von einer Platte der darüber liegenden Schicht überdeckt und festgehalten werden. Die Bügelbefestigung ist nur an den oberen Kanten der Verkleidungsplatten angeordnet, während die unteren Kanten durch die Ueberfalzung festgehalten werden. Zum Schutz der Latten l gegen den Druck des Bügels b sind an den Latten-Ecken Schutzbleche h angeordnet. — G.

GEHR. WICHMANN
BERLIN, N.W. 6. Karl-Str. 13.

Zeichenpapiere, =
Pauspapiere,
Lichtpaspapiere
sowie sämtliche
ZEICHENMATERIALIEN.
KATALOG FREI!

Johann Odorico
Frankfurt a. M. Dresden Leipzig

Unternehmung für
Eisenbeton- und Stampfbeton-Bauten
Mosaik-Terrazzoböden.
Statische Berechnungen, Kosten-Anschläge ev. gratis und franko.

Korksteinplatten
Marke „Expansit“ D. R. P.

Vorzügliches Isolier-Baumaterial
für Baracken- und Wohnhausbau,
sowie für Kühl- u. Gefrier-Anlagen.

Grünzweig & Hartmann G. m. b. H.
Korksteinfabrik
Ludwigshafen am Rhein

eingetragene
Kieselguhr-Infusorienerde
Bestes Isoliermittel geg. Hitze, Kälte und Schall für Wohnhäuser usw.
G. W. Reye & Söhne, Hamburg
Broschüre gratis (420)

Präzisions-Reißzeuge
GRAND PRIX:
Paris, St. Louis, Lüttich, Brüssel, Turin.

Clemens Riefler Nesselwang und München, Bayern.
(Die echten Rieflerzirkel tragen am Kopf den Namen „RIEFLER.“)

August Wolfsholz
Preßzementbau Akt.-Ges.

Preßbetonpfähle
gewähren durch die Art ihrer Herstellung größte Sicherheit

Berlin W9 **Wien II**
Linkstraße 38 Taborstraße 29

BETON UND EISENBETON [237]

HOCH- u. TIEFBAU
BRÜCKENBAUTEN * KANALISATIONEN
ZEMENTWARENFABRIKEN

HÜSER u. Cie.
OBERCASSEL-SIEGKREIS.

GEGRÜNDET 1870 GEGRÜNDET 1870

Personal-Nachrichten.

Deutsches Reich. Der Bmstr. Gramberg ist zum Mar.-Schiffbmstr. ernannt.

Den Reg.-Bmstrn. Schwanbeck und Hirschberger, Vorst. der Mil.-Bauämter Glewitz und Spandau II, ist der Char. als Brt. mit dem persönl. Rang der Räte IV. Kl. verliehen.

Versetzt sind: der Brt. Schulz in Wittenberg zur stellvertr. Int. des IV. Armee-korps nach Magdeburg und mit Wahrnehmung einer Int.-u. Brts.-Stelle beauftragt, der Reg.-Bmstr. Groß in Biebrich als Vorst. zum Mil.-Bauamt in Wittenberg.

Die Reg.-Bmstr. Hüfner in Marburg a. L. und Göldner in Danzig sind gestorben.

Baden. Dem Ing. Schlegel aus Konstanz ist das Ritterkreuz II. Kl. mit Schwertern des Ordens vom Zähringer Löwen verliehen.

Bayern. Dem Ob.-Postassessor Zerzog in Nürnberg ist die IV. Kl. mit Krone und Schwertern des Mil.-Verdienst-Ordens und dem Baumtass. Meißner (†) in Traunstein die IV. Kl. mit Schwertern desselben Ordens verliehen.

Der Hofbtr. a. D. Theodor Stettner in München ist gestorben.

Hessen. Dem Reg.-Bfhr. Bernh. Hilsdorf bei der Eisenb.-Dir. in Mainz und dem Dipl.-Ing. Gotthilf Bodenhöfer (†) ist die hess. Tapferkeits-Medaille verliehen.

Preußen. Verliehen ist: dem Mag.-Brt. a. D. Ziesemann in Karlshorst der Rote Adler-Orden IV. Kl.; — den Reg.-u. Brtn. Denecke in Trier, Anton Adams in Berlin, Gg. Sommermeier in Erfurt und Millitzer in Merseburg der Char. als Geh. Brt.; — den Reg.-Bmstrn. Friedr. Pohl in Osterode i. Ostrp., Hans Rogge in Kiel-Wik, Walter Raddatz in Ottmachau, Berkenkamp in Düsseldorf, Th. Hardt in Essen, Erich Block in Hannover, Johs. Herrmann in Wilhelmshaven, Rud. Waldheim in Königsberg i. Pr., Ewald Vogel in Arnberg, Herm. Lange in Hoyerswerda, Rich. Landsberg in Osnabrück, Lindstädt in Breslau, Schufenhauer in Wetzlar, Karl Rust in Berlin, Frz. Koepke in Oppeln, dem Wasser-Bau-Insp. Kaufnicht in Koblenz, dem Bauinsp. Wedding in Bleicherode und dem Reg.-Bmstr. a. D., Prof. Dr. ph. Hagelweide in Königsberg i. Pr. der Char. als Brt. mit dem persönl. Rang der Räte IV. Kl.

Die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verlieh. nichtpreuß. Orden ist erteilt und zwar: dem Ob.-u. Geh. Brt. Blunck bei der Eisenb.-Dir. in Königsberg i. Pr. des Offizierkreuzes des kgl. sächs. Albrechts-Ordens, dem Reg.-Bmstr. Heyden in Halle a. S. des Ritterkreuzes I. Kl. desselben Ordens; dem Reg.-u. Brt. Wehde in Berlin des Ritterkreuzes mit der Krone des großherz. mecklenburg. Greifen-Ordens; dem Reg.-u. Brt. Krüger in Erfurt des Ritterkreuzes I. Abt. des großherz. sächs. Hausordens der Wachsamkeit oder vom Weißen Falken und des fürstl. reußischen j. L. Ehrenkreuzes II. Kl.; dem Reg.-u. Brt. Rudow in Magdeburg des Ritterkreuzes I. Kl. des herz. braunschweig. Ordens Heinrichs des Löwen; den Reg.-u. Brtn. Wendt und Meyer in Cassel für die III. Kl. des fürstl. waldeckischen Verdienstkreuzes; dem Reg.-Bmstr. Hahn, Vorst. des Mar.-Garn.-Bauamtes Cuxhaven des Ritterkreuzes des kais. österreich. Franz-Joseph-Ordens; dem Reg.-Bmstr. Domnick in Wittenberge des Ritterkreuzes des Ordens der königl. italienischen Krone und dem Brt. Dorpmüller in Tientsin (China) für die IV. Kl. des chinesischen Chia-ho-Ordens.

Versetzt sind: der Brt. Zillmer in Belgard an die Reg. in Königsberg i. Pr.; die Reg.-Bmstr. Ad. Schmidt in Kreuzburg nach Königsberg, Thorban in Ziesar als Vorst. des Hochbauamtes I nach Stralsund und Eschner in Birnbaum als Vorst. des Hochbauamtes nach Swinemünde, Deiß in Saarbrücken in den Bez. der Eisenb.-Dir. Danzig und Gellhorn (M.) in Siegen desgl. der Dir. Cassel.

Den Reg.-Bmstrn. Drabitus in Belgard und Pattri in Charlottenburg (Min.-Baukomm. in Berlin) sind etatm. Stellen verliehen.

Die Reg.-Bfhr. Jos. Bischof und Otto Rollenhagen (Hochbch.), Herm. Fricke, Benno Fleischmann und Ernst Witt (Eisenb.-u. Straßenbch.) haben die Staatsprüfung bestanden.

Der Geh. Reg.-Rat Prof. Dr.-Ing. Herm. Fischer, früher an der Techn. Hochschule in Hannover, die Geh. Brte. Bens in Halle a. S., Gg. Simon in Hannover und Erich Schmidt in Elberfeld, die Brte. Mundorf bei der Weichselstrombauverw. in Danzig, Frz. Roeder in Diez a. L. und Opfergelt in Lüneburg, der Stadtbauing. Friedr. Koch in Essen und der Arch. Jul. Wendler in Berlin sind gestorben.

Beton- und Eisenbetonbauten Hoch- und Tiefbauten Zementwarenfabriken

Wayss & Freytag A.-G.

Niederlassungen:

(570)

Neustadt a. Hdt., Berlin, Breslau, Bromberg, Danzig, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hamburg, Karlsruhe, Kattowitz, Königsberg, Leipzig, München, Straßburg, Stuttgart, Luxemburg, Wien, Innsbruck, Triest, Sarajewo, Budapest, S. Petersburg, Rom, Mailand, Messina, Genua, Buenos-Aires.



Preußischer Beamten-Verein

in Hannover.

(Protektor: Seine Majestät der Kaiser.)



Lebensversicherungsanstalt für alle deutschen Reichs-, Staats- u. Kommunalbeamten, Geistlichen, Lehrer, Lehrerinnen, Rechtsanwälte, Aerzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Ingenieure, Architekten, Techniker, kaufmännische Angestellte u. sonstige Privatangestellte. **Versicherungsbestand 448 394 507 M. Vermögensbestand 173 590 000 M. Ueberschuß im Geschäftsjahre 1913: 5787 600.**

Alle Gewinne werden zu Gunsten der Mitglieder der Lebensversicherung verwendet. Die Zahlung der Dividenden, die von Jahr zu Jahr steigen und bei längerer Versicherungsdauer mehr als die Jahresprämie betragen können, beginnt mit dem ersten Jahre. **Die für die ganze Dauer der Lebens- und Rentenversicherungen zu zahlende Reichsstempelabgabe von 1/5 % der Prämie trägt die Vereinskasse.** Betrieb ohne bezahlte Agenten und deshalb niedrigste Verwaltungskosten.

Wer rechnen kann, wird sich aus den Drucksachen des Vereins davon überzeugen, daß der Verein sehr günstige Versicherungen zu bieten vermag und zwar auch dann, wenn man von den Prämien anderer Gesellschaften die in Form von Bonifikationen, Rabatten usw. in Aussicht gestellten Vergünstigungen in Abzug bringt. **Man lese die Druckschrift: Bonifikationen und Rabatte in der Lebensversicherung.** — Zusendung der Drucksachen erfolgt auf Anfordern kostenfrei durch (898)

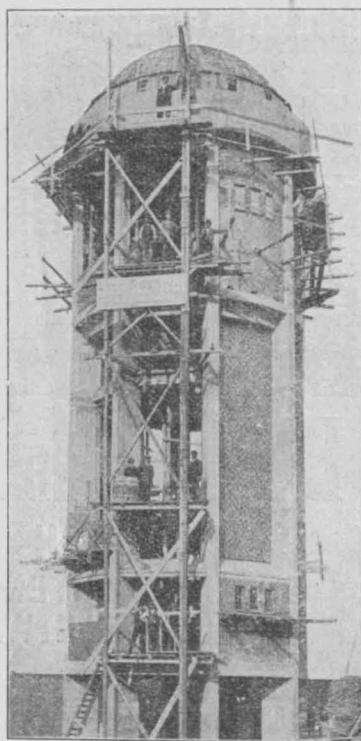
Die Direktion des Preußischen Beamten-Vereins in Hannover.

Bei einer Drucksachen-Anforderung wolle man auf die Ankündigung in diesem Blatte Bezug nehmen.

Paul Kossel & Cie.

Beton- und Eisenbetonbau-Unternehmung

Oldenburg :: **BREMEN** : Geestemünde
Braunschweig Wilhelmshaven
Hamburg/Bielefeld/Osnabrück/Hannover/Borkum



Spezial-Büro für Entwurf und statische Berechnung.

Ausführung sämtlicher Arbeiten des Hoch- u. Tiefbaues.

Stahlbeton-Victoria-Decken
Deutsches Reichs-Patent

Eisenbeton-Hohlpfähle.

Prämiert auf der Internationalen Baufach-Ausstellung mit dem **Ehrenpreis der Stadt Leipzig**

Bremerhaven: **Goldene Medaille.**

Telegr.-Adr.: Kossel-Bremen
Fernruf: Nummer 7892—94

Wasserturm in Speckenbüttel
Kgl. Eisenb.-Bauabteil. Geestemünde

Zementwaren- und Kunststein-Fabriken.

Brief- und Fragekasten.

Anmerkung der Redaktion. Bei Rückfragen bitten wir, stets die ursprüngliche Frage zu wiederholen; der Nachweis des Bezuges uns. Bl. ist unerlässlich. Die Beantwortung erfolgt ausschließlich an dieser Stelle, nicht brieflich. Anfragen ohne Namen und Adresse bleiben grundsätzlich unberücksichtigt. Es kommen nur Fragen von allgemeinem Interesse zur Beantwortung. —

Hrn. M. Sch. in R. Wenn die 30 M. Prämie im Monat ein fester Bestandteil ihrer Gehaltsvereinbarungen waren und von keinen anderen Umständen abhängig gemacht wurden, so halten wir die Gewerkschaft nicht für berechtigt, Ihnen diesen Bezug zu kürzen, auch nicht mit Rücksicht auf den Kriegausbruch. Wenn Ihnen dagegen ordnungsmäßig gekündigt ist, so können Sie, auch wenn die Gewerkschaft weiter baut und Ihre Dienste nicht mehr beansprucht, einen Anspruch auf Schadenersatz nicht erheben. Wir glauben nicht, daß eine Verfügung ergangen ist, wie Sie dieselbe anführen. —

Hrn. Arch. W. M. in K. (Ausstellung von Plänen.) Der Bauherr hat kein Recht, dem Architekten die Ausstellung seiner Pläne, die er dem Bauherrn geliefert hat, zu verbieten. Er ist auch nicht berechtigt, ihm zu verbieten, anzugeben, wo der Entwurf ausgeführt ist und wie der Bauherr heißt. Ob die Pläne in das Eigentum des Bauherrn übergegangen sind oder nicht, ist dabei gleichgültig. — Dr. P. A.-K.

Hrn. H. St. in M. (Betr. feuersicheren Anstrich in Fachwerks-Gebäuden.) Es kommt natürlich darauf an, wie weit man eine Einwirkung des Feuers verhindern will. In dem vorliegenden Fall scheint nicht die Absicht vorzuliegen, das Holz vollständig unverbrennlich zu machen, wie das Gautsch in München dadurch erreicht, daß er das Holz in verschlossenem Raum unter hohem Druck durch und durch tränkt. Das Verfahren ist natürlich bei bereits fertigen Gebäuden nicht anwendbar. Auch ein Anstrich mit Gautschin-Masse dürfte vielleicht schon mehr bewirken, als beabsichtigt ist. Meist will man nur verhüten, daß das Holz eine Flamme nicht allzu schnell fortpflanzen und zu sehr vergrößern hilft. Der große Vorzug des gehobelten Holzes gegenüber dem ungehobelten in dieser Beziehung ist bekannt. Wenn man nun außerdem noch einen Anstrich vornimmt, der die Risse gut ausfüllt, so genügt das schon in den meisten Fällen den Anforderungen durchaus. In diesem Sinne geeignet sind schon die sogenannten Eisenrostschutzfarben, besser sind natürlich die unverbrennlichen mineralischen Farben, zu denen u. A. das Wasserglas gehört. Auch ein gewöhnlicher guter Kalkfarben-Anstrich ist zu empfehlen, dem etwas Salz zuzusetzen ist, damit die Kalkfarbe auf dem Holz besser haftet. — Wst.

Fragebeantwortungen aus dem Leserkreise.

Zu Anfrage 1 in Beilage 4 zu No. 14. (Rostflecke auf Terrazzo-Fußboden.) 1. Die bei der künstlichen Austrocknung entstandenen Rostflecke sind meines Erachtens nur auf unachtsame Behandlung der Luftzuführungs- oder Abgas-Leitungen zurück zu führen, die vielleicht bei starkem Regenwetter eingebracht worden sind. Wenn der verwendete Koks noch so feucht gewesen sein sollte, daß sich Nässe in den Heizrohren niedergeschlagen hätte, würde das Brennmaterial einfach nicht gebrannt und geglüht, vielmehr nur geschwelt haben, und das Austrocknen der feuchten Räume wäre so unmöglich gewesen. Uebrigens pflegt jede fertige Fußbodenfläche mit Sand oder dergl. geschützt zu werden, sobald künstlich getrocknet werden muß. Noch richtiger ist es, die Fußböden vorher nicht auszuführen, ehe nicht Zwischendecken und Unterboden getrocknet sind. Die völlige Beseitigung der braunen Flecke wird ohne Zweifel allein durch nochmaliges gründliches Abschleifen zu erreichen sein, wenn man nicht vorzieht, die Stellen ausstemmen und erneuern zu lassen. Die Behandlung mit Ammoniaklösung dürfte kaum Erfolg versprechen; doch läßt sich leicht ein Versuch im Kleinen machen. Handelt es sich auch wirklich um Rostflecken? — Ing. B.

2 Um die Rostflecke im Terrazzoboden zu beseitigen, sind diese mit einem Brei von Chlorkalk zu bedecken, den man 12 Stunden darauf einwirken läßt. Die behandelten Stellen verändern die Farbe etwas, was aber nach einiger Zeit wieder ausbleicht. Der Auftrag muß 3—4mal wiederholt werden. — Th. B.

FRAULOB-BELAGSTUFE



Architekt
W. Fraulob
Gera-Reuß
Fernspr.
Nummer
:: 245 ::

Wohn- und Geschäftshäuser, Villen.

Chemnitz: Größere Anzahl Geschäftshäuser. Gera: Größere Anzahl Villen und Wohnhäuser. Lederfabrik Gustav Korn, Hermann Tietz. Groß-Ammensleben: Wilhelm Ebeling. Köln a. Rh.: v. Cuilleaume. Leirte i. Wesf.: Villa Thomsen. Leipzig: Gebr. Felsenstein, Mädler-Passage. Lusan b. Gera: Villa Otto Kühn. Müglitz b. Wurzen: Herrenhaus. Neupied a. Rh.: Villa H. & Th. Herrmann. Offenbach a. M.: Gebr. Hasenbach. Plauen i. V.: Habanahaus C. Schindler. Schandau a. d. Elbe: Villa Paschen. Volkstedt-Rudolstadt: Villa K. Jims. Karlsruhe: Hermann Tietz. Stollberg i. Erzgeb.: H. Woller. (1481V)

Diagonal-Gewebe-
Einlage

Gegen höchsten Grundwasserdruck
Schimmel- und Schwammbildung

40,8 % mittlere Dehnung
1/2 Atm.-Druck pro qcm.

HESSOLIT

HESSOLIT-GESELLSCHAFT
Berlin W 57, Steinmetzstr. 39a

Vollkommen Säurebeständig
20 jähr. Haltbarkeit nachgewiesen

Fernsprecher Amt
Kurfürst No. 2243

Wasserfest imprägnierte Algostat-Sporkplatten

unverändert geruchlos Spez. Gewicht 0 22
A. Haacke & Co. Gelle, Provinz Hannover
Eigene Kontore:
Düsseldorf, Berlin, Hamburg, Breslau, Stuttgart,
Halle / Saale, Rotterdam

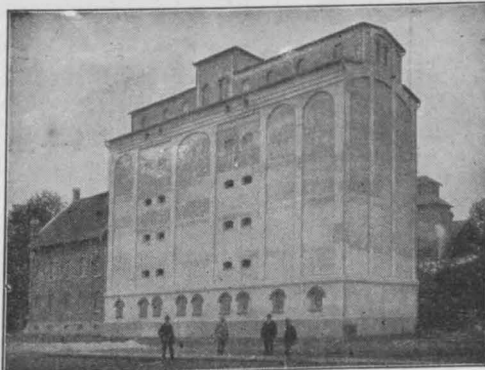


BOGDAN GISEVIUS, BERLIN W. 57

Lithographische Anstalt und Steindruckerei
für Architektur, Kartographie und Ingenieurwesen.
Verkleinerungen, Vergrößerungen. Kolorieranstalt.
D. R. P. **GISALDRUCK** D. R. P.
Schönste und billigste Vervielfältigung schwarzer Strichzeichnungen.
Ersatz für Lichtpause, Autographie und Photolithographie.
Sämtliche lithographischen Techniken in höchster Vollkommenheit.
Beschreibung und Probedrucke kostenlos. (188)

Gegründet 1876.

B. Liebold & Co. A.-G., Holzminden Bauausführungen



Getreide-Silo f. d. Gräfl. v. Bennigsen'sche Mühle Banteln.

in
Beton, Eisenbeton und :: ::
Zement-Bruchsteinmauerwerk
für
Brücken-, Hoch- u. Tiefbauten
jeder Art.
:: Spezialität seit 1873 ::

Brücken, Hallen, Silos und Fabrikbauten aus Eisenbeton. Talsperren, Wasserkraftanlagen, Filter, Wasserbehälter, Stützmauern, Deckenkonstruktionen, Kanalisationen. Röhren-, Platten- und Kunststein-Fabrik. Eisenbeton-Rammpfähle. (810 II)

3. Die Rostflecke können vielleicht mit Oel aufgeweicht werden oder der Terrazzoboden müßte an den fleckigen Stellen so weit abgeschabt werden, als die Rostflecke einge- drungen sind. Wenn nur eine dünne Schicht abgetragen werden muß, so kann sie durch Auftrag von Kessler'scher Fluatmasse ergänzt werden. Bei stärkerem Abtrag muß der übrig bleibende Belag im feineren Mörtelgefüge etwas ausgekratzt werden; dann wird eine neue Mörtelmasse aus Portland-Zement, Feinsand und buntem feinem Steinsplitt mit dauerhaftem Zusatz von Terrazzo-Farben (nach näherer Anweisung der Leipziger Zementindustrie Markranstädt) aufgebracht. K. in K.

4. Fragliche Flecke sind nicht deshalb ent- standen, weil feuchter Koks verwendet wor- den ist, sondern vorwiegend deshalb, weil in den zu heizenden Räumen infolge mangel- hafter Lüftung viel Feuchtigkeit herrschte, und weil die Stöße der Ableitungsrohre der Brenngase in Richtung von unten nach oben betrachtet nicht überschoben, sondern hinein geschoben wurden, wodurch das Kondensat der Ableitungsrohre und das der Rauchgase bei den unsachgemäß angeordneten Stößen der ersteren leicht austreten konnte. Das Kondensat besteht zum geringsten Teil aus Ammoniak, zum größten Teil aus Eisen, Kresol- und Phenolsalzen. Von diesen und ihren gegenseitigen Verbindungen rühren auch die Verfärbungen her, da diese Ver- bindungen mit dem Kalkgehalt der Binde- und Magerungsmittel des Terrazzo eine sehr empfindliche braune, braunrote und schwarz- braune Farbenreaktion eingehen. Salmiak und Salzsäure sind wirkungslos, sogar schäd- lich. Ammoniaklösung oder Salmiakgeist zersetzen zwar Phenole und Kresole, aber es tritt zumeist eine scharfe Nachdunkelung auf, die von der Reaktion Eisen-Ammoniak her- rührt. Hingegen haben in ähnlichen Fällen folgende Lösungen gute Wirkung gehabt: heiße Schmierseife oder Pottasche, Azeton, Petroläther, Benzin, Kleesalz. In jedem Fall ist rasches Nachwaschen und Aufwischen mit Wasser erforderlich. Die letzteren vier Mittel sind mit Vorsicht anzuwenden, teils wegen Feuergefährlichkeit, teils wegen An- griff der Hände und Kleidung. — B. H.

Zu Anfrage 3 in Beilage 4 zu No. 14. (Im- prägnierung von Strohdächern.) 1. Bisher haben einzelne Behörden nur das Strohdach — System Gernentz — als den Vorschrif- ten genügend anerkannt. Das nach diesem System behandelte Stroh ist aber nicht im- prägniert, sondern nur feuersicher umhüllt. Ueber die anderen Imprägnierungsversuche liegen abschließende Urteile nur bezüglich kleiner Versuchsbauten vor, und auch diese treffen nur bedingungsweise zu. In allen diesen Fällen sind vorwiegend folgende Trän- kungssalze zur Anwendung gelangt: Ammon- sulfat mit Borsäure, Natronborat oder Natron- phosphat. Ohne entsprechende Vorbehand- lung des Strohes dürften diese Salze eine nach- haltige Wirkung nicht haben. — B. H.

2. Zur Imprägnierung von Strohdächern benutzt man z. B. eine Masse aus Lehm und eine Mischung, die Gas- oder Salzwasser ent- hält, worüber vom „Baupflege-Verein Ton- dern“ (Schleswig-Holstein) nähere Vorschriften mitgeteilt werden können. (Vergl. auch Techn. Hauptabschnitt des „Deutschen Dach- decker-Kalenders“ 1912, u. a. betr. Gernentz- Dach oder Schwerdtfeger-Dach). Die bau- polizeilichen Ansprüche an Strohdächer sind jeweils aus der Baupolizei-Ordnung des be- treffenden Bezirkes zu ersehen. —

Kr. in K.

Zur Antwort A. R. in B. in Beilage 4 zu No. 14. (Behandlung von Fußböden.) Betreffs Fragebeantwortung erlaube ich mir zu bemerken, daß diese ebenso nur bedingungs- weise zutreffend ist, wie die angezogene Ant- wort. Wenn Terrazzo mit geeignetem Fett sachgemäß behandelt wird, dann leistet dies- es ganz gute Dienste. Jedes Fett oder Oel eignet sich aber nicht dazu. — H. in L.

Anfragen an den Leserkreis.

1. In einem Hause ist die Holzdecke im obersten Wohngeschoß, obwohl mit Schutz- decke und Asche-Auffüllung in sorgfältigster Weise hergerichtet, äußerst schalldurchlässig. Ich beabsichtige, diesen Holzfußboden mit Parkett zu belegen und möchte gleichzeitig eine Isolierung gegen Schalldurchlässigkeit einbauen. Können hierzu geeignete Vor- schläge gemacht werden und wie teuer stel- len sich dieselben in der Ausführung? —

O. W. in M.-G.

2. Welche Massivdecken-Konstruktion hat sich beim Bau von Krankenhäusern als vollständig schalldicht bewährt? —

Br. J. F. in St.

RUD. WOLLE

Telegramm: LEIPZIG Fernsprecher: Leipzig Nr. 3326, 13741, 19286
Zementbau Wolle, Leipzig

Preisgekrönt:



Leipzig 1897



Dresden 1903

Beton- und Eisenbeton- bau

Geschäfts- u. Lagerhäuser · Indu-
striebauten · Öffentliche Gebäude
Brückenbauten · Wehre · Turbin-
nen-Einbauten · Pfahlgründungen
Asbeston · Eisenbahn-Schwellen
:: Saxonia-Eisenbetonmast ::

Preisgekrönt:



Dresden 1911



Leipzig 1913

Obernkirchener Sandsteinbrüche, A.-G.

Obernkirchen, Grafschaft Schaumburg, 377

empfehlen ihr anerkannt vorzüg-
liches, absolut wetterbeständiges Sandstein-Material. Broschüre =
kostenfrei.

Schmiedeeiserne Fenster

Fensterwerk

R. Zimmermann, Bautzen.

Bode's Geldschrankfabrik, Hannover

Zusammenschiebbare

Stahlgitter



den geringsten Raum beanspruchend, leicht zu handhaben. — Als Ersatz für schwere Flügeltüren bei Einfahrten, Torwegen etc., sowie als diebes sichere Verschlüsse für Türen und Fenster in Banken, Kassen und anderen Geschäftsräumen.

Ausführung auch in Messing und Duranametall.

Montage kann leicht durch uns oder jeden Schlosser- meister ausgeführt werden, da sämtliche Teile mit- geliefert werden. (63)

Projekte für Stahlkammeranlagen modernster Kon- struktion gratis und franko. Feinste Referenzen.

Einzelne Nummern

älterer Jahrgänge der „Deutschen Bauzeitung“ stehen (soweit Vorrat) zum Preise von 40 Pf. zur Verfügung.

Marmor!

Abt. A. Bauarbeiten.

Säulen, Balustraden, Treppen, Paneele, Fußböden, Kamine, Spring- brunnen, Altäre, Kanzeln, Denkmäler usw.

Abt. B. Möbelartikel.

Waschtisch-Aufsätze, Tischplatten, Heizkörper-Verkleidungen, Schalt-Tafeln pp.

Abt. C. Rohmaterial in Blöcken und Platten.

a) Material eigener Brüche:

Rubantica antikrot Salmatero grau, hellrot gefleckt Colombriso grau und schwarz, weiß geädert Valcinero hellgrau, weiß geädert Imperiale tiefrot, kräftig weiß geädert Violet farbenreich, hell geädert Fontanello meergrün

b) Reiches Lager ausländischer Marmore.

Saalburger Marmorwerke, G. m. b. H.

Saalburg a. d. Saale. Station Ebersdorf-Friesau.

Berlin: Zweigniederlassung Berlin W., Genthiner Straße 41.

BEILAGE 7 ZUR DEUTSCHEN BAUZEITUNG

XLIX. JAHRGANG. ZU NO 26 VOM 31. MAERZ 1915.

Insertionspreis in dieser Beilage die 60 mm breite Petitzeile oder deren Raum erste Seite 60 Pfg., die anderen Seiten 50 Pfg.

Technische Mitteilungen.

Glasureit-Lackfarben, die von den Glasureit-Werken M. Winkelmann A.-G. in Hamburg hergestellt und vertrieben werden, sind nach Angabe der Firma bleiweißfreie und ungiftige Farben, die nach uns vorliegenden Mustern gute Wirkung, Deckkraft und Haftfähigkeit am Untergrund, sowie einen schönen Glanz zeigen. Nach vorgelegten zahlreichen Zeugnissen unserer Marine, verschiedener Eisenbahn-Behörden, industrieller Werke usw. streichen sich die Farben leicht, sind ausgiebig und sparsam und von hoher Widerstandskraft auch an Stellen, wo sie starker Abnutzung unterworfen sind. Nach Angabe der Firma kann man mit 1 kg 10—18 qm streichen, je nach Art der Farbe, des Verstreichens, des Untergrundes und der Temperatur. Die Farben lassen sich auf Eisen, Holz, Stein, zum Anstrich von Heizkörpern usw., und zwar als Grundier- und als Deckanstrich verwenden, d. h. die Firma liefert je nach dem Verwendungszweck hierfür besonders geeignete Farben-Zusammensetzungen in einer größeren Zahl von Tönen. Diese Farben gestatten, ohne darunter zu leiden, ein häufiges Abwaschen, sodaß der Anstrich wieder frisch erscheint und auch aus diesem Grunde weniger rasch als andere Farben erneuert zu werden braucht. Nach Allem stellen diese Lackfarben Erzeugnisse dar, die sich den namentlich in Architektenkreisen noch öfter bevorzugten ausländischen Lackfarben, was ihre Güte betrifft, mindestens an die Seite stellen können, während sie in Bezug auf Preiswertigkeit dieselben übertreffen. Es sollte diesen rein deutschen Erzeugnissen daher auch vor ausländischen der Vorzug gegeben werden.—

Personal-Nachrichten.

Deutsches Reich. Der Reg.-Bmstr. Dupont in Berlin ist als Vorst. eines Neubauamtes nach Cassel versetzt.

Baden. Dem Bauinsp. Rud. Ganz bei der Gen.-Dir. der Staatseisenb. in Karlsruhe, dem Masch.-Insp. Fr. Neßler in Villingen, den Reg.-Bmstrn. Erich Hauenschild bei der Bahnbauinsp. Offenburg und Dr. Karl Gruber, Arch. beim städt. Hochbauamt Freiburg i. Brg. ist das Ritterkreuz II. Kl. mit Schwertern des Ordens vom Zähringer Löwen verliehen.

Dem Ob.-Bauinsp. König in Gernsbach ist die Vorst.-Stelle der Bahnbauinsp. III Karlsruhe übertragen. Der Ob.-Bauinsp. Markstahler in Weinheim ist der Gen.-Dir. der Staatseisenb. in Karlsruhe zugeteilt.

Der Ob.-Brt. Karl Engelhorn, Prof. an der Techn. Hochschule in Karlsruhe, ist gestorben.

Bayern. Dem Dir.-Rat Peter Mühlbauer, Vorst. der Neubauinsp. Schongau, ist die IV. Kl. mit Schwertern des Mil.-Verdienst-Ordens, dem Reg.- u. Bt. Voegler, Mitgl. der Eisenb.-Dir. Saarbrücken in Koblenz die IV. Kl. mit der Krone und dem Reg.-Bmstr. Konrad Zilcken bei der Mil.-Eisenb.-Dir. J. z. Zt. Lille, die IV. Kl. des Mil.-Verdienst-Ordens für Kriegsverdienst verliehen.

Hessen. Dem Arch. Fritz Soeder ist die Tapferkeitsmedaille verliehen.

Der Reg.-Bfhr. Josef Rehberg aus Herbstein (W.- u. Straßenbfch.) ist zum Reg.-Bmstr. ernannt.

Preußen. Die Brte. Karl Müller in Köslin, Zillmer in Königsberg i. Pr. und Ebel in Berlin und der Reg.-Bmstr. Raabe in Berlin (die letzteren beiden im Min. der öff. Arb.) sind zu Reg.- u. Brtn. ernannt.

Dem Landesbmr. und Prov.-Konservator Heiner Siebern, Privatdoz. an der



GEBR. WICHMANN

BERLIN NW. 6, KARL-STRASSE 13.

SPEZIALGESCHAFT FÜR

ZEICHENBEDARF.

Bahrs Normograph,

praktischste
Schriftschablone.

Prospekte gratis.

Johann Odorico

Frankfurt a. M.

Dresden

Leipzig

Unternehmung für

Eisenbeton- und Stampfbeton-Bauten

Mosaik-Terrazzoböden.

Statische Berechnungen, Kosten-Anschläge ev. gratis und franko.



Blitzableiter-Anlagen

Eiserne Fahnenstangen

Xaver Kirchhoff

Friedenau-Berlin W. Feurigstr. 4.

Tel. Pfz. 2145.

Korksteinplatten

Marke „Expansit“ D. R. P.

Vorzügliches Isolier-Baumaterial
für Baracken- und Wohnhausbau,
sowie für Kühl- u. Gefrier-Anlagen.

Grünzweig & Hartmann

G. m.
b. H.

Korksteinfabrik

Ludwigshafen am Rhein

August Wolfsholz

Preßzementbau Akt.-Ges.

Preßbetonpfähle

können auch in Grundwasser hergestellt werden

Berlin W9. Wien I.

Königin Augustastr. 8. Rathausstr. 2.

Einzelne Nummern

der „Deutschen Bauzeitung“
— soweit noch vorhanden —

werden gegen vorherige Ein-

sendung von à 40 Pf., sowie

ältere Quartale gegen Zahlung

von à 3,50 Mark franko ge-

liefert von der Expedition der
Deutschen Bauzeitung

Berlin SW. 11

BETON UND EISENBETON

HOCH- u. TIEFBAU

[237]

BRÜCKENBAUTEN * KANALISATIONEN

ZEMENTWARENFABRIKEN

GEGRÜNDET

1870

HÜSER u. CIE.

OBERCASSEL-SIEGKREIS.

GEGRÜNDET

1870

Techn. Hochschule in Hannover ist das Prädikat Prof. verliehen.

Versetzt sind die Reg.-Bmstr.: v. Jacobi in Berlin nach Spandau und Scheibner in Stralsund nach Remscheid, Meister in Schleswig nach Rendsburg.

Den Reg.-Bmstrn.: Heyne in Halle a. S., Reichelt in Berlin (Min.-Baukomm.), Skutsch in Halle a. S., Felix Becker in Karthaus, Fritze in Arnberg, Mühle in Lehe, Philippi in Birnbaum, Borchers in Saaburg i. Lothr. (Reichseisenb.), Mendgen in Düsseldorf, Dr.-Ing. Schubart in Berlin (Reg.-Präs. in Potsdam) und Steinbrink in Erfurt (Eisenb.-Dir. in Erfurt) sind etatm. Stellen verliehen.

Der Reg.-Bmstr. Gottfr. Müller ist der kgl. Reg. in Breslau zur Beschäftigung überwiesen. — Der Reg.-Bmstr. Wilh. Ehrhardt ist zur Beschäftigung bei der Eisenb.-Dir. in Essen einberufen.

Der Reg.-Bfhr. Jerman Fricke aus Kochabamba (Bolivien) (Eisenb.- u. Straßen-Bfch.) ist zum Reg.-Bmstr. ernannt.

Die Reg.-Bfhr. Rich. Werner und Friedr. Ehrentraut (Eisenb.- und Straßenbfch.), Werner Hirsekorn (Hochbfch.) haben die Staatsprüf. bestanden.

Der Kreisbmr. a. D. Stadtrat Alb. Müller in Stolp, der Reg.-Bfhr. O. H. Ferd. Pahnke in Elbing, der Ob.-Ing. Ernst Lisner, Dir. der städt. Kanalisationswerke in Düsseldorf und der Geh. Bt. Mertz in Trier sind gestorben.

Sachsen. Dem Reg.-Bmstr. Rich. Arno K um mer bei der Wasser-Baudir. ist das Ritterkreuz des Mil. St. Heinrichs-Ordens und dem Reg.-Bfhr. Karl Müller bei der Str.- u. Wasserbauverwltg. Dresden die Friedrich-August-Medaille in Bronze verliehen.

Versetzt sind: der Fin.- u. Bt. Seifert in Bautzen als Vorst. zum Str.- u. Wasserbauamt in Pirna und der Bauamt. Krantz in Leipzig zum Straßen- und Wasserbauamt in Bautzen.

Ob.-Bt. Stecher in Pirna und der Bt. Gg. Br. Berthold in Dresden sind gestorben.

Württemberg. Dem Stadtbauinsp. Clement in Eßlingen und dem Eisenb.-Bauinsp. Dr.-Ing. Schaechterle in Stuttgart ist das Ritterkreuz des Mil.-Verdienst-Ordens und dem Ing. Paul Veil (†) das Ritterkreuz II. Kl. mit Schwertern des Friedrichs-Ordens verliehen.

Brief- und Fragekasten.

Hrn. Arch. E. Fl. in Erfurt. (Zahlung für Ueberstunden.) Wir halten eine Klage, auf die es jetzt nur noch ankommen könnte, in der angeregten Rechtssache für aussichtslos, so sehr auch Ihre wirtschaftliche Lage dazu zu drängen scheint. Einem Erfolg steht die klare Fassung des § 4 entgegen, dessen Wortlaut nach unserer Meinung nicht dehnbar ist. Ihm steht ferner entgegen die ministerielle Bestimmung mit der Angabe von $\frac{2}{30}$ der Höchstvergütung für die Dauer des mobilen Zustandes. Ueberstunden sollen nach einer weiteren Bestimmung dieser Verfügung anstelle der $\frac{2}{30}$ nur dann bezahlt werden, wenn „nach den Annahme-Bedingungen eine Bezahlung geleisteter Ueberstunden zulässig ist.“ Das ist aber nach Ihrem Vertrag nicht der Fall. Ein Rechtsanspruch besteht demnach auf Ueberstunden nicht. Es wäre aber möglich, daß die betr. Verwaltung einen Mittelweg zwischen den $\frac{2}{30}$ und dem von Ihnen gewünschten Ueberstunden-Betrag findet, da ja von der Verwaltung nicht ohne Weiteres vorausgesetzt werden kann, daß sie sich Gründen der Billigkeit verschließen würde, wenn solche angeführt werden können. —

Fragebeantwortungen aus dem Leserkreise.

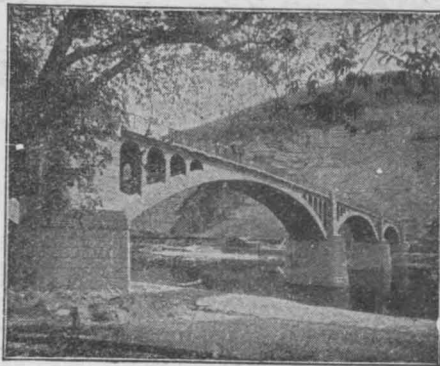
Zu Anfrage 2 in Beilage 4 zu No. 14. (Entlüftung einer Bleicherei usw.) 1. Da die den Betriebsraum der ganzen Länge nach überdeckende Dunsthaube nur an den Stirnseiten offen ist, wird wohl nichts Anderes übrig bleiben, als die Ventilatoren an den Stirnseiten zu belassen. Denn wenn die bisher geschlossenen Teile der Dunsthaube auch durchgehends mit Jalousien unterbrochen werden, entweichen die Dämpfe doch nur sehr langsam, wenn nicht sehr energischer Gegenzug oder sonstiger unterstützender Auftrieb mitwirken. Solche Dunsthauben sind beispielsweise in Brauereien und Brennerien gebräuchlich. — B. H.

2. Solche Räume habe ich auf natürlichem Wege leicht und sehr gut entlüftet und zwar mittels der von der bekannten Fa. Hanisch & Co. in Berlin bezogenen eisernen, beweglichen und selbsttätigen Ventilationsaufsätze verschiedener Form und Größe, die in Kugellagern laufen und auf der Dachfläche angebracht werden. — B. in H.

3. Wenden Sie sich zunächst an den Hygienebau-Fabrikanten J. Nepp in Leipzig-Plagwitz, der als Sonderfachmann für Lüftungs-Anlagen schon vielfach auch Dunst-

B. Liebold & Co. A.-G., Holzminden

Bauausführungen



Brücke über die Mosel bei Tritheim.

in
Beton, Eisenbeton und :: ::

Zement-Bruchsteinmauerwerk

für

Brücken-, Hoch- u. Tiefbauten

jeder Art.

:: Spezialität seit 1873 ::

Brücken, Hallen, Silos und Fabrikbauten aus Eisenbeton. Talsperren, Wasserkraftanlagen, Filter, Wasserbehälter, Stützmauern, Deckenkonstruktionen, Kanalisationen. Röhren-, Platten- und Kunststein-Fabrik. Eisenbeton-Rammpfähle.

(810 III)



Preußischer Beamten-Verein

in Hannover.

(Protektor: Seine Majestät der Kaiser.)



Lebensversicherungsanstalt für alle deutschen Reichs-, Staats- u. Kommunalbeamten, Geistlichen, Lehrer, Lehrerinnen, Rechtsanwälte, Aerzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Ingenieure, Architekten, Techniker, kaufmännische Angestellte u. sonstige Privatangestellte. **Versicherungsbestand 448 394 507 M. Vermögensbestand 173 590 000 M.**

Ueberschuß im Geschäftsjahre 1913: 5787 600.

Alle Gewinne werden zu Gunsten der Mitglieder der Lebensversicherung verwendet. Die Zahlung der Dividenden, die von Jahr zu Jahr steigen und bei längerer Versicherungsdauer mehr als die Jahresprämie betragen können, beginnt mit dem ersten Jahre. **Die für die ganze Dauer der Lebens- und Rentenversicherungen zu zahlende Reichsstempelabgabe von $\frac{1}{2}, \frac{2}{3}$ der Prämie trägt die Vereinskasse.** Betrieb ohne bezahlte Agenten und deshalb niedrigste Verwaltungskosten.

Wer rechnen kann, wird sich aus den Drucksachen des Vereins davon überzeugen, daß der Verein sehr günstige Versicherungen zu bieten vermag und zwar auch dann, wenn man von den Prämien anderer Gesellschaften die in Form von Bonifikationen, Rabatten usw. in Aussicht gestellten Vergünstigungen in Abzug bringt. **Man lese die Druckschrift: Bonifikationen und Rabatte in der Lebensversicherung.** — Zusendung der Drucksachen erfolgt auf Anfordern kostenfrei durch

(898)

Die Direktion des Preußischen Beamten-Vereins in Hannover.

Bei einer Drucksachen-Anforderung wolle man auf die Ankündigung in diesem Blatte Bezug nehmen.

Franz Spengler Qualitäts-Baubeschläge

Berlin, Urbanstraße 100. Jeder Art in Eisen u. Bronze.



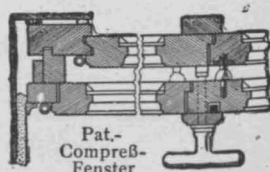
Differential-Pendeltür ist die beste! Ersetzt Drehtür!



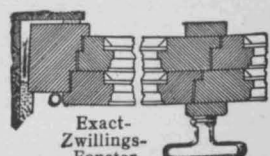
ca. 600 Griffmuster vorhanden.

Sicherheits-Zangenschlüssel-Fensterverschlüsse für Heil-, Pflege-Anstalten pp.

Sachliche Offerten u. Prospekte gratis. Gr. Katalog zur Ansicht.



Pat.-Compreß-Fenster



Exact-Zwilling-Fenster

Muster werden in Deutschland kostenfrei vorgehalten, für das Ausland zwar berechnet, aber eventuell zurückgenommen.

Bode's Geldschrankfabrik, Hannover

**Zusammenschiebbare
Stahlgitter**



den geringsten Raum beanspruchend, leicht zu handhaben. — Als Ersatz für schwere Flügeltüren bei Einfahrten, Torwegen etc., sowie als diebstahrsichere Verschlüsse für Türen und Fenster in Banken, Kassen und anderen Geschäftsräumen.

Ausführung auch in Messing und Duranmetall.

Montage kann leicht durch uns oder jeden Schlossermeister ausgeführt werden, da sämtliche Teile mitgeliefert werden. (63)

Projekte für Stahlkammeranlagen modernster Konstruktion gratis und franko. Feinste Referenzen.

Absaugungs-Einrichtungen mit Erfolg hergestellt hat. Derselbe kann Ratschläge für möglichst einfache, wirksame Maßregeln zur geregelten Abführung der Dämpfe erteilen und Weiteres veranlassen. —
Reg.-Bmstr. Kropf in Cassel.

4. Die A.-G. I. A. John in Ilversgehofen bei Erfurt fertigt nach dem Prinzip des fest stehenden Wolpert'schen Saugers für diesen Zweck sehr geeignete Dunsthüte an. Die Firma wird Ihnen mit einem Entwurf und Auskünften gern zur Hand gehen. Ich selbst habe diese Sauger schon oft verwendet. —
Th. B.

5. Eine ähnlichen Zwecken dienende Anlage, die mit gutem Erfolg wirkte, ließ ich vor einigen Jahren in einem chemischen Arbeitssaal ausführen. Im Mittelpunkt über den Kochern wurden Rohre von 35—40 cm lichte Durchm. angeordnet, die die Dachfläche in Firsthöhe noch etwa um 1 m überragten und mit einem einfachen, flachen, über den Rohrrand überstehenden Hut gegen das Eindringen von Niederschlägen abgedeckt waren. Die Rohre bestehen aus zwei Teilen. Der obere bis über den First ragende Teil ist an der Dachkonstruktion gut befestigt, der andere Teil ist, in dem ersten nach oben und unten verschiebbar, mit Ketten und Gegengewicht über Rollen angehängt. Die Öffnungen der Rohre erhalten eine dem Durchmesser der Bottiche (Kocher) entsprechende trichterförmige Erweiterung. Die Länge der verschiebbaren Rohre ist so zu wählen, daß der Trichter bis dicht über die Kocher herunter gezogen werden kann. Die Höhe der Rohre über Dach richtet sich auch nach der Lage der zu entlüftenden Anstalt, ob frei gelegen oder zwischen höheren Gebäuden eingebaut. In Ihrem Fall müssen die Rohre wenigstens 0,8 m höher als die Dunsthaube geführt werden. Auch die Anwendung von besonderen Saugern statt der einfachen Hüte hängt von örtlichen Verhältnissen ab. — H. M. in Qu.

Zu Anfrage 1 in Beilage 5 zu No. 18. (Schalldichtung in Kesselschmiede.)
1. In neuerer Zeit wird vielfach zu Schalldichtungen Torf verwendet. In der Abhandlung: „Bautechnische Verwertung des Torfes insbesondere zur Schalldichtung“, Gesundheits-Ingenieur 1914, S. 737, sind Versuche für die Berliner Untergrundbahnen eingehend beschrieben. Die vergleichenden Zusammenstellungen der Abhandlung werden Ihnen manche Anhaltspunkte bieten. —
Reg.-Bmstr. H. Bauer.

2. Zur Erzielung einer ausreichenden Schallsicherheit schlage ich vor, die Sparren-Hohlräume mit Koks, Kokos- oder Asbestmüll auszufüllen und die Deckenschalung — wenn ein Deckenverputz nicht in Frage kommt — mit rauher Asphaltpappe zu benageln. Ist ein Deckenverputz von Kalk-Mörtel usw. vorgesehen, so wird dieser zweckmäßig möglichst rauh belassen. Bereigte Konstruktion trägt in ziemlichem Maße zur Schallerstickung mit bei. — A. K.

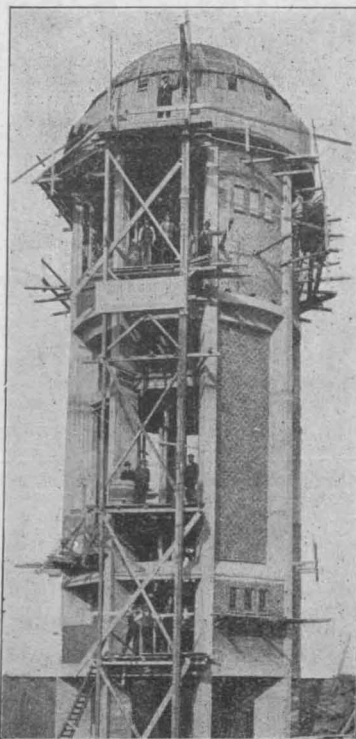
3. Eine ähnliche Aufgabe wie bei der Ausführung der in Frage kommenden Kesselschmiede war bei den Bauten für die Wasserversorgung in Baden-Oos zu lösen. Nur daß dort gleichzeitig noch ein Bilden von Schwitzwasser usw. verhindert werden mußte. Der Bauleitende ordnete eine Verkleidung der Dachuntersichten (Eisenkonstruktion) mit Kunstschiefer an und ließ die Felder mit isolierendem Material ausfüllen. Der Erfolg war durchaus befriedigend. Jedenfalls dürfte dort auch die Eindeckung mit Kunstschiefer in mehr als einer Beziehung richtiger sein, als mit Falzziegeln. Die Bauabteilung der Gewerkschaft „Schönes Glück“ in Probstzella hat in solchen Ausführungen Erfahrung; es dürfte sich daher empfehlen, sich an diese zu wenden. —

O. Schmidli in St. Gallen (Schweiz).
4. Nach dem üblichen Dachbinder-System für Kesselschmieden ist anzunehmen, daß sich das Oberlicht über dem First des Falzziegeldaches (z. B. von Neigung 1:2 bis 1:3) in Dachreitern befindet. Die Wände der 15 m hohen Hallen haben dann bei rd. 12 m Höhe etwa 3 bis 4 m Mauerfüllung über den seitlichen Fenstern. Zur Schallsisolierung kann man unter der Ziegeldachung zwischen deren Latten oder unter deren Holzschalung in den Sparrenfeldern schallsisolierende gefalzte Gipsdielen (nach Konstruktion von Euling & Mack, Ellrich a. Harz) einlegen, die an den Falzen mittels gut einzupassender verzinkter Norddraht-Stahlkrampen an die Sparren angeschlossen werden. Die Gipsdielen-Isolierung reicht von den Seitenwänden der Oberlichter fortlaufend herab bis zu den oberen Fensterstürzen. Ähnliche Ausführung an Falzziegeldächern ist z. B. bei großen Lokomotiv-Schuppen in Stuttgart erfolgt. — Entsprechend kann man auch Eternittafeln (aus Asbest und

Paul Kossel & Cie.

Beton- und Eisenbetonbau-Unternehmung

Oldenburg :: **BREMEN** :: Geestemünde
Braunschweig :: Wilhelmshaven
Hamburg/Bielefeld/Osnabrück/Hannover/Borkum



Wasserturm in Speckenbüttel
Kgl. Eisenb.-Bauabteil. Geestemünde

Spezial-Büro für Entwurf
und statische Berechnung.

Ausführung sämtlicher Arbeiten
des Hoch- u. Tiefbaues.

Stahlbeton-Victoria-Decken
Deutsches Reichs-Patent

Eisenbeton-Hohlpfähle.

Prämiert auf der Internationalen
Baufach-Ausstellung mit dem
Ehrenpreis der Stadt Leipzig

Bremerhaven: Goldene Medaille.

Telegr.-Adr.: Kossel-Bremen
Fernruf: Nummer 7892—94

**Zementwaren-
und Kunststein-Fabriken.**

Wasserfest imprägnierte
Algostat-Korkplatten

garantiert geruchlos Spez. Gewicht 0 22

A. Haacke & Co. Gelle Provinz-
Hannover

Eigene Kontore:
Düsseldorf, Berlin, Hamburg, Breslau, Stuttgart,
Halle a/Saale, Rotterdam



GLAS-EISEN.

Etabliert
seit 1887

C. H. ULRICH

Berlin NW. 87, Kaiserin Augusta-
Allee 3

montiert an allen Plätzen des In- und Aus-
landes seine langjährigen Spezialitäten:

**Glashallen • Glasdächer
Veranden • Wintergärten**

Photographische Ateliers

Dunkelkammer- u. Laboratorien-Einrichtungen

Operationssäle für Krankenhäuser

Zeichensäle für Schulen etc. mit einfacher
und doppelter Verglasung nach
eigenen bewährten Systemen

Fußbodenlichte, begeh- und befahr-
bare, in bester
modernster Technik

**Komplette Eisen-, Glaser-
und Klempner-Arbeiten.**

Büro für Zeichnungen u. Berechnungen.
Drucksachen u. Abbildungen stehen zur Verfügung.
Feinste Referenzen von Behörden und Privaten.

-Zement) anbringen, die u. a. für Arbeitssäle in einer Pianoforte-Fabrik verwendet sind. Im übrigen wenden Sie sich an die „Gesellschaft für Isolierung gegen Erschütterungen und Geräusche“, Berlin N., zwecks Mitteilung von sonstigen Erfahrungen. —

Zu Anfrage 2 in Beilage 5 zu No. 18. (Weißer Anstrich der Eisenteile im Rennstall.) 1. Ein solcher Anstrich ist wohl möglich, es muß aber mit Spirituslack vorgestrichen werden, besonders in dem Fall, daß die Teile bisher dunkel gefärbt oder gar asphaltiert waren. Außerdem darf nur echte, mit Bleiweiß angeriebene Oelfarbe zur Anwendung kommen, die auch einen Lacküberzug erhält. Der Anstrich ist aber unbedingt jedes Jahr mindestens einmal zu erneuern, weil die häufig mit scharfen Dünsten geschwängerte Stallluft allmählich die beste weiße Farbe zerstört. Selbstverständlich sind vor dem Anstreichen alle Roststellen gründlich zu säubern, wenn nicht schon in kürzester Zeit braune Flecke entstehen sollen.

Ich selbst habe mit einem hell-silbergrauen Ferrubron-Anstrich (Rostschutz-Naturfarbe von Gartzke, Berlin) in Ställen immer sehr gute Ergebnisse erzielt. — B. in H.

2. An den Eisenkonstruktionen des Rennstalles sind zuvor die Ritzen, Fugen und Löcher usw. mit elastisch knetbarem, nassebeständigem Kitt, z. B. Asphaltkitt oder farbigem Pixolfaserkitt zu verstreichen, damit rostbildende Wassersäcke verhütet werden. Auf den sauber gereinigten Eisenflächen wird dann dünnflüssiger Leinölfirnis oder bituminöser Firnis zur Grundierung des weißen Anstriches aufgetragen. Zu letzterem dient u. a. ein haltbarer Ueberzug von Asphalt-Emaille oder von säure- und ammoniakfestem, leicht abwaschbarem Emaillepoxol (1/2 kg/qm), streichfertig und giftfrei lieferbar von F. Schacht in Braunschweig zu 8 M. für 5 kg. —

K. in C.

Zu Anfrage 3 in Beilage 5 zu No. 18. (Lokomotiv-Schuppen in Eisenbeton.) 1. Solche Schuppen werden schon seit mehreren Jahren hergestellt und finden, da mit denselben durchaus gute Erfahrungen gemacht worden sind, immer weitere Verbreitung. Heute führt jedes Eisenbeton-Baugeschäft derartige Bauwerke aus. Nachstehend seien noch einige Ausführungen aufgezählt: Rechteckiger Lokomotiv-Schuppen auf Bahnhof Heilbronn, L.-S. auf Bahnhof Langendreer — ausgeführt von Karl Brandt in Düsseldorf —, ringförmiger L.-S. für die Hafenverwaltung Dortmund im Bahnhof Westerholz. H. M. in Qu.

2. Ueber einen ringförmigen L.-S. in Eisenbeton auf Bahnhof Langendreer i. Westf. ist Näheres im Bericht der Hauptversammlung des „Deutschen Beton-Vereins“ 1910 über die praktische Zweckmäßigkeit der Konstruktion dargelegt. Zur etwa erforderlichen Isolierung der Eisenbeton-Dachung gegen Schweißwasser- und Gase-Bildung benutzt man: 3 bis 5 cm starken mageren Bimsbeton, der vor der eigentlichen Eisenbetondecke auf die Schalung gestampft wird, ferner eine 2,5 bis 4 cm starke Unterdecke von billigem feinschichtigen Norddraht-Rabitzgewebe mit Gipsmörtelbewurf und säurefestem Anstrich von Awa-Isolierlack. —

Nachschrift der Redaktion. Ueber den oben erwähnten Lokomotiv-Schuppen in Westerholz-Dortmund finden Sie Näheres in unseren „Mitteilungen“ Jahrg. 1913, S. 185. Der älteste Teil dieses Schuppens ist schon 1907 erbaut. Daß sich die Verwaltung 6 Jahre später zu einer Erweiterung in Eisenbeton entschloß, spricht für seine Bewährung. Jahrg. 1911, S. 111 finden Sie ferner kurze Angaben über den Schuppen in Heilbronn und Bemerkungen über die Kostenfrage. In den Mitteilungen des Beton-Vereins 1910 finden sich auch nähere Angaben über die Bewährung von Eisenbeton für Lokomotiv-Rauchabzugsrohre in Schuppen usw. —

Zu Anfrage 1 in Beilage 6 zu No. 22. Die Schalldurchlässigkeit der Wohnhausdecke trotz der vorhandenen Zwischendecke mit Ascheauffüllung läßt darauf schließen, daß die Schallfortpflanzung möglicherweise durch die Mauern und durch etwa vorhandene Heizungs-, Gas-, Entwässerungs- und Wasserleitungs- usw. Rohre geschieht. Vor dem Verlegen des Parkettfußbodens würde ich zwischen die Balkenfache auf Leisten mit Oberkante Balken bündig 4–6 cm starke Korksteinplatten verlegen und die so erhaltene Fußbodenfläche dann mit starken Asphaltfilzbahnen bekleben oder benageln. Diese Konstruktion kann dann gleich als Blindboden für den Parkettboden dienen. Starke auf dem Parkettboden liegende Teppiche tragen ebenfalls zur Schallerstickung erheblich bei. Vorgenannte Rohrleitungen aller Art lassen sich durch Haarfalz, Korkschalen oder Korkschnüre in ausreichendem Maße isolieren. — A. K.

RUD. WOLLE

Telegramm: LEIPZIG Fernsprecher: Leipzig Nr. 3326, 13741, 19286
Zementbau Wolle, Leipzig

Preisgekrönt:



Leipzig 1897



Dresden 1903

Beton- und Eisenbetonbau

Geschäfts- u. Lagerhäuser · Industriebauten · Öffentliche Gebäude
Brückenbauten · Wehre · Turbinen-Einbauten · Pfahlgründungen
Asbeston · Eisenbahn · Schwellen
:: Saxonia-Eisenbetonmast ::

Preisgekrönt:



Dresden 1911



Leipzig 1913

Schmiedeeiserne Fenster

Fensterwerk
R. Zimmermann, Bautzen.

Das praktischste und dabei billigste Hand- und Hilfsbuch für jeden Baufachmann (Hoch-, Tief- u. Betonbau) ist der

Deutsche Baukalender

48. Jahrgang 1915 48. Jahrgang

Drei Teile:

TEIL I: Taschenbuch
TEIL II: Nachschlagebuch
TEIL III: Skizzenbuch

AUSGABE A: TEIL I in dunklem Einband, TEIL II und III broschiert Mark 3,50

AUSGABE B: TEIL I in rotbraunem Einband mit Verschluss, TEIL II u. III broch. Mark 4,00

Ausführliches Inhaltsverzeichnis siehe in Nr. 89 dieser Zeitung. — Bestellungen nimmt jede Buchhandlung, bei Einsendung des Betrages (nach dem Ausland unter Beifügung von 50 Pf. Mehrporto) auch der Verlag entgegen

Verlag der Deutschen Bauzeitung G. m. b. H., Berlin SW. 11.